



# HESSISCHER LANDTAG

7. Wahlperiode . Stenographischer Bericht 7/9

25. 03. 71

## 9. Sitzung

Wiesbaden, den 25. März 1971

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	313	Baumann .....	341
<i>Entgegengenommen</i> .....	313	Voitel .....	342
Präsident Buch .....	313	Dr. Wallmann .....	343
<b>4. Erste Lesung des Entwurfs für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1971 und 1972 (Haushaltsgesetz 1971/1972 — Drucks. 7/122 —</b> .....	313	Krollmann .....	345
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen</i> .....	337	Präsident Buch .....	346
<b>5. Erste Lesung des Entwurfs für ein Sechstes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes — Drucks. 7/151 —</b> .....	313	<b>3. a) Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs</b> .....	346
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen</i> .....	337	<i>Vollzogen</i> .....	346
Dr. Wagner .....	313	Präsident Buch .....	346
Dr. Horn .....	314	Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Schröder .....	346
Reitz .....	321	<b>3. b) Vereidigung des Landesanwalts und des stellvertretenden Landesanwaltes</b> .....	346
Vizepräsident Voitel .....	329	<i>Vollzogen</i> .....	347
Stein .....	330	Präsident Buch .....	347
Dr. Dregger .....	336	<b>8. Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Studienplätze an hessischen Universitäten — Drucks. 7/75 —</b> .....	347
Präsident Buch .....	337	<i>Beantwortet und besprochen</i> .....	359
<b>7. Erste Lesung des von der Fraktion der CDU eingebrachten Entwurfs für ein Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften in Hessen — Drucks. 7/183 —</b> .....	337	Sälzer .....	347
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuß überwiesen</i> .....	346	Minister Prof. von Friedeburg .....	349
Dr. Bartelt .....	337	<i>Borsche</i> .....	350
Krollmann .....	339	Vizepräsident Dr. Wagner .....	352
Minister Bielefeld .....	340	Dr. Schwarz-Schilling .....	352
		<i>Prof. von Friedeburg</i> .....	353
		Klocks in .....	353
		Dockhorn .....	355
		Sälzer .....	356
		<i>Klocks in</i> .....	356
		<i>Klocks in</i> .....	357
		<i>Prof. von Friedeburg</i> .....	358
		Molter .....	359

Ausgegeben am 16. April 1971

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden

Vertrieb: Verlag Dr. Hans Heger 53 Bonn-Bad Godesberg Goethestr. 54 Tel. 63551.

	Seite		Seite
<b>9. Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Berufungen von Hochschullehrern — Drucks. 7/76 —</b>	<b>359</b>	Minister Prof. von Friedeburg .....	370
<i>Beantwortet und besprochen</i> .....	372	<i>Kramer</i> .....	370
Borsche .....	359	<i>Borsche</i> .....	371
Minister Prof. von Friedeburg .....	363	Dr. Schwarz-Schilling .....	371
Sälzer .....	364	<b>Zur Geschäftsordnung:</b>	
Vizepräsident Voitel .....	364	Reitz .....	372
Vizepräsident Voitel .....	365	Dr. Wallmann .....	372
Vizepräsident Voitel .....	366	Präsident Buch .....	373
Milde .....	366	Dr. Wagner .....	373
Borsche .....	368	Reitz .....	373
<i>Prof. von Friedeburg</i> .....	369	Dr. Wagner .....	373
		Reitz .....	374
		Präsident Buch .....	374

**Im Präsidium:**

Präsident Buch  
 Vizepräsident Dr. Wagner  
 Vizepräsident Voitel

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Osswald  
 Minister des Innern Bielefeld  
 Minister der Finanzen Arndt  
 Minister der Justiz Hemfler  
 Kultusminister Professor von Friedeburg  
 Sozialminister Dr. Schmidt  
 Minister für Wirtschaft und Technik Karry  
 Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Best  
 Staatssekretär Dr. Bovermann  
 Staatssekretär Kohl  
 Staatssekretär Dr. Durstewitz  
 Staatssekretär Werner  
 Staatssekretär Moos  
 Staatssekretär Philippi  
 Staatssekretär Schnorr  
 Staatssekretär Seiboth

**Abwesende Abgeordnete:**

Ernst  
 Dr. Lindner  
 Radomicki  
 Rohlmann  
 Zerbe  
 von Zworowsky

(Beginn 9.03 Uhr.)

**Präsident Buch:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle fest, daß das Haus beschlußfähig ist. Die Tagesordnung wurde bereits gestern genehmigt. Es sind noch folgende Punkte zu behandeln: 3, die Aussprache zu 4 und 5, 7 bis 11, 14, 16, 17, 19, 20, 25, 26, 28, 30, 33, 40 und 41.

Wir haben uns gestern bereits darauf geeinigt, daß heute morgen um 9 Uhr die Aussprache zu den Punkten 4 und 5 und zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung die Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes und des Landesanwalts sowie des stellvertretenden Landesanwalts stattfindet.

Der Ältestenrat hat sich gestern nachmittag noch einmal mit der Frage befaßt, ob wir heute um 18 Uhr schließen sollten. Er kam zu dem Schluß, daß es bei 18 Uhr bleiben solle, da vermutlich sehr viele Abgeordnete sich auf diesen Zeitpunkt eingestellt und bereits Verpflichtungen für den Abend übernommen haben. Morgen soll die Plenarsitzung spätestens um 12.30 Uhr beendet werden; das bedeutet, daß vermutlich einige Tagesordnungspunkte dann vertagt werden müssen. Ich möchte das heute schon erwähnen, damit Sie sich darauf einstellen.

Dann darf ich noch mitteilen, daß nach Schluß der heutigen Sitzung, um 18 Uhr, die Ausschußvorsitzenden zusammenkommen, um die Termine für die nächsten Ausschußsitzungen festzulegen.

Wenn das Wort nicht gewünscht wird, treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe die Aussprache zu den Punkten 4 und 5 der Tagesordnung auf:

**Erste Lesung des Entwurfs für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1971 und 1972 (Haushaltsgesetz 1971/1972) — Drucks. 7/122 —**

**Erste Lesung des Entwurfs für ein Sechstes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes — Drucks. 7/151 —**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Wagner.

**Dr. Wagner (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war einmal in diesem Hause eine liebe Gewohnheit

(Reitz [SPD]: So fangen alle Märchen an!)

— genau! Darauf komme ich gerade, Herr Reitz! —, daß der Finanzminister und der finanzpolitische Sprecher der Opposition alljährlich in einen edlen Wettstreit traten — Sie erinnern sich noch, Herr Osswald —, in einen Wettstreit, der fast zu wirklich abgeschlossenen Wetten gedieh, wer wohl das Ausmaß der zu erwartenden Steuermehreinnahmen am richtigsten schätzen werde, aber nicht nur der nominalen Steuereinnahmen und der nominalen Verstärkung der Steuerkraft, sondern auch der realen Stärkung der Finanzkraft des Landes. In der Regel siegt in diesem Wettstreit die Opposition,

(Reitz [SPD]: Als zweiter Sieger!)

obwohl ihre Schätzungen oft erheblich über den Schätzungen des Finanzministers lagen. Aber dem Verlierer stand ja auch ein gerüttelt Maß an Nachsicht zu, denn es gehörte nun einmal zum Berufsbild eines Finanzministers, daß er den von beiden Partnern erwarteten Aufschwung etwas niedriger ansetzte.

**Dr. Wagner**

Es war aber auch einmal eine liebe Gewohnheit in eben diesem Hause, daß jeweils am Jahresende der Finanzminister einer staunenden Öffentlichkeit verkünden konnte, das Land habe wiederum die im — damals gab es ihn noch — außerordentlichen Etat veranschlagten Investitionen aus Kassenüberschüssen und oft ohne jegliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes finanzieren können. Ein etwas mitleidiger Blick wurde vielleicht noch den armen Verwandten jenseits des Rheins sowie an Nord- und Ostsee gegönnt.

(Reitz [SPD]: Aber mit Millionen!)

Aber die mahnenden Worte der Opposition gar, die Gemeinden in Zeiten des Booms doch vorsorglich für ärmere Zeiten allgemein besser auszustatten, diese Argumente wurden geflissentlich beiseite geschoben.

Wie ist denn die Situation? Noch nehmen wir mehr Geld ein. Wie lange, wissen wir nicht. Aber wir können uns wesentlich weniger damit leisten. Ich kritisiere heute nicht so sehr, daß das anders geworden ist, sondern weit mehr, daß sich die Situation so grundlegend gewandelt hat und daß sich dies unter solchen Begleiterscheinungen vollzogen hat.

Herr Ministerpräsident, als Sie im Herbst 1969 Ihre erste Regierungserklärung abgaben, warnte ich Sie schon damals vor dem Versuch, jedem etwas, in manchen Bereichen vieles, da und dort sogar alles zu versprechen. Eine gewisse Zurückhaltung damals wäre schon deshalb am Platze gewesen, weil Ihrer damaligen Regierung nur noch wenige Monate für eine praktische politische Arbeit zur Verfügung standen; aber auch deswegen schon damals, weil bereits einige Indikatoren unserer konjunkturellen Entwicklung auf eine Periode des zumindest nicht mehr so ganz prall gefüllten Staatsäckels hindeuteten. Und was war Ihre Reaktion, Herr Ministerpräsident? Sie beschäftigten fast ein ganzes Jahr lang ein Heer von Fachbeamten aller Ministerien und spannten sogar die kommunalen Gebietskörperschaften mit ein, um uns wenige Wochen vor der Wahl ein fast 6 kg schweres Programmpaket zu servieren; ein Paket, von dem wir innerhalb von zwei Wochen — wir als Abgeordnete — auch noch zustimmend Kenntnis nehmen sollten. Eins konnten wir damals gerade noch feststellen: daß alle aber auch nur denkbaren Wünsche und Wunschvorstellungen darin enthalten waren. Nichts war vergessen worden — besser gesagt: fast nichts. Denn der Finanzierungsteil dieses umfangreichen Zukunftsromans beschränkte sich auf nur wenige Sätze.

Sie haben vielleicht in der Zeitung gelesen, daß gestern bei einer ähnlichen Debatte — nicht Haushalt, sondern innere Reformen — der Bundesfinanzminister beharrlich geschwiegen hat. Das scheinen Finanzminister bei diesen Debatten seit einiger Zeit so zur Übung werden zu lassen. Denn auch der damalige Finanzminister schwieg ganz beharrlich, obwohl wir ihn mehrfach dazu aufgefordert hatten, doch etwas zu sagen, vor allen Dingen, weil doch seine Kabinettskollegen fast alle es sich nicht hatten nehmen lassen, in leuchtenden Farben ein weit schöneres und angenehmeres Leben in Hessen anzukündigen, ein Leben, das demnächst doch sichtbarlich beginnen sollte.

(Borsche [CDU]: Makulatur hat das gegeben!)

Eine um so deutlichere Sprache herrschte beim jetzigen Finanzminister schon um die Jahreswende vor, als er sich an die endgültige Ausarbeitung seines Etatentwurfs machte, und schließlich erst recht auch gestern bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 1971 und 1972.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Herr Abg. Dr. Horn!

**Dr. Horn (SPD):**

Im Hinblick auf die schweigenden Finanzminister: Sind Sie nicht mit mir einer Meinung, daß das leider bei unseren Ehefrauen, den häuslichen Finanzministern, nicht so ist?

(Heiterkeit. — Zurufe von der CDU.)

**Dr. Wagner (CDU):**

Nur mit einem Unterschied, Herr Kollege Horn. Ich nehme an, daß Ihre Gattin nicht berufstätig ist und Sie also das Geld beibringen müssen, das dann nur ausgegeben wird. Der Finanzminister muß aber dafür sorgen, daß das Geld beikommt, und andere geben es aus. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU.)

Nun, Herr Ministerpräsident, würden Sie nach Verabschiedung des Etatentwurfs in Ihrem Kabinett noch einmal ein Plakat drucken lassen, auf dem eine um den Landesvater fröhlich spielende Kinderschar das Schulwesen Hessens als besonders vorbildlich preist?

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung Frau Dr. Rüdiger [SPD].)

Als ich diese Kinder sah, sagte ich mir — und ich weiß das ja aus Erfahrung —: Die haben wahrscheinlich gerade an dem Tag wieder schulfrei, weil ein paar Lehrer fehlen.

(Beifall bei der CDU.)

Wo ist in diesem Etat — wir warten noch auf die mittelfristige Finanzplanung — der reale Ansatz dafür, daß wir in diesen zwei Jahren die dafür zuständige Rate von 400 Gesamtschulen, wie Sie sie versprochen haben, auch realisieren können? Herr Minister Arndt, Sie lagen gestern da ein bißchen schief.

(Reitz [SPD]: Er hat es immer noch nicht verstanden; er weiß noch nicht, daß der Etat für zwei Jahre gilt!)

Eine Erhöhung der Schulbaumittel war nur möglich, weil Sie Mittel aus dem Investitionsfonds zusätzlich veranschlagten, Mittel, die im vorigen Jahre die Mehrheit hier in diesem Hause mit einem nur noch der Zwangsanleihe früherer Jahre vergleichbaren Ränkespiel den Gemeinden weggenommen hatte, die jetzt den Kreisen als Darlehen zur Verfügung gestellt werden sollten.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Insofern, Herr Kultusminister, sind die echten Schulbaumittel, die als Zuschüsse gegeben werden, tatsächlich nicht wesentlich erhöht worden. Und Ihre gehässige Reaktion auf eine Presseverlautbarung meines Kollegen Dr. Schwarz-Schilling in der vergangenen Woche hätten Sie sich sowohl im Inhalt wie in Form durchaus sparen können.

(Reitz [SPD]: Das war eine sachliche Richtigtstellung! — Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident, würden Sie noch einmal auf einem Plakat eine junge und adrette Krankenschwester neben sich stellen

(Ministerpräsident Osswald: Hat Sie das geärgert?)

— ganz und gar nicht; wir haben ja den Erfolg gehabt, nicht Sie! —

(Beifall bei der CDU.)

eine junge und adrette Krankenschwester,

(Ministerpräsident Osswald: Das war ein nettes Mädchen!)

**Dr. Wagner.**

die begeistert über ihre Arbeit und ihren beruflichen Werdegang dankbar, zukunftsfröh und sogar klassenlos dem Landesvater in die Augen schaut?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Der Etat spricht eine etwas andere Sprache.

(Zurufe von der SPD.)

Zwar sind die Ansätze für das gesamte Gesundheitswesen, Herr Dr. Schmidt — ich glaube, ich habe nicht falsch gerechnet —, insgesamt um 2,2 % angehoben. Aber was bedeutet das schon bei der Kostenexplosion im Personal- und Investitionsbereich und zudem noch so stark ausgeweiteten Etatvolumen?

Herr Ministerpräsident, wie herablassend beurteilen Sie dagegen das Frankfurter Programm der hessischen CDU. Ich sage Ihnen: Dieser CDU-Fraktion gehören Abgeordnete an, die aus der Opposition heraus in ihrem Kandidatenprospekt mehr Mut zur Unpopularität und zur Wahrheit gezeigt haben als Sie während des Wahlkampfes.

(Prof. von Friedeburg: Na, na! — Lachen bei der SPD. — Beifall bei der CDU.)

Und dann wurde gewählt.

(Reitz [SPD]: Beispiele!)

— Ich kann Ihnen ein Prospekt geben, Herr Reitz.

(Dr. Horn [SPD]: Siehe Verwaltungsreform!)

Die hessischen Bürger scherten sich wenig um den sogenannten Landesentwicklungsplan Hessen '80. Sie sahen die Fakten und bereiteten der auf sie programmierten SPD eine empfindliche und in ihrem Ausmaß bisher noch nie dagewesene Niederlage.

(Borsche [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei der CDU.)

Lediglich der Nibelungentreue der F.D.P. war es zuzuschreiben, daß noch einmal ein Sozialdemokrat überhaupt Ministerpräsident werden konnte.

(Zustimmung bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Spätestens am Tage nach der Wahl hätte nun eigentlich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf Radke [SPD].)

endlich der so notwendige und unausweichliche Umdenkungsprozeß beginnen müssen. Ihre Regierungserklärung jedoch unterschied sich zwar in einigen Formulierungen von den Wahlversprechungen, auch bisweilen in der einen oder anderen Sachaussage, aber kaum spürbar in der Tendenz. Und hier, meine Damen und Herren von der F.D.P., kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß es Ihnen anscheinend nicht gelungen ist, den Koalitionspartner auf den Boden jener Realitäten zurückzuführen, die Sie selbst viele Jahre hindurch, besonders gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode, als Grundlage einer auf Stabilität und Solidarität ausgerichteten Politik beschworen haben.

(Zuruf Stein [F.D.P.]. — Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Stein, aus meinem Wahlkreis wurde vor 14 Tagen von einem Volksbildungswerk die Bitte an mich herangetragen, an einer Podiumsdiskussion über Hessen '80 mitzuwirken. Es war noch eine zweite Bitte angefügt: Da es in der Nähe keinen Abgeordneten anderer Parteien gebe, möchte ich doch im Landtag fragen, wer vielleicht von der SPD und der F.D.P. sich dafür zur Verfügung stellen könnte; das war immerhin in einer zentral gelegenen Gemeinde. Ich habe es mir überlegt, und wenn ich so durch die Reihen schaue, dann,

*Dr. Wagner*

meine ich, ich könnte den Kollegen Pulch als Gesprächspartner gut dafür gebrauchen.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Karry, Sie kann ich ja nicht mehr fragen, Sie sind ja an die Kabinettsdisziplin gebunden.

(Zuruf von der CDU: Sollen wir ihn aufnehmen?)

Aber, Herr Kollege Karry, ich habe Sie in den früheren Jahren, als wir an diesem Pult wenigstens bisweilen gemeinsam gefochten haben, schon immer als sehr beweglichen Politiker geschätzt.

(Frau Dr. Rüdiger [SPD]: Sehen Sie, das ist es eben!)

Aber das muß ich Ihnen sagen: Meine ganze Bewunderung verdienen Sie, seitdem Sie hier oben sitzen, das Ressort Wirtschaft, Straßenbau und dergleichen vertreten und im Schaufenster Ihres Hauses ausgerechnet Hessen '80 stehen haben.

(Beifall bei der CDU. — Schäfer [SPD]: Wo soll es denn sonst hin?)

Aus dieser Regierungserklärung nur wenige Hinweise: Der Ministerpräsident kündigte zwar strengere Maßstäbe an; da wurde er etwas ernst. Er wollte Prioritäten setzen. Er versprach aber u. a. — es sind nur wenige Dinge, die ich nennen kann; ich zitiere zwanglos der Reihenfolge nach —: Förderung des Studentenwohnheimbaues, eine aktive Strukturpolitik mit 40 000 neuen Arbeitsplätzen in strukturschwächeren Gebieten, Vorrangigkeit für den Ausbau von Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen, leistungsfähige Nahverkehrssysteme in den Ballungsgebieten, ebenso natürlich in den weniger dicht besiedelten Gebieten des Landes, die Förderung der Landwirtschaft zu leistungsfähigen Einzelbetrieben, eine Krankenhausförderung nach dem Bettenbedarfsplan, ein erfülltes und möglichst sorgenfreies Leben — das spricht sich so schön — für unsere älteren Mitbürger

(Reitz [SPD]: Sind Sie dagegen?)

durch Errichtung von Altenwohn- und Pflegeheimen sowie die Bereitstellung von geeigneten und preislich angemessenen Wohnungen, Behandlungszentren für Rehabilitationsmaßnahmen,

(Reitz [SPD]: Sind Sie dagegen?)

Sonderkindertagesstätten und beschützende Werkstätten für geistig und auch körperlich Behinderte, größere Aktivität z. B. für soziale Berufe

(Reitz [SPD]: Sie fordern es doch ständig!)

— ja, meine Damen und Herren, es steht doch drin! —

(Reitz [SPD]: Sie haben es auch gestern wieder gefordert!)

Förderung des Sports in vielfältiger Hinsicht, Freizeit- und Naherholungszentren, Förderung des Wohnungsbau mit gleichzeitiger Erhöhung der Mittel für die Sanierung von Altbauten, Verbesserung der Organisation und Ausrüstung der Polizei mit dem Ziel einer wirksameren Verbrechenbekämpfung usw.

(Reitz [SPD]: Sind Sie überall dagegen?)

Sie werden mir zugestehen müssen, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der SPD, daß wir den Chef dieses Kabinetts und seine Ressortminister bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen nicht aus der Fragestellung entlassen werden, wie sie Ankündigung und Wirklichkeit in Einklang bringen wollen. Wir lassen uns nicht abspesen wie mit der schriftlich gegebenen Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der CDU/CSU, wo wiederum alles

*Dr. Wagner*

drinsteht, nur nicht: wie, was und wann. Was geschieht beispielsweise mit den Gemeindestraßen, für die doch nur noch die Hälfte gegenüber seither gegeben wird? Was geschieht mit der Polizei — ich komme darauf nachher sowieso noch im einzelnen zu sprechen —, was mit verstärkter Sportförderung oder Erhöhung der Bettenzahl für Akutkranke? Das sind nur einige Beispiele. Wir werden Sie auch im Laufe der beiden Haushaltsjahre nicht aus der Beantwortung der Frage entlassen, was aus den großartigen Ankündigungen geworden ist. Nicht, um immer wieder nachzuweisen, was nicht erfüllt wurde, sondern um diese Regierung zur Wahrfähigkeit gegenüber dem Parlament und gegenüber der Bevölkerung zu zwingen!

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollen dem Bürger unnötige Enttäuschungen ersparen. Er hat deren sowieso genug.

(Lachen bei der SPD.)

Der gegen besseres Wissen betriebenen Augenwischerei in Bund und Land muß endlich einmal ein Ende gesetzt werden,

(Beifall bei der CDU.)

und zwar ohne Rücksicht auf bevorstehende Wahltermine. Auch Sie, Herr Ministerpräsident, sind an die eigene Aussage in Ihrer Regierungserklärung gebunden, wonach in dieser Legislaturperiode harte finanzpolitische Realitäten den Handlungsspielraum unserer Arbeit bestimmen. Sie erwecken aber zur gleichen Zeit den Eindruck, als ob die Einengung nur auf die von der Großen Koalition beschlossene Finanzreform zurückgehe. Gegen Ende Ihrer Rede aber sprachen Sie sogar von folgender Alternative: Entweder muß der Bund den Anteil der Länder an den Steuern erhöhen, vor allen Dingen an der Umsatzsteuer, oder er muß Aufgaben des Landes selbst übernehmen.

(Dr. Lang [SPD]: Haben Sie was dagegen?)

Ich greife diesen Gedanken auf. Nun, wie sieht es denn da in Wirklichkeit aus mit diesem Appell an den Bund? Finanzminister Arndt sprach zu Beginn seiner Etatrede von einem Balanceakt auf dem Drahtseil und meinte, Herr Dregger und auch ich seien eifrigst dabei, ihn von diesem Seil herab ins Netz stürzen zu lassen. Immerhin, Herr Arndt, Sie glauben noch ein Netz zu haben! Das ist schon ein gewisser Vorzug.

(Heiterkeit bei der CDU. — Reitz [SPD]: Das beruhigt ihn ungeheuer!)

Wer jedoch den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, den Zick-Zack-Kurs des Bundesfinanzministers in der Frage von Steuererhöhungen, die großartigen Versprechungen fast aller Ressortminister mit dem Jahresbericht 1970 der Bundesbank vergleicht und dann noch des in diesen Dingen etwas naiven Bundeskanzlers Beteuerungen hört, die bundesdeutsche Wirtschaft werde demnächst klare Daten für ihre Zukunftsplanung erhalten,

(Lachen bei der CDU.)

der kann dann nur noch den Mut bewundern, aber auch die Beredsamkeit des Bundeswirtschaftsministers,

(Zurufe von der SPD.)

der es auf dem Hintergrund der laufenden Etatberatungen, auf dem Hintergrund der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung noch wagte, bei der Eröffnung der Frankfurter Messe vor dreieinhalb Wochen über das Thema Marktwirtschaft und Stabilität zu referieren.

(Hört, hört! bei der CDU.)

*Dr. Wagner*

Herr Minister Arndt, ich möchte Ihnen im Interesse unseres Landes wünschen, daß Sie Ihren Balanceakt überstehen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie sollten sogar vor der Selbsttäuschung bewahrt werden, der Herr Schiller unterliegt. Er glaubt nämlich noch auf dem Seil zu tanzen, hat aber noch gar nicht begriffen, daß er bereits auf der Nase liegt.

(Klocks in [SPD]: Das möchten Sie ihn glauben machen!)

Ich erinnere mich noch, wie der mit so vielen Vorschulorbeeren bedachte Wirtschaftsprofessor der SPD — die Stirn in schwere Sorgenfalten legend — Professor Erhard zurief, ein Prozent jährliche Geldentwertung sei gerade noch vertretbar, zwei Prozent gäben schon zu erheblicher Sorge Anlaß, gar drei Prozent bedeuteten praktisch schon Inflation. Und was ist heute nach 17 Monaten „Politik der inneren Reformen“? Und wie ging dieses Wort den neuen Machthabern in Bonn doch so genüßlich über die Zunge! Was ist nach 17 Monaten Politik der inneren Reformen? Nach 17 Monaten: 3,8%! Das wird schon als Erfolg gewertet, wenn auch nicht als zufriedenstellend, wie es einschränkend heißt.

(Reitz [SPD]: Zählen Sie mal die internationalen Fälle auf! Wollen Sie das überhaupt nicht berücksichtigen? — Dr. Horn [SPD]: Schwarzmacher!)

— Herr Kollege Reitz, daran ist nicht zu deuteln. Wenn aber, wie es sich Anfang dieses Jahres ausweist, die Raten auf 4% steigen und sogar noch höhere Einbußen von führenden Politikern der SPD nicht mehr ausgeschlossen werden, dann ist man auf Seiten der SPD bestensfalls tief betrübt, aber durchaus frohen Mutes.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Wagner (CDU):**

Herr Präsident, ich habe so wenig Zeit. Der Herr Finanzminister hat gestern fast zwei Stunden gesprochen. Ich bitte um Verständnis, daß ich keine Zwischenfrage zulasse.

(Zustimmung bei der CDU.)

Daß dann so nebenbei die durch die Finanzreform erreichte Verbesserung der Gemeindefinanzen von mehr als 2½ Milliarden DM durch die Kostenexplosion, von der ich schon sprach, längst untergegangen, ja weit überholt worden ist, wird kaum noch erwähnt. Doch über die Gemeinden will ich ja erst im dritten Teil meiner Rede sprechen.

(Radke [SPD]: Es gibt auch noch einen dritten Teil?)

— Herr Kollege, in manchen Fällen setzt man das, was besonders bedeutsam ist, sogar an den Schluß. Das sollte Ihnen bekannt sein.

(Dr. Lucas [CDU]: Das versteht er nicht!)

So ist es auch begreiflich, daß selbst ein steuerstarkes Land wie Hessen, eine 12%ige Ausweitung gegenüber dem Ist des Vorjahres ohne Abstriche und erhebliche Neuverschuldung nicht bewältigen kann.

Doch zurück zur Forderung des Ministerpräsidenten an den Bund. Wer eine solche Forderung stellt und glaubt, sie müsse irgendwie demnächst — einverstanden — verwirklicht werden, aber seine Politik darauf aufbaut, daß das auch geschehen wird, muß sich einen solchen Hinweis gefallen lassen.

(Ministerpräsident Osswald: Siehe Bayern!)

*Dr. Wagner*

Die für 1971 vorgesehene Neuverschuldung des Bundes wird im Etat offiziell mit 3,7 Milliarden DM angegeben. Mit Sicherheit wird die zu erwartende Belastung jedoch fast doppelt so hoch, wenn nicht noch höher sein; denn bei den Angaben fehlen ganz wichtige Dinge. Das würden wir Ihnen, Herr Arndt, z. B. nicht durchgehen lassen — das kann ich Ihnen sagen —, wenn Sie so manipulierten. Es fehlen die nicht gedeckten Defizite der Bundesbahn und der Bundespost, die nur mit Krediten abgedeckt werden können und bei denen bei einer Summe von 1,8 Milliarden DM noch nicht einmal die Investitionen enthalten sind, die woanders gebucht werden müssen.

(Reitz [SPD]: Was hat das denn alles mit unserem Haushaltsplan zu tun?)

— Das hat mit unserem Haushalt viel zu tun. Wir wollen doch mehr Geld vom Bund, Herr Reitz!

(Reitz [SPD]: Unterhalten Sie sich mal hierüber!)

Es fehlt die im Haushalt nur mit einem Leertitel veranschlagte Bildungsanleihe von 1 Milliarde DM; es fehlen die Zinszuschüsse für Kredite zur Krankenhausfinanzierung von 0,3 Milliarden DM; es fehlen die Kredite für den Bundesfernstraßenbau von einer halben Milliarde DM. Das ergibt präterpropter — Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen — einen Kreditbedarf von insgesamt 7,3 Milliarden DM, wenn Sie die 3,7 Milliarden DM von vorhin hinzuzählen.

Weitere Risiken, die genauso auch uns betreffen — direkt oder indirekt —, sind in dieser Rechnung noch nicht einmal enthalten. Wir wissen zwar um diese Risiken, kennen nur noch nicht die Größenordnungen. Nur wenige Hinweise: 1970 hatte der Bund 2 Milliarden DM Ausfälle. Diese Entwicklung wird sich auch nach Auffassung der Bundesregierung weiter fortsetzen. Aber der Bundesfinanzminister schätzt den zu erwartenden Ausfall für 1971 auf 1,35 Milliarden DM. Andere gehen wesentlich höher. Ein Institut rechnet sogar mit dem doppelten Betrag. Bei seiner Steuerschätzung ging der Bundesfinanzminister von einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums von etwas über 8% aus. Mit welchen Risiken diese Dinge belastet sind, dafür nur ein Hinweis: Eine Verschätzung in dieser Frage von nur einem Viertel Prozent macht eine Einkommensveränderung beim Bund allein von 400 Millionen DM aus. Weitere Risiken, die wie fast alle gerade uns in den Ländern treffen: Wer wagt vorauszusagen, daß die Personalkosten auf dem augenblicklichen Stand bleiben werden? Zwar wurde bei den Tarifverhandlungen in Stuttgart den Arbeitern und Angestellten des Bundes eine Erhöhung um 9,1% zugestanden, und diese Erhöhung wurde auch linear den Beamten gewährt. Aber unberücksichtigt dabei blieb — und das wird Folgen haben —, daß vor den Tarifverhandlungen im Einzelvertrag wesentliche zusätzliche Verbesserungen ausgehandelt worden waren, die bei den Arbeitern und Angestellten zusammen mit der linearen Erhöhung annähernd bei 12, 13 und vielleicht noch mehr Prozent liegen. Und jedes Prozent Erhöhung der Beamtgehälter, nur der Beamtgehälter, kostet den Bund — ohne Bahn und Post — z. Z. 108 Millionen DM und das Land Hessen mehr als 19 Millionen DM.

Der Bundesfinanzminister geht bei seinen Kostenschätzungen für Investitionsvorhaben vom 1. 1. 1971 aus. Das ist sein gutes Recht. Die Preise jedoch sind im Bund und in den Ländern in den ersten drei Monaten wiederum erheblich gestiegen; allein gestern abend ging eine ganze Serie von Meldungen über den Rundfunk.

Der Devisenausgleich für die Stationierung der verbündeten Streitkräfte wird mit Sicherheit nicht mehr oder nicht mehr allein durch Schatzanweisungen abzu-

*Dr. Wagner*

decken sein, sondern der Bundeshaushalt muß dafür erhalten, wie ja auch die Verhandlungen mit England schon gezeigt haben, und der Bundesfinanzminister selbst rechnet mit einem Jahresverlust von 2 Milliarden DM, hat aber lediglich Anspruch auf 1 Milliarde DM Liquiditätshilfe bei der Bundesbank.

(Zuruf von der SPD.)

— Das ist unser Geschäft, mein lieber Kollege, weil wir letzten Endes bei der engen Verzahnung von Land und Bund ja nicht einfach ins Blaue hinein operieren können.

(Beifall bei der CDU.)

Die Haushaltsrisiken der späteren Jahre, die geradezu phantastische Dimensionen annehmen, will ich hier gar nicht ansprechen. Sie werden mit in Betracht gezogen werden müssen, wenn uns der hessische Finanzminister seine mittelfristige Planung vorlegt. Ist es doch schon in diesem Doppelhaushalt so, daß wesentliche Aussagen über das Jahr 1972 auf noch recht, recht unsicheren Voraussetzungen beruhen. Auch der Finanzminister hat dazu wenig gesagt, und ich habe Verständnis dafür.

Vor diesem Hintergrund der Bundesfinanzlage ist die Forderung der Länder nach Erhöhung der Beteiligung irgendwo zu sehen und auch zu beurteilen. Nach dem augenblicklichen Stand würde die Erfüllung der Forderung auf Erhöhung des Umsatzsteueranteils von 30 auf 35 % den Bund um weitere 2,6 bis 2,7 Milliarden DM zusätzlich belasten. Und dazu ein Wort der Bundesbank: Sie bezeichnet die in der Finanzplanung des Bundes bis 1974 zugrunde gelegten Verschuldungssätze als — ich zitiere — „nicht inflationsfrei finanzierbar“.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist die noch unvollständige Bilanz einer Bundesregierung nach knapp 1½ Jahren; einer Regierung, die zu Beginn ihrer Amtszeit allen möglichst alles glaubte versprechen zu können, die sich stolz von ihren Vorgängerinnen unterscheiden wollte, indem sie sich selbst das Firmenschild „innere Reformen“ umhängte, und die heute durch ihren Chef kleinlaut sagen läßt — auch gestern in der Debatte —, daß er, wenn er noch einmal eine Regierungserklärung abzugeben hätte, einiges anders oder gar nichts sagen würde. Schade, daß es früher nicht so war.

Ich muß bei der Finanzpolitik bleiben. Der einst so beredte Bundesfinanzminister Alex Möller, der von seinem Vorgänger Franz Josef Strauß, Herr Minister Arndt, eine geordnete Finanzwirtschaft und ein gut geführtes Haus übernehmen konnte, wird immer schweigsamer.

(Reitz [SPD]: Das haben wir nicht gemerkt!)

Ich sprach vorhin von Wahlterminen, Herr Minister Arndt. Warum wird er schweigsamer? Weil er in der Koalition und im Kabinett hat lernen müssen, daß es unzulässig ist, bei bevorstehenden Landtagswahlen überhaupt über notwendige Steuererhöhungen zu sprechen.

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr richtig!)

**Präsident Buch:**

Herr Abg. Dr. Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Wagner (CDU):**

Nein, ich bitte Sie, Herr Präsident, ich muß meine Zeit einhalten.

*Dr. Wagner*

Es handelt sich dabei, meine Herren von der F.D.P., um Erhöhungen, die angesprochen werden, die weit über dem liegen, was Sie einmal veranlaßt hat, Ihren eigenen Bundesfinanzminister aus dem Kabinett Erhard zurückzuziehen.

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr richtig!)

Sie sagten doch damals, Erhard sei der Prototyp des Liberalen, er sei nur in der falschen Partei. Und der Komet am Wirtschaftswunderhimmel, Prof. Schiller, verspricht wie ein Gesundheitsbeter im Busch, mindestens monatlich wiederkehrend, alles werde sich in Kürze zum Guten wenden. Den Spruch kennen wir schon. Mit dieser Bundesregierung wollen, nein müssen Sie, Herr Ministerpräsident, im Herbst die Verhandlungen auch über Mehrbeteiligung an irgendeiner Steuer führen — ich beneide Sie nicht darum. Aber auch nicht Ihren jungen Kollegen in Mainz, der allerdings mit einem klaren Votum seiner Bürger ausgestattet nach Bonn fahren kann. Auch in diesem Punkt, Herr Ministerpräsident, ist er Ihnen mindestens z. Z. überlegen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

Bei dieser, wenn auch nur bruchstückhaften Darlegung der Situation des Bundes geht es mir aber nicht nur um die Frage, ob der Bund auf Steuern verzichtet oder Aufgaben der Länder übernimmt. Schon vor der in der Grundgesetzänderung vorgenommenen Festlegung von Gemeinschaftsaufgaben war Jahr um Jahr in steigendem Maße festzustellen, daß die Politik des Bundes nicht nur mittelbar, sondern direkt auf unseren Etat, auf die Etatgestaltung der Länder, einwirkte. Daß sich diese Etateinwirkung weiter verstärkt hat, können Sie gerade an diesem Etatentwurf bei einigen Ressorts deutlich ablesen. Um so bedauerlicher ist es daher — ich sage das ohne Vorwurf —, daß wir als Parlamentarier auf den Planungsbeitrag der Länder, auch unseres Landes, keinen direkten Einfluß ausüben können. Diese Zusammenarbeit von Bund und Land leidet somit meines Erachtens unter einem erheblichen Konstruktionsfehler und begünstigt einseitig die Bundesregierung, da sie zu jeder Zeit vom Bundestag Anregungen, Empfehlungen und auch zwingende Beschlüsse erwarten kann, uns aber nichts anderes übrigbleibt, als die von der Landesregierung gebilligten Absprachen etatmäßig zur Kenntnis zu nehmen. An diesem Punkt wird nun stereotyp von den Sozialdemokraten, wenn sie in die Enge getrieben werden, die Schublade „Aufwertung“ gezogen — auch heute noch.

(Reitz [SPD]: Das haben wir überhaupt nicht vor!)

— Oh, das wäre ein Wunder, Herr Reitz.

Vereinfacht gesehen war es doch so: Die einen waren frühzeitig für eine maßvolle, die anderen waren spät für eine kräftige Aufwertung. Eines sollte uns jedoch heute deutlich sein, man mag zu der einen oder zu der anderen Gruppe gehören oder vielleicht neutral in dieser Frage sein: Bei diesen Größenordnungen, um die es heute in unserer Konjunkturpolitik geht, verliert der einstige Streit immer mehr an Bedeutung, denn eine auch noch so kräftige und zeitlich richtig angesetzte Aufwertung ersetzt eben nicht die Notwendigkeit einer gezielten und deutlichen Konjunkturpolitik.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Was den Sozialdemokraten vorzuwerfen ist, ist nicht so sehr, daß sie Fehler gemacht haben, darum geht es nicht, sondern es geht in erster Linie darum, daß sie gar nichts getan haben.

(Beifall bei der CDU.)

Dr. Wagner

Eine große Tageszeitung brachte bereits im vergangenen Frühjahr — und es war keine regierungsunfreundliche Zeitung, so kann man sagen — eine Karikatur, die ich einfach nicht vergessen kann. Vor der weit geöffneten Tür, auf der „Bundeswirtschaftsminister“ zu lesen ist, steht die Putzfrau mit dem Eimer, streckt den Kopf hinein und fragt: „Ist da überhaupt noch jemand?“ Das trifft genau die Situation.

(Beifall bei der CDU.)

Warum wurde nichts getan? Weil diese Regierung von Anfang an Gefangene ihrer eigenen Versprechungen vor der Wahl und nach der Wahl geworden war. Es gilt nur eine Alternative: Entweder wußte der Regierungschef in Bonn um die Folgen. Dann war es unverantwortlich, solche unerfüllbaren Versprechungen zu machen. Oder er wußte nichts davon. Dann hätte er nicht Bundeskanzler werden dürfen.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Mit anderen Maßstäben gemessen — ich sage es noch einmal und betone es —, mit anderen Maßstäben gemessen, Herr Ministerpräsident, befanden Sie sich einige Zeit und auch noch zu Beginn dieser Woche auf der gleichen Fährte. Auch Sie glaubten während der Wahl, vor der Wahl und nach der Wahl, die Bürger mit angeblich zu erwartenden künftigen großen Erfolgen sozialistischer Politik in Hessen trunken machen zu können.

Ein weiteres, Herr Finanzminister. Etwas versteckt und nicht ganz so brutal, wie Ihre Parteifreunde es landauf landab zu tun pflegen, haben Sie als wesentliche Ursache des landespolitischen Engpasses die Folgen der Finanzreform bezeichnet. Der dadurch hervorgerufenen geringeren Steigerung der dem Land Hessen, aber auch anderen Ländern verbleibenden Steuereinnahmen kommt zwar Bedeutung zu, aber nur zusätzliche Bedeutung. Es ist doch nicht die einzige Ursache des Engpasses, in dem wir uns befinden. Zudem hat das Land Hessen an dem Zustandekommen dieser Vereinbarung mitgewirkt.

(Reitz [SPD]: Das ist jetzt das Dollste! Haben Sie den Kampf nicht mehr in Erinnerung, den wir gehabt haben?)

— Herr Reitz, lassen Sie mich doch zu Ende reden. Dann wissen Sie, was ich meine.

(Beifall bei der CDU.)

Ich habe auf meiner Basis, wenn auch von der Opposition her, anderwärts vielleicht mehr tun können als Sie. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Mir geht es um etwas anderes. Man kann doch nicht den Anschein erwecken wollen, als habe man von diesen Dingen nichts gewußt und sei deswegen plötzlich über Nacht davon überrascht worden. Die Summe hat sich etwas erhöht, mehr, als wir geschätzt haben. Manchmal hat man den Eindruck, als ob man vergäße, daß, wenn man auf Grund dieser Bestimmung mehr bezahlen muß, man vorher auch erheblich mehr eingenommen haben muß. Anders läßt es sich doch wohl nicht errechnen.

(Beifall bei der CDU.)

Aufgabe des Parlaments ist es nun, diesen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben nicht nur kritisch zu prüfen, sondern, wenn möglich, auch neue und andere Vorstellungen zu entwickeln. Herr Finanzminister, bereits gegen Jahresende habe ich es bedauert, daß als Folge des Wahltermins und der Bildung einer neuen Regierung, vor allen Dingen einer Koalitionsregierung, die-

Dr. Wagner

ser Doppelhaushalt, der über die Hälfte der Legislaturperiode finanzpolitisch entscheidet, nur unter erheblichem Zeitdruck beraten werden muß. Ich habe dies weder Ihnen noch irgendeinem anderen zum Vorwurf gemacht. Ich wollte nur deutlich machen, daß es für uns, auch für Sie von der SPD/F.D.P., nicht einfach sein werde, diesen Haushalt zu beraten. Damit war auch die Forderung nach einer frühzeitigen, vollständigen und auch ungeschminkten Information aller Parlamentarier, erst recht der Opposition, verbunden. Ich stelle hier ganz unumwunden fest, daß mir der Finanzminister bereits am Jahresende ein diesbezügliches Angebot gemacht hat. Ich habe mit einem Kollegen meiner Fraktion von diesem Angebot auch Gebrauch gemacht. Ich darf annehmen, Herr Finanzminister, daß Sie erst recht bei der Beratung dieses Etats wegen des sehr beengten zeitlichen Spielraumes Ihr Angebot weiter aufrechterhalten werden. Für diese Form der Kooperation bei aller Härte der Auseinandersetzung, auch heute, bedanke ich mich ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU.)

Sie sollten diese Informationsbereitschaft aber auch deswegen weiterhin zeigen, weil ich wohl von meiner Fraktion und auch für mich persönlich in Anspruch nehmen darf — ich meine wenigstens, auch Sie hätten es gemerkt —, daß ich von den gegebenen Informationen sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Plenum — es wird im Ausschuß nicht anders sein — in einem vertretbaren Ausmaße Gebrauch gemacht habe. Diese Einstellung werden wir bei der Beratung in den nächsten Monaten beibehalten.

Entgegen meiner ursprünglich geäußerten Ansicht oder Meinung hat der Finanzminister die Steuerschätzungen nicht nach dem Gutachten der dafür zuständigen Kommission oder des Arbeitskreises vom 10. Dezember 1970 berechnet. Vielmehr sind seine Unterlagen neuesten Datums, meines Wissens basierend auf einem Gutachten von Anfang Februar 1971. Danach liegen, soweit mir Informationen zugänglich waren, die Steuerschätzungen des Bundes ungefähr bei 8,25 %, damit mehr im oberen Spielraum des erwarteten Wirtschaftswachstums. Zweifellos ist es richtig, daß die Bundesländer von ihrer Struktur her dabei verschieden eingruppiert werden können und müssen. So soll — das kann ich allerdings nur relata refero sagen — dem Lande Hessen ein Spielraum bis zu 10 % gewährt worden sein. Ob der Hessische Finanzminister mit 10,3 % realistisch urteilt, wird zumindest noch von der Entwicklung einiger Monate abhängen. Wenn die Steuern aus Ertrag weiterhin eine sinkende Tendenz aufweisen sollten, wird diese Schätzung kaum mehr aufrechtzuerhalten sein. Wenn es umgekehrt geschieht, werden wir es in der Haushaltsberatung etwas leichter haben. Es wird also im Interesse des Kabinetts und des Parlaments — des gesamten Parlaments — liegen, daß wir während der doch zumindest bis Ende Mai laufenden Ausschußberatungen vom Finanzminister laufend über den neuesten Stand der Steuerentwicklungen auch in den einzelnen Steuerarten so orientiert werden, daß wir noch im Laufe der Etatberatung uns entsprechend verhalten können.

Das Ergebnis der beiden ersten Monate — Herr Arndt sprach in einer Presseverlautbarung davon — scheint zwar, vordergründig und kurzfristig gesehen, der Schätzung von 10,3 % recht zu geben. Wenn ich das schon zur Ausgangsbasis nähme, gäbe es zumindest nicht der Auffassung recht, daß 10,3 % mehr — sei es, wie es wolle — das bei größtem Optimismus gerade noch denkbare Höchstmaß wäre. Auf dieser unsicheren Grundlage auch noch konkrete und begründete Vorausschätzungen für das Jahr 1972 zu machen, ist fast ein Vabanquespiel.



Dr. Wagner

Der Finanzminister hat das zwar nicht ganz so deutlich gesagt, wie ich es eben tue. Aber daß er überhaupt so wenig über den Etat 1972 in Einnahmen und Ausgaben sprach, hat nicht nur mit dem Eingeständnis eines errechneten Defizits etwas zu tun. Dafür ist sein Rücken etwas zu breit, als daß er davor Angst hätte. Aber die Tatsache, daß er weniger davon sprach, spricht deutlicher, als wenn man es mit Worten sagte.

In diesem Zusammenhang, Herr Finanzminister, drängt sich mir die Überlegung auf, ob unser Beschluß richtig war, so voreilig neben dem Zwang zur mittelfristigen Finanzplanung noch den Zwang zum Doppelhaushalt zu stellen. Zumindest heute erscheint es mir noch so,

(Zuruf von der SPD: Freudsche Fehlleistung!)

als ob der Entwurf 1972 zwar äußerlich durchaus einem Etatentwurf gleicht, jedoch bei einer intensiveren Betrachtung der Ansätze noch etwas näher an das gehört, was wir mittelfristige Finanzplanung nennen. Ich drücke es ganz vorsichtig aus. Es geht mir dabei darum, einmal in der Aussprache im Ausschuß prüfen zu lassen, ob wir gut daran getan haben — wir haben ja selbst dabei mitgewirkt —, uns einen Doppelhaushaltsplan vorzunehmen.

(Reitz [SPD]: Jetzt kommen wir endlich zur Sache!)

In Zeiten wie den augenblicklichen ist es natürlich ungeheuer schwierig, eine solche Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Ein kurzes Wort zu weiteren Haushaltsrisiken. Von einigen hat Herr Minister Arndt selbst gesprochen. Sie sind aber wenigstens teilweise meines Erachtens zu sehr an den Rand gerückt worden. Zweifellos verträgt die Finanzlage des Landes noch eine weitere Verschuldung von 800 Millionen DM. Das ist auch nicht die entscheidende Frage. Wichtiger ist die Prüfung der Frage, ob der Kapitalmarkt den von allen Seiten zu erwartenden Ansturm noch verträgt

(Borsche [CDU]: Sehr richtig!)

und wir mit dazu beitragen, vielleicht sinkende Tendenzen im Zinsniveau wieder ins Gegenteil zu verkehren. Ich sage: mit dazu beitragen; wir werden nicht der stärkste Anreizer dabei sein. Noch fraglicher ist es, ob das Land bei Anwendung des Stabilitätsgesetzes mit der Realisierung einer solchen Kapitalaufnahme überhaupt rechnen kann. Wiederum bleibt bei mir zunächst außer Betracht, was 1972 geschehen soll und geschehen wird.

Von einigen Risiken bei Steuereinnahmen sprach ich bereits. Wir müssen aber im Laufe des Jahres noch mit weiteren Verteuerungen auf fast allen Gebieten rechnen; von den Personalkosten sprach ich schon.

Unter diesen Vorzeichen ist es, das gebe ich offen zu, auch für die Regierungsfaktionen, noch mehr aber für uns in der Opposition nicht einfach, diesen Haushaltsentwurf kritisch zu prüfen und eventuell entscheidend zu verändern. Wir erklären uns zunächst einmal — Herr Reitz, weil ich weiß, daß Sie nachher sprechen — vorsorglich und ausdrücklich bereit, die von unserer Fraktion bereits beantragten oder angekündigten Mehraufwendungen auf Grund eines Kindergartengesetzes — auch wenn Sie es ablehnen werden — und einer demnächst zu behandelnden Novelle des Privatschulfinanzierungsgesetzes in unsere Betrachtungen und Berechnungen mit einzubeziehen, damit Sie die gleiche Platte nicht immer wieder spielen.

(Reitz [SPD]: Deckungsvorschläge machen! Ich werde Ihnen doch noch etwas dazu sagen!)

Dr. Wagner

Dabei sei mir noch eine Zwischenbemerkung erlaubt. — Ja, ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen, aber diese Zwischenbemerkung muß gesagt werden, weil ich gerade das Wort „Privatschulfinanzierungsgesetz“ gebrauchte. Vergangene Woche wurde mir mitgeteilt, daß eine Reihe von Privatschulen im Bereich des Regierungspräsidenten Darmstadt, die kurz vor der Auszahlung des vierten Monatsgehalts an ihre Lehrkräfte stehen, seit Beginn dieses Jahres noch keinen Pfennig der ihnen durch Gesetz zustehenden 50 % für Personalkosten erhalten haben.

(Hört, hört! Unglaublich! bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal! Wir sind ja inzwischen einiges gewöhnt,

(Borsche [CDU]: Gerade aus der Ecke!)

aber der Regierungspräsident in Darmstadt ist tatsächlich dabei, noch den Kultusminister zu überholen.

(Beifall bei der CDU. — Borsche [CDU]: Und das will viel heißen!)

Wir werden u. a. im Kultusbereich der vorschulischen Erziehung und der beruflichen Bildung unser besonderes Augenmerk widmen; im sozialen Bereich den Kindergärten und Stätten für körperlich und geistig Behinderte; im Agrarhaushalt den dort vorgenommenen teilweise erheblichen Umschichtungen, soweit ich das in den wenigen Tagen nachprüfen konnte. Zur Förderung der öffentlichen Sicherheit werden wir bei aller Anerkennung, daß die Regierung vorweg und auch im Etat Polizeiplanstellen mehr eingesetzt hat, unser erstes Augenmerk darauf richten, daß die technische Ausstattung der Stationen und auch der Stellenkegel so gestaltet werden, daß wir die jetzt schon vorhandenen Fehlstellen und demnächst noch in größerer Zahl zu erwartenden Fehlstellen auch tatsächlich mit Nachwuchskräften besetzen können. Das ist wenigstens ein Versuch.

(Beifall bei der CDU.)

Wie unsere Vorschläge konkret aussehen werden, kann heute, ähnlich wie wohl bei den anderen Fraktionen, noch nicht gesagt werden, da uns zumindest Informationen im einzelnen noch fehlen. Es fehlen z. B. — das ist wesentlich für die Beurteilung des Etats im einzelnen, Herr Arndt — ein Überblick über die Haushaltsreste des vergangenen Jahres, ein genauer Überblick über die Überhänge, Vorgriffe und dergleichen mehr; auch die Bindungsermächtigungen müßten ja wohl noch einmal im einzelnen im gesamten dargestellt werden. Es fehlt uns auch ein Hinweis wenigstens in einigen größeren Bereichen auf Baufortschritte im vergangenen Herbst.

Wir werden unseren Ehrgeiz darein setzen, Verbesserungen und Umschichtungen größeren Umfangs und, wie ich glaube, auch erheblicherer politischer Bedeutung vorzuschlagen, als die Regierungsfraktion es nach Presseveröffentlichungen bisher getan hat.

(Beifall bei der CDU.)

Drei Klausurtagungen von SPD und F.D.P. und 25 Millionen DM Umschichtung bei einem 8-Milliarden-Haushalt — erst bei zwei Jahren gibt es ja 50 Millionen DM, so habe ich es verstanden —: das ist bestimmt kein spektakuläres Ergebnis.

(Dr. Lang [SPD]: Wie hoch veranschlagen Sie denn das Soll?)

Aber ich erwarte allerdings von der F.D.P., ich erwarte von Ihnen, daß Ihr Gang zum Sensenstein nicht ein Canossa-Gang war,

(Sehr gut! bei der CDU.)

Dr. Wagner

um öffentlich Buße dafür zu tun, daß Sie in früheren Jahren so massiv wie wir die dort vorbereitete Dampfwalzenmethode kritisiert haben.

(Beifall bei der CDU.)

Einer besonderen Betrachtung bedarf natürlich das neue Finanzausgleichsgesetz und der dazugehörige Einzelplan 17. Ich will wegen der Kürze der Zeit — das würde nämlich längere Zeit in Anspruch nehmen — jetzt weniger über die Neuregelung von Schlüsselzuweisungen bei Zusammenschlüssen von Gemeinden sprechen. Ich will hier auch keinen Fachvortrag halten. Wer erinnert sich aber noch der wenig freundlichen Kritik, die wir an der vorgesehenen Animierprämie geübt haben, an einer Animierprämie,

(Reitz [SPD]: Fragen Sie einmal Herrn Goppel, der macht jetzt dasselbe!)

die zweifellos in vielen Fällen zu einigen unsittlichen Angeboten geführt hat?

(Heiterkeit bei der CDU.)

Ich glaube, daß damit dem Innenminister die Vorbereitungen für eine Territorialreform auf Gemeindeebene nicht unbedingt erleichtert worden sind,

(Zuruf.)

— Funktionalreform ist eine andere Sache, die hat mit Animierprämie nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU.)

Zudem war ja abzusehen — das wurde ja auch ganz offen von uns gesagt —, daß dieses Verfahren nur auf eine sehr, sehr begrenzte Zeit überhaupt Anwendung finden könnte, weil ja letzten Endes die Summe nicht mehr wird, aus der verteilt wird, und die Zahl derer, die zuerst anstehen und herausholen, Jahr für Jahr und Monat für Monat wuchs. Doch darüber wird später im Ausschuß und in der zweiten Lesung noch zu reden sein.

Etwas leicht gemacht haben Sie es sich, Herr Minister Arndt, mit Ihrem Blick auf die Gemeinden und deren Finanzsituation. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie nicht gerne darüber reden. Vielleicht verstehen Sie jetzt auch aus Ihrer eigenen Vorbereitung heraus, weswegen es Ihnen und auch uns dienlich wäre, wenn wir die derzeitige Situation der hessischen Gemeinden finanziell analysieren könnten.

(Dr. Dregger [CDU]: Finanzstatus!)

Das wollte unser Antrag betreffend Finanzstatus erreichen. Inwieweit und ob das gelingen wird, ist ja jetzt noch nicht anzusprechen, aber es wäre eine Grundlage für uns, um unser Finanzverhältnis zu den Gemeinden sicherer und stabiler und deutlicher zu machen, als wir es im Augenblick tun können.

Auch Ihr Schlenker mit der Gewerbesteuer, Herr Finanzminister — sicher, ich weiß auch um den Trick der Kämmerer. Derjenige, der es nicht getan hätte, wäre wahrscheinlich von seinen eigenen Leuten geprügelt worden, wenn er nicht auf die Idee gekommen wäre. Aber das ist doch nicht das einzige. Sie müssen doch auch noch eine andere Entwicklung sehen, und die ist viel peinlicher und einschneidender: daß in vielen, vielen Gemeinden, großen und kleinen, die erste Rate der Gewerbesteuer glatt einging, bei der zweiten sich schon gewisse bröckelnde Tendenzen zeigten, bei der dritten die ersten massiven Anträge auf Stundung und Erlaß kamen und in vielen Fällen, Herr Minister Arndt, die vierte Rate der Gewerbesteuer überhaupt nicht mehr eingegangen ist wegen der sinkenden Ertragslage der Betriebe. Das ist ein Alarmzeichen für die Gemeinden, die mit einer solchen Entwicklung nicht haben rechnen

Dr. Wagner

können, nachdem der Bund einen Hundert-Milliarden-Haushalt vorgelegt hatte.

Mir geht es dabei um noch einen Aspekt. Ich habe die Sorge, und sie ist wohl nicht ganz unbegründet, daß eine gerechte Verteilung der in diesem Etat vorgesehenen Investitionshilfen an die in erster Linie bedürftigen und anstehenden Gemeinden — ich will sie einmal Antragsteller nennen — scheitert an dem Unvermögen des Empfängers, seine Eigenleistung zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Lucas [CDU]: Sehr richtig!)

Sie wissen doch, daß es seit Jahren kaum eine Gemeinde gibt, die in der Lage wäre, eigene Leistungen aus laufenden Mitteln, aus dem ordentlichen Etat heraus, zu finanzieren. Aber seit der Antragstellung ist doch schon wieder eine gewisse Zeit vergangen. Die Möglichkeiten aller Gemeinden und Landkreise in Hessen haben sich so rapide verschlechtert, daß sogar für Darlehensaufnahmen in vielen Fällen kein ausreichender Spielraum mehr vorhanden ist. Es könnte passieren, daß wir tatsächlich bei der Verwirklichung des an sich schon geschmälernten Investitionsprogramms auf die Antwort eines Partners warten, der diese Antwort gar nicht mehr geben kann.

(Dr. Dregger [CDU]: So ist es!)

Ich sprach vorhin von den 2½ Milliarden DM, die zerronnen sind wie Schnee an der Sonne. Wir haben auch geglaubt, auch wir von der Opposition, daß bei der Übergabe der Schulträgerschaft von den Gemeinden an die Landkreise diese durchaus spürbare finanzielle Entlastung der Gemeinden, die damit verbunden war, wenigstens etwas anhalten werde. Sie hat kaum ein paar Monate gereicht zum Atemholen, und schon war alles wieder weg. Jetzt, Herr Minister Arndt, beschwören Sie die Vorstellung, daß das Land und seine Gemeinden in einem Boot sitzen. Vorher klang es anders. Ich glaube, das Bild war bis vor kurzem ganz anders: Der stolz dreinblickende Kapitän einer Luxusjacht reichte bisweilen gnädiglich dem mit hängender Zunge zur Mitfahrt verurteilten Kahnfahrer ein Seilende, um ihn während der stürmischen Fahrt nicht untergehen zu lassen. Ich brauche hier nur den Namen Erich Großkopf zu erwähnen, der aus der Geschichte des hessischen Finanzausgleichs nicht wegzudenken ist.

(Beifall bei der CDU.)

Während sich das Land in Zeiten der Schwemme den Rücken von Schulden freihielt, hatte kein Kommunalpolitiker die gleiche Möglichkeit, ohne eigene langfristige Verschuldung von den Investitionsangeboten des Landes Gebrauch zu machen. Und diese Feststellung gilt für alle Gebietskörperschaften, mag es auch da oder dort im Einzelfall Ausnahmen geben haben. Die gibt es in der Zwischenzeit nicht mehr.

Aber einen Trick, Herr Minister, müssen Sie mir noch erläutern. Sie sind der erste Finanzminister, der behauptet, die Begrenzung — so habe ich Sie verstanden, und ich habe es auch noch einmal nachgelesen — der Kreditaufnahme auf maximal 850 Millionen DM sei in der hessischen Verfassung festgelegt. Ich lasse mich da gern belehren, aber bisher habe ich es, ganz offen gesagt, noch nicht begriffen.

(Reitz [SPD]: Das holen wir im Ausschuß nach! Das ist festgelegt!)

— Selbstverständlich, ich bitte sogar darum. Das ist der erste Finanzminister, der so etwas sagt. Und das möchte ich gerne wissen. Ich meine die Begrenzung auf 850 Millionen DM, darum geht es mir, Herr Reitz. Sie haben schon das Gespräch darüber gehabt, wir noch nicht.

*Dr. Wagner*

Die Opposition hat schon vor Wochen ihre Mitarbeit bei der Etatgestaltung angeboten. Sie wird im Laufe der Beratungen zeigen, daß ihre Etatpolitik auf soliden Grundlagen aufbaut. Der Herr Finanzminister hat an einer Stelle ausführlich und deutlich darauf verwiesen, daß sich im Grunde gegen die Schulreform jeder wendet, der Schulreform propagiert, gleichzeitig aber Forderungen stellt, mit denen das Land finanziell oder baumäßig nicht Schritt halten kann. Lassen Sie ruhig, Herr Minister Arndt, die Beschränkung auf die Schulen weg. Dieser Grundsatz gilt für alle und für alles.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bin allerdings sicher, Herr Minister, daß Sie diese Mahnung nicht in erster Linie, ja überhaupt nicht an die CDU gerichtet haben können. Es gibt andere Adressaten in Bonn und hier in diesem Hause, die sind wichtiger, und ich glaube, daß sie auch deutlicher anzusprechen sind.

(Beifall bei der CDU.)

Zwei Tage vor Ihrer Etatrede, Herr Finanzminister, hat der Regierungschef zum wiederholten Male verkündet, daß Hessen '80 nicht gefährdet sei. Soweit wir diesen Ministerpräsidenten kennen, wird er auch noch einige Zeit verkünden — ich will es mal ganz kurz zusammenfassen —: Wir können alles, wir machen alles, wir bezahlen alles. Der Herr Ministerpräsident wird wohl annehmen müssen, daß wir uns spätestens bei der Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung, auch bei der Bilanz des Jahres 1971 und erst recht am Ende des Jahres 1972, widersprechen werden. Wir sind gespannt, wie lange der Herr Ministerpräsident die Augen noch vor der Wirklichkeit verschließen will,

(Dr. Dregger [CDU]: Vielleicht tritt er bis dahin zurück!)

oder er weiß sehr genau um all die Illusionen und den Schleier schöner Versprechungen, mit dem er die prekäre Finanzsituation des Landes zu umgeben versucht. Dann sollte er den Bürgern in Hessen die Wahrheit sagen. Sie hören die Wahrheit lieber als anderes.

(Beifall bei der CDU.)

Die Behauptung, Hessen '80 sei in keiner Weise gefährdet und werde voll erfüllt, gewinnt nicht dadurch an Glaubwürdigkeit, daß nahezu täglich diese Formel gebetsmühlenhaft wiederholt wird. Nicht für die Opposition, wohl auch nicht für den Finanzminister — soweit ich seine Rede von gestern beurteilen kann — wohl aber für den Regierungschef und die meisten seiner Kabinettsmitglieder muß die Stunde der Wahrheit erst noch kommen. Eines mag uns Parlamentarier allerdings tröstlich stimmen: Die Bürger draußen im Lande glauben längst nicht mehr an dieses Paradies, das ihnen der Ministerpräsident noch vorzugaukeln versucht. Man kann verstehen, meine Damen und Herren von der SPD, daß der Abschied von Alleinherrschaft und Selbstherrlichkeit schmerzlich war und auch von den meisten sozialdemokratischen Kollegen gedanklich noch nicht verkraftet worden ist,

(Beifall bei der CDU.)

und daß vor allen Dingen die Änderung der politischen Landschaft noch nicht gedanklich verarbeitet und nachvollzogen ist. Erst nach Abschluß dieses Denkprozesses kann in Wahrheit eine Landesplanung auf realistischer Basis beginnen. Die Opposition hofft, daß sie auf das Ende dieser Denkpause nicht allzu lange zu warten braucht.

(Starker Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Reitz.

**Reitz (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat gestern sehr sachlich und — Herr Dr. Wagner hat das bestätigt — sehr kritisch und umfassend zum Landesetat gesprochen. Der Schattenminister hat nach Bonn ausweichen müssen. Zur landespolitischen Situation wußte er nicht viel zu sagen.

(Widerspruch bei der CDU. — Zuruf Korn [CDU]: Sie können wohl mit offenen Augen schlafen!)

Ich ziehe daraus den Schluß: Ein Schattenminister ist ein Minister, der wirklich nur der Schatten eines Ministers ist.

(Erneuter Widerspruch bei der CDU.)

— Herr Korn, ich habe Zeit. Ich habe die Hoffnung, daß der Herr Präsident mir die Minuten, die Sie mir wegstehlen, zum Schluß wieder zubilligt.

Aus den Ausführungen des Herrn Finanzministers gestern und auch aus den Passagen Ihrer Ausführungen, Herr Dr. Wagner, habe ich viel Kritik über die Haushaltsabwicklung des Jahres 1970 herausgehört. Es wurden die Mehrausgaben von über 800 Millionen DM, das Defizit von 160 Millionen DM, das wir in den Haushalt 1972 übernehmen müssen, zum Beweis dafür angeführt, daß sich die Landesregierung und Landtagsmehrheit nicht konjunkturgerecht verhalten haben.

Wie ist nun die Situation tatsächlich? Wenn wir einmal die Mehrausgaben auf ihren wirklichen Gehalt hin untersuchen, Herr Dr. Wagner, dann muß man feststellen, daß sie mehr oder weniger fast durchweg zwangsläufig gewesen sind. Oder ist etwa zu kritisieren — und dazu müßte dann ein sehr deutliches Wort gesagt werden — oder war es gar zu verhindern, daß bei den Personalkosten Mehrausgaben von 250 Millionen DM angefallen sind? Sollten weniger Lehrer, weniger Polizeibeamte eingestellt werden? Wie hätten die Mehrausgaben von 155 Millionen DM im Länderfinanzausgleich verhindert werden können? Die Zuführung von 120 Millionen DM zum Investitionsfonds ist in diesem Hause beschlossen worden. Die Zuweisung von 20 Millionen DM zum Landeswohlfahrtsverband, die Aufstockung für den Flughafen, die Aufstockung für die Landesbank, alle diese Dinge haben wir im Haushaltsausschuß — die Damen und Herren von der CDU, die in diesem Haushaltsausschuß mitgewirkt haben, werden das bestätigen müssen — meistens sogar einstimmig beschlossen. Wenn Sie das alles zusammenfassen, dann sind Sie schon bei einem Betrag von über 630 Millionen DM. Daneben — ich weiß, daran werden Sie nicht gerne erinnert, aber auch das muß gesagt werden — gibt es eine ganze Reihe von Ausgaben, und zwar überplanmäßige Ausgaben, die im Haushaltsausschuß beschlossen worden sind und die zum Teil dann sogar — auch das muß gesagt werden — nicht nur mit Zustimmung der Opposition beschlossen worden sind, sondern die zum Teil sogar auf Anregungen und Anträgen beruhen, die von der Opposition ausgegangen sind. Ich muß das nicht im einzelnen darlegen. Ich erinnere nur an die letzte Sitzung des Parlaments in der vergangenen Legislaturperiode. Noch in dieser letzten Sitzung haben Sie Gesetzesanträge und Gesetzesinitiativen eingebracht, die darauf hinausliefen, Mehrausgaben in beachtlichem Umfang zu bewerkstelligen, ohne daß Sie in der Lage waren, Deckungsvorschläge vorzulegen. Wäre es nach Ihnen gegangen und nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion, dann wären die Mehrausgaben für 1970 noch weit höher, als ich es eben hier dargestellt habe.

*Reitz*

Ich habe an die letzte Plenarsitzung erinnert, ich habe an die Ausweitung der Beförderungskosten für die Schüler erinnert, an die Mehrausgaben, die Sie für den Bereich der Hochschule beantragt haben, und, und, und. Hier könnte man noch viele andere Dinge anführen. Das waren Sünden, die wir Ihnen schon damals vorgehalten haben. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie sich heute nicht mehr gern daran erinnern lassen. Das soll nicht heißen — das sage ich mit allem Freimut, und da stehe ich zu, daß ich in Ihre Kritik mit einstimme —, daß dieser Fehlbetrag von 160 Millionen DM von mir bagatellisiert wird. Das ist keineswegs der Fall. Ich wehre mich nur dagegen, daß man heute von dem abbrückt, was man im vorigen Jahr selbst mit beschlossen und zum Teil sogar selbst gefordert hat.

Aber viel problematischer — und auch bei Ihnen klang das in bezug auf die Gemeinschaftsaufgaben an, Herr Wagner — als der entstandene Fehlbetrag ist für das Parlament unter dem Gesichtspunkt der Kontrollfunktion — die ich nicht niedrig veranschlage, die es wahrzunehmen hat — die Tatsache, daß das Volumen der Abweichungen in Einnahme und Ausgabe von den veranschlagten Haushaltssätzen einen solchen Umfang angenommen hat. Ich habe bei der ersten Lesung des Nachtragsetats für 1970 bereits darauf hingewiesen, daß der Zweijahreshaushalt neue Probleme aufwirft. Die Verdoppelung der Veranschlagungsspanne birgt die Gefahr in sich — und die Abwicklung des Haushalts für 1970 gibt mir in erheblichem Umfang recht hinsichtlich der Bedenken, die ich damals vorgetragen habe —, daß der tatsächliche Haushaltsvollzug in ganz erheblichem Umfang von dem abweicht, was das Parlament beschlossen hat, und zwar abweicht — das muß man dabei sehen — nicht als Folge willkürlicher Maßnahmen und Entscheidungen, die die Landesregierung zu verantworten hätte, sondern aus dem Zwang der Entwicklung. Je größer die zeitliche Differenz zwischen Veranschlagung und Haushaltsabwicklung ist, um so größer ist die Gefahr, daß Planung und Wirklichkeit voneinander abweichen. Das muß man sehen, und der Vollzug des Haushalts 1970 macht das deutlich. Gerade eine Zeit, die durch ein starkes Auf und Ab im Wirtschaftszyklus gekennzeichnet ist, bringt Schwierigkeiten bei der Festlegung der Haushaltsausgaben und -einnahmen über zwei Jahre. Von einer Bewährung des Zweijahreshaushaltes, das wollte ich zu Beginn dieser Ausführungen sagen, kann noch nicht gesprochen werden. Allerdings bin ich auch weit davon entfernt, ihn vorschnell als unbrauchbares Mittel einer exakten Haushaltsführung abzuqualifizieren. Die weitere Beobachtung während des Vollzugs des nun als Entwurf vorliegenden Zweijahreshaushalts in den Jahren 1971/72 wird uns hoffentlich neue Erkenntnisse bringen.

Soviel zu den grundsätzlichen Dingen, die sich aus der Änderung der Haushaltssystematik, die wir ja nun erstmals im Erfolg, im nachhinein, im Vollzug zu kontrollieren haben, darstellen und ergeben.

Einige allgemeine Bemerkungen zu dem vorliegenden Entwurf, der, und da gebe ich Ihnen recht, Herr Wagner, sich ja doch durch ein beachtliches Ansteigen auszeichnet, durch ein Ansteigen, das die Durchschnittsbeträge der letzten Jahre bei weitem übersteigt. Trotzdem, trotz dieser nicht unbeachtlichen Ausweitung, ist es weder möglich gewesen, alle Wünsche zu berücksichtigen — da sind wir mit Ihnen einig —, noch ist es möglich gewesen, überall das Erforderliche in wünschenswertem Umfang zu tun. Darüber gibt es gar keinen Streit. Nur, nennen Sie mir den Haushaltsplan, wo das jemals möglich gewesen ist! Das muß man doch dabei sehen. Das ist auch kein Kriterium für die Beurteilung eines Haushaltsplans. Entscheidend für ein Ja oder

*Reitz*

ein Nein zu einem Etat ist nicht, ob der eine oder andere Ansatz niedriger oder höher ausgestattet worden ist. Entscheidend sind vielmehr zwei Fragen:

1. Ermöglicht dieser Haushaltsplan, die gesellschaftspolitische Entwicklung, gemessen an den Erfolgen der letzten 20 Jahre — und noch soviel polemische Kritik kann diese Erfolge nicht aus der Welt schaffen —, kontinuierlich voranzutreiben, und

2. entspricht dieser Haushaltsplan den Erfordernissen, den Zielsetzungen, die in der Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung für die Jahre 1971 bis 1974 formuliert worden sind?

Die Antwort auf diese beiden Fragen — die langfristige Projektion und die Zielsetzung für die vier Jahre — gibt auch Aufschluß darüber, ob zu diesem Haushaltsplan ein Ja oder ein Nein am Platze ist.

Einige Anmerkungen zu der ersten Frage hinsichtlich der langfristigen Projektion: Meine Damen und Herren von der Opposition, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, der Entwurf des Landesentwicklungsplans zeigt die geplante Entwicklung unseres Landes bis 1985 auf.

(Zurufe von der CDU.)

— Ich beziehe mich hier auf die Regierungserklärung, ich nehme an, die haben Sie doch auch gehört.

(Lachen bei der CDU.)

Die endgültige Fassung des Landesentwicklungsplans wird im Sommer dieses Jahres dem Parlament vorgelegt werden. Damit — auch das scheint noch nicht bei allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses klar zu sein — entspricht die Landesregierung einem Auftrag, den der Landtag, dieses Parlament, im vorigen Jahr mit der Verabschiedung der Raumordnungsgesetze erteilt hat.

(Sprenger [SPD]: Genau!)

Der Landesentwicklungsplan muß mittelfristig durch die jeweiligen Durchführungsabschnitte konkretisiert werden. Die zahlenmäßige Ergänzung, die Verdeutlichung, die Untermauerung erhält er durch die für den gleichen Zeitraum vorzulegende mittelfristige Finanzplanung. Bei allen Unwägbarkeiten — das verkennen wir auch nicht —, die sich bei starken Konjunkturschwankungen für eine mittelfristige Finanzplanung ergeben, zeigt sie die voraussichtliche finanzielle Entwicklung für den Zeitraum eines Durchführungsabschnitts dieses Landesentwicklungsplanes auf und legt damit gleichzeitig offen, ob die Zielsetzungen dieses Durchführungsabschnitts von realistischen Betrachtungen ausgehen oder nicht. In den Haushaltsplänen tritt dann jeweils der Vollzug des Durchführungsabschnitts für den Zeitraum ein, für den der Haushaltsplan beschlossen wird.

Ich will hier nichts sagen — der Herr Finanzminister hat sich gestern lange darüber ausgelassen — über die einzelnen Quoten für die speziellen Teilbereiche, über Zuwachsraten usw. Eines jedoch ist nachprüfbar, auch für Sie von der Opposition: Im Haushaltsplanentwurf für 1971/72 sind rund 2,6 Milliarden DM für die Realisierung des Landesentwicklungsplans eingesetzt. 2,6 Milliarden DM! Das entspricht den Raten, die unter Berücksichtigung der 15jährigen Laufzeit erforderlich sind, um diese Planung zu realisieren.

(Dr. Loew [CDU]: Aber mit den Preisen von vorgestern! — Arndt [SPD]: Nein! Die sind doch berücksichtigt! — Dr. Dregger [CDU]: Und wie ist es mit der Verschuldungsgrenze?)

Mit dem Landesentwicklungsplan, mit der Fortschreibung der Finanzplanung und den jährlichen Haushaltsplänen werden praktisch die Bücher offengelegt, und wir fürchten nicht, meine Damen und Herren von der

**Reitz**

CDU, sondern wir hoffen geradezu, daß Sie endlich einmal einen Blick in diese Bücher werfen, damit auch Sie sich überzeugen können, daß dieser Haushaltsplan in die langfristige Projektion für die Entwicklung unseres Landes paßt.

(Zurufe von der CDU.)

Dabei muß man natürlich zwei Dinge sehen, und ich wiederhole das, was x-mal hier vorn dargestellt worden ist, aber es scheint doch immer wieder notwendig zu sein, darauf hinzuweisen.

(Josef Weber [CDU]: Das schaffen Sie nie!)

— Herr Weber, bei Ihnen glaube ich das gern, daß wir das nicht schaffen, das brauchen Sie hier nicht zu betonen.

(Beifall bei der SPD.)

Das haben Sie schon einmal hier vorn deutlich gemacht. Wenn ich mich an die Opposition wende, bitte betrachten Sie sich als ausgeschlossen!

(Zurufe von der CDU. — Dr. Wagner [CDU]: So etwas würde ich nicht sagen!)

Eine Projektion, die über 15 Jahre angelegt ist, kann nicht innerhalb von zwei Jahren oder drei Jahren verwirklicht werden. Wenn wir, um nur ein Beispiel zu nehmen, ein Schulbauprogramm mit mehr als 4 Milliarden DM Bauvolumen unterstellen, und wenn wir das in zehn Jahren verwirklichen wollen, dann heißt das, daß ein Teil dieser vorgesehenen Schulbaumaßnahmen auch erst in zehn Jahren durchgeführt werden kann. Nichts anderes ist möglich. Es wird sogar erforderlich sein, daß bei der Verwirklichung des Landesentwicklungsplanes nicht alle Teilbereiche — das ist doch selbstverständlich, aber auch das stelle ich hier noch einmal dar — jährlich mit einem Fünftel oder einem X-ten gleichmäßig ausgestattet werden. Hier ist es erforderlich, Schwerpunkte zu setzen. Ein solcher Schwerpunkt ist z. B. das Schulwesen, so daß es nur logisch ist, daß für den Schulbau in den Jahren 1971 und 1972 rund 650 Millionen DM zur Verfügung stehen. Das führt natürlich dazu — auch das muß man sehen —, daß bei anderen Bereichen geringere Quoten auszuweisen sind. Das muß hingenommen werden, weil es nur so möglich ist, Schwerpunkte, die für die jeweilige Legislaturperiode gesetzt sind, auch finanziell entsprechend auszustatten.

(Stein [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Auch dieser Haushaltsplan läßt, wie jedes Jahr, viele Wünsche offen — darüber ist doch gar nicht zu streiten —; aber er stellt auch einen großen Schritt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserem Lande dar. Vielleicht wird es erforderlich sein, im Zuge der Haushaltsberatungen in dem einen oder anderen Bereich noch kräftigere Akzente zu setzen. Wir haben den Plan ja trotz der Tagung auf dem Sensenstein — Herr Dr. Wagner ist jetzt nicht da, ich sage es trotzdem — doch nur einer ersten Durchsicht unterziehen können. Eine Sache darf aber bereits jetzt für meine Fraktion gesagt werden: Wir werden, meine Damen und Herren von der Opposition, keiner Ausweitung des Haushaltsplans zustimmen. Die Auswirkungen der Finanzreform, die unser Land weit stärker betroffen haben, als wir es zunächst unterstellt haben, und die Entwicklungen im Einkommensteueraufkommen, die im Dezember 1970 so drastisch deutlich geworden sind, lassen eine höhere Steuerschätzung nicht zu. Weitere Ausgaben — wenn wir den Plan ausweiten wollen — wären nur auf dem Darlehenswege zu finanzieren. Wir lassen jedoch keinen Zweifel daran — auch das sage ich in dieser ersten Lesung unmißverständlich —, daß wir nicht gewillt sind, die vorgesehene Darlehensaufnahme von 800 Millionen

**Reitz**

DM noch auszuweiten. Eine Nettoneuverschuldung von 722 Millionen DM im Jahre 1971 und von 750 Millionen DM im Jahre 1972 ist geradezu schwindelerregend — das gebe ich zu —, aber es ist ja immer wieder interessant, wie der Widerspruch hier aufbricht. Herr Dr. Wagner sprach sich eben kritisch zu dieser Neuverschuldung aus und tadelte dann im gleichen Atemzuge rückwirkend wieder, daß es einmal Zeiten gegeben habe, in denen wir nicht in die Verschuldung gehen mußten. Das ist der Widerspruch, in dem Sie immer wieder stehen.

(Zuruf Dr. Dregger [CDU].)

Die Zeit, in der die Regierung von der Opposition getadelt wurde, weil sie den gesamten Bedarf des außerordentlichen Haushalts aus den Überschüssen des ordentlichen Haushalts decken und eine Schuldenaufnahme vermeiden konnte, ist vorbei. Ich hoffe, daß das ernüchternd wirkt, und zwar für die Regierungsparteien und die Opposition.

(Dr. Dregger [CDU]: Für Sie! Wir sind immer nüchtern gewesen!)

— Und die Opposition, Herr Dr. Dregger!

Deshalb — diesen Schluß ziehe ich daraus — wird es bei dem Volumen des Haushaltsplanentwurfs und der vorgesehenen Darlehensaufnahme als Obergrenze bleiben müssen.

Ein Zweites: Der Etat wird 1972 unausgeglichen vorgelegt. Wir sind bereit, den Fehlbetrag von rund 213 Millionen DM zunächst — und das betone ich —, zunächst zu akzeptieren. Allerdings erwarten wir von der Landesregierung, daß über den sicher notwendig werdenden Nachtrag für das Jahr 1972 der Ausgleich erfolgt und der Fehlbetrag nicht nur erheblich gemindert, sondern beseitigt wird. Ich halte es auch für realistischer und ehrlicher — das sage ich insbesondere auch in bezug auf das, was Herr Dr. Wagner im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik hier angeführt hat —, ich halte es für realistischer und ehrlicher, den Etat lieber unausgeglichen vorzulegen, als auf Mätzchen auszuweichen, wie es z. B. in Bayern und in Baden-Württemberg geschehen ist:

(Beifall bei der SPD.)

in Bayern, das den Umsatzsteueranteil der Länder einfach von 30 auf 35 % erhöht, obwohl bisher keinerlei realistische Grundlage dafür gegeben ist,

(Schäfer [SPD]: Das ist auch eine Möglichkeit!)

in Baden-Württemberg, das — ein wenig eleganter, für den ersten Blick weniger auffällig, das gebe ich zu — die Personalausgaben

(Zurufe von der CDU.)

einfach um einige hundert Millionen DM zu niedrig ansetzt. Das ist eine unsolide Finanzwirtschaft. Einem solchen Verfahren würden wir hier unsere Zustimmung nicht geben.

Der Fehlbetrag von rund 213 Millionen DM erleichtert es der Landesregierung, deutlich zu machen, daß die Finanzreform nicht, wie es von einigen Ländern der Bundesrepublik angestrebt wird, in der Richtung weitergeführt werden kann, daß die finanzstarken Länder, insbesondere das Land Hessen, noch mehr zur Kasse gebeten werden. Hessen ist bereits auf 99,9 % des Länderdurchschnitts gedrückt worden, und ich wundere mich, daß Herr Dr. Wagner eben in einem Vorwurf hier hat anklingen lassen, das sei alles vorauszusehen gewesen. Die pessimistischsten Schätzungen bei den Verhandlungen um die Finanzreform ordneten das Land Hessen etwa in der Höhe bei 102 % ein. 102 %. Was ist aus ihnen geworden? Auf 99,9 % hat sich das Pendel

Reitz

dann tatsächlich eingestellt. Es wird ganz einfach übersehen — hier unterstreiche ich das, was Finanzminister Arndt gestern ausgeführt hat —, daß in einem Lande mit hoher Infrastruktur auch hohe Aufwendungen nicht nur bei den Investitionen, sondern als laufende Ausgaben erforderlich werden.

(Vizepräsident Voitel übernimmt den Vorsitz.)

Um ein Beispiel zu nennen: Die überdurchschnittlichen Investitionsausgaben im Bereich der Hochschulen haben dazu geführt, daß wir in Hessen auf 100 000 Einwohner 676 Studenten haben. Mit der Investition als Voraussetzung für diesen Leistungsstand ist es jedoch nicht getan. Nach allen Erfahrungssätzen muß veranschlagt werden, daß diese Investitionen jährlich laufende Ausgaben von 15 bis 20 % der Investitionssummen erforderlich machen. Mit 676 Studierenden auf 100 000 Einwohner leisten wir zum Beispiel Entwicklungshilfe für ein Land wie Rheinland-Pfalz, das es auf ganze 280 Studierende bringt. Auch das muß im Länderfinanzausgleich einmal berücksichtigt werden, nicht nur die Steuerkraftzahlen.

Wir erwarten also, daß die Bemühungen der Landesregierung um eine Verbesserung der Finanzsituation unseres Landes beim Bund und den anderen Ländern auf Verständnis stoßen und daß es so möglich sein wird, im Nachtrag für 1972 den Fehlbetrag von 213 Millionen DM auszugleichen. Sollte das nicht der Fall sein — auch das sage ich hier ganz unmißverständlich —, müssen selbstverständlich unter Berücksichtigung der konjunkturpolitischen Situation — wenn auch noch so schmerzliche — Kürzungen bei der Beratung des Nachtragsetats erfolgen, weil wir nicht bereit sind, den Vollzug des Haushaltsplans 1972 — ich sage: den Vollzug des Haushaltsplans 1972! — mit einem defizitär angelegten Haushaltsplan zu beginnen. Sicherlich wäre — wer finanzpolitisch ein wenig von diesen Dingen weiß, wird das bestätigen — ein einmaliges Haushaltsdefizit kein finanzielles Fiasko. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß sich diese Beträge, wenn keine grundlegende Korrektur in den nachfolgenden Jahren erfolgt, jährlich zwangsläufig steigern und innerhalb kurzer Zeit zur finanziellen Bewegungsunfähigkeit führen.

Und nun von den langfristigen Zielsetzungen zu dem Rahmen, der durch die Regierungserklärung abgesteckt worden ist. Ich will nur einige Schwerpunkte herausgreifen. Lassen Sie mich zuvor aber noch ein allgemeines Problem ansprechen, das uns sicherlich mit großer Sorge erfüllt. Ich meine den Anstieg der Personalkosten. Das Anwachsen der Personalkosten auf 40 und mehr Prozent der gesamten laufenden Ausgaben ist ein Alarmzeichen.

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr richtig!)

Dabei lege ich die Betonung nicht allein auf Personalkosten; das könnte man manipulieren, nicht nur durch haushaltstechnische Tricks — das kennen Sie auch —, sondern ganz einfach dadurch, daß man bestimmte personalintensive Ausgaben nicht in Form von Ansätzen im Stellenplan berücksichtigt, sondern an anderer Stelle bei den Sachausgaben. Das will ich gar nicht ansprechen. Aber ich meine, daß dieser Anstieg der Personalkosten ein Indiz dafür ist, daß die fixen Kosten zu Lasten des freien Spielraums und damit zu Lasten der Investitionen von Jahr zu Jahr in ihrem Anteil ansteigen.

(Dr. Horn [SPD]: Genau das ist das Problem!)

Das ist die gefährliche Situation, das ist die gefährliche Entwicklung,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Die in Hessen '80 nicht berücksichtigt ist!)

Reitz

der wir gegensteuern müssen. Ich freue mich, Herr Dr. Schwarz-Schilling, daß Sie mir zustimmen; deswegen werde ich Ihnen gleich etwas sagen. So bedrohlich diese Entwicklung auch ist, sie ist — das fürchte ich — unausweichlich, ganz einfach deshalb, weil sie letzten Endes aus den Forderungen resultiert, und zwar den berechtigten Forderungen, die der Bürger an seinen Staat stellt. Wer wollte bezweifeln — das geht hier durch alle Fraktionen —, daß die Personalverbesserungen im Schulbereich — Herr Dr. Wagner sprach es vorhin selbst an —, im Hochschulbereich, bei der Polizei, bei der Steuerverwaltung notwendig sind? Gerade im letzten Bereich zeigt sich doch, daß übertriebene Sparsamkeit letzten Endes nicht nur zu einer Minderung der Einnahmen des Staates führt, sondern daß Ungerechtigkeit geradezu „legalisiert“ wird, daß das Recht zum Recht des Stärkeren wird. Wenn Veranlagungen über Jahre hinweg nicht mehr vorgenommen werden, wenn die Betriebsprüfungen in dem Ausmaße hinter der Entwicklung herhinken, wie uns das u. a. aus Berichten des Rechnungshofes bekannt ist, dann kommen wir faktisch steuerlich in ein Zweiklassensystem. Da ist einmal die Klasse der Arbeitnehmer, die ihre Steuern laufend bezahlen, in vielen Fällen sogar mehr, als sie dann auf Grund der Jahresgesamtrechnung zu erbringen haben; da ist auf der anderen Seite die Klasse derjenigen, die zunächst ständig weniger bezahlen und sich auf diese Weise zinslose Darlehen von der Allgemeinheit besorgen,

(Zustimmung bei der SPD.)

die dann wieder zu Lasten dessen gehen — das ist doch gerade das Verwerfliche dabei —,

(Schäfer [SPD]: Teufelskreis!)

der treu und brav und pünktlich seine Steuern bezahlt. Deswegen spreche ich von einem Zweiklassensystem!

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr richtig! Ändern Sie das mal endlich! Schweinerei!)

Unter diesem Gesichtspunkt stimmen wir der Ausweitung des Stellenplanes im Bereich der Steuerverwaltung und auch dem Ausbau der Finanzschule Rotenburg zu. Herr Dr. Dregger, Sie sagen: Ändern Sie das! Mir ist klar — und Ihnen doch auch, wenn Sie ehrlich sind —, daß eine grundlegende Änderung, daß mehr Gerechtigkeit nur durch eine Vereinfachung der Steuergesetze zu erzielen sein wird.

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr richtig!)

Auch wenn das so ist, erwarten wir doch, daß langfristig durch die Ausweitung der Ausbildungskapazität in Rotenburg und durch die Ausweitung der Stellenpläne eine Milderung der derzeitigen Mißstände eintritt.

(Dr. Dregger [CDU]: Das wollen wir hoffen!)

Von diesem Sonderbereich weg zu dem Personalproblem allgemein. Ich sagte, daß die Ausweitung der Stellenpläne — die Zahl 100 000, die wir inzwischen überschritten haben, ist doch wohl ein markanter Punkt — das Ergebnis der Anforderungen ist, die wir Bürger — ich sage nicht: die Bürger — mit Recht an unseren Staat stellen. Das sage ich in allem Ernst. Ich meine, so leichtfertig, wie Sie, Herr Dr. Wagner, über diese Dinge hinweggegangen sind, kann man das nicht tun. Diese Anforderung ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß der gleiche Bürger, der dieses fordert, wissen muß, daß bessere Leistung, bessere personelle Ausstattung, mehr Sicherheit, bessere Ausbildungsmöglichkeit durch mehr Lehrer, bessere Sozialbetreuung durch mehr Bedienstete auch mehr kostet. Das müssen wir in aller Deutlichkeit sagen. Diese Dinge können nicht unbegrenzt fortgeführt werden. Der Haushalts-

Reitz

entwurf macht deutlich, daß schneller als wir denken — bei der Debatte über die Regierungserklärung habe ich das schon einmal anklingen lassen — der Zeitpunkt kommt, an dem wir alle und die Bürgerschaft insgesamt entscheiden müssen, was wir wollen: bessere Dienstleistungen und als Voraussetzung dafür einen höheren Anteil des Sozialprodukts für den Staat oder aber einen geringeren Anteil für die öffentliche Hand und ein langsames Tempo bei der Verwirklichung des gesellschaftspolitisch Notwendigen. Herr Dr. Wagner, das ist nicht, wie Sie es formulieren, ein Zick-Zack-Kurs des Finanzministers. Es gibt zwischen diesen beiden Wegen keinen Mittelweg. Hier werden wir alle miteinander Farbe bekennen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Aber zurück zu den Zielen der Regierungserklärung und ihrem Niederschlag in diesem Haushaltsplan.

Die Priorität der Bildungsprobleme wurde sowohl in der Regierungserklärung als auch im Koalitionsabkommen betont. Dieser Haushaltsplan macht deutlich — Herr Dr. Wagner, auch Ihre polemische Bemerkung bezüglich eines Wahlkampfplakates mit den Kindern, die da angeblich schulfrei gehabt haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen;

(Dr. Wagner [CDU]: War doch schön!)

wenn Sie nicht mehr zu diesem Bereich der Kulturpolitik in unserem Lande beizutragen haben, Herr Dr. Wagner, dann tun Sie mir leid; mehr kann ich dazu nicht sagen —

(Beifall bei der SPD.)

dieser Haushaltsplan macht deutlich, daß es sich bei den Festlegungen der Prioritäten in der Regierungserklärung und im Koalitionsabkommen nicht um leeres Gerede handelt, sondern daß die Zielsetzung von der Finanzausstattung her realisiert wird. 3 300 Stellen der insgesamt 5 100 des Jahres 1971, 2 900 Stellen der insgesamt 4 760 des Jahres 1972 gehen in den Bereich des Kultusministers. Dazu kommen 3 097 Stellen, die sich aus der Bereinigung des Stellenplanes unter Berücksichtigung der Sonderprogramme des Jahres 1970 ergeben. Herr Dr. Wagner, ist das Augenwischerei? So haben Sie es vorhin formuliert. Ich muß Sie fragen: Ist das Auf-der-Nase-Liegen? Mehr haben Sie dazu nicht zu sagen? Das ist insgesamt ein Stellenzuwachs von 9 471. Das heißt, 70 % des gesamten Stellenneuzugangs gehen in den Bereich des Kultusministeriums. Wer will angesichts dieser Verbesserungen noch behaupten, in diesem Lande werde nicht alles Mögliche — und die Betonung liegt hier auf dem Wort „Mögliche“; daß es nicht genug ist, weiß ich auch, das müssen Sie uns nicht klarzumachen versuchen — für den Bereich der Bildung getan? Dabei muß gesagt werden — auch wenn Ihnen das nicht paßt —, daß wir trotz aller Unzulänglichkeiten, die ich gar nicht verkenne, bei der personellen Ausstattung der Schulen im Ländervergleich in der Bundesrepublik in der Spitzengruppe bei den Grund- und Hauptschulen und bei den Gymnasien sogar an erster Stelle liegen. Sie müßten einmal fragen, wieviel schulfrei denn in den anderen Ländern der Bundesrepublik ist, Herr Dr. Wagner. Kommen Sie doch nach vorn und nennen Sie andere Zahlen! Widerlegen Sie es doch!

(Dr. Loew [CDU]: Wiesbadener Berufsschulen! —

Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Berufsschulen! —

Gegenruf Dr. Horn [SPD]: Bei den Berufsschulen ist es anders; das wissen wir doch!)

„Hessen vorn!“ ist eben nicht nur ein Slogan, sondern in vielen — ich sage nicht: in allen — Bereichen konkrete Wirklichkeit!

(Beifall bei der SPD.)

Reitz

Eine andere Zahl unterstreicht die Bedeutung, die der Kulturpolitik in diesem Lande zugemessen wird. Der Einzelplan 04 umfaßt 24 % des Haushaltsplans. Hinzu kommen noch die Bauausgaben für den Kultusbereich. Herr Dr. Wagner, ich hätte gern von Ihnen wenigstens ein anerkennendes Wort zu diesen Größenordnungen gehört. Hier nur zu sagen, man sei bereit, sachlich mitzuarbeiten, und dann lediglich in Polemik zu machen, das ist kein ausreichendes Fundament für eine Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn wir die Bauausgaben für den Kultusbereich hinzunehmen — 337 Millionen DM von 385 Millionen DM; das sind rund 85 % des gesamten Hochbauetats —, dann erhöht sich der Anteil des Kultusbereichs am Gesamthaushalt auf knapp 28 %. Dazu kommen — ob es Herrn Dr. Schwarz-Schilling paßt oder nicht — mehr als 300 Millionen DM, die dem Bildungsbereich über den kommunalen Finanzausgleich als Beihilfen für den Schulbau zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt, meine Damen und Herren von der Opposition, ergibt das 31,25 % der Gesamtausgaben. Mit anderen Worten: Fast jede dritte Mark der Gesamteinnahmen in unserem Lande wird für den Bereich der Bildung ausgegeben.

Der Finanzminister hat dargestellt, wie in den letzten zehn Jahren die Gesamtausgaben im Schul- und Hochschulbereich gestiegen sind, nämlich von 742 Millionen DM vor zehn Jahren auf rund 2,3 Milliarden DM im Jahre 1971. Das ist ein stolzes Ergebnis, mit dem wir vor die Bürger und insbesondere vor die Jugend unseres Landes hintreten können, ein Ergebnis, das trotz aller Mängel, die auch von mir nicht bestritten werden — ich sage das immer wieder —, Anspruch darauf hat, nicht nur kritisiert und bemängelt, sondern auch positiv gewürdigt zu werden, Herr Dr. Wagner.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zum Hochbauetat sagen. Ich habe es ja eben schon anklingen lassen: Der Einzelplan 18 liest sich — wenn man sich der Mühe unterzieht — praktisch wie ein Sonderplan zum Kultusetat. Ich sage bereits: 337 Millionen DM von 385 Millionen DM des Haushaltsplans 1971 sind für Baumaßnahmen im Bereich der Bildung bestimmt. Dabei ist zu berücksichtigen — man muß immer wieder darauf hinweisen —, daß wir die Folgekosten bei diesen Beträgen mit 15 bis 20 % der Investitionen ansetzen müssen. Das Gesamtvolumen — ich nenne auch diese Zahl noch, um deutlich zu machen, um welche gigantische Größenordnung es im Grunde geht — der zur Zeit im Bereich des Kultusministeriums in Bau befindlichen Maßnahmen liegt bei 2,6 Milliarden DM. Davon ist bis 1970 bereits knapp 1 Milliarde DM bewilligt, und nach der Abwicklung der Haushaltsansätze 1971/72 wird für die Haushaltsjahre ab 1973 für diese Maßnahmen, ohne daß eine einzige neue hinzukommt, noch eine weitere Milliarde zu erbringen sein.

Der Abschnitt Wissenschaft im Bereich des Kultusministeriums steigt in seinen Gesamtausgaben von 570 Millionen DM im Jahre 1970 auf 766 Millionen DM im Jahre 1971 und auf 841 Millionen DM im Jahre 1972. Das ist zunächst von der für 1970 veranschlagten Summe zu 1971 ein Anstieg von 34 % innerhalb dieses Teilbereichs „Wissenschaft“ im Einzelplan 04. Die Gesamtausgaben im Kultusbereich steigen von 1,46 Milliarden DM auf 1,9 Milliarden DM im Jahre 1971; das ist ein Anstieg von nahezu 28 %.

Ich wäre versucht, einiges zu sagen zu den besonderen Problemen der Gesamthochschule Kassel und der Ausstattung des nordhessischen Bereichs, aber mit Blick auf die Uhr will ich mir das versagen.

Lassen Sie mich zum Bereich des Einzelplans 04 noch eine Anmerkung machen: In der Debatte über die Re-

Reitz

gierungserklärung habe ich im Auftrag meiner Fraktion dargelegt, daß dem Berufsschulwesen in den kommenden vier Jahren besondere Bedeutung beizumessen ist. Dieser Bereich ist in der öffentlichen Diskussion der vergangenen Jahre ein wenig in den Hintergrund getreten,

(Dr. Dregger [CDU]: Bei uns nicht!)

und das völlig zu Unrecht, wenn man berücksichtigt, daß immer noch für die große Mehrheit der Jugendlichen die schulische Ausbildung mit der Berufsschule endet. Wir sind daher der Meinung, daß insbesondere die technische Ausstattung der Berufsschulen verbessert werden muß.

(Dr. Dregger [CDU]: Dringend notwendig, Priorität Nr. 1!)

— Herr Dr. Dregger, das ist eigentlich, das wissen Sie doch als Oberbürgermeister a. D., Sache der Schulträger. Aber die Größenordnungen, das gestehe ich Ihnen zu, liegen immerhin zwischen 50 bis 100 Millionen DM, die erforderlich sind. Die Größenordnung übersteigt also, auch das sei zugestanden, die Leistungsfähigkeit der Schulträger und macht außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Die sozialdemokratische Fraktion wird — und hier besteht Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner — im Zuge der Haushaltsberatung für beide Haushaltsjahre 1971 und 1972 beantragen, je einen Ansatz von 3 Millionen DM als Beihilfen für die Schulträger zur besseren technischen Ausstattung der Schulen vorzusehen.

(Zuruf Dr. Dregger [CDU].)

— Ja, Herr Dr. Dregger, Sie sagen: wenig. Es bleibt Ihnen unbenommen — und ich bin bereit, offen und fair mit Ihnen darüber zu debattieren und das zu prüfen —, mehr vorzuschlagen und dafür dann die entsprechenden Deckungsvorschläge zu machen,

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

und wenn das ein sachlicher Vorschlag ist, dann seien Sie sicher, daß Sie von uns nicht von vornherein ein Nein nur deshalb bekommen, weil dieser Vorschlag von Ihnen kommt.

(Dr. Dregger [CDU]: Sehr schön! — Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist aber neu!)

Aber auf Ihren sachlichen Deckungsvorschlag bin ich gespannt, und aus der Notwendigkeit, den sachlichen Deckungsvorschlag vorzulegen, werden wir Sie nicht entlassen. Wir durchbrechen, das weiß ich, zwar mit diesem Ansatz den Grundsatz, der bisher Beihilfen nur für Investitionen

(Zuruf Dr. Dregger [CDU].)

— den nehmen wir das nächstmal mit zum Sensenstein —

(Dr. Dregger [CDU]: Sie können ja den Landtag dorthin verlegen!)

für die Erstaussstattung der Schulen vorsah. Wir wollen das mit dem ohne Zweifel vorhandenen Nachholbedarf begründen. Dieser Nachholbedarf macht eine Beteiligung des Landes mindestens in dem vorgesehenen Umfang erforderlich.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Einzelplan 03 machen. Die Bemühung der Landesregierung, die Verhältnisse im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verbessern, wird augenfällig deutlich durch die beabsichtigte Übernahme der kommunalen Polizei in zwei Stufen. Zum 1. 1. 1972 ergibt sich da ein Mehr von 730 Stellen. Daneben ist vorgesehen, im Laufe der beiden Haushaltsjahre 1971 und 1972 die Kriminalpolizei um 263 Stellen zu verbessern, die Schutzpolizei

Reitz

um 250 Stellen und die Bereitschaftspolizei um etwas mehr als 500 Stellen. Ich betone das nicht und hebe das nicht deshalb hervor — und um Mißverständnissen vorzubeugen, sage ich das ganz eindeutig —, weil ich den Polizeistaat predigen will; das aus meinen Worten zu entnehmen, wäre albern. Ich wiederhole jedoch, was ich in der Debatte zur Regierungserklärung sinngemäß gesagt habe. Das Verhältnis des Bürgers zum Staat, und gerade zum demokratischen Staat, wird nicht nur bestimmt durch den sozialen Leistungsstand dieses Staates, sondern ist weithin auch von der Antwort auf die Frage nach dem persönlichen Schutz und der persönlichen Sicherheit des Bürgers abhängig.

(Dr. Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Verbesserung der Stellensituation im Polizeibereich zu begründen. Die SPD-Fraktion wird auch hier Änderungswünsche vortragen. Die Landesregierung wird um Prüfung gebeten werden, ob es möglich sein wird, eine weitere Hundertschaft der Bereitschaftspolizei einzurichten oder die vorhandenen Hundertschaften aufzustocken. Die Unterbringungsmöglichkeiten — lassen Sie mich ein Sonderproblem im Bereich der Polizei ansprechen — in der Polizeischule in Wiesbaden-Kohlheck entsprechen trotz der großen baulichen Anstrengungen, die dort in den letzten Jahren gemacht worden sind, nicht in vollem Umfang den Erfordernissen. Sie sind zum Teil, das sage ich in aller Offenheit, geradezu unerträglich. Deshalb werden wir beantragen, daß im Einzelplan 18 der Neubau eines weiteren Unterkunftsgebäudes mit 220 Plätzen vorgesehen wird. Der Betrag von etwa 4 Millionen DM, der dafür erforderlich ist, wird durch Umschichtung, durch finanzielle Streckung anderer im Einzelplan 18 vorhandener Baumaßnahmen ohne eine Ausweitung des Gesamtvolumens des Hochbauetats gewonnen.

Im Zusammenhang mit dem Einzelplan 03 möchte ich auch ein anderes Kapitel ansprechen, und das, das sage ich ohne Einschränkung, ist alles andere als erfreulich. Ich meine die Personalsituation beim Regierungspräsidenten in Darmstadt. Niemand kann bestreiten, daß dort in letzter Zeit ein Engpaß entstanden ist,

(Frau Geier [CDU]: In letzter Zeit?)

der insbesondere in der Schulabteilung zu geradezu unerträglichen Verhältnissen geführt hat.

(Frau Geier [CDU]: Was durch Ihre sinnvolle Zusammenlegung gekommen ist!)

— Frau Geier, haben Sie doch einmal ein wenig Geduld.

Diese Situation wird in der Öffentlichkeit polemisch sehr oft nur, ich betone das, als Folge des Zusammenschlusses der beiden Regierungsbezirke Wiesbaden und Darmstadt dargestellt. Dabei sind die wirklichen Ursachen ganz andere. Ich meine hier gar nicht die Verunsicherung, die bei den Beschäftigten dieser Behörde durch die ständige Infragestellung der Mittelinstanz weit vor dem Zeitpunkt, zu dem eine konkrete Entscheidung getroffen werden muß, erzeugt wird. Tatsache ist vielmehr, daß insbesondere die Personalausstattung im Sachbearbeiterbereich der Schulabteilung nicht entsprechend der gestiegenen Zahl der Lehrer verstärkt worden ist. Das sind die wirklichen Ursachen für die entstandenen Schwierigkeiten. Da müssen wir uns selbst alle einmal an die eigene Brust schlagen, abgesehen von der immer unübersichtlicher werdenden Besoldungsgesetzgebung,

(Zuruf von der SPD: Das ist es!)

für die wir die Verantwortung zu tragen haben, wir alle miteinander und niemand anders. Es ist zu hoffen, daß hier durch die insgesamt 84 für 1971 vorgesehenen



*Reitz*

Stellen eine wesentliche Verbesserung erzielt wird. So kritisch wir auch einer Ausweitung des Verwaltungspersonals gegenüberstehen, Sparsamkeit in der Gestaltung der Stellenpläne, die dazu führt, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigten des Landes nicht mehr ordnungsgemäß — ich sage das jetzt in Anführungszeichen — „betreut“ werden kann, ist übertriebene Sparsamkeit, die sich in einer Verminderung der Leistungsfähigkeit niederschlagen muß.

Einige Anmerkungen zum Wohnungsbau. Trotz der hohen Aufwendungen des Landes — und niemand wird das bestreiten — für den sozialen Wohnungsbau und trotz aller Voraussagen christlich-demokratischer Bundesinnenminister ist nach wie vor ein hoher Fehlbestand an Sozialwohnungen festzustellen.

(Dr. Wagner [CDU]: Vor allem im Jahr 1970, ich habe das heute in der Zeitung gelesen!)

— Mein Gott, Herr Dr. Wagner, ich weiß ja, daß Sie sicherlich nicht mehr zu dem stehen, was früher christlich-demokratische Innenminister zum Thema „Wohnungsbau“ und „Wohnungsversorgung“ gesagt haben. Aber nichts kann darüber hinwegtäuschen, wir kaufen Ihnen Herrn Lücke nicht ab, den behalten Sie, und den müssen Sie selbst verantworten.

(Dr. Wagner [CDU]: Gott sei Dank!)

Noch immer bringen Erhebungen in unserem Land einen Fehlbestand von 50 000 Sozialwohnungen. Das bisher angewandte Verfahren der Objektförderung mit direkt gewährten Landesbaudarlehen kann auf absehbare Zeit nicht Abhilfe schaffen. Immerhin sind Förderungsbeträge je Wohnung von durchschnittlich 45 000 DM erforderlich gewesen, um die Mieten auf einer zumutbaren Höhe zu halten. Die Beibehaltung dieses Finanzierungssystems würde z. B. für das Haushaltsjahr 1971 bedeuten, daß nur noch 3 500 Sozialwohnungen begonnen werden könnten. Das liegt weit unter dem, was erforderlich ist. Ich hoffe, hierüber gibt es Einigkeit in diesem Hause. Deswegen kommen wir auch an einer Umstellung der Wohnungsbaufinanzierung nicht vorbei. Der Innenminister hat bereits im Haushaltsausschuß vorgetragen, daß er beabsichtigt, das bisherige System umzustellen,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Seit 1967 macht ihr das doch!)

die bisher direkt gewährten Landesbaudarlehen durch Annuitätzuschüsse, die über die Dauer von 15 Jahren degressiv gestaltet werden, zu ersetzen. Das hat zum Ergebnis, daß im Jahre 1971 und im Jahre 1972 die Förderung von je 12 000 Neubauwohnungen eingeleitet werden kann. Wir alle wissen — im Haushaltsausschuß sprachen Sie bei der letzten Sitzung bereits kritisch davon, Herr Dr. Wagner, wenn ich es richtig in Erinnerung habe —, daß dieses neue Verfahren nicht unbegrenzt fortgeführt werden kann, ja daß es nicht ganz ungefährlich ist. Auch darauf weise ich hin.

Von Jahr zu Jahr — das muß man sehen — werden die Aufwendungen im Landesetat steigen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß es sich praktisch um eine weitere Verschuldung handelt, wenn auch die Millionen, die hier mobilisiert werden, nicht in dem entsprechenden Einzelplan des Landes ausgedruckt werden. Faktisch ist es aber doch ein Ansteigen der Verschuldung und damit eine weitere Einengung des jährlichen Verfügungsraums.

(Dr. Wagner [CDU]: Und die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes desgleichen! Nur mit anderem Namen!)

— Herr Dr. Wagner, das mag alles richtig sein. Es geht ganz einfach darum, daß wir mutig Entscheidungen

*Reitz*

treffen müssen, um von der drohenden, völlig unzulänglichen Rate von 3 500 neuen Sozialwohnungen im Jahr wegzukommen. Das ist das Kernproblem. Wenn Sie im Laufe der Beratungen bessere Vorschläge zu machen haben,

(Dr. Dregger [CDU]: Machen Sie doch einmal welche!)

als sie jetzt der Innenminister vorgelegt hat und als sie die Beratungen bisher erkennbar werden lassen, dann sind wir bereit, auch darüber mit Ihnen zu reden.

(Zurufe von der CDU: Großzügig!)

Ich sage noch einmal, daß dieses Verfahren nicht unbegrenzt fortgeführt werden kann und daß es nicht ungefährlich ist. Wir halten es aber zumindest für die Haushaltsjahre 1971 und 1972 für vertretbar. Auch konjunkturpolitisch — das ist bei einem solchen riesigen Bauvolumen, das mobilisiert wird, zu berücksichtigen — dürfte das geplante Programm in die Landschaft passen, wenn man berücksichtigt, daß auch das diesjährige Programm erst Ende 1971 voll in seinen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen anlaufen wird. In welchem Umfang — auch das sage ich ganz offen — dieses Finanzierungssystem in den Haushaltsjahren 1973 und 1974 fortgeführt werden kann, läßt sich heute noch nicht überblicken. Das wird bei der Beratung des Doppelstats 1973 und 1974 zu entscheiden sein. Wir sind jedoch der Meinung — Herr Dr. Wagner, das sage ich zu den Bedenken, die Sie anmelden —, das Wagnis dieser neuen Finanzierungsart eingehen zu sollen, um dem Wohnungsbau neue Impulse zu geben und dazu beizutragen, daß insbesondere die jungen Familien in den Ballungsgebieten schneller zu einer Wohnung mit erschwinglichen Mieten kommen, als es bei dem bisherigen Finanzierungssystem der Fall wäre.

Lassen Sie mich neben dem Wohnungsbau aus dem weiten Bereich der Sozialpolitik — ich bedauere jetzt, daß Frau Geier nicht da ist — noch ein Teilproblem herausgreifen: die Verbesserung im Bereich der Kindergärten. Die Regierungserklärung hat verdeutlicht, daß in dieser Legislaturperiode 35 000 neue Kindergartenplätze im Lande Hessen geschaffen werden sollen. Die Aufstockung des bisherigen Haushaltsansatzes für Beihilfen zum Bau von Kindergärten von 12 Millionen DM auf 16 Millionen DM ermöglicht es, in den Jahren 1971 und 1972 je 9 000 neue Kindergartenplätze zu schaffen. Damit ist bereits die Hälfte des Regierungsprogramms in diesem speziellen Teilbereich realisiert. Wir brauchen nicht darüber zu streiten — ich sage das auch unter Berücksichtigung der Debatte, die gestern in diesem Hause abgelaufen ist —, daß eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Landes über den Bereich der Investitionen hinaus auch für die laufenden Personalkosten wünschenswert wäre. Der Haushaltsplan gibt dafür einfach keinen Spielraum mehr. Man mag das bedauern, aber man muß das realistisch zur Kenntnis nehmen. Daher halte ich es auch nicht für angebracht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt — ich betone: zum gegenwärtigen Zeitpunkt — ein Gesetz zu verabschieden, das derartige Forderungen vorsieht, weil es keinerlei solide finanzielle Basis haben könnte. Wir hoffen, durch jährlich 9 000 zusätzliche Kindergartenplätze viele Engpässe beseitigen zu können und damit ein wenig dem näherzukommen, was auch gestern hier mit Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit bezeichnet wurde.

„Land und Gemeinden sitzen in einem Boot.“ Diese Formulierung des Finanzministers ist voll zu unterstreichen. Ich meine das nicht nur in bezug auf die Aufgabenstellung und nicht nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß landespolitischer Fortschritt nur im Zusammenwirken von Land und Gemeinden zu erzielen

Reitz

ist, sondern wir sitzen insbesondere auch unter finanziellen Gesichtspunkten gemeinsam in einem Boot. Die Steigerung des kommunalen Finanzausgleichs gegenüber den Soll-Zahlen des Jahres 1970 beträgt für 1971 183 Millionen DM und für 1972 sogar 209 Millionen DM. Die Differenz zu den Ist-Zahlen ist — das gestehe ich Ihnen zu — bedeutend niedriger. Es wäre jedoch völlig falsch — nur wer die Systematik des Finanzausgleichs nicht kennt, kann zu diesem Ergebnis kommen —, daraus zu schließen, daß die Zuwendungen des Landes an die Gemeinden unter dem Durchschnitt der Haushaltsentwicklung wachsen. Es darf bei der Beurteilung der Ansätze im kommunalen Finanzausgleich nicht übersehen werden, daß die Zuführung von 120 Millionen DM zum Investitionsfonds im Jahre 1970, daß die Gewährung von 20 Millionen DM an den Landeswohlfahrtsverband im Jahre 1970 als Vorwegnahme — und nichts anderes — der Leistungen des Jahres 1971 zu werten sind und daß demzufolge der Anstieg der Soll-Zahlen des Jahres 1971 zu den Ist-Zahlen unter Berücksichtigung dieser Vorausleistungen des Jahres 1970 gesehen werden muß.

Im Bereich der Investitionen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs sind Verbesserungen in Höhe von 6 Millionen DM für die Anstalten des Landeswohlfahrtsverbandes, von 4 Millionen DM — ich sagte das bereits — für den Bau von Kindergärten erzielt worden. Die Kürzungen der Investitionsbeihilfen sind, wenn man den Investitionsfonds außer acht läßt, lediglich bei den Gemeinschaftshäusern erfolgt. Ich darf zu diesen Haushaltsmitteln bereits jetzt einen Antrag der SPD-Fraktion ankündigen, der eine Aufstockung des im Haushaltsentwurf vorgesehenen Betrages von 8,5 Millionen DM je Haushaltsjahr auf 10 Millionen DM für die Haushaltsjahre 1971 und 1972 vorsieht. Wir haben Verständnis dafür — trotz aller Schwierigkeiten, die sich in dem einen oder anderen Bereich ergeben —, daß angesichts des engeren finanziellen Spielraums die Mittel für das Programm Gemeinschaftshäuser/Bürgerhäuser gekürzt worden sind. Die Verminderung um 6 Millionen DM hätte jedoch zum Ergebnis, daß in den Jahren 1971 und 1972 — jetzt hört sogar Herr Ibel zu; da wird es für den Kreis Limburg interessant; ich werde gleich noch etwas dazu sagen —

(Zuruf von der SPD: Da wird es ernst!)

nur bereits begonnene bzw. eingeleitete Maßnahmen fortgeführt und praktisch keine neuen Maßnahmen begonnen werden könnten.

Dieses Programm ist in der Vergangenheit sehr oft der harten Kritik der Opposition ausgesetzt gewesen. Interessant war dabei folgendes: Als Abgeordneter, der aus einem Kreis kommt, in dem die CDU noch die Mehrheit hat,

(Lachen bei der CDU.)

habe ich immer mit einer gewissen Erheiterung registriert, daß die Kritik an diesem Programm nur in diesen vier Wänden angebracht wurde, daß aber draußen im Lande Forderungen en masse erhoben wurden und die Landesregierung hart kritisiert wurde, daß sie nicht mehr Geld auch für diesen Bereich zur Verfügung stellt.

(Schäfer [SPD]: Wie man es braucht!)

Das ist eben der ständige Widerspruch, in dem sich die CDU befindet, daß sie draußen das fordert, was sie in diesem Hause kritisiert und bekämpft oder umgekehrt.

Es sind von dem Herrn Finanzminister im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs insbesondere die hohen Leistungen für den Schulbau angesprochen worden, und das mit Recht. Ich sage aber auch mit allem Freimut, daß wir es für erforderlich halten, hier künf-

Reitz

tig etwas straffer zu führen, als es in der Vergangenheit geschehen ist.

(Dr. Loew [CDU]: Siehe Herr Woytal!)

— Herr Loew, ich könnte ja auch aus Ihrem Bereich einiges nennen. Wenn ich die Zeitungsausschnitte sammle mit dem, was Sie alles gefordert haben, dann ist Herr Woytal dagegen ein ganz sparsamer und zurückhaltender Mann.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. —  
Dr. Loew [CDU]: Herr Reitz, das glauben Sie ja selber nicht! — Dr. Dregger [CDU]: Das will was heißen! — Roth [CDU]: Was kosten denn die neuen Rathäuser?)

Wenn ich sage, daß künftig etwas straffer geführt werden soll, so beinhaltet das keine Kritik an dem bisherigen Verfahren. Ich habe viel Verständnis dafür — das sage ich, um dem Herrn Kultusminister deutlich zu machen, daß ich nicht nur ein Gespür für die Finanzpolitik, sondern auch ein Herz für die Kulturpolitik habe —,

(Lachen bei der CDU.)

daß viele Gemeinden aus der Not heraus gedrängt haben und auf eigene Faust mit dem Bauen begonnen haben, weil sie die Verbesserung der Bildungseinrichtungen — darum ging es doch — nicht länger hinauszögern wollten. Aber auch dieses Verfahren — und das muß deutlich gemacht werden — hat seine Grenzen, wenn nicht der Schulbau insgesamt in eine völlige Unordnung hineinkommen soll.

(Zuruf von der CDU: Ist er doch!)

Es muß — ich spreche hier die Debatte an, die in der letzten Plenarsitzung geführt wurde; Herr Korn hat sich ja damals sehr hervorgetan —,

(Arndt [SPD]: Wer war das?)

es muß künftig bereits bei der Einrichtung der Förderstufen der finanzielle Rahmen abgesteckt und es müssen die finanziellen Maßnahmen konkretisiert sein bei der Einrichtung der Förderstufe,

(Sehr gut! bei der F.D.P.)

damit Förderstufe und Gesamtschule nahtlos ineinander übergehen können.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist nichts Neues.

(Dregger [CDU]: Ein Lernprozeß, Herr Reitz! —  
Arndt [SPD]: Endlich hat es die CDU begriffen!)

Ich freue mich, daß es mir gelungen ist, Ihnen endlich die Probleme auch nahezubringen, daß Sie es endlich begriffen haben.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Tun wir doch nicht so, als würden Wünsche und zwin-  
gende Notwendigkeiten und Bildungsvorschläge nur an die Abgeordneten der Regierungsfractionen herange-  
tragen. Es geht Ihnen doch nicht anders. Bitte, schlagen Sie sich doch einmal an die Brust und registrieren Sie doch im Gedächtnis einmal die Aussagen, die Sie alle zu den einzelnen Projekten draußen im Lande schon gemacht haben. Ich kann Ihnen Protokolle aus den Sitzungen des Kreistages in Limburg schicken, und dann zitiere ich Ihnen einmal Ausführungen der CDU-Kreistagsabgeordneten, welche finanziellen Volumen hier angesprochen wurden, nicht, um zu übertreiben und überflüssige und unsinnige Dinge zu tun — das gestehe ich Ihnen zu —,

(Arndt [SPD]: Machen die ja auch nie!)

**Reitz**

sondern um wirklich notwendige Dinge schneller realisieren zu können.

(Dr. Dregger [CDU]: Na also!)

Da sind wir doch alle miteinander vor denselben Schwierigkeiten. Tun Sie doch nicht so, als wenn das nur auf die eine oder andere Fraktion beschränkt wäre.

(Dr. Dregger [CDU]: Wir tun ja gar nicht so! —

Arndt [SPD]: Doch, Sie sprechen doch immer von Plan-Euphorie!)

Aber um zu Herrn Korn und zu der letzten Debatte zurückzukommen: Ich sagte, daß diese Dinge konkretisiert werden schon im Anlauf, damit hier kein Bruch zwischen Einrichtung der Förderstufe und dem Hineinführen in die Gesamtschule im Anschluß an das Durchlaufen der Förderstufe entsteht.

(Kühle [CDU]: Ist doch schon geschehen, Herr Reitz!)

Ich weiß auch, daß wir damit nicht überall Zustimmung finden. Unter ausschließlicher Berücksichtigung der kulturpolitischen Argumente hätte ich sogar dafür Verständnis. Eine solide Finanzpolitik muß jedoch hier mehr Ordnung bringen.

Noch ein Weiteres: Den Schulträgern muß endlich klar werden — wir werden das Problem ja auch noch einmal im Laufe der heutigen oder morgigen Debatte auf Grund eines anderen Antrages ansprechen —, daß Schulbauten Zweckbauten und keine Denkmäler für Architekten sind.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU.)

Es muß doch möglich sein, zu einer stärkeren Typisierung zu kommen und die Schule praktisch von der Stange zu kaufen. Nach der langen Zeit der Erprobung, die wir gehabt haben, nach den vielen Erfahrungen, die gesammelt worden sind, habe ich kein Verständnis dafür, daß immer wieder Ideenwettbewerbe ausgeschrieben werden, daß immer wieder neuen Vorstellungen in bezug auf die bauliche Verwirklichung freier Raum gegeben wird und daß man von der Möglichkeit der Typisierung und der Serienanfertigung immer noch viel zuwenig Gebrauch macht.

(Molter [F.D.P.]: Sehr gut!)

Ich sage das deshalb, weil es nur durch eine stärkere Typisierung und Serienanfertigung möglich sein wird.

(Dr. Kurtz [CDU]: Wäre das nicht an den Herrn Kultusminister zu richten, Herr Reitz?)

den Anstieg der Baukosten in einem erträglichen Umfang zu halten. Das ist kein Hobby von mir, sondern die finanzielle Größenordnung und das riesige Volumen der Investitionen, das noch vor uns liegt, zwingen uns einfach zu diesen Entscheidungen.

**Vizepräsident Voitel:**

Herr Kollege Reitz, ich darf Sie darauf aufmerksam machen: Sie sprechen 58 Minuten.

**Reitz (SPD):**

Schön, ich werde also versuchen, schnell zum Schluß zu kommen. Herr Präsident, ich darf allerdings darauf hinweisen, daß ich sehr oft unterbrochen worden bin.

(Oh! und Lachen bei der CDU. — Dr. Dregger [CDU]: Wodurch denn?)

In den letzten Monaten ist die unterschiedliche Interessenlage der am Finanzausgleich Beteiligten wieder einmal drastisch deutlich gemacht worden. Ich möchte hier nur eine ganz kurze Ausführung zu dem Problem

**Reitz**

der Großstädte machen. Die Großstädte legen defizitäre Haushalte vor, die Landkreise geben Stellungnahmen ab, um darzulegen, daß dieses Haushaltsgebaren der Großstädte nicht auf realen Grundlagen beruhe. Zum gleichen Zeitpunkt versuchen die Landkreise mit dem Hinweis auf die steigenden Schulausgaben, die Kreisumlage zu erhöhen bzw. die Erhöhung der Sonderumlage für den Schullastenausgleich zu begründen. Die kreisangehörigen Gemeinden wiederum rechnen den Kreisen vor, das alles sei nicht nötig und die Erhöhung unbegründet. Widersprüche also, gegensätzliche Stellungnahmen, die nicht darüber hinwegtäuschen können, daß auch die Finanzreform den Gemeinden und Kreisen immer noch keine ausreichende finanzielle Basis geschaffen hat. Sie haben zwar — und es ist die Zahl von 200 Millionen DM genannt worden — eine Ausweitung des Volumens erhalten, aber man kann nicht darüber hinwegsehen,

(Dr. Loew [CDU]: Das wird durch den Investitionsfonds wieder weggenommen!)

daß damit noch lange nicht die Situation erreicht ist, die es den Gemeinden, Landkreisen und Großstädten ermöglicht, ihre Probleme in einer vertretbaren und erforderlichen finanziellen Bewegungsfreiheit zu verwirklichen. Hier wird insbesondere das Problem der Großstädte stärker berücksichtigt werden müssen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Korrekturen im Finanzausgleich werden unausbleiblich sein.

Aber eines sage ich noch ganz klar, um das deutlich zu machen: Allein durch Korrekturen im Finanzausgleich wird das Problem der Großstädte nicht zu lösen sein. Ich weiß, die kommunalen Spitzenverbände machen die vielfältigsten Vorschläge, von der Erhöhung des Einkommensteueranteils, der Aufstockung des Mineralölsteueranteils bis zur Beibehaltung des Sockelbetrages von 8 000 bzw. 16 000 DM für die Berechnung des Einkommensteueranteils und was alles dazugehört. Von all dem scheint mir nur realistisch zu sein ein höherer Anteil der Gemeinden an dem Aufkommen der Mineralölsteuer. Ich wäre bereit, dies zu vertreten, insbesondere unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die im Bereich der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere im großstädtischen Bereich, im Bereich der Ballungsgebiete, zu lösen sind. Ich wäre interessiert daran, auch dazu ein Wort von der Opposition, und zwar ein konkretes Wort, zu hören.

Ich hoffe, daß mir noch zwei oder drei Minuten gestattet sind. Es wäre für mich sehr reizvoll, einiges zur mittelfristigen Finanzplanung und zum Problem der Gemeinschaftsaufgaben zu sagen. Auch Herr Dr. Wagner hat das angesprochen mit allen Vorbehalten im Hinblick auf die finanzpolitischen und haushaltsrechtlichen Auswirkungen, die sich daraus ergeben unter dem Gesichtspunkt der Etathoheit des Parlaments. Der zeitliche Rahmen, der mir zur Verfügung steht, läßt das nicht zu. Ich hoffe jedoch, daß man das im weiteren Fortgang der Haushaltsberatungen nachholen kann.

Ich bitte auch dafür um Verständnis, daß es nicht möglich war, alle wichtigen landespolitischen Bereiche, die im Haushaltsplan ihren Niederschlag finden, anzusprechen.

Worum ging es mir? Ich habe versucht, drei Dinge darzulegen:

- a) daß dieser Haushaltsplan in die langfristige landespolitische Entwicklung hineinpaßt;
- b) daß er das Regierungsprogramm konkretisiert und
- c) daß meine Fraktion beabsichtigt, im Zuge der Haushaltsberatungen bei ihr besonders wichtig erscheinenden Bereichen zusätzliche Akzente zu setzen.

**Reitz**

Die Opposition, meine Damen und Herren von der CDU — ich sage das insbesondere nach den Ausführungen von Herrn Dr. Wagner —, kann und darf sich nicht darauf beschränken, nur zu kritisieren und nur zu bekmessern. Ich mache Ihnen das faire Angebot: Wir sind für alle sachlichen Vorschläge aufgeschlossen, und Sie werden, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich endlich dazu durchringen, den Haushaltsplan sachlich zu beraten und sich nicht auf billige Polemik zu beschränken,

(Lachen bei der CDU.)

bei uns aufgeschlossene Gesprächspartner finden.

(Beifall bei der SPD.)

Utopischen Vorstellungen, propagandistischen Tricks und unverantwortlichen Ausweitungen des Haushaltsvolumens

(Dr. Dregger [CDU]: Das ist ein freundliches Angebot, das Sie hier machen!)

werden wir im Interesse einer soliden Finanzwirtschaft ein entschiedenes Nein entgegensetzen. Ich habe die Hoffnung, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Sie sich nicht auf ein Nein beschränken.

(Dr. Dregger [CDU]: Das war nicht sehr glaubhaft!)

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Dies ist ein Haushalt der sozialen Verpflichtungen und der inneren Reformen.

(Lachen bei der CDU.)

Daß Sie jetzt lachen, das war mir klar. Herr Dr. Wagner, was meinen wir damit? Sie glaubten, das hier damit abqualifizieren zu können, daß Sie sagten, mit dem Landesentwicklungsplan, mit unseren Vorstellungen würden wir — ich habe das mitgeschrieben — die Bürger trunken machen. Wir würden ihnen ein Paradies vorgaukeln. Worum geht es uns?

Die Millionen für Schulen, für Gymnasien, für Berufsschulen,

(Zurufe von der CDU: Wahlkampf!)

das sind Aufwendungen im Interesse aller Eltern, die sich für die Heranbildung ihrer Kinder weder einen Hauslehrer noch einen Platz in einer kostspieligen Privatschule leisten können.

(Lachen bei der CDU. — Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das sind Aufwendungen für die Jugendlichen, denen mit der Geburtsurkunde nicht der Aufnahmeschein für Salem mitgeliefert wird.

(Lachen und Pfui-Rufe bei der CDU. — Borsche [CDU]: Lassen Sie die billige Polemik!)

Die 12 000 Sozialwohnungen: mit diesem Förderungsvolumen denken wir an die Familien, die sich keine teuren Eigentumswohnungen und schon gar keine Luxusvillen leisten können.

(Lebhafte Zurufe.)

Die Millionen für den Sportstättenbau: sie sind für die Menschen, die weder das Geld für einen eigenen Swimmingpool noch für den privaten Reitstall aufbringen können.

Die Millionen für die Krankenhäuser: sie sind für die hessischen Mitbürger, für die eine Behandlung in kostspieligen Privatkliniken und in Sanatorien unerschwinglich ist.

(Erneut lebhafte Zurufe von der CDU.)

**Reitz**

Ich könnte das fortführen: Die Aufwendungen für die Städtesanierung: sie sind für die Bürger, für die das Eigenheim im Grünen nur ein Traum bleibt.

Die Ansätze zum Umweltschutz: sie sind für die Menschen, die ihren Urlaub nicht im eigenen Bungalow auf Teneriffa verbringen können, und was alles dazu gehört.

Das sind die Kriterien, nach denen wir an die finanzielle Realisierung politischer Vorstellungen herangehen. Wie Ihre Antwort auch ausfallen wird, wir sagen Ja zu der Konzeption dieses Haushaltsplans, weil er einen weiteren Schritt in die gesicherte Zukunft unseres Landes darstellt.

(Starker Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Voitel:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Stein das Wort.

**Stein (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden mir sicher zugestehen, daß es nicht ganz leicht ist, an dritter Stelle — und wenn ich den Herrn Finanzminister mit hinzuziehe, an vierter Stelle — zum gleichen Aufgabengebiet zu sprechen, ohne möglichst Wiederholungen zu vermeiden

(Borsche [CDU]: Aber jetzt ist es doch leichter!)

— dabei, Herr Borsche, werden Sie noch Gelegenheit haben, ernsthaft auf meine Ausführungen zu reagieren — und trotzdem eine eigene Note zu diesem finanz- und wirtschaftspolitischen Unternehmen — Doppelhaushalt 1971/72 — deutlich werden zu lassen.

(Unruhe bei der CDU.)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zuhören würden.

(Zuruf von der CDU: Wir sind doch hier nicht in der Schule!)

— Ich glaube, Sie ließen sich in Ihrer Schule so etwas nicht gefallen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Aber Sie verlernen sehr schnell die guten Sitten, wenn Sie Abgeordneter geworden sind.

(Zurufe von der CDU. — Dr. Dregger [CDU]: Ist das eine Schule hier? — Glocke des Präsidenten.)

**Vizepräsident Voitel:**

Meine Damen und Herren, jetzt bitte ich doch einmal um Aufmerksamkeit für den Redner.

**Stein (F.D.P.):**

Ich habe mit unverhohlenem Wohlwollen — das sage ich ganz offen — gestern die Haushaltsrede des Finanzministers gehört, in der er sich ausführlich und bis in viele Details gehend mit der Haushaltsvorlage befaßte, freimütig und überzeugend, wie ich meine, denn er setzte sich mit dem auseinander, was tatsächlich gegeben und möglich ist, und nicht mit dem, was sein könnte, wenn. Er übte allerdings sehr große Enthaltsamkeit gegenüber der Bundespolitik und auch gegenüber der Steuerreform der Großen Koalition, deren Auswirkungen wir heute sehr zu spüren bekommen. Er sprach auch nicht über die jetzt in der Diskussion stehende Steuerreform und nicht zur konjunkturellen Situation.

(Roth [CDU]: Er hat seinen Grund!)

Stein

Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich hier ein wenig weitergreife und einiges Grundsätzliche zur wirtschafts- und finanzpolitischen Situation ausführe.

Ich möchte zunächst mit Nachdruck feststellen, daß eine Reihe von Fehlern, die bei den Maßnahmen zur Überwindung der Rezession 1966/67 gemacht wurden, noch heute sehr nachteilig die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation in der Bundesrepublik und auch in unserem Lande belasten. Wir haben darüber hinaus beängstigende Preissteigerungen, eine hohe Inflationsrate, was dadurch keineswegs beschönigt wird, daß es sich im Preisindex für die Lebenshaltungskosten noch nicht in vollem Maße bemerkbar gemacht hat. Das ist allerdings für uns alle, wie ich meine, ein sehr schwacher Trost.

Was aber sind die Gründe für diese negative Entwicklung?

1. Der Grundstein hierfür wurde bereits 1966/67 gelegt, als man in der Nervosität der Rezession zu starke Treibsätze gezündet hatte, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Wir Freien Demokraten haben damals warnend unsere Stimme erhoben, leider vergebens, wie sich mittlerweile allen gezeigt hat. Ich darf Sie an unsere Ausführungen erinnern bei der Beratung zum zweiten Konjunkturförderungsprogramm der Bundesregierung, als wir dieses mit der Begründung: Zu spät und zu hoch dotiert! ablehnten und voraussagten, daß die Auswirkungen dieses Programms eine überschäumende Konjunktur im Jahr 1969 und eine entsprechende Preissteigerung auslösen würden. Unsere damaligen Voraussagen sind — und Sie können mir glauben, daß ich dies mit Bedauern feststelle — in allzu großem Umfang eingetroffen, bedauerlich deshalb, weil wir alle heute die Rechnung für dieses Fehlverhalten und die Fehlentscheidungen der Großen Koalition zu zahlen haben.

2. Zu den damaligen Fehlentscheidungen kam in einem Ausmaß, wie wir es bis dahin noch nicht kannten, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht.

3. Die zweifellos notwendig gewordene Aufwertung ist zu spät erfolgt, als daß sie noch hätte dämpfend wirken können. Dies kann heute nur noch aus Rechthaberei bestritten werden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Alles das zeigt deutlich, wo die Schwierigkeiten der bisherigen Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Wirtschaft liegen: den richtigen Zeitpunkt und die richtige Dosierung zu finden. Wir haben alle erleben müssen, daß es keine exakten Voraussagen der wirtschaftlichen Entwicklung gegeben hat, daß sie obendrein fehlerhaft waren. Wie oft mußten selbst die sogenannten „Weisen“ ihre Voraussagen berichtigen.

(Zuruf von der CDU: Herr Schiller war noch nicht da!)

Wir mußten sogar erhebliche Mängel in der Wirtschaftsstatistik feststellen. Obendrein hat — und das ist das Bedauerliche, deshalb spreche ich es überhaupt hier an — bisher keine Regierung, ganz gleich, in welcher Zusammensetzung, und keine Notenbank das getan, was eigentlich hätte getan werden müssen: die wirtschaftliche Entwicklung im Frühstadium des Aufschwungs zu bremsen. Man hat sich vielmehr seliger Freude darüber hingegeben, daß eben ein Aufschwung zu verzeichnen war, und man war auf beiden Augen blind gegenüber der Tatsache, daß man allzu bald wieder bei der Dämpfung der überschäumenden Konjunktur in Schwierigkeiten schlittern würde. Freilich sieht es bedauerlicher Weise nicht so aus, als ob die vielen ernstgemeinten Appelle an die Wirtschaftspartner, also an die Unternehmer und die Gewerkschaften, auf bereitwillig ge-

Stein

öffnete Ohren und auf Einsicht gestoßen sind, im Rahmen der konzertierten Aktion umfassende Informationen, Leitlinien usw. herauszugeben. Dennoch müssen wir als Politiker, ganz gleich, in welchem politischen Lager wir stehen, laut die Stimme erheben und bei den in erster Linie für die Kosten- und Preisentwicklung Verantwortlichen — und das sind die Wirtschaftspartner — an bessere Einsicht und an die Vernunft appellieren. Wir als Politiker tragen die Verantwortung der gesamten Bürgerschaft gegenüber. Wir sind und dürfen keine Interessenvertreter sein. Und aus dieser Verantwortung heraus haben wir zu handeln. Dabei müssen wir zwangsläufig in Kauf nehmen, daß wir einmal bei der Unternehmerschaft und einmal bei den Gewerkschaften ins Fettnäpfchen treten. Ich bin der Meinung, wir müßten es manchmal mit beiden Füßen tun, wenn es zum Wohl der Gesamtheit dringend erforderlich ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe gestern abend zufällig eine Diskussion über die wirtschaftspolitischen Fragen der jetzigen Zeit gehört. Beteiligt waren Herr Klasen, Vertreter der Unternehmerschaft und Vertreter der Gewerkschaften. Ich habe seit langem keine so sachliche und ernste Diskussion über diese so schwierige, für uns vielleicht verhängnisvollste Frage gehört. Ein Ausspruch von Herrn Klasen gab mir zu denken. Er sagte: Es scheint das Tragische der freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu sein, daß sie vom Staat mehr fordert als sie selbst bereit ist, diesem Staat zu geben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Jetzt haben wir noch die Chance, rechtzeitig zu handeln und in eine Periode langfristiger Stabilität einzutreten. Wenn uns, wie 1967, die Flaute erst bis zur Halskrause geht, ist es dazu zweifellos zu spät. Stabilität nämlich im konjunkturellen, wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich brauchen wir, wenn wir die Aufgaben, die wir in unserem Lande vor uns haben, erfüllen wollen. Denn aus der ständigen Angst heraus, durch wirtschafts- und finanzpolitische Instabilität nicht mehr vernünftig planen zu können, kann man auf die Dauer auch nicht regieren.

Ich bekenne mich zu der Notwendigkeit, eine Zukunftsplanung zu betreiben, bin aber trotzdem weit davon entfernt, planhörig zu sein;

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

denn ich habe in meiner über 20jährigen aktiven politischen Tätigkeit auf kommunaler Ebene und im Landtag bei sehr vielen Investitionsplänen, vier-, fünf-, sechs- und zehnjährigen Plänen, und bei deren Aufstellung mitgewirkt.

(Roth [CDU]: Hören Sie zu, Herr Reitz!)

Ich habe nicht ein einziges Mal erlebt, daß diese Pläne ihre angekündigte Laufzeit beendet haben und erfüllt werden konnten,

(Roth [CDU]: Alle vier Jahre!)

und frühzeitig, rechtzeitig mußte immer wieder entsprechend den Notwendigkeiten überprüft werden,

(Roth [CDU]: Wahlkampf!)

und es mußte zu neuen Zukunftsvorausschauungen gegriffen werden. Ich glaube, wir alle sollten uns angewöhnen — und sicher ist es möglich, da zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen —, ganz konkret auch hinsichtlich der Möglichkeit der Finanzierung mittelfristig zu denken und zu handeln. Wir müssen heraus aus der, wie ich meine, verhängnisvollen Situation, auf der einen Seite laufend Schwankungen im Einnahmenbereich hin-

*Stein*

nehmen und auf der anderen Seite gleichzeitig weitere Kostensteigerungen im Investitionsbereich und einen rasanten Anstieg der Personalausgaben verkraften zu müssen.

Die Aussagen des Finanzministers zu den beiden zuletzt genannten Bereichen waren sehr überzeugend und hätten eigentlich jedem — nicht nur in diesem Hause — die Augen öffnen müssen. Wir dürfen einfach diesen Entwicklungen nicht untätig zusehen, sonst werden wir es erleben, daß nicht nur das Wünschenswerte, sondern auch das zur Zukunftssicherung unserer Bevölkerung dringend Notwendige nicht mehr in ausreichendem Umfang getan werden kann. Wir können zwar — dieser Optimismus hat einige Berechtigung, trotz aller anderen negativen Beurteilungen — auf der Einnahmenseite durch sicherlich zu erwartende Steuermehreinnahmen eine günstigere Ausgangsbasis für unsere landespolitische Planung haben. Auch die für die Länder zu erwartende günstigere Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern wird dabei mithelfen können. Dennoch müssen wir deutlich sehen, daß der Bund mehr und mehr Einfluß nimmt auf die Ausgabenpolitik der Länder. Das gilt für die Gemeinschaftsaufgaben, das gilt für die Geldleistungsgesetze, es gilt für die Frage der Krankenhausfinanzierung — hier soll ja nur ein Sechstel durch den Bund, der Rest aber durch die Länder finanziert werden —, und es gilt für die Wohnungsbaufinanzierung, wo wir schon froh wären, wenn der Bund nur sein Fünftel in der Vergangenheit geleistet hätte; der Rest bleibt wiederum bei den Ländern. Sie werden erkennen, daß es zwar lobenswert ist, wenn der Bund seine Mittel im Rahmen der Förderung von Wissenschaft und Forschung erhöht, aber Sie werden ebenso deutlich dabei erkennen, daß die enormen, wesentlich höheren Folgekosten allein bei uns, beim Land, verbleiben werden. Schließlich darf ich jetzt schon an die zusätzlichen Verpflichtungen erinnern, die uns auf Grund bundespolitischer Entscheidungen für die Beamtenbesoldung treffen werden. Und last not least die ständig wachsenden notwendigen Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, die diese nur erfüllen können mit noch stärkerer Beteiligung des Landes.

Nun einige Worte zu den beklemmend steigenden Kosten im baulichen Investitionsbereich; dies ist schon mehrmals angesprochen worden. Ich möchte sagen, daß jeder Wirtschaftsbetrieb, der sich einer solchen Entwicklung gegenübersehen würde, wie es bei uns seit Jahren der Fall ist, längst zum Offenbarungseid gezwungen worden wäre.

(Dr. Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

Oder dieser Betrieb hätte, wie ich meine, sicher rechtzeitig harte Konsequenzen gezogen, und zwar Konsequenzen durch Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Rationalisierung bietet. Die öffentliche Hand muß das nachvollziehen; sie kommt um diese Entscheidung nicht herum. Das bedeutet, daß die Förderungsrichtlinien für bauliche Investitionshilfen nach Ausarbeitung einer sinnvollen, kostensparenden Typisierung der verschiedenen Bauobjekte, die von allen anzuerkennen ist, geändert werden müssen. Das gilt vom Kindergarten über die Grund-, Haupt- und Gesamtschulen bis hin zu Institutsbauten an den Universitäten und schließlich auch für Krankenhäuser.

Es wird Ihnen genauso gehen wie uns, daß man Ihnen nachgewiesen hat, daß ein Kindergarten mit 50 Plätzen in einer Gemeinde mit allem Drum und Dran für 150 000 DM erstellt worden ist, während der gleiche Kindergarten in einer anderen Gemeinde 800 000 DM kostet.

(Hört, hört! bei der F.D.P. — Zuruf von der SPD: Kapitalismus! — Heiterkeit.)

*Stein*

Hier müssen wir unsere Chance erkennen. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, daß sich in diesen Bereichen Architekten und besonders verantwortliche Verwaltungsspitzen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden Denkmäler bauen.

(Zuruf von der CDU: Der Herr Krüger zischt! — Heiterkeit.)

Es gibt sicher Möglichkeiten genug, nach entsprechenden Wettbewerben bei der Architektenschaft und bei der Bauwirtschaft durchgeplante und -konstruierte durchführbare Formen und Objekte zu bekommen. Wir selbst erhalten täglich Vorschläge dieser Art von Menschen aus diesem Wirtschaftsbereich. Der Regierung müßte es möglich sein, hier gezielt zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Zum Personaletat: Wir haben nach Aussage des Finanzministers im Jahre 1971 erstmals mehr als 100 000 Landesbedienstete, und für sie müssen wir erstmals mehr als 3 Milliarden DM an Personalkosten aufwenden. Erst vor zehn Jahren war es notwendig, erstmals mehr als eine Milliarde DM dafür auszugeben. Vor zwei Jahren, 1969, überschritten wir die Zwei-Milliarden-DM-Grenze, und wir können jetzt schon erkennen, daß spätestens 1973 die Vier-Milliarden-DM-Grenze überschritten werden wird und damit sicher mehr als 45% des Gesamtausgabevolumens unseres Haushalts aufwendet werden müssen. Das sind nicht nur gigantische Zahlen, sondern wir müssen erkennen, daß dadurch unsere Manövrierfähigkeit, unsere Möglichkeiten für Investitionen von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt werden. Und da liegt doch eigentlich unsere Hauptaufgabe. Wollen wir denn zusehen, wie die Verwaltung zum Selbstzweck wird?

(Beifall bei der F.D.P. — Reitz [SPD]: Sehr gut!)

Ich bin der Meinung — meine Damen und Herren, jetzt hören Sie bitte zu, ich kündige es bereits an; ich mache mich sicher bei vielen unbeliebt, aber ich sage es auch deshalb ganz persönlich und will die Kritik dann auch auf mich nehmen —, wir können das nicht hinnehmen. Wenn wir das aber nicht wollen, dann müssen wir mit einigen Tabus der Vergangenheit brechen.

(Sehr gut! bei der F.D.P.)

Wir müssen erstens zur Verwaltungsvereinfachung kommen — warten Sie noch ein bißchen, das andere, was ich schon angekündigt hatte, kommt später; ich will erst noch bei den mehr sächlichen Möglichkeiten zur Einsparung bleiben, dann aber zu den personellen Ausgaben kommen — durch Abbau von Verwaltungsstufen und -ebenen, wie wir sie durch den Beginn der Verwaltungsreform anstreben. Nach meiner Meinung — ich habe das von dieser Stelle aus sehr oft gesagt — kann es nicht mehr verantwortet werden, daß bei einem Verwaltungsgang mehrmals in mehreren Ebenen nach den gleichen Gesetzen und Bestimmungen eine Vorlage materiell und finanziell überprüft wird,

(Zustimmung Reitz [SPD].)

bis daß sie endgültig der Entscheidung zugeführt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das geschieht seit Jahren. Und wenn Sie sich den Gang und die Leiter vorstellen, dann wird die gleiche Prüfung nach den gleichen Bestimmungen von immer höher besoldeten Bediensteten durchgeführt. Ich halte das für unmöglich. Das müßte ganz abrupt beendet werden.

(Molter [F.D.P.]: Jawohl!)

Zum zweiten müssen wir uns darüber klar sein, wenn wir die materiellen Möglichkeiten für eine Vereinfachung der Verwaltung erreichen wollen, daß eben der

Stein

Ausbau der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung und der Gebietsrechenzentren schnellstmöglich abgeschlossen werden muß. Daß es Möglichkeiten gibt, mit diesem Instrumentarium wirkungsvoll zu arbeiten — das möchte ich hier einmal deutlich hervorheben, und zwar positiv hervorheben —, ist im Bereich der Finanzverwaltung bewiesen worden. Obwohl hier in den letzten zehn Jahren bei den Aufgaben in diesem Bereich eine Steigerung bei den verschiedensten Anträgen zur Bearbeitung von über 100 % und bei einigen Aufgaben um über 300 % festgestellt werden kann, hat der Personalbestand nur um rund 8 % zugenommen. Das war nur möglich, weil für die Erledigung von Mengenarbeiten ohne Ermessensspielraum die elektronische Datenverarbeitung eine wertvolle Hilfe war und die Fachkräfte sich entsprechend ihrer Ausbildung und Erfahrung verstärkt der Bearbeitung schwieriger Aufgaben annehmen konnten.

Wir müssen ein hartes Nein sagen gegenüber allen Besoldungserhöhungsforderungen über die bundeseinheitliche Regelung hinaus,

(Zustimmung Reitz [SPD].)

da sich hier, wie ich höre, jetzt schon entsprechende Entwicklungen abzeichnen. Berechtigung können Steigerungen nur dann haben, wenn es sich um lineare Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten und Preise handelt und wenn ein Entgelt für höhere Leistung gezahlt werden muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein Ende soll endlich gemacht werden mit der Höherstufung ganzer Beamtengruppen, wenn damit keine Leistung verbunden ist oder nur das Tätigkeitsfeld geändert wird.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD. — Dr. Wagner [CDU]: Meinen Sie auch die Polizei?)

In diesem Sinne müßte bereits der jetzt zur Beratung anstehende Haushalt, und zwar von oben bis unten, durchgeforstet werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang ist — so meine ich — auch das Problem der Stellenvermehrung zu sehen. Zweifellos werden wir in der Zukunft z. B. im Bereich der Bildung, der Polizei und der Finanzverwaltung mehr Stellen brauchen. Diese Vermehrung darf aber nicht durch unsinnige Anhebungen und Mehrausgaben für Beamte im Dienst unmöglich gemacht werden. Wir müssen hier alle ohne Ausnahme an das Verantwortungsbewußtsein aller im öffentlichen Dienst Tätigen appellieren. So habe ich aber auch nicht das geringste Verständnis dafür, wenn Protestversammlungen stattfinden und auch parlamentarische Initiativen ergriffen werden, weil angeblich die Zuschüsse für Klassenauflüge und ähnliches gekürzt werden sollen. Die Initiatoren müßten doch wissen, daß das Land aus finanziellen Gründen z. B. nicht in der Lage ist, dringend notwendige Investitionen im Gesundheitsbereich durchzuführen.

(Reitz [SPD]: Sehr gut! — Dr. Wagner [CDU]: Darum geht es doch gar nicht, Herr Stein!)

Und das auch noch, obwohl es sich gar nicht um eine Kürzungsabsicht handelt, sondern nur endlich garantiert werden soll, daß nicht mehr ausgegeben wird, als dort vorgesehen ist.

(Dr. Wagner [CDU]: Richtig, ja, das war gut!)

Ich muß Ihnen sagen, ich bin empört, wenn ich solche Aktionen sehe und höre.

(Zuruf von der CDU: Bleiben Sie auf dem Teppich!)

Stein

Wenn Sie diese schlechten Erfahrungen gemacht hätten, wie ich sie zum Teil habe machen müssen,

(Dr. Wagner [CDU]: Einverstanden!)

als Schwerkranker zu erleben, daß ein Mensch sterben muß, weil wir nicht in der Lage sind, die Voraussetzungen zu bieten, daß er rechtzeitig behandelt wird, daß er nach den besten medizinischen Erkenntnissen behandelt werden kann, dann hat man einfach kein Verständnis dafür, daß solche lächerlichen Forderungen hochgespielt werden, als ob das das A und O der Landespolitik sei.

(Reitz [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der F.D.P.)

Wenn man weiß, daß es sehr wichtige Abteilungen an Universitätskliniken gibt, die mit beachtlichem Erfolg schon Organtransplantationen durchgeführt haben,

(Molter [F.D.P.]: Siehe Gießen!)

diese aber einstellen mußten, weil die Sepsis nicht mehr garantiert werden konnte, wenn man weiß, daß Kranke dort über den Hof zur Operation und von der Operation transportiert werden müssen und man nachweisen kann, daß durch sicher dadurch bedingte Infektionen größte Schwierigkeiten entstehen, dann muß man doch erkennen, daß wir die verdammt Pflicht und Schuldigkeit haben, hier die Prioritäten zu setzen, wo sie wirklich zu setzen sind.

(Sehr gut! bei der F.D.P.)

Wenn ich schon so deutlich werde, so möchte ich fortsetzen: Ich habe kein Verständnis dafür — ich meine, wir sollten bei der Haushaltsplanberatung sehr ernst darüber reden und handeln —, daß hohe und höchste Beamte dieses Landes, Landesbedienstete überhaupt, in mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen wohnen und Mieten zahlen, die unter den Förderungsrichtlinien liegen, wie sie heute für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bestehen.

(Sehr richtig! bei der F.D.P.)

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß wir das Beihilfenwesen — oder besser gesagt: Beihilfenunwesen — beibehalten sollen. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß mit diesen Möglichkeiten der Beihilfen sogar ein Geschäft mit der Krankheit gemacht wird.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Warum sollte es nicht möglich sein, durch Gesetze, die wir beschließen können, sich hier ähnlich zu entscheiden, wie es bei den Angestellten geschieht, ihnen 50 % der Beiträge zur Krankenkasse zu zahlen und damit aus!? Wir würden einen zweiten Effekt erzielen und dabei diesen enorm hohen und höchsten Verwaltungsaufwand, der durch die Bearbeitung der Beihilfen entsteht, endlich abbauen können. Denn hier kommt ja doch oft auch die Kritik, daß Anträge auf Beihilfen seit Monaten gestellt worden sind, aber die zuständigen Dienststellen nicht in der Lage waren, sie rechtzeitig zu bearbeiten. Es sollte kein Tabu geben. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß man so etwas nicht ändern könnte.

Ich habe zu meiner größten Überraschung festgestellt, daß auf Grund der Bundesvorschläge die Ministerialzulagen nun auch noch ruhegehaltfähig gemacht werden sollen.

(Zurufe: Und erhöht!)

Ich bin der Meinung, wir sollten sie abbauen!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU.)

**Stein**

Wie wollen wir es denn überhaupt verantworten, daß wir folgende Situation haben: In ein und demselben Haus sitzen Bedienstete dieses Landes; die einen bekommen die Ministerialzulage, die anderen bekommen sie nicht — und zwar von oben bis hinunter zur Putzfrau. Derjenige, der mir das als notwendig begreiflich macht, muß noch geboren werden. Ich sehe keine Notwendigkeit für diese Zahlungen.

Vielleicht mache ich mich mit folgender Feststellung noch unbeliebter; ich will es aber trotzdem nicht verschweigen, ich muß es mir von der Seele reden. Ich kann einfach nicht mehr länger zuhören, wenn ständig auch hier der Lehrermangel beklagt wird, wir in diesem Hause aber eine große Zahl qualifiziertester Lehrer aller Sparten haben, die nicht eine Stunde Unterricht geben, aber Gehaltszahlungen erhalten für etwas, was sie nicht tun.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bin der Meinung, das geht nicht, ist nicht in Ordnung zu einem Zeitpunkt, wo wir auf der anderen Seite die wichtigsten Dinge nicht erledigen können. Bei einem solchen möglichen Einsatz, wenn er doch notwendig scheint, soll mir keiner mit Interessenkollision kommen. Ich glaube, wir könnten selbst hier aus Mitgliedern dieses Hauses eine große Gesamtschule mit allen Sparten von Lehrern, die es überhaupt gibt, bestücken.

(Heiterkeit.)

Ich verlange nicht mehr, als ihnen wirklich zugemutet werden kann. Jedem könnte zugemutet werden, in der Woche ein paar Stunden Unterricht zu halten; sie werden dafür doch sehr, sehr gut bezahlt.

(Beifall bei der F.D.P. — Sehr gut! bei der SPD.)

Was die Interessenkollision angeht: Ich kann sie so lange nicht anerkennen, wie es möglich ist, daß Minister hier gleichzeitig Abgeordnete sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bin immer für Unvereinbarkeit von Amt und Mandat gewesen. Ich bin allerdings der Meinung: Wenn wir es damit ernst meinen, dann dürfté es nicht so sein, daß wir die Wahlbeamten, die nebenbei noch etwas gearbeitet haben, herausgezwungen haben und die Landesbeamten, die nun nebenbei nichts mehr zu arbeiten haben und doch dafür bezahlt werden, hineingezwungen haben. Das war nicht die Absicht dieses Gesetzes. Das möchte ich hier mit Deutlichkeit ausgesprochen haben. Die Bedenken hinsichtlich einer Interessenkollision habe ich nie gehört, wenn es darum ging, die Gehaltsfragen auch für die Betroffenen zu diskutieren. Ich bin der Meinung, wenn man draußen in seiner Schule noch ein paar Stunden in der Woche Unterricht hält, kann es keine Interessenkollision mit der Ausübung des Mandats geben.

(Zustimmung bei F.D.P. und SPD. — Caspar [SPD]: Antrag stellen!)

Noch zu einer generellen Frage. Ich frage mich seit einigen Jahren immer wieder — und ich kenne die Verwaltung —: Warum müssen das überhaupt so sehr viele Beamte sein? Warum kann nicht ein sehr großer Teil Angestellter die gleichen Tätigkeiten durchführen? Wir wissen doch alle, daß der Angestellte weniger kostet.

(Schäfer [SPD]: Na!)

— Aber natürlich. Die Rechnung mache ich Ihnen sofort auf, wenn Sie sie haben wollen. Ich kann Ihnen sagen, daß die Rückstellung für die Versorgung bei den Beamten verschiedentlich schon bis zu 50% der Bruttogehaltszahlungen geht. Das ist leider die Tatsache.

(Widerspruch.)

**Stein**

— Ich beschäftige mich wirklich ein wenig mit diesen Dingen. Sonst würde ich es nicht so deutlich sagen. Ich bin mir wohl bewußt, was ich hiermit auslöse. Ich sehe schon die Interessenverbände in ihren Zeitungen über mich loszuziehen. Aber bitte, das nehme ich gerne in Kauf. Ich bin aber der Meinung, daß man die Frage ernsthaft diskutieren sollte. Ich glaube, es gibt nur einen Grund dafür: Es liegt an dem System, und zwar am Stellenkegel. Man braucht eben eine bestimmte Zahl, um dann prozentual steigend eine entsprechende Zahl höherer Stellen bis obenhin zu bekommen. Ich habe bisher einen anderen Grund nicht sehen können. Wenn ich mir die einzelnen Tätigkeiten ansehe, dann weiß ich,

(Schäfer [SPD]: Das ist der Herr Parkinson!)

daß sehr vieles ein Angestellter ganz genauso gut tun könnte.

Nachdem ich mir inzwischen sicher den Zorn vieler zugezogen habe, möchte ich zusammenfassend für meine Fraktion — zuletzt sprach ich im eigenen Namen — noch folgendes feststellen.

(Heiterkeit. — Schäfer [SPD]: Schlaumeier!)

— Wenn jetzt schon geschossen wird, dann soll man auf mich schießen, der ich es ausgesprochen habe, und nicht auf die Fraktion.

(Schäfer [SPD]: Herr Stein, der Otto Dockhorn wird in der nächsten Sitzung des Beamtenausschusses hierzu wieder Anträge stellen!)

— Das werden wir ja sehen. Meine Meinung dazu kennen Sie. Ich habe das sehr deutlich hier ausgesprochen. Ich hoffe nur, daß ich mit der Meinung zu diesen Fragen nicht allein bleibe in diesem Hause. Ich möchte dazu Unterstützung von allen Fraktionen haben.

(Beifall bei der F.D.P. — Schäfer [SPD]: Und Herr Pulch klatscht da Beifall! Nicht zu glauben!)

Ich möchte abschließend feststellen: Die Zeiten, in denen man in unserem Lande aus dem vollen schöpfen und sich immer wieder neue Gedanken darüber machen konnte, welche neuen Maßnahmen und neuen Programme — natürlich zum Wohle unserer Bürger, auch zum Ruhme der Regierung und des Parlaments — vorzulegen seien, sind vorbei.

(Zurufe.)

**Vizepräsident Voitell:**

Ich bitte doch um Aufmerksamkeit!

**Stein (F.D.P.):**

Herr Schäfer, diesen Zeiten, in denen man glaubte, möglichst alles und zur gleichen Zeit beginnen und auch finanzieren zu können, folgte vor einigen Jahren die Auffassung und Aussage: das eine tun und das andere nicht lassen! Spätestens seit 1970 muß jedem klar geworden sein, daß es jetzt und in den nächsten Jahren nur heißen kann: das Wichtigste zuerst, dann das Wünschenswerte. Wir Freien Demokraten haben nach diesem Motto seit Jahren gehandelt, auch schon, als wir noch Oppositionspartei waren.

(Präsident Buch übernimmt den Vorsitz.)

Sie werden sich an die Haushaltsplanberatungen erinnern, als wir uns mühten, durch Kürzungsanträge in den verschiedensten Etatgebieten einen Mittelnachweis zu bekommen, den wir verstärkt bei einem Schwerpunkt, z. B. des Hochschulausbaus, eingesetzt haben wollten. So gelang es uns in den letzten Jahren — wenn zunächst auch ablehnend beschieden —, Sofortprogramme oder Dringlichkeitsprogramme für den verstärkten Hochschulausbau in die Tat umzusetzen. Auch in unseren



Stein

Wahlkampfaussagen haben wir nicht allen alles versprochen, wie Sie wissen, sondern ganz konkret einige wenige Schwerpunkte herausgestellt, die wir als durchführbar anerkannt sahen. Sie werden im Verfolg dieser Aussagen den Niederschlag sowohl im erklärten Willen der Koalitionsfraktionen in der Koalitionsvereinbarung als auch — wenn Sie weiter nachforschen wollen — in diesem Doppelhaushalt 1971/72 finden.

Ich kann, wenn man im Verfolg dieser Dinge die Entwicklung sieht, keineswegs verstehen, wie eine Kritik an den Besprechungen der Regierungsfractionen anlässlich ihrer Klausurtagungen in Nordhessen laut werden konnte, und zwar eine Kritik in der Richtung, daß das Ergebnis dieser Beratungen mit rund 50 Millionen DM Bewegung innerhalb dieses Doppelhaushaltes doch sehr bescheiden gewesen sei.

(Caspar [SPD]: Das hat aber nur einer gesagt!)

Ich weiß, Herr Dr. Wagner, daß Sie es gesagt haben. Ich komme gleich auch noch auf das nächste, was Sie gesagt haben. Es ist doch klar, Herr Dr. Wagner — Sie haben bisher nicht einen einzigen Gegenbeweis anführen können —, daß die Schwerpunktbildung, wie sie in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung angesprochen ist, in diesem Doppelhaushalt ihren Niederschlag gefunden hat.

(Molter [F.D.P.]: Genau!)

Es sind nur noch Randprobleme zu lösen. Ganz abgesehen davon bleibt es diesen Fraktionen unbenommen, bei der Beratung des Haushalts zur zweiten Lesung Abänderungsanträge zu stellen.

(Reitz [SPD]: Genau!)

Das wird geschehen. Wir haben uns auch aus dem Grunde zusammengesetzt, um zu sagen, zu welchen weitestgehenden Verpflichtungen wir uns zusammenfinden wollen. Wir wollen dann auch die Streichungen dort vornehmen, wo sie uns angemessen und angebracht erscheinen.

Nun den Gang nach Canossa, Herr Dr. Wagner. Ich weiß nicht, wie Sie zu dieser Äußerung kommen können.

(Pleiß [SPD]: Das liegt in einer ganz anderen Richtung!)

Weder von der Sache her noch in der Form können Sie so etwas auch nur annehmen. Mich z. B. mit dem Kaiser zu vergleichen, ist mehr als vermessen und fehl am Platze. Oder dann Herrn Reitz, weil er zufällig in Limburg wohnt, als Papst anzusehen, ist wohl auch nicht ganz richtig.

(Heiterkeit. — Schäfer [SPD]: Das fehlt uns noch!)

Ganz bestimmt werden Sie nicht erleben, daß einer vor dem anderen kniet, selbst wenn wir einmal die größten Auseinandersetzungen haben würden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nach den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen ist ein Schwerpunkt im Kulturbereich gebildet worden. Es wurden alle Voraussetzungen finanzieller Art geschaffen, um den Lehrermangel weitestgehend zu beseitigen. Und wenn dies auch durch Ermächtigungen geschehen ist, dann deshalb, weil wir auch die Möglichkeiten des Personalangebots dabei berücksichtigen müssen. Wir haben eine personelle und materielle Ausstattung der Berufsschulen durch zusätzliche Absichten ermöglicht. Wir erwarten einen relativ hohen Mitteleinsatz — die Ausweise werden es deutlich gemacht haben — für den Aufbau der Gesamthochschule Kassel und hoffen, eine spürbare Entlastung zumindest im Anfangsstadium für die Universitäten in Frankfurt und Gießen bei der Lehrerausbildung zu bekommen.

7\*

Stein

Der weitere Schwerpunkt im Sozialetat kann doch nicht übersehen werden, und zwar die Garantie, durch Mitteleinsatz im Jahr mindestens 9 000 Kindergartengärten neu zu schaffen und auch gleichzeitig — die Wünsche der Koalitionsfraktionen sind Ihnen doch nicht geheim geblieben — im Kulturbereich Voraussetzungen zu schaffen, daß die Lehrkräfte für diese neu zu schaffenden Kindergärten auch ausgebildet werden können. Wir haben erstmals — das müssen Sie doch beachten — eine Verbesserung des Krankenhauslastenausgleichs vorgesehen, um damit zumindest annähernd, zumindest in dem Vorstadium, bis also andere politische Entscheidungen hinsichtlich der Mitbeteiligung des Bundes an der Krankenhausfinanzierung und auch zur Verbesserung der Pflegesätze, um sie möglichst kostendeckend zu bekommen, gefallen sind, durch diese Erhöhungen die uns alle bedrückende Situation zu verbessern.

Bei dem dritten Schwerpunkt, im Polizeiwesen, ist es gelungen, eine materiell bessere Ausstattung und eine wesentliche Verstärkung im personellen Bereich vorzunehmen. Es ist in diesem Hause seit Jahren bekannt, daß unsere Fraktion immer wieder die volle Verstaatlichung der kommunalen Polizei gefordert hat, um erstens die Effektivität der Vollzugspolizei — Entschuldigung, der Vollzugspolizei zu erhöhen

(Heiterkeit. — Dr. Dregger [CDU]: Passen Sie auf, daß Ihnen das nicht passiert!)

— ich glaube, Herr Dr. Dregger, wir als F.D.P. eignen uns am allerwenigsten für eine solche Partei, und zwar allein schon von der Stärke her —, zweitens eine bessere Rationalisierung des gesamten polizeilichen Dienstes durchführen zu können und drittens eine finanziell spürbare Entlastung der Städte, die bis dahin noch über eine kommunale Polizei verfügen, zu erreichen.

Der hier zur Beratung anstehende Haushaltsplan schafft diese Voraussetzungen und vollzieht damit eine Aufgabe, die im Rahmen der Koalitionsvereinbarung deutlich erhoben worden war. Bereits bei der Stellungnahme zur Regierungserklärung habe ich eingehend darauf hingewiesen, warum eine Änderung der Finanzierungsart und Finanzierungsformen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau notwendig wird. Ich bin dankbar, daß nun in diesem Doppelhaushalt nicht nur die Konsequenzen daraus gezogen worden sind, sondern daß, wie ich hörte, gestern auch der Innenausschuß einstimmig dieser neuen Finanzierungsmethode zugestimmt hat. Wir müssen klar erkennen, daß es nach dem bisherigen System nicht mehr gegangen wäre. Das wäre bestenfalls bei höchstem Mitteleinsatz, der in diesem Doppelhaushalt gar nicht zu verkraften gewesen wäre, gegangen, allerdings nur mit rund 3 500 geförderten Wohnungen, wogegen wir jetzt immerhin die Möglichkeit haben, 12 000 Wohnungen im Rahmen des geförderten öffentlichen Wohnungsbaues zu errichten.

Aber ein zweiter Effekt sollte dabei auch nicht verkannt werden. Es ist der Effekt, der indirekt erzielt wird, um endlich von der leidigen generellen Objektförderung Zug um Zug zur Subjektförderung überzugehen. Wir beklagen doch alle, besonders die, die unmittelbar mit diesen Fragen beschäftigt sind, daß wir einen hohen Prozentsatz, bis zu 30 %; in öffentlich geförderten Wohnungen Wohnende haben, die auf Grund ihres Einkommens seit Jahren eigentlich dort keinen Platz mehr haben dürften, ohne daß wir rechtlich in der Lage sind, das zu ändern. Alle Versuche auf Bundesebene, das gesetzlich in den Griff zu bekommen, sind einfach gescheitert, weil gerade dort Dauerwohnrechte bestehen und denen das Grundgesetz zusichert, daß die Wohnung unantastbar sei. Die Frage allerdings durch finanzielle Manipulation in Teilbereichen zu lösen, würde einen Verwaltungsaufwand erfordern, der auch nicht

*Stein*

verantwortet werden kann. Wir erreichen also mit unserer Entscheidung nun in Abschnitten genau das, was wir auf der anderen Seite bisher überhaupt nicht angreifen konnten.

(Karry [F.D.P.]: Sehr gut!)

Durch den Teilwegfall der Bezuschussung des Landes nach fünf, acht, elf und fünfzehn Jahren wird eben dem Mieter zugemutet, einen höheren Mietsatz zu zahlen, oder er erhält den Rechtsanspruch auf Zahlung von Wohngeld. Diese Entscheidung mußte getroffen werden, wenn wir in diesen vier Jahren als Ergebnis haben wollen, daß es in diesem Lande keine Wohnungsnotstände mehr gibt und wenn ausreichend mietgünstige Wohnungen in Ballungsgebieten zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der verhältnismäßig hohe Mitteleinsatz für den Ausbau der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung und der Gebietsrechenzentren bietet uns sicher die Gewähr dafür, daß wir in absehbarer Zeit durch die EDV-Anlagen die gewünschte Entlastung im gesamten Verwaltungsbereich von den Gemeinden bis zum Lande hin haben werden.

Auch unsere Fraktion wird bei der weiteren Beratung des Doppelhaushalts alles vermeiden, was zur Ausweitung des Haushaltsvolumens führen könnte. Wir sind darüber hinaus bestrebt — hoffentlich mit der Unterstützung vieler aus diesem Hause —, spätestens bis zur Erstellung eines Nachtragshaushalts für 1972 den Gesamthaushaltsplan für 1972 auszugleichen.

Lassen Sie mich Ihnen zum Abschluß meiner Ausführungen noch einige Zahlen anführen, die geeignet sein könnten, zu neuen Überlegungen zu führen, wenn es darum geht, eine Veränderung des öffentlichen Bewußtseins bei der Betrachtung der finanziellen Erfordernisse im Bereich der öffentlichen Hand herbeizuführen. Im Jahre 1970 wurden in der Bundesrepublik 20,2 Milliarden DM für Alkohol und 12,1 Milliarden DM für Tabakwaren ausgegeben. Und nun hören Sie bitte genau zu. Für den Bau und die Unterhaltung von Krankenhäusern wurden in demselben Jahr ganze 2,4 Milliarden DM und für Schulen und Hochschulen ganze 4,2 Milliarden DM aufgewendet. Gewiß entbehrt ein solcher Vergleich nicht der Polemik.

(Zuruf Dr. Horn [SPD].)

— Herr Dr. Horn, ich habe Sie nicht verstanden.

(Dr. Horn [SPD]: Ich habe gefragt, ob die F.D.P. für die Neueinführung einer Tabakwarensteuer ist!)

— Herr Horn, ich will ja eine Konsequenz daraus ziehen. Ich sage hier ganz offen: Ich verstehe nicht, daß es nicht möglich sein soll, bei solchen Genußmitteln durch eine stärkere Belastung Voraussetzungen zu schaffen, daß die dringend notwendigen Investitionen in diesen beiden Bereichen durchgeführt werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

— Was lachen Sie denn, Herr Milde?

(Milde [CDU]: Sie waren es immer, die geschrien haben: Keine Steuererhöhungen!)

— Aber entschuldigen Sie, Herr Milde, Sie müssen die Bundespolitik rückliegend etwas besser verfolgen, um sie verstehen zu können. Aus Ihrer Äußerung merke ich, daß Sie sie nicht verstehen. Ich habe vorhin schon einmal darauf hingewiesen, wie das Fehlverhalten zum damaligen Zeitpunkt war und welche negativen Auswirkungen wir gerade dadurch heute noch erleben.

(Milde [CDU]: Ihr Fehlverhalten!)

*Stein*

Ich bin mit meinen Ausführungen am Ende. Ich möchte hoffen, daß ich deutlich machen konnte, daß es um unsere finanziellen Möglichkeiten für die Zukunftssicherung unserer Bevölkerung nicht gut bestellt ist und daß wir das maximal Beste nur erreichen können, wenn wir alle Möglichkeiten — auch der Einsparungen bei uns — ausschöpfen. Wenn wir bei der Beratung dieses Etats willens sind — hier darf ich sicher die bereits bei der Stellungnahme zur Regierungserklärung angekündigten Alternativen der CDU erwarten —, dann werden wir einen Doppelhaushalt haben, auf den wir insgesamt stolz sein können.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Dregger.

**Dr. Dregger (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur einige kurze Bemerkungen, die sich zeitlich im Rahmen der der Fraktion zugemessenen Zeit halten sollen.

Zunächst zu Herrn Kollegen Reitz: Herr Kollege Reitz, Sie haben in Ihrer Etätrede auf einen Zwischenruf hin einem jüngeren Kollegen eine Zensur erteilt, die beleidigend war.

(Pleiß [SPD]: Wie viele Zensuren erteilen Sie denn, die beleidigend sind! Sie verteilen doch ständig Zensuren, die beleidigend sind! — Zuruf von der CDU: Warten Sie doch ab!)

Meine Damen und Herren, die alten Hasen sollten es den neuen Kollegen nicht erschweren, sondern erleichtern, sich in die Praxis dieses Hauses einzufügen. Wir weisen daher Angriffe in der Art des Herrn Reitz als unkollegial und ungehörig zurück.

(Beifall bei der CDU.)

Zu Ihren grundsätzlichen Ausführungen, Herr Reitz, zwei Bemerkungen: Sie haben kritisiert, daß sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion zu sehr mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung beschäftigt habe. Diese Kritik ist unbegründet. Wir können den Landeshaushalt nur im Blick auf den Bundeshaushalt und auf die finanzielle Situation der Gemeinden beurteilen,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

einmal deshalb, weil zumindest der Ministerpräsident Geld vom Bund haben möchte, und zum anderen, weil die Gemeinden Geld von uns haben möchten, ferner weil die Konjunkturpolitik des Bundes ihre Auswirkungen auch auf die finanzielle Situation der Länder und der Gemeinden hat. Die Verengung aller öffentlichen Haushalte hängt doch damit zusammen, daß die gewinnabhängigen Steuern zurückgehen und wir gleichzeitig eine Explosion der Personalkosten erleben, die sich bei den personalintensiven öffentlichen Haushalten besonders belastend auswirken muß. Beides hängt doch offensichtlich mit der liederlichen Konjunkturpolitik der Bundesregierung zusammen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Wir haben die Landesregierung schon mehrfach in mehreren Anträgen aufgefordert, einen Finanzstatus der hessischen Gemeinden vorzulegen. Herr Finanzminister, ich bitte darum, daß Sie wenigstens mit der mittelfristigen Finanzplanung diesen Finanzstatus der hessischen Gemeinden beibringen.

(Minister Arndt: Nein, das ist nicht möglich! Ich habe im Landtag dargelegt, warum das erst im Herbst sein kann!)

Dr. Dregger

— Möglich ist es sicherlich,

(Minister Arndt: Nein, es nicht möglich!)

daß Sie den Finanzstatus der kreisfreien Städte und einiger Landkreise und Gemeinden, die als Beispiel dienen mögen, dem Landtag vorlegen. Ich bin der Meinung, daß wir keine Entscheidung über den Finanzausgleich und den Landesetat treffen können, wenn wir nicht wissen, wie es bei den Städten und Gemeinden steht. Die Stadt Kassel hat sich z. B. außerstande erklärt, wegen eines Defizits von über 30 Millionen DM ihren Etat 1971 zu verabschieden. Das ist, Herr Finanzminister, kein Schaugeschäft Ihres Parteifreundes Braner gewesen. Dort ist tatsächlich ein Tatbestand eingetreten, den man nur als katastrophal bezeichnen kann. Unsere Bitte ist also, mit der mittelfristigen Finanzplanung zumindest einen Finanzstatus ausgewählter Städte, Gemeinden und Landkreise vorzulegen, wenn nicht ein Finanzstatus aller hessischen Kommunen vorgelegt werden kann.

Eine zweite grundsätzliche Bemerkung: Herr Reitz, Sie haben gemeint, die Finanzierung des Landesentwicklungsplans sei gesichert. Einmal dauere er ja bis zum Jahre 1985, und nur in den einzelnen Durchführungsabschnitten sei durch die mittelfristige Finanzplanung klarzustellen, was verwirklicht werde und daß es auch finanziert werden könne. Ich möchte auf das hinweisen, was der Finanzminister in seiner Etatrede ausgeführt hat. Er hat erklärt, daß sich das Land bereits in den Jahren 1971 und 1972 bis an die obere Grenze der nach der Verfassung zulässigen Kreditmarktverschuldung verschulden müsse. Er hat an einer anderen Stelle erklärt, daß spätestens 1976 der Schuldendienst 10 % der laufenden Einnahme des Landes auffresse und daß das die höchste nur denkbare Grenze sei. Herr Finanzminister, wenn das richtig ist, dann ist doch die Frage zu stellen, was nach 1976 und 1977 geschehen soll. Sollen dann Neuverschuldungen nur noch im Rahmen der Tilgungsleistungen möglich sein, die dann erbracht werden? Ihr Programm ist doch so umfangreich, daß das für den Zeitraum nach 1976 und 1977 sicherlich nicht ausreichen würde. Es ist also die Frage offen, wie der Landesentwicklungsplan nicht nur für diese Legislaturperiode, sondern für den Durchführungszeitraum bis 1985 finanziert werden soll.

Meine Damen und Herren, von Steuersenkungen wie in der Regierungserklärung von Willy Brandt ist nicht mehr die Rede. Die Rede ist von der Erhöhung der Steuerlastquote. Ich bin auch überzeugt, daß diese Bundesregierung Steuererhöhungen verlangen wird, sobald es konjunkturell vertretbar ist. Ich bin ferner überzeugt, daß alle öffentlichen Haushalte mehr noch als in der Vergangenheit an den Kapitalmarkt herantreten werden, um auch über die Kreditmarktverschuldung eine Finanzierung der öffentlichen Investitionen zu ermöglichen. Aber selbst wenn beides geschieht, wenn wir sowohl in der Kreditmarktverschuldung wie in der Steuererhöhung bis an die oberste mögliche Grenze herangehen — auch dafür gibt es Grenzen —, ist es ausgeschlossen, daß alle die Milliardenpläne realisiert und finanziert werden können, die zur Zeit von der Bundesregierung, von allen Länderregierungen und von allen kommunalen Instanzen vorgelegt worden sind. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß in der Finanzpolitik eine Wende eingetreten ist, daß wir in einer Finanzkrise stecken, daß diese Finanzkrise nicht nur vorübergehende Bedeutung haben wird, sondern daß sie permanent sein wird. Wenn das richtig ist, dann ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem wir ganz nüchtern prüfen müssen, welche dieser vielen Pläne noch realisiert werden können. Wenn wir nicht bald zur Nüchternheit

Dr. Dregger

und Ehrlichkeit zurückkehren, dann kann aus dieser Finanzkrise eine Staatskrise werden,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

weil nämlich Erwartungen geweckt werden, die in Enttäuschungen enden müssen, weil sie nicht realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU. — Klocksinn [SPD]: Gerade das sollte sich die CDU hier sehr merken!)

**Präsident Buch:**

Herr Abg. Dregger, Ihre Redezeit ist jetzt um fünf Minuten überzogen.

**Dr. Dregger (CDU):**

Herr Präsident, ich werde mich daran halten.

Ich möchte mit der Bitte an alle Fraktionen — insbesondere aber an diese Regierung — schließen, daß das umfangreiche Planungswerk des Planes Hessen '80 überarbeitet wird und daß es in eine realistische Planung übergeführt wird, die den finanziellen Möglichkeiten der Gegenwart und Zukunft Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor, beide Vorlagen, den Haushaltsplan und den Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes, dem Haushaltsausschuß zur weiteren Beratung und Vorbereitung der zweiten Lesung zu überweisen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Ich rufe den **Punkt 7** unserer Tagesordnung auf:

**Erste Lesung des von der Fraktion der CDU eingebrachten Entwurfs für ein Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften in Hessen — Drucks. 7/183 —**

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Dr. Bartelt.

**Dr. Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Initiativantrag der CDU-Fraktion, ein Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften betreffend, enthält im wesentlichen zwei Änderungsvorschläge: 1. soll nach unserer Vorstellung künftig die eine Hälfte der Gemeinde- und Kreistagsvertreter in Wahlbezirken nach Mehrheitswahlgrundsätzen und die andere Hälfte über eine Liste gewählt werden. Auch im Kommunalwahlrecht soll, wie schon lange bei der Hessischen Landtagswahl, das reine Verhältniswahlrecht durch ein personalisiertes Verhältniswahlrecht, eine teilweise Persönlichkeitswahl, ersetzt werden. 2. schlägt der Initiativantrag der CDU vor, die Zahl der Gemeindevertreter zu erhöhen, ein Problem, das ja allgemein in der Diskussion ist. Zur Begründung erlaube ich mir, Ihnen folgendes vorzutragen:

Das in Hessen bis heute geltende reine Listensystem bei Kommunalwahlen geht auf das preußische Kommunalwahlrecht zurück, das nach dem Ersten Weltkrieg das Verhältniswahlrecht einführt. Die preußischen Wahlgesetze von 1923 und 1925 sind in dem ersten hessischen Kommunalwahlgesetz von 1948 und in dem dann folgenden von 1952 teilweise wörtlich übernommen worden. Das Kommunalwahlrecht auf der Basis des reinen Verhältniswahlrechts kann mithin auf eine lange Tradition zurückblicken.

Dr. Bartelt

Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt nun aber, daß in den meisten Flächenstaaten der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg Kommunalwahlgesetze geschaffen worden sind, die ihren Bürgern ein größeres Maß an unmittelbarer Demokratie, mehr demokratische Mitbestimmung bei der Wahl der Vertreter auf der Gemeinde- und Kreisebene gewährt haben. Es zeigt sich, daß, wie lange Zeit bei der Briefwahl in Hessen, hier nicht der Satz „Hessen vorn“ stimmt, sondern man muß sagen, hier hinkt Hessen hinterher. Hier ist der Vergleich: In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird, wie wir es jetzt auch für Hessen vorschlagen, ein Teil der Gemeindevertreter in Wahlbezirken durch Persönlichkeitswahl und nur der Rest über Gruppen- oder Parteilisten gewählt. In Bayern andererseits kann der Wähler bis zu drei Stimmen auf einen Kandidaten häufen. In Baden-Württemberg ist die Mitbestimmung des mündigen Bürgers bei der Persönlichkeitswahl noch stärker: er kann außer der Stimmenhäufung auch seinen Kandidaten noch aus verschiedenen Listen auswählen, er kann panaschieren.

(Sprenger [SPD]: Das haben Sie aber selbst nicht vorgeschlagen!)

Allen diesen Wahlsystemen, die sich gut bewährt haben, ist gemeinsam, daß der Bürger auf der untersten Ebene der staatlichen Gemeinschaft im überschaubaren Bereich seiner Gemeinde oder des Landkreises durch seine Stimme unmittelbar die Persönlichkeit seines Vertrauens wählen kann.

Anders ist es in Hessen. In unserem Land kann sich der Wähler in Kommunalwahlen lediglich für Listen entscheiden. Sein demokratisches Wahlrecht ist nach unserer Auffassung deshalb verkürzt, weil allein die Parteien bzw. Wählergruppen die Persönlichkeiten auswählen und auch die Reihenfolge bestimmen, in der sie dann je nach Wahlergebnis in die Kommunalparlamente einziehen. Gerade Sie werden deshalb und müssen deshalb nach unserer Auffassung unseren Initiativantrag begrüßen — wurde doch in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, von Ihnen verkündet, daß „Demokratisierung in allen Lebensbereichen ein Gebot unserer Zeit“ sei. Dem kann teilweise durchaus zugestimmt werden. Andererseits muß ganz klar gesagt werden: Der Begriff „Demokratisierung“ ist so unscharf, so schillernd, er ist ein rechtes Modewort, daß wir vielen seiner Auslegungen nicht zustimmen können.

(Klocksinn [SPD]: Deshalb haben Sie es ja auch in Ihrem Parteinamen drin!)

Fordern doch unter dem Deckmantel dieses Schlagwortes sehr viele Ihrer Parteifreunde nicht Demokratisierung, sondern Sozialdemokratisierung. Einige verstehen darunter sogar manipulierende Politisierung und Ideologisierung bis hin in alle Lebensbereiche.

(Beifall bei der CDU.)

bis hin zum Arzt-Patienten-Verhältnis, wenn Sie an die Verhältnisse im Nord-West-Krankenhaus in Frankfurt denken, Herr Klocksinn. Solche „Demokratisierungstendenzen lehnen wir entschieden ab.

Wir können also feststellen: In Hessen besteht beim Kommunalwahlrecht ein Nachholbedarf an Demokratie. Der Wähler hat in diesem Lande keine Möglichkeit, seine Stimme unmittelbar einer bestimmten Persönlichkeit seines Vertrauens zu geben. Er hat vielmehr allein die Möglichkeit, dies mittelbar über Listen von Parteien oder Wählergruppen zu tun. Die Einzelpersonlichkeit ohne Gruppen- und Parteiunterstützung hat in Hessen keine Chance.

Dr. Bartelt

Demgegenüber bringt unser Vorschlag der Persönlichkeitswahl ein Mehr an substantieller, nicht formaler Demokratie an der Basis, in den Gemeinden und Kreisen. Wir wollen dem mündigen Bürger die Auswahl unter den Bewerbern in seinem Wahlbezirk überlassen, auch deshalb, weil so nach allen Erfahrungen der Wähler aktiviert wird, seine Bereitschaft zur politischen Entscheidung wächst. Ferner: Der Kontakt zwischen den Bürgern eines Wahlbezirks und deren Vertretern wird gefördert, und umgekehrt werden natürlich auch das Interesse und Verantwortungsgefühl des Abgeordneten für die Sorgen und die Probleme seines Wahlbezirks geschärft. Kurz, die Distanz zwischen Wählern und Gewählten wird verkleinert, bürgernahe Demokratie als Chance und Aufgabe — das sind die Vorstellungen der CDU-Fraktion.

Unser Vorschlag bringt zudem im Verhältnis zum geltenden Wahlrecht — auch das muß natürlich geprüft werden — keine Nachteile. Die legitimierende Wirkung der Wahl ist nicht gemindert, im Gegenteil, sie wird durch das Persönlichkeitselement deutlich verstärkt. Gerechtigkeit und Gleichheit sowie Verständlichkeit und Übersichtlichkeit des Wahlrechts bleiben erhalten. Auch die weitere Forderung, die an ein Wahlrecht auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems erhoben werden muß, wird erfüllt. Es kann zu einer ausgewogenen Vertretung von Gruppen und Schichten in den Gemeindeparlamenten kommen.

Wir können also zusammenfassend feststellen, daß der Vorschlag der CDU-Fraktion ein Mehr an substantieller Demokratie an der Basis, mehr Demokratie im überschaubaren Bereich der unteren Ebene bringt, ohne dafür systemimmanente Nachteile einzuhandeln.

Außer diesen grundsätzlichen Erwägungen hat unser Vorschlag selbstverständlich aktuellen Bezug. Die Verwaltungsreform zwingt uns, die Fragen der politischen Willensbildung in den neu zusammengeschlossenen Gemeinden neu zu durchdenken. Hierbei ist insbesondere folgendes Problem zu lösen: Wie kann gewährleistet werden, daß bisher selbständige Gemeinden künftig in der größeren Einheit so repräsentiert werden, daß der Integrationsprozeß in den neuen Gemeinden möglichst nicht gestört wird? Weil unser Vorschlag dieses Problem hervorragend zu lösen vermag, wird er jetzt vorgelegt.

Nach unserem Vorschlag ist bei der Abgrenzung von Wahlbezirken, in denen ja eine Persönlichkeitswahl nach Mehrheitswahlgrundsätzen erfolgen soll — ich habe es dargelegt —, darauf Rücksicht zu nehmen, daß „räumliche Zusammenhänge möglichst gewahrt“ werden. Es heißt dann in unserem Vorschlag im § 3 Abs. 2 weiter: „Sind Ortschaften, Vororte usw. vorhanden, sollen sie nach Möglichkeit einen oder mehrere Wahlbezirke bilden.“ Hiermit wird die Möglichkeit geschaffen, durch die Abgrenzung von Wahlbezirken die jeweils erforderlichen örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen und so zahlreiche Sorgen und Befürchtungen bisher selbständiger Gemeinden abzubauen, die die Sorge haben, in der neuen Einheitsgemeinde untergebuttert zu werden. Bei den Ausschlußberatungen werden wir in diesem Zusammenhang von den Fachleuten Ihres Ministeriums, Herr Minister Bielefeld, uns noch beraten lassen müssen, ob für das von uns angestrebte Ziel die Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter ausreicht oder sie in bestimmten Fällen zu reduzieren ist. Diese Frage kann freilich nicht ohne Kenntnis der Gemeindestatistiken hier abschließend beurteilt werden, weil die Zahl und Größe der Zusammenschlüsse ja auch in den Zahlen berücksichtigt werden müssen; Sie haben ja jetzt einige Zahlen vorgelegt.

*Dr. Bartelt*

Dabei sind wir bereits bei der Erörterung von Einzelfragen angelangt, und dazu wäre noch folgendes zu bemerken:

1. Die Zahl der Gemeindevertreter — ich hatte es schon kurz angeschnitten — ist endgültig erst festzulegen, wenn auch uns die Gemeindestatistiken bekannt sind. Die Zahlen, die Sie, Herr Minister Bielefeld, vorgelegt haben, scheinen uns teilweise zunächst etwas hoch gegriffen zu sein. Aber darüber werden wir ja dann in den Ausschußberatungen reden müssen.

2. Das Problem der Ortsbeiräte kann nach unserer Auffassung erst angegangen werden, wenn festgelegt ist, welche Aufgaben sie und ihre Vorsitzenden erhalten sollen. Auch das bedarf einer genauen Klärung. Mir scheint das Pferd am falschen Schwanz aufgezümt worden zu sein.

(Dr. Horn [SPD]: Am falschen Schwanz!)

— Beides, Herr Kollege Horn: am Schwanz, und dann noch an der falschen Stelle.

3. Die weiteren Fragen, die wir auch in den Ausschüssen werden erörtern müssen, sind: Wer soll die Wahlbezirkseinteilung vornehmen? Wir haben es zunächst bei dem Vorschlag im Kommunalwahlgesetz belassen, daß der Wahlausschuß das tun soll.

(Zuruf von der SPD: Verfassungsrechtlich sehr bedenklich!)

— Darüber muß natürlich gesprochen werden; deswegen spreche ich dieses Problem ausdrücklich an. Weiter: Sollen bei Tod oder Ausscheiden des direkt gewählten Bewerbers Ersatzwahlen stattfinden? Auch hierüber sollte man reden. Es hätte sehr viel für sich. Auf der anderen Seite würde eine gewisse Unruhe in dieses Wahlverfahren hineingetragen werden.

Es sind noch einige Fragen offen, die bei der Novelierung des Kommunalwahlgesetzes zu erörtern sind. Ich möchte hier im Namen meiner Fraktion ausdrücklich erklären, daß wir zur Mitarbeit in der Sache und um der Sache willen bereit sind.

Ich freue mich, Herr Minister Bielefeld, daß es die zuständigen Beamten in Ihrem Hause geschafft haben, pünktlich für die heutige Plenarsitzung noch den Entwurf Ihres Hauses zu diesen Fragen der Öffentlichkeit zu übergeben. Meine Fraktion weiß die Ehre zu schätzen, die in dieser Eile und zeitlichen Plazierung liegt.

(Beifall bei der CDU.)

Der Entwurf ist pünktlich am Vorabend zur gestrigen Plenarsitzung vorgelegt worden, und das ist natürlich erfreulich; wir können deshalb hier heute schon ein wenig darüber diskutieren. Eine endgültige Stellungnahme freilich zu Ihren Vorstellungen über die Ortsbeiräte kann ich hier noch nicht geben. Wir müssen diese Fragen auch erst genau prüfen. Aber soviel ist doch heute schon zu bemerken: Wir werden überlegen müssen, ob Ihre Vorschläge nicht dazu führen werden, daß gerade in den kleineren Gemeinden in den direkt gewählten Ortsbeiräten Nebenparlamente entstehen, die den oft schwierigen und langwierigen Prozeß der Integration, des Zusammenwachsens neuer Gemeinden nicht unbedingt fördern dürften.

(Zuruf Krollmann [SPD].)

— Diese Frage ist, so glaube ich, doch komplizierter, wenn Sie sich vorstellen, Herr Kollege Krollmann, daß die neuen Ortsbeiräte nach den Vorstellungen des Innenministers zusammen mit den Gemeindeparlamenten gewählt werden sollen, daß sie also die gleiche demokratische Legitimation erhalten. Dann wird sich, so scheint es mir, fast mit größter Wahrscheinlichkeit hier ein Nebenparlament entwickeln, und es besteht die Ge-

*Dr. Bartelt*

fahr, daß die lokalen Interessen durch diese Organisationsform wieder stärker herausgestellt werden als es nötig wäre.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Bartelt [CDU]: Ja bitte!)

Bitte, Herr Abg. Krollmann.

**Krollmann (SPD):**

Zur Klärung, Herr Kollege: Sie haben es auf die Tatsache abgehoben, daß Sie durchaus die Verbandsgemeinde vertreten. Jetzt sagen Sie, die Ortsbeiräte nach dem Entwurf des Innenministers bekämen eine eigene demokratische Legitimation. Ja meinen Sie denn, daß die Teilgemeinden der Verbandsgemeinde, die verbandsangehörigen Gemeinden in ihren Parlamenten keine demokratische Legitimation hätten?

(Zuruf von der CDU: Das ist eine ganz andere Frage!)

**Dr. Bartelt (CDU):**

Herr Kollege Krollmann, ich glaube, Sie haben hier zwei Dinge durcheinander geworfen. Dazu ist zu bemerken, daß die Verbandsgemeinde nur für einen eng begrenzten Teil der Gemeinden in Hessen vorgeschlagen wird. Herr Dr. Wallmann hat in seinen Ausführungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einheitsgemeinde der Normfall sein soll.

(Klocksinn [SPD]: Das wäre eine Menge wert!)

Sie haben aber in Ihren Vorschlägen zu den Ortsbeiräten gesagt, daß alle neuen Gemeinden Ortsbeiräte bilden müssen.

(Zurufe von der SPD: Können!)

— „Können“; wenn Sie die Praxis erleben werden, dann kann ich mir nicht vorstellen — insbesondere, wenn Sie eine Mustersatzung zur Verfügung stellen wollen, wie es ja wohl in der Begründung heißt —, daß die neuen Gemeinden aus politischen und allgemeinen Erwägungen darum herumkommen werden, überall Ortsbeiräte zu bilden. Aber, Herr Klocksinn, ich hatte gesagt, diese Frage werden wir noch genau prüfen müssen. Wir haben die Sorge, daß sich hier Nebenparlamente bilden könnten. Es könnte dazu kommen, daß der Integrationsprozeß, der ja möglichst bald einsetzen soll, um nicht Kirchtumspolitik in den neuen Gemeinden zuzulassen, nicht nur nicht gefördert, sondern unterbrochen wird.

Ich darf zum Schluß zusammenfassen: Der Initiativantrag der CDU-Fraktion, den wir Ihnen heute vorlegen, ist der erste Schritt zur Verwirklichung unserer Forderung nach mehr unmittelbarer Demokratie im Bereich der Gemeinden. Eine Modernisierung der Gemeindeordnung muß selbstverständlich folgen. Insbesondere werden wir dann in diesem Zusammenhang die Direktwahl der Bürgermeister durch die Bürger fordern. Und wir hoffen, meine Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion, daß Sie auch heute noch Verständnis für diese Forderung haben und sie dann zu gegebener Zeit unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Nach meiner Übersicht war dies die erste Rede des Herrn Dr. Bartelt hier im Parlament.

(Allgemeiner Beifall.)

Das Wort hat der Minister des Innern.

**Bielefeld, Minister des Innern:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Abg. Dr. Bartelt, ich bin etwas betrübt darüber, daß ich Wasser in Ihren Wein schütten muß; denn bei aller Eile und allem Können der Ministerialbürokratie wäre es uns mit Sicherheit nicht gelungen, vom 16. März — das ist das Ausgabedatum Ihres Antrags — bis zum heutigen Tage einen Referentenentwurf zu all den teilweise recht schwierigen Problemen — Änderungen der HGO und der HKO — fertigzustellen. Ich darf hier nur der guten Ordnung halber feststellen, daß der Innenminister bereits Mitte Februar vom Kabinett einen Auftrag bekommen hat — und das ist vielfältig durch die Presse gegangen; das war auch den maßgeblichen Herren der CDU bekannt, bis Ende März eine Novelle vorzulegen. Das haben wir also geschafft. Ich möchte auch jetzt nicht im einzelnen zu diesem Referentenentwurf sprechen; denn es ist keine Regierungsvorlage. Der Referentenentwurf ist in der letzten Kabinettsitzung zur Kenntnis genommen und dann den Fraktionen zugeleitet worden; er geht auch an die Organisationen und an die Ressorts.

Ich möchte also nur zu dem Antrag der CDU-Fraktion sprechen. Dieser zielt ja darauf ab, daß zum einen die hessische Gemeindeordnung geändert wird und zum anderen auch das hessische Kommunalwahlgesetz. Er umfaßt also zwei Punkte, nämlich erstens die Zahl der Gemeindevertreter zu erhöhen — das ist § 38 HGO — und zweitens das derzeitige reine Verhältniswahlrecht im kommunalen Bereich durch ein gemischtes Mehrheits- und Verhältniswahlrecht abzulösen, d. h., daß also in Zukunft nach den Vorstellungen der CDU ein Teil der Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten direkt gewählt werden soll.

Zunächst zu Punkt 1: Es ist Ihnen bekannt, daß die beiden Koalitionsfraktionen in ihrer Vereinbarung bestimmt haben, daß zur Erhaltung und Förderung einer lebendigen kommunalen Selbstverwaltung die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung, insbesondere im Hinblick auf die örtliche Mitwirkung des Bürgers an der Verwaltung — und hier spielt auch die Frage der Ortsbeiräte hinein — und die Zahl der Gemeindevertreter, den Erfordernissen der Verwaltungsreform angepaßt werden und dementsprechend auch die Zahl der zu wählenden Vertreter angemessen erhöht wird. Insoweit, glaube ich, besteht Übereinstimmung in diesem Hohen Hause auch mit den Vertretern der CDU, daß wir hier in Richtung einer verstärkten Beteiligung und, wenn Sie wollen, einer verstärkten Demokratisierung gehen. Ich sagte, daß ein Referentenentwurf erarbeitet worden ist. Das Kabinett hat ihn zur Kenntnis genommen, und er wird jetzt den Fraktionen, den Ressorts und auch den Organisationen zugeleitet. Dieser Entwurf, um das noch kurz anzudeuten, sieht eine fühlbare Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter — wir differieren gegenüber Ihrem Antrag — vornehmlich im Bereich von 3 000 bis 25 000 Einwohner vor; das ist nämlich der Bereich, der im Zusammenhang mit der Gebietsreform bei den Gemeinden in besonderem Maße angesprochen wird, während der Antrag der CDU-Fraktion im wesentlichen im höheren Bereich Verstärkungen vorsieht. Man kann sagen, daß der CDU-Entwurf, das ist ja auch hier schon ausgeführt worden, sicherlich noch einiger Korrekturen bedarf. Wir sind der Meinung, daß unser Referentenentwurf also auch insoweit den Erfordernissen der Verwaltungsreform mehr Rechnung trägt als der heute auf der Tagesordnung stehende Entwurf der CDU.

Zu Punkt 2: Die Anpassung an die Erfordernisse der Verwaltungsreform, und hier z. B. auch die Direktwahl oder unmittelbare Wahl der Ortsbeiräte und die inzwi-

**Minister Bielefeld**

schen ergangene Rechtsprechung — ich darf auf das Urteil des Staatsgerichtshofs im Falle Glashütten verweisen —, machen eine grundsätzliche und grundlegende Überarbeitung und eine Neufassung der kommunalrechtlichen Vorschriften notwendig. Die Vorarbeiten dazu sind eingeleitet, und ich bin sicher, daß ein entsprechender Gesetzentwurf noch in diesem Jahre von der Landesregierung vorgelegt werden kann mit dem Ziel, daß diese Änderungen dann auch rechtzeitig für die im Oktober 1972 vorgesehenen allgemeinen Kommunalwahlen wirksam werden können.

Die jetzt von der CDU aufgegriffenen Fragen der Einteilung des Gemeinde- und Kreisgebietes in Wahlbezirke und der Direktwahl eines Teiles der Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten sind völlig unabhängig von dieser Initiative bereits in die Überlegungen über eine Reform des Kommunalwahlrechts mit einbezogen worden. Die Auswirkungen des gemischten Wahlsystems, dessen erhöhte Anforderungen und Belastungen besonders für kleinere Gemeinden

(Sprenger [SPD]: Sehr richtig!)

bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl — denken Sie nur an die Abgrenzung der Wahlbezirke, insbesondere an den erhöhten Aufwand an Wahlhelfern, an die Möglichkeit, daß sich mehr Fehler einschleichen können als bisher, die dann evtl. auch zur Ungültigkeit von Wahlen führen — bedürfen einer ganz besonders eingehenden Prüfung, die, und das muß ich unterstreichen, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgen sollte. Auch können diese vorgeschlagenen Änderungen des Kommunalwahlgesetzes nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit den gesamten wahlrechtlichen Vorschriften gesehen werden. Es muß also demgemäß bezweifelt werden, daß die mit dem Initiativantrag bezweckten Änderungen vollständig sind und sich nahtlos in das Hessische Kommunalwahlgesetz einfügen.

Es ist sicherlich kein Geheimnis, daß sich dieser CDU-Entwurf weitgehend an das nordrhein-westfälische Kommunalwahlgesetz anlehnt,

(Dr. Wallmann [CDU]: Und Schleswig-Holstein!)

und auch an die Regelung in Schleswig-Holstein, und daß wesentliche Teile dieses Gesetzes zum Teil übernommen sind. Auch insoweit ist eine besonders sorgfältige Prüfung geboten. Ferner ist zu bedenken, ob den verständlichen Bestrebungen der Bürger der einzelnen Ortsteile nach einer angemessenen Repräsentation und nach Einflußnahme auf die Entwicklung des Ortsteils der neuen Großgemeinden nicht bereits durch die beabsichtigte Einführung der unmittelbaren Wahl der Mitglieder des Ortsbeirats und der Erweiterung seiner Kompetenzen hinreichend Rechnung getragen wird. Erst danach, so meine ich, kann abschließend beurteilt werden, ob die Ablösung des derzeitigen reinen Verhältniswahlsystems durch ein gemischtes Mehrheits- bzw. Verhältniswahlrecht sinnvoll ist.

Ich glaube, wir sollten im Ausschuß diese Dinge im einzelnen behandeln und dann sehen, was daraus zu machen ist, wobei ich mir noch den Hinweis erlauben darf auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Bartelt, daß der Artikel 1 des Referentenentwurfs erst zur nächsten Wahl in Kraft treten soll, also noch nicht gleich in diesem Jahr.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Baumann.

**Baumann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich den Versprecher von Herrn Dr. Bartelt als Einstieg aufgreifen. Ich glaube, die CDU hat das Pferd hier falsch aufgezügelt in ihrem manchmal nicht mehr ganz verständlichen Bestreben, wenigstens immer ein paar Tage schneller zu sein als die Landesregierung oder die Regierungspartei.

(Lachen bei der CDU und Zurufe: Umgekehrt!)

Sie hat hier einen Initiativentwurf vorgelegt, der in seinen praktischen Auswirkungen meines Erachtens zu wenig durchdacht ist. Zu wenig durchdacht — zu diesem Urteil kommt man vor allem dann, wenn man den Abschnitt 1 der Initiative, also die Staffelung der Zahl der Gemeindevertreter und die Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, im Zusammenhang sieht mit dem Abschnitt 2, wo es um die wahlrechtlichen Vorschriften geht, und wenn man beides auf seine Anwendbarkeit in der Praxis untersucht.

Daran ändert auch nichts, daß der Entwurf weitgehend, wie es der Herr Innenminister eben festgestellt hat, mit dem Kommunalwahlgesetz in Nordrhein-Westfalen übereinstimmt. Die dort vorhandenen Gemeindegrößen, an die wir auch nach der Gebietsreform in Hessen kaum herankommen werden oder doch nur in bestimmten Bereichen herankommen können, verlangen andere Maßstäbe. Und daß Schleswig-Holstein und Niedersachsen ähnliche Regelungen haben, macht die Dinge ebenfalls nicht einfacher. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß das personalisierte Verhältniswahlrecht, wie wir es auch in unserem Hessischen Landtagswahlgesetz haben, bei Landtagswahlen gut funktioniert. Aber hier geht es um nicht vergleichbare Größen; dazu darf ich später noch ein Beispiel bringen.

Wir registrierten zwar in der letzten Sitzung und auch heute wieder, daß es der CDU in Sachen Verwaltungsreform offenbar nicht schnell genug geht. Aber wir halten es trotzdem nicht für gut, wenn versucht wird, diese wichtigen Entscheidungen über Initiativgesetzentwürfe voranzutreiben. Das mag im Kindergartenbereich noch seine Berechtigung haben oder in Bereichen, in denen keine Initiativen der Landesregierung zu erwarten sind. Aber im Bereich der Verwaltungsreform, zu dem Termine im Koalitionspapier genannt sind und zu dem der Herr Ministerpräsident und der Herr Innenminister wiederholt Gesetzentwürfe für das erste Halbjahr 1971 angekündigt haben, in diesem Bereich nenne ich das ein schlechtes Verfahren, und ich will das auch begründen.

(Zurufe von der CDU. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Was geht uns das Koalitionspapier an! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Ich werde das begründen, Herr Kollege, lassen Sie mich ausreden.

Ganz abgesehen davon, daß die Landesregierung in den Fragen der Verwaltungsreform ganz eng in der Verantwortung steht und auch stehen muß, schränken Initiativgesetzentwürfe entscheidend die Mitwirkungsmöglichkeiten der Spitzenverbände ein, in diesem Fall die Mitwirkungsmöglichkeit der kommunalen Spitzenverbände und anderer interessierter Organisationen. Die Landesregierung ist gehalten, die Spitzenverbände vorher zu beteiligen. Sie tut das auch. Wir als Parlament können bestenfalls über eine Anhörung im Ausschuß die Meinung der Betroffenen erforschen. Ich bin der Auffassung, das ist nicht das gleiche. Sie wissen, wie Anhörungen laufen und wie sie laufen können und wie wenig u. U. Gelegenheit gegeben wird, dort wirklich

**Baumann**

ernsthaft und intensiv vorzutragen, um was es dabei geht.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Eine ganze Legislaturperiode haben Sie Zeit gehabt! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Ich darf also hier für meine Fraktion feststellen, daß wir nicht daran denken, die Verwaltungsreform in Hessen unter Umgehung der kommunalen Spitzenverbände zu betreiben.

(Beifall bei der SPD. — Ach, ach! bei der CDU.)

Wir werden die Reformgesetze, ob Territorial- oder Funktionalreform, nicht gegen die kommunalen Spitzenverbände, sondern mit ihnen erarbeiten. Und hier kann der Opposition auch nicht das sogenannte Vorschaltgesetz als Alibi dienen, das über eine Initiative zum Tragen kam — in einer der letzten Sitzungen, wie Sie wissen. In diesem Falle gab es gewichtige Gründe für dieses Verfahren.

(Lachen bei der CDU. — Zuruf Dr. Lucas [CDU].)

— Es gab sehr gewichtige Gründe, und auch die zu regelnde Materie war sehr einfach, Herr Kollege, das wissen Sie. Keinesfalls darf dies zur Regel werden.

(Dr. Lucas [CDU]: Also das Parlament wartet immer, was die Regierung macht! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Wenn wir trotz dieser Bedenken zum Verfahren die Initiative nicht einfach blockieren, dann deshalb, weil wir annehmen, daß 1. im Ausschuß Einigkeit darüber zu erzielen ist, daß die Vorstellungen der CDU zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit dem von dem Herrn Innenminister der Presse gegenüber bereits erläuterten Referentenentwurf dann, wenn er ein Regierungsentwurf ist, behandelt werden können, und daß wir 2. die Diskussion um die wahlrechtlichen Vorschriften ebenfalls solange zurückstellen, bis die Regierung ihre mit den Spitzenverbänden abgestimmten Vorstellungen dazu vorlegt. Nur so scheint uns eine sinnvolle Arbeit möglich zu sein.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal zu dem zurückkehren, was ich einleitend über die Anwendbarkeit der im CDU-Entwurf niedergelegten Vorschriften sagte. Da wird in der vorgeschlagenen Neufassung des § 38 gesagt, daß Gemeinden mit 3000 Einwohnern zukünftig 19 Gemeindevertreter haben sollen. Für sich allein wäre diese Zahl akzeptabel. Gleichzeitig soll aber vorgeschrieben werden, daß mindestens neun davon in neun Wahlbezirken in direkter Wahl gewählt werden sollen. Das heißt doch, daß für je rund 250 Wahlberechtigte — so etwa wird sich das einpendeln — von jeder Partei oder Wählergruppe ein Direktkandidat zu benennen wäre. Dieser müßte nach Möglichkeit auch in diesem Wahlbezirk wohnen, sonst wäre diese Direktwahl ja nicht sinnvoll. Es bedeutet weiter, daß sie in dieser Gemeinde neun Wahlvorstände zu bilden hätten neben all den technischen Vorbereitungen, die damit in Zusammenhang gesehen werden müssen. Sie dürfen dabei nicht nur die neuen Einheitsgemeinden sehen, die aus mehreren Klein- und Kleinstgemeinden gebildet werden. Sie müssen den in Hessen nicht seltenen Fall der 3000-Einwohner-Gemeinde sehen, die ein geschlossenes Gemeindegebiet hat. Dort wäre doch ein solcher Abgeordneter nicht mehr ein unabhängiger, dem Gesamtwohl verpflichteter Mandatsträger; er wäre dort ein Straßenvertrauensmann. Lassen Sie mich das einmal so nennen. Darauf läuft das mit 250 Wählern hinaus.

(Dr. Horn [SPD]: Sehr richtig! — Bohl [CDU]: Was sind denn jetzt die direkt gewählten Abgeordneten?)

*Baumann*

Ich habe bewußt diesen Grenzwert herausgeholt. Ich weiß: je höher sie in der Zahl kommen, um so günstiger gestaltet sich das.

(Zuruf Roth [CDU].)

Aber eine Kette ist eben nur so stark wie ihr schwächstes Glied, und hier hat der Entwurf seine entscheidenden Schwächen.

(Dr. Horn [SPD]: Sehr gut!)

Wir müssen das personalisierte Verhältniswahlrecht, gegen das ich im übrigen nichts einzuwenden habe, im kommunalen Bereich auch noch unter einem anderen Aspekt sehen. Die Koalitionspartner — auch das wurde hier angesprochen — haben vereinbart, daß den Ortsbeiräten zukünftig mehr Bedeutung beizumessen ist. Hier wird die Urwahl diskutiert. Ich hielte es nicht für gut, wenn zukünftig in einem Ortsteil ein Ortsbeirat in Urwahl gewählt und daneben die Gemeindevertreter ebenfalls in Personenwahl bestimmt würden. Ich glaube, das gäbe nicht nur fruchtbare Spannungen zwischen den beiden. Wenn Sie das durchdenken, dann sehen Sie das.

(Zurufe von der CDU.)

— Nein, meine Damen und Herren, deshalb sind wir in diesem Bereich gegen das, was Sie vorschlagen. Man kann sich ab einer bestimmten Gemeindegroße, man kann sich beispielsweise bei Kreistagswahlen durchaus darüber unterhalten. Aber das ist eben ein Beispiel dafür, daß es in der 3000-Einwohner-Gemeinde nicht funktioniert.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Nur so bitte ich das zu verstehen.

Nicht ohne Tücken ist auch der vorgesehene Verhältnisausgleich, wenn Sie das genau durchdenken.

Die politischen Parteien — alle politischen Parteien — sollten ferner ernsthaft prüfen, ob sie Einzelbewerbern — nicht politisch gebundenen, noch nicht einmal einer Wählergemeinschaft verpflichteten Einzelbewerbern — so ohne weiteres die Chance zur Erringung eines Einzelmandats einräumen wollen. Auch das ist sehr oft im politischen Bereich diskutiert worden, und auch das hat seine Tücken. Genau dahin kämen wir jedoch mit ihrem Entwurf. Das muß ich hier sagen.

Alles in allem ist der CDU-Entwurf — so meine ich — eine nicht uninteressante politische Aussage. Er zeigt in eine bestimmte politische Richtung, die zweifellos von der Stellung dieser Partei und ihrer Position im kommunalen Bereich bestimmt wird. Aber das ist weder die Stellung noch die Position der SPD. An der Praktizierung bürgernaher Demokratie — lassen Sie sich das sagen, Herr Dr. Bartelt — haben wir es in der Vergangenheit hier in Hessen sicher nicht fehlen lassen.

(Widerspruch bei der CDU.)

Sehen Sie sich die politischen Mehrheiten in den Kommunalparlamenten an,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Sehen Sie sich mal den Trend an! — Weitere Zurufe von der CDU.)

und sehen Sie sich an, wie diese politischen Mehrheiten der SPD in diesen kommunalen Parlamenten in den vergangenen 20 Jahren immer wieder bestätigt worden sind. Sie müssen also feststellen, daß die Bürger offensichtlich mit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in diesem Lande zufrieden sind.

(Zuruf von der CDU: Sie dürfen keine Angst haben!)

*Baumann*

Wir können im Ausschuß über Ihre Vorschläge reden, aber wir meinen, es müssen realisierbare Vorschläge sein, sie müssen sinnvoll und der kommunalen Selbstverwaltung adäquat sein. Und dieser Vorschlag, wie er im Augenblick steht, scheint uns das nicht zu sein.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Voitell.

**Voitell (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Landtag werden wir uns mit der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung zu befassen haben. Wir meinen, daß möglichst alle Fragen, die zur Novellierung anstehen, zusammengefaßt werden sollen. Das schließt nicht aus, daß bestimmte Fragen auch vorgezogen werden können, insbesondere dann, wenn weitgehend über die Notwendigkeit Einvernehmen besteht.

Zu diesen Fragen zählt zweifelsohne die Zahl der Gemeindevertreter. Sie soll erhöht werden. Das ist schon im Koalitionspapier fixiert worden, und die Landesregierung hat die entsprechenden Vorarbeiten in der Zwischenzeit bereits geleistet. Da wird es darum gehen, was die angemessene Erhöhung darstellen soll. Ich bin sicher, es wird bei den Ausschußberatungen zwischen Oppositions- und Koalitionsfragen am Ende ein Einverständnis geben.

Auch über den von Ihnen gebrachten Vorschlag der Änderung in der Hessischen Gemeindeordnung bezüglich des jetzigen Hauptwohnsitzes — das ist, glaube ich, ein Ergebnis der Diskussion über die Wahlen in den Universitätsstädten — sollte man reden, und auch da wird es wahrscheinlich zu einer Übereinkunft kommen können.

Die Frage der Änderung des Hessischen Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes geht natürlich über diesen Rahmen hinaus. Hier stellt sich — für uns jedenfalls — die Frage, ob das Thema in diesem Zusammenhang bereits mit zu erörtern ist. Bei Diskussionen über das Wahlgesetz stellt sich ja immer die Frage nach dem idealen Wahlverfahren, nach dem idealen Wahlrecht. Wer die Diskussion über Jahre hinweg verfolgt hat, der weiß, daß es keine ideale Lösung gibt, sondern immer nur Annäherungswerte; ein Rest von Unbehagen wird so oder so immer bleiben.

Sie als Antragsteller, als Vertreter der CDU werden verstehen, daß gerade wir als Liberale ein wenig allergisch sind gegen alle Fragen, die mit Wahlrechtsänderungen zu tun haben.

(Lachen bei der CDU.)

Wir haben ja noch Ihr Wort und Ihre Forderung vom mehrheitsbildenden Wahlrecht in Erinnerung, was natürlich nur eine propagandistische Formulierung war. Sie wollten im Grunde auf ein reines Mehrheitswahlrecht mit den entsprechenden politischen Absichten hinaus, die ja damals auch expressis verbis von den Vertretern der CDU dargelegt worden sind.

(Bohl [CDU]: Daran ist die SPD nicht unschuldig!)

Wir sind der Auffassung, daß sich das Hessische Kommunalwahlrecht insgesamt bewährt hat. Es ist richtig, daß wir in anderen Bundesländern andere Kommunalwahlgesetze haben. Aber für mich ist immer die Wahlbeteiligung der Bürger an den Kommunalwahlen ein wesentliches Indiz gewesen und ist es noch. Da habe ich also feststellen müssen, daß weder Kumulieren noch Panaschieren zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt haben,

(Schäfer [SPD]: Niedriger!)



**Voitel**

im Gegenteil gehen meine Erfahrungen dahin, daß die Wahlbeteiligung niedriger wird. Daran sollten wir eigentlich als Gesetzgeber kein Interesse haben. Das wird in dieser Form auch nicht vorgeschlagen, aber an diesem Extrembeispiel wollte ich einfach einmal die Schwierigkeiten aufzeigen.

Es ist zum zweiten — darauf hat der Kollege Baumann eben schon hingewiesen — die Frage zu stellen, ob das, was hier von der Opposition vorgeschlagen wird, tatsächlich auch praktikabel ist. Sie schlagen für Gemeinden bis zu 200 Einwohnern fünf Gemeindevertreter vor. Die Gemeinden hätten zwei Wahlkreise zu bilden, und auf jeden Wahlkreis entfielen damit maximal 100 Einwohner. Das wären etwa 65 bis 70 Wahlberechtigte. Der Aufwand steht hier in gar keinem Verhältnis zu dem, was damit erreicht werden kann. Das gilt nicht nur für diesen Grenzfall, sondern das gilt bis in große Bereiche der mittleren Gemeinden hinein.

Ohne daß ich das hier weiter ausführen will: Wir sind sehr skeptisch gegenüber dem Versuch einer Änderung des hessischen Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes, weil wir davon ausgehen, daß unsere seitherigen Erfahrungen mit dem hessischen Kommunalwahlgesetz insgesamt als gut zu betrachten sind. Das schließt nicht aus — und hier komme ich noch einmal auf den Fall Glashütten zurück —, daß möglicherweise in einigen Punkten Änderungen, Verbesserungen notwendig sind. Aber wir glauben nicht, daß das Gesetz insgesamt von seiner Grundlage her geändert werden muß.

Ein Drittes kommt schließlich hinzu. Da ist der aktuelle Bezug. Kollege Dr. Bartelt hat ja in der Begründung darauf hingewiesen. Wir bekommen auf Grund der Zusammenschlüsse neue Gemeinden, und diese Gemeinden haben oft eine Reihe von Schwierigkeiten. Dieser Prozeß des Zusammenwachsens muß eben erst über die Bühne gehen. Ich glaube, daß der CDU-Vorschlag des personalisierten Wahlrechts gerade in Verbindung mit der Möglichkeit, daß sich in jedem Wahlkreis ein unabhängiger Kandidat auf tun kann, sehr leicht dazu führt, daß ein Wahlgesetz à la CDU-Vorschlag zu einem Desintegrationsfaktor in den neu zu schaffenden Gemeinden wird. Die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens würden durch ein solches Wahlgesetz entsprechend honoriert werden. Es wäre geradezu ein Anreiz dafür, in jedem Gemeindeteil der zusammengeschlossenen Gemeinden die vorhandenen Emotionen in dieser Weise politisch umzusetzen. Daß das aber am Ende zu wenig politischen Ergebnissen führt, darüber sind wir uns im Hause wahrscheinlich alle klar.

Soviel zu diesem zweiten Teil des CDU-Antrages. Wir sind sehr skeptisch, einmal hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten und zum zweiten auch hinsichtlich der damit verbundenen möglichen politischen Auswirkungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Wallmann.

**Dr. Wallmann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Bartelt hat sehr überzeugend vorgetragen, worum es uns dem Grunde nach — — —

(Klocksinn [SPD]: Da sind Sie aber anspruchslos!)

— Herr Klocksinn, wenn Sie so etwas sagen, dann hätten Sie andere Redner nach vorn schicken müssen — aus Ihrer Fraktion, meine ich.

(Beifall bei der CDU.)

**Dr. Wallmann**

Herr Dr. Bartelt hat sehr überzeugend vorgetragen, worum es uns dem Grunde nach geht. Ich darf das noch einmal kurz wiederholen. Es geht uns einmal um die Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter,

(Dr. Schmidt [SPD]: Es war also doch nicht überzeugend! — Schäfer [SPD]: Warum wiederholen Sie das? Sie sagten doch, es war überzeugend!)

und es geht zweitens um ein neues Wahlrecht.

Herr Kollege Schäfer und Herr Minister Dr. Schmidt, es ist das Recht des Abgeordneten, von dieser Stelle aus sogar etwas zu sagen, was nach Meinung der anderen töricht ist. Ich meine, das sollten Sie auch den Abgeordneten der Opposition nicht streitig machen.

(Schäfer [SPD]: Das gestatte ich Ihnen! — Dr. Horn [SPD]: Das ist Ihnen zugestanden!)

Wir haben in der Tat häufig ein unterschiedliches Demokratieverhältnis. Aber darüber wollen wir jetzt nicht reden. Ich wollte zur Sache etwas sagen.

(Reitz [SPD]: Gott sei Dank! Das wäre aber schlimm, wenn das nicht so wäre!)

— Warten Sie doch ab! Warten Sie doch ab!

(Zuruf von der SPD: Mit Sicherheit!)

— Sie bestätigen das noch einmal, was wollen Sie eigentlich mehr?!

Es geht also um zwei Punkte, um die Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten sowie um ein neues Wahlrecht, mit dem wir erreichen möchten, daß die Wahl stärker personalisiert wird. Herr Kollege Dr. Bartelt hat sehr deutlich gemacht, daß wir nicht von uns annehmen, wir hätten hier eine Vorlage eingebracht, die nur so und unter gar keinen Umständen anders sein dürfe. Er hat gesagt: Wir wollen miteinander sprechen. Dafür sind die Ausschußberatungen da. Wir wollen uns auch beraten lassen. Und wir wollen dabei etwas über die Gemeindestruktur und dergleichen mehr wissen. Ich freue mich darüber, daß der Herr Innenminister auf diesen Ton eingegangen ist und gesagt hat: Jawohl, dem Grunde nach ist das sicherlich erwägenswert, und wir werden sehen, zu welchem Ergebnis wir nachher kommen; wir haben einen Referentenentwurf unsererseits auch bereits erarbeitet.

Herr Kollege Baumann, Ihnen möchte ich folgendes sagen: Wir sollten einmal grundsätzlich von der Vorstellung abgehen, die offenbar bei Ihnen vorherrscht, nämlich daß Entwürfe, die hier eingebracht werden, insbesondere wenn sie von einer Oppositionsfraktion stammen, also von Abgeordneten, die diese Arbeit ganz allein zu leisten haben,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

so abgefaßt sind, daß sie keiner Veränderung mehr bedürfen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Es geht darum, daß eine Oppositionsfraktion ihre Grundgedanken entwickelt und zu einem offenen Gespräch bereit ist. Wir sagen das hier in aller Öffentlichkeit. Ich meine, Sie von den Regierungsfractionen können von einer Oppositionsfraktion gar nicht mehr erwarten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich habe es im übrigen bedauert, daß Sie, Herr Kollege Baumann, gar nicht auf das eingegangen sind, was Herr Kollege Dr. Bartelt gerade insofern gesagt hat. Aber das liegt wohl daran, daß man mit einem Konzept hierherkommt, das unter allen Umständen vorgetragen werden muß, und daß man überhaupt nicht mehr auf das hört, was vorher gesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU.)

Dr. Wallmann

Ein Weiteres: Herr Kollege Baumann, Sie haben gesagt, Sie erlebten hier zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode, daß uns die Verwaltungsreform nicht schnell genug vorangehe. Seit 1965 haben wir darauf hingewiesen, und Sie haben sich diesem Begehren von uns, wie Sie wissen, verschlossen. Inzwischen soll es nun Verwaltungsreform geben, aber nicht so, wie wir sie uns vorstellen. Ich habe darüber im Auftrage meiner Fraktion in der letzten Sitzung berichten und vortragen dürfen.

(Zurufe.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ohne ein gesichertes Konzept zur Funktionalreform, ohne Kenntnis darüber, wie die Zuständigkeiten verteilt sein sollen, keine gebietliche Neuordnung geben darf,

(Reitz [SPD]: Ein Widerspruch zum Dregger-Plan!)

weil solche gebietliche Neuordnung sonst von Zufälligkeiten abhängig sein kann und in vielen Fällen alsbald korrigiert werden muß. Das ist unsere Überlegung. Wir wollen Verwaltungsreform, und wir wollen Verwaltungsreform in der Tat so schnell wie möglich. Aber wir wollen nicht Veränderung um der Veränderung willen, Herr Kollege Baumann,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

sondern auf Grund gründlicher Beratungen und gesicherter Einsichten, die wir zuvor gewonnen haben.

(Sprenger [SPD]: Dann gewinnt man schön!)

— Dann gewinnt man schön, sagen Sie, Herr Sprenger. Woher nimmt eigentlich ausgerechnet die SPD das Recht, in Sachen Verwaltungsreform heute den Vorreiter zu spielen, nachdem sie jahrelang in dieser Frage stagniert hat?!

(Beifall bei der CDU.)

Heute — übergroße Hektik — wollen Sie das alles ungeschehen machen. Wie oft sind Sie hier in diesem Hause beschworen worden, doch von Ihrer starren Haltung abzugehen

(Reitz [SPD]: Sie machen doch den Salto mortale!)

und in dieser Frage endlich mit wahrhaft reformerischen Politikern mitzuziehen, mit Politikern wie z. B. Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz und dergleichen mehr. Sie waren doch hinten, und jetzt sind Sie plötzlich durch die Koalition dazu gezwungen worden, wenigstens so zu tun, als ob Sie täten, meine Damen und Herren! So sehen die Dinge aus.

(Beifall bei der CDU.)

Dann ist hier von den Ortsbeiräten gesprochen worden. Herr Kollege Dr. Bartelt hat sehr, sehr klar gemacht, daß dies für uns ein Thema ist, das doch gründlicher Erörterung bedarf. Darauf ist ja der Innenminister eingegangen. Ich darf es noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß im Regelfall die Einheitsgemeinde erreicht werden muß. Aber man darf nicht „Einheitsgemeinde“ sagen

(Reitz [SPD]: Wieder etwas Neues! — Gegenruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört!)

und in praxi daraus ein bißchen Einheitsgemeinde und ein bißchen Verbandsgemeinde machen.

(Zuruf von der SPD: Wir nicht!)

— Ich behaupte doch gar nicht, daß Sie das machen. Ich habe gesagt: Darüber machen wir uns Überlegungen. Wenn jetzt Ortsbeiräte mit Zuständigkeiten versehen werden, die dazu führen könnten — ich sage nicht, daß

Dr. Wallmann

das so sein muß —, daß die Integration von bisherigen selbständigen Verwaltungseinheiten zu einer neuen Verwaltungseinheit behindert wird, dann wäre eine solche Lösung nicht richtig.

(Reitz [SPD]: Das ist ein Problem!)

Deswegen werden wir uns miteinander unterhalten müssen, wie auf der einen Seite das Teilhaben der Bürger an der kommunalen Politik, an den Entscheidungsvorgängen gesichert werden kann, ohne daß gleichzeitig die Wirksamkeit der Entscheidungsgremien dadurch eine Schmälerung erfährt. Das ist doch, glaube ich, das Thema, und unter dieser Überschrift werden wir miteinander zu sprechen haben.

Dann, Herr Kollege Baumann, haben Sie davon gesprochen, mit unserem Vorschlag für ein neues Wahlrecht, also dem gemischten Wahlsystem, würden wir bei einzelnen parteipolitisch ungebundenen Bewerbern die Chance zur Erringung von Mandaten doch nur ermöglichen. Um auch hier eine klare Aussage zu machen: Die Christlich-Demokraten halten es nicht für gut, wenn Freie Wählergemeinschaften — oder wie sie sonst heißen — in der Kommunalpolitik die dominierende Rolle spielen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch Kommunalpolitik politische Auseinandersetzung und Entscheidung ist und da, wo nur möglich, politische Parteien diese Verantwortung tragen sollten. Aber wenn es durch ein solches Wahlgesetz in der Tat so wäre, daß in ungebührlicher Weise die Chance von Einzelbewerbern erhöht würde, dann liegt das nicht an diesem Wahlrecht, sondern dann liegt es an uns, den politischen Parteien, weil wir keine überzeugenden Kandidaten vorzustellen haben.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Deswegen meine ich, daß wir hier wieder vor einer Art von Güterabwägung stehen. Auf der einen Seite sind wir der Auffassung, daß auch in der Gemeinde politische Auseinandersetzung und Entscheidung stattfinden muß und deswegen, wo nur möglich bei dem verfassungsmäßigen Rang, der den Gemeinden zukommt, politische Parteien in ihnen vertreten sein müssen. Aber auf der anderen Seite muß dem Bürger das ermöglicht werden, was denjenigen, die Mitglieder einer Partei geworden sind und von dorthin aufgestellt werden, selbstverständliche Möglichkeit ist. Hier, meine ich, muß die Chancengleichheit Priorität haben. Und ob dann die politischen Parteien sich durchsetzen, liegt bei ihnen, an der Qualität ihrer Bewerber und Kandidaten — und davon sollten wir nicht abgehen, denke ich. Wer sollte uns sonst wohl das Wort, das alle hier vertretenen politischen Parteien so oft benutzen, abnehmen, wenn von der „Bürgernähe“ gesprochen wird, von der „Chancengleichheit“, vom „Teilhaben aller Bürger an der Verwaltung und an den politischen Entscheidungen auf allen Ebenen, insbesondere bei den Gemeinden“.

Ein letztes Wort zu dem, was Herr Voitel gesagt hat. Herr Voitel, im Grunde haben Sie gesagt: Wir von der F.D.P. sind skeptisch, wir wollen uns aber noch nicht dagegen aussprechen, wir werden warten, was bei den Beratungen herauskommt. Aber dann haben Sie einen Schlenker gemacht und haben gemeint, Sie seien als liberaler Politiker natürlich immer etwas allergisch, wenn es sich darum handele, ein neues Wahlrecht zur konstituieren. Sie haben hingewiesen auf das mehrheitsbildende Wahlrecht, das seinerzeit in Bonn proklamiert worden ist. Ich darf Ihnen sagen, das war eine Wahlabrede zwischen der CDU und einer anderen Partei, mit der Sie sich jetzt hier im Lande und auch im Bund in der Koalition befinden.

(Voitel [F.D.P.]: Das wissen wir!)

*Dr. Wallmann*

— Gut. Dann darf ich Ihnen aber hinzufügen: Ich stehe auf dem Standpunkt — und damit lassen Sie mich schließen —, Herr Voitel, daß Sie über die Frage des Mehrheitswahlrechts von Herrn Wehner noch eine ganze Menge zu erfahren haben werden für den Fall, daß die SPD 1973 die absolute Mehrheit in Bonn erreicht.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der SPD: Das wollen wir hoffen! — Reitz [SPD]: Das sind ja schöne Aussichten!)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Krollmann.

**Krollmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Wallmann, was das Mehrheitswahlrecht und die Abreden zur Einführung des Mehrheitswahlrechts angeht, so darf ich Ihr geschichtliches Verständnis vielleicht um eine Erinnerung bereichern.

(Dr. Wallmann [CDU]: Da bin ich immer dankbar!)

— Ja, ich weiß das, und deshalb tue ich das.

In den fünfziger Jahren hatte diese Sache, auf die Sie anspielen, schon einen Vorgang, und da war keine andere Partei beteiligt.

(Reitz [SPD]: Sehr gut!)

Das Grabenwahlrecht und dieser Vorgang hat etwas ausgelöst, was Sie dann in Nordrhein-Westfalen ablesen konnten, nämlich eine heftige Reaktion eines Partners, Ihres damaligen, dortigen Partners, der glaubte, er solle in grober Weise untergebuttert werden.

(Dr. Wallmann [CDU]: Können Sie sich daran erinnern, daß vorher Hessen das Beispiel gegeben hatte?)

— Ja, ich kann mich aber auch daran erinnern, daß wir hier in Hessen — da hatte ich noch nicht die Ehre, hier mitzuwirken — diese Sache freiwillig korrigiert haben. Sehen Sie, das ist der politische Stilunterschied, den man da hat.

Sie haben aber immerhin aus einer ganz akuten politischen Situation sehr eindeutig mit diesem Gedanken gespielt. Ich habe mir damals sagen lassen, daß selbst gewisse Spitzenpolitiker bis nach Australien gereist seien, um die Probleme des Mehrstimmwahlrechts und des Grabenwahlrechts zu untersuchen.

(Dr. Wallmann [CDU]: Ach ja?)

— Es war Herr Seebohm, der das seinerzeit betrieben hat.

Aber lassen wir das, und versuchen wir doch einmal, die Dinge etwas niedriger zu hängen. Was ist eigentlich gesagt worden gegen diesen Initiativentwurf? Doch nicht das, daß wir es Ihnen verwehren wollten, sich fleißig hier in diesem Parlament zu betätigen, sondern angemerkt worden ist eigentlich doch nur, daß klar erkennbar war, daß die Regierung im Zuge der Verwaltungsreform mit der Vorbereitung derartiger Entwürfe befaßt war, so daß es selbstverständlich ohne weiteres möglich gewesen wäre, im Zuge dieser Diskussion all die Fragen mit zu erörtern. Ebenso klar ist von allen, die hier gesprochen haben, zu erkennen gegeben worden, daß wir hier alle, die wir beteiligt sind, Probleme sehen und daß wir bereit sind, diese Probleme im Ausschuß nüchtern auszutragen. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß wir mit all diesen Wahlsystemen, die sich in den verschiedensten Varianten letztlich ja doch wieder am Verhältniswahlrecht orientieren — denn mit einem

*Krollmann*

solchen Phänomen haben wir es ja zu tun — leben können, das ist völlig klar. Ich selbst bin in Nordrhein-Westfalen großgeworden und weiß, wie das und daß das funktioniert. Darüber kann es von dem Grundsatz her eigentlich keinen Streit geben. Es kann uns hier nur darum gehen, ob für unsere Verhältnisse ein System gefunden werden kann, das optimal ist. Das muß nicht darin bestehen, daß wir bei irgendeinem Lande abschreiben.

(Dr. Wallmann [CDU]: Das muß auch nicht unbedingt das alte sein!)

— Das habe ich damit implizite bereits zugegeben, das ist eigentlich gar keine Frage. Sagen Sie einmal, halten Sie uns eigentlich für so unsicher, daß wir keinerlei Diskussionen zulassen könnten? Das ist doch etwas zu gering eingeschätzt, Herr Dr. Wallmann.

Aber ich möchte auf eines in dem Zusammenhang doch noch einmal eingehen, weil das nun in die Gesamtproblematik „Verwaltungsreform“ einmündet. Ich bin übrigens immer wieder begeistert, Herr Dr. Wallmann, wenn Sie mit einem Appell zur Sachlichkeit beginnen und dann zur Polemik übergehen,

(Beifall bei der SPD.)

ich weiß das schon, wenn Sie eine solche Wendung machen. Aber was mich bei der Sache berührt, ist dieses: Herr Dr. Bartelt hat mit einem sehr klaren Einstieg in die Sache hier vorgetragen, er sehe eine gewisse Problematik bei den Ortsbeiräten; eigentlich weniger bei den Ortsbeiräten, wenn ich ihn richtig verstanden habe, sondern vielmehr bei der Frage der Direktwahl der Ortsbeiräte, denn dahinter steht ja ein stärkeres Einschalten lokaler Parteien, lokaler Personengruppierungen, um es einmal so zu sagen. Die bisherige Ortsbeiratsregelung ist doch so, daß die Ortsbeiräte nach den Stimmerngebnissen in ihrem Tätigkeitsbereich vom kommunalen Zentralparlament bestellt werden. Es steht also dahinter eine stärkere Möglichkeit des Bürgers, sei es nun über seine Partei, sei es über eine freie Liste — wir haben die Einzelwahl nicht, das ist die einzige Ecke, die da noch offen bleibt —, sei es also über eine Partei oder über eine Liste, in ein Gremium hineinzukommen, das für den lokalen Bereich zuständig ist. Soweit, so gut. Und nun sagen Sie, daß es da bestimmte Bedenken gibt hinsichtlich der Integration der neugebildeten Gemeinden. Ich gebe zu, daß man auf solche Gedanken kommen kann, und es hängt sicher entscheidend davon ab, mit welchen Befugnissen ich den Ortsbeirat ausstatte. Das ist also ganz klar, das ist interdependent, da hängt wirklich das eine von dem anderen ab. Wenn ich mir aber darüber klar bin, daß ich für die Ortsbeiräte im Grundsatz nichts delegieren kann an Zuständigkeiten, was das Ziel der Verwaltungsreform, das Schaffen leistungsfähiger Gemeinden wiederum gefährdet, d. h. wenn ich mir darüber klar bin, daß die Finanzhoheit bei der Zentralgemeinde bleiben muß, wenn ich mir darüber klar bin, daß es im wesentlichen darum gehen wird, lokale Interessen sehr deutlich zu artikulieren, ganz deutlich auszusprechen, dem zentralen Parlament unüberhörbar vor Augen zu führen, dann stellt sich die Frage, warum ich nicht dem einzelnen Bürger, der im Ortsbeirat tätig ist, das Gefühl verschaffen soll, daß er eine klare Legitimation seiner von ihm vertretenen Bürger hinter sich hat. Die Frage, ob desintegrierend oder nicht desintegrierend, hängt eng zusammen mit der Frage der Kompetenzzusstattung derartiger Beiräte.

Noch ein anderes muß in dem Zusammenhang gesagt werden. Wer Sorgen mit der Desintegration hat, der muß bitte doch auch Verständnis haben, wenn andere wegen desintegrierender Wirkung eines Wahlrechts Sorgen haben, das sogar kleine Einheiten beinahe in

**Krollmann**

Straßenvertreten in den direkten Wahlkreisen aufteilt. Sie haben, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, für die Gemeinde mit 3000 Einwohnern — Herr Baumann hat das zitiert — 19 : 9, also 9 direkte Mandate. In Nordrhein-Westfalen — ich habe mich einmal belehren lassen — sind es 13 : 6, also 13, die zu wählen sind, davon 6 in Einzelwahlkreisen. Das führt in der Tat zu einem System, das beinahe schon an Straßenvertrauensmänner grenzt, und führt zusammen mit der Möglichkeit freier Bewerber in der Tat auch zu der begründeten Befürchtung, es könnte hier etwas Desintegrierendes eingreifen.

Alles Grund genug, über diese Fragen intensiv zu diskutieren. Ich will nur klarmachen, daß wir hier doch irgendwo eine Plattform haben, auf der wir uns ganz nüchtern über diese Probleme auseinandersetzen können. Darauf kam es mir an. Es wäre sicher gut gewesen, wenn in diesem Zusammenhang praktisch nicht wieder die Debatte über die allgemeine Verwaltungsreform aufgegriffen worden wäre.

Eines zum Abschluß: Vergewährtigen Sie sich die Lage in einer Partei mit funktionierender Organisation; das sind die Sozialdemokraten bis heute wohl immer noch vorbildlich in der Bundesrepublik, weitaus stärker als die CDU. Ich vergewährtige mir allein, daß in einer Stadt wie Kassel immerhin beinahe 300 SPD-Delegierte zusammentreten, um ihre Kandidaten für die Stadtverordneten zu bestimmen. Bei der CDU sind es etwa ein Fünftel davon. Sie wissen, wovon ich rede, in einer Partei mit funktionierender Organisation wird von allein dafür gesorgt, daß regionale Gesichtspunkte zum Tragen kommen. Es gleicht sich also innerhalb der Parteien weitgehend das aus, was hier institutional erst geschaffen werden muß. Auch das muß in eine solche Debatte eingeführt und auch das muß in einer solchen Debatte bedacht werden.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Buch:**

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Gesetzentwurf zur weiteren Beratung und Vorbereitung für die zweite Lesung dem Innenausschuß zu überweisen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Viertelstunde vor Beginn der Nachmittagssitzung im Zimmer 119 eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfindet.

Die Nachmittagssitzung beginnt um 14.45 Uhr.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.13 bis 14.57 Uhr.)

**Präsident Buch:**

Die Sitzung ist eröffnet. Ich rufe **Punkt 3 a** der Tagesordnung auf:

**Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes**

In der gestrigen Sitzung hat der Landtag die nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes gewählt. Wie gestern bereits mitgeteilt worden ist, sind gewählt bzw. wiedergewählt worden: Herr Dir. Hans Mangold, Herr Dr. Fritz Opel, Herr Rechtsanwalt Dr. Virgilio Rolleri, Herr Stadtrat Heinz Hille, Herr Rechtsanwalt und Notar Ernst Engel, Herr Rechtsanwalt und Notar Ernst Platner. Diese Herren sind zu ständigen Mitgliedern des

**Präsident Buch**

Staatsgerichtshofes gewählt worden. Die übrigen in den beiden Vorschlagslisten aufgeführten Personen sind in der Reihenfolge der Listen zu stellvertretenden Mitgliedern berufen. Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof werden die ständigen Mitglieder vom Präsidenten des Staatsgerichtshofes vor dem Landtag vereidigt bzw. auf einen bereits früher geleisteten Eid hingewiesen. Ich bitte deshalb den Herrn Präsidenten des Staatsgerichtshofes, diese Handlung vorzunehmen.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen. Die nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes treten vor das Präsidium.)

**Dr. Schröder, Präsident des Staatsgerichtshofes:**

Wie der Herr Landtagspräsident mitgeteilt hat, sind Herr Dir. Mangold, Herr Dr. Opel, Herr Dr. Rolleri und Herr Rechtsanwalt Engel, die seither schon dem Staatsgerichtshof angehört haben, wiedergewählt worden. Sie sind schon am Tage ihrer ersten Amtshandlung vereidigt worden: Herr Engel am 11. April 1951, Herr Dr. Rolleri am 23. Juni 1965, Herr Dr. Opel am 10. September 1969, Herr Mangold am 29. Juni 1966. Damals haben sie geschworen, daß sie gerechte Richter sein und die Verfassung getreulich wahren wollen.

Ich weise Sie heute darauf hin, daß dieser Eid, den Sie damals geleistet haben, Sie auch für Ihr jetziges Amt als nichtrichterliche Mitglieder des Staatsgerichtshofes bindet.

Neu gewählt sind Herr Stadtrat Hille und Herr Rechtsanwalt und Notar Platner. Sie sollen den Eid leisten, den die Verfassung vorschreibt und der lautet: „Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.“

(Die Herren Hille und Platner sprechen die Eidesformel nach unter Hinzufügung der Worte: „So wahr mir Gott helfe.“ — Die Abgeordneten und die nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes nehmen ihre Plätze wieder ein.)

**Präsident Buch:**

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, und wünsche den neu gewählten und wiedergewählten nichtrichterlichen Mitgliedern des Staatsgerichtshofes viel Erfolg in ihrem Amt.

Wir kommen nun zu **Punkt 3 b** der Tagesordnung:

**Vereidigung des Landesanwalts und des stellvertretenden Landesanwalts**

Die Wahlmänner haben in ihrer Sitzung am 23. März 1971 den Landesanwalt und seinen Stellvertreter gewählt. Zum Landesanwalt wurde Herr Ministerialdirigent Dr. Lenz, zum stellvertretenden Landesanwalt Herr Ministerialrat Dr. Trapp gewählt. Die beiden Herren haben sich bereit erklärt, für den Fall ihrer Wahl das Amt anzunehmen. Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sind der Landesanwalt und sein Stellvertreter vom Landtagspräsidenten vor dem Landtag zu vereidigen. Ich bitte Sie daher, Herr Dr. Lenz und Herr Dr. Trapp, hierher zu mir zu kommen.

(Die Abgeordneten und die nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes erheben sich von ihren Plätzen.)

Sie haben nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre, daß ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren will.“ Sie können nach dem Gesetz und nach Art. 48 der hessischen Verfassung den Eid in der weltlichen Form oder mit einer religiösen Formel leisten. Ich werde Sie nacheinander aufrufen und die Eides-

**Präsident Buch**

formel vorlesen. Ich bitte Sie, den Eid zu schwören und dabei die rechte Hand zu erheben.

(Die Herren Dr. Lenz und Dr. Trapp sprechen die Eidesformel nach unter Hinzufügung der Worte: „So wahr mir Gott helfe.“ — Die Abgeordneten und die nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs nehmen die Plätze wieder ein.)

Ich danke auch den beiden Landesanwälten und wünsche Ihnen ebenfalls viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, den auscheidenden ständigen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs, dem ausscheidenden Landesanwalt und seinem Stellvertreter ein Wort des Dankes zu sagen.

Als ständiges nichtrichterliches Mitglied des Staatsgerichtshofs scheidet aus Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Breitbach, der dem Staatsgerichtshof von 1948 bis 1950 und wiederum seit 1959 als ständiges Mitglied angehört hat, außerdem von 1955 bis 1959 als stellvertretendes Mitglied, ferner Herr Senator Heinrich Georg Ritzel, der seit 1967 ständiges Mitglied des Staatsgerichtshofes war. Beide Herren, die leider heute nicht anwesend sein können, werden dem Staatsgerichtshof auch künftig als stellvertretende Mitglieder angehören. Für ihre bisherige Tätigkeit im höchsten Rechtsprechungsorgan unseres Landes gebührt ihnen unser Dank.

Als Landesanwalt war seit 1959 Herr Ministerialdirigent a. D. Hans-Joachim Reh tätig. 1963 und 1967 wurde er von diesem Haus in seinem Amt bestätigt. Er hat in dieser Zeit wesentliche Beiträge zur Klärung und Festigung des Verfassungsrechts unseres Landes geleistet. Dafür sei ihm besonders gedankt und ein herzliches Wort gesagt.

Als stellvertretender Landesanwalt wurde 1962 Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt Kauffmann gewählt und gleichfalls 1963 und 1967 wiedergewählt. Auch ihm, der heute leider nicht anwesend sein kann, gebührt unser aufrichtiger Dank.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Eidesleistung und bitte Sie, der Einladung in den Nebenraum zu folgen.

Wir setzen jetzt die Sitzung fort.

(Vizepräsident Dr. Wagner übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe den **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Studienplätze an hessischen Universitäten**  
— Drucks. 7/75 —

Zur Begründung hat Herr Abg. Sälzer das Wort.

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hessische Kultusminister hat wiederholt zu dem Problem der Studienplätze in Hessen Stellung genommen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus einer Broschüre zitieren, in der der Hessische Kultusminister folgendes sagt:

Die Gesamtstudierendenzahl, für die Studienplätze zur Verfügung stehen, wird sich voraussichtlich gegenüber dem Wintersemester von 1969/70 von 38 148 auf rund 42 500, d. h. um nicht weniger als 11 % innerhalb nur eines Studienjahres, erhöhen.

Diese Aussage beinhaltet doch zweierlei: erstens die Feststellung, daß im Wintersemester 1969/70 rund 38 000

**Sälzer**

Studienplätze vorhanden waren und daß es im laufenden Semester 42 500 sein werden, zweitens, daß der Kultusminister offensichtlich quantifizierbare Bewertungsmaßstäbe zur Verfügung haben muß, die ihm die Aussage ermöglichen, daß es die genau genannte Zahl an Studienplätzen tatsächlich gibt. Das Vorhandensein dieser Bewertungsmaßstäbe bestätigt der Kultusminister noch durch folgenden Vorgang: Als z. B. die Gießener Universität einen allgemeinen Aufnahmestopp beschlossen hatte, wies der Kultusminister diesen Antrag mit dem Hinweis zurück, daß die Kapazitätsberechnungen seines Hauses zu anderen Zahlenwerten gekommen seien als die der Gießener Universität.

Mit unserer Großen Anfrage wollen wir erreichen, daß der Hessische Kultusminister seine Berechnungsgrundlagen für Studienplätze an hessischen Universitäten transparent und für jedermann auch quantitativ nachrechenbar vorlegt. Wir wollen z. B. wissen, ob er bei dieser Berechnung für den personellen Bedarf in der Einheit Student je Lehrperson die Richtwerte des Zentralarchivs für den Hochschulbau, die Richtwerte der Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz oder eben eigene Richtwerte seines Hauses zugrunde legt. Für einige Fachbereiche ergeben sich hierbei Unterschiede.

In der Mathematik z. B. sieht das Zentralarchiv 8,2 Studenten je Stelle für das wissenschaftliche Personal vor, während die Kultusministerkonferenz 12 Studenten je Lehrperson angibt. Die gleichen Zahlen sind für die Biologie 4,5 und 10 und für die Elektrotechnik 8 und 10. Da der Kultusminister nach seinen eigenen Aussagen andere Kapazitätsberechnungen erstellt als teilweise die wissenschaftlichen Hochschulen unseres Landes, liegt — wie schon eben gesagt — die Vermutung nahe, daß er über eigene Richtwerte verfügt. Zur Berechnung der Studienkapazität reicht freilich im personellen Bereich die Frage nach dem wissenschaftlichen Personal nicht aus. Die Funktionsfähigkeit wird nur dann gegeben sein, wenn auch die entsprechenden Stellen im nichtwissenschaftlichen Personalbereich vorhanden sind. Wie sehen hier die Zahlen des Kultusministers aus?

Auch für die räumlichen Voraussetzungen geben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich Richtwerte an. Sie betragen — um sie nur einmal für einige Bereiche zu nennen — 6 qm pro Student für die Geisteswissenschaften, für die Natur- und Ingenieurwissenschaften 13 und 23 qm. Legt der Kultusminister seinen Kapazitätsberechnungen diese Zahlen zugrunde, oder wurden auch hier in seinem Hause wieder eigene Werte ermittelt?

Um eines gleich unmißverständlich zu erklären: Ausbildungskapazität an wissenschaftlichen Hochschulen ist sicherlich nicht naturwissenschaftlich exakt anzugeben. Allerdings sind Näherungsverfahren für die Ermittlung dieser Kapazitäten erforderlich, und die Bildungsplanung liefert uns hierfür das erforderliche Instrumentarium. Die CDU — das möchte ich auch unmißverständlich sagen — ist der Meinung, daß diese Kapazitätsberechnungen einheitlich für die Bundesrepublik durchgeführt werden müssen; wir wissen uns hier mit dem Wirtschaftsrat einig. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darf ich zitieren:

Für sämtliche Hochschulen des Bundesgebietes darf nur ein Berechnungsverfahren zugrunde gelegt werden, um eine Vergleichbarkeit der Kapazitätsberechnungen sicherzustellen. Die für jeden Fachbereich und Studiengang einer Hochschule festgestellten Kapazitäten sollten in den Haushalten der Hochschulen bzw. in den Landeshaushalten sowie allgemein bekanntgemacht werden.

*Sälzer*

Das ist ein Anliegen unseres Antrages. Weiter sagt der Wissenschaftsrat — ich darf zitieren —:

Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten eines Fachbereichs sollte im Zusammenwirken aller Beteiligten nur dann ins Auge gefaßt werden, wenn von den zuständigen Stellen die entsprechenden personellen, materiellen und räumlichen Mittel für eine Erweiterung zur Verfügung gestellt werden.

Schon allein im personellen und baulichen Bereich liegen für die hessischen wissenschaftlichen Hochschulen erhebliche Mängel vor. So hielt der ehemalige Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt in einem Brief vom Januar 1971 an den Hessischen Kultusminister folgendes fest — ich darf aus diesem Schreiben mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren —:

Die Situation der Hochschulen wird dadurch verschärft, daß die Mittel der Dringlichkeitsprogramme von der Hochschule in Übereinstimmung mit Ihnen gezielt dazu verwendet wurden, die Eingangskapazität auf 1500 bis 2000 Studenten pro Jahr zu erhöhen. Hierdurch sollte der Numerus clausus sofort abgebaut und die Erhöhung auf eine Kapazität von 11 000 Studierende bis 1975 eingeleitet werden.

Und weiter heißt es in dem gleichen Schreiben:

Die Hochschule hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Eingangskapazität in den beiden letzten Jahren nur vertretbar sei, wenn in den unmittelbar anschließenden Jahren die Anpassung der Durchlaufkapazität an die erhöhte Eingangskapazität erzielt wird. In diesen Planvorstellungen wurde die Hochschule ausdrücklich von Ihnen und von den Zielvorstellungen des Hessenplans unterstützt.

Zusammenfassend heißt es in dem Schreiben zum Schluß:

Die Stellen aus dem Dringlichkeitsprogramm sind allein zur Erhöhung der Eingangskapazität verwendet worden.

Die Ihnen hier vorgelegten Zitate sagen doch folgendes aus: Im personellen und baulichen Bereich werden Aufwendungen in Hessen getätigt, die eine Erhöhung der Eingangskapazität zur Folge haben. Damit ist aber noch kein neuer Studienplatz geschaffen worden. Von einem neuen Studienplatz im personellen und baulichen Bereich können wir erst dann reden, wenn neben der Eingangskapazität auch die notwendigen Voraussetzungen für die Durchlaufkapazität geschaffen wurden.

(Zuruf Molter [F.D.P.] )

Ein weiteres entscheidendes Kriterium bei der Bemessung von Studienkapazitäten sind zweifelsohne die Sachmittel. Hier ist es einmal das große Kapitel Folgekosten. Ich darf nur daran erinnern, daß nach meinen Schätzungen im Bereich der Naturwissenschaften und der Medizin das Verhältnis zwischen Investitionen und Folgekosten etwa 6:1 sein dürfte, d. h., für 6 DM Investitionen werden jährlich rund 1 DM Folgekosten entstehen. Die genauen Zahlen kennt der Kultusminister sicher, denn nur dann kann er auch entsprechend quantitativ begründete Aussagen über vorhandene Studienplätze machen.

(Zuruf Klocksin [SPD].)

Dies ist natürlich nur ein Teil der Sachmittelausgaben. Sie wissen, daß die Intensivierung der Studiengänge, die Neueinrichtung von Professuren und Dozenten, die erheblich aufwendigeren Apparaturen im Bereich der Naturwissenschaften, vor allen Dingen der Ingenieurwissenschaften und auch der Medizin, sowie die allgemeinen Kostensteigerungen hier ganz erhebliche Aufwendungen erforderlich machen.

*Sälzer*

Ich darf Ihnen aus dem gleichen Grundsatzschreiben von der Technischen Hochschule Darmstadt mit Erlaubnis des Präsidenten wie folgt zitieren:

Die Sachmittel nach dem Sollansatz von 1970 vermögen weder die Bewirtschaftungskosten für etwa 60 000 qm in Betrieb zu nehmender Nutzungsfläche noch den vermehrten Sachmittelbedarf neuer Professoren- und Dozentenstellen abzudecken; sie tragen nicht einmal der Kostensteigerung Rechnung.

Ein ganz besonderes Problem stellt sich nach Ansicht der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit den Studienkapazitäten im Bereich der studentischen Sozialpolitik. Ich will hier gar nicht auf die Schwierigkeiten der Studienförderung des studentischen Gesundheitsdienstes eingehen, sondern nur zwei Probleme herausgreifen: die Wohnheimplätze und die Mensen. Der Hessische Kultusminister erklärte: Es gibt in Hessen 42 500 Studienplätze. Die Kapazität der hessischen Mensen ermöglicht jedoch nur eine tägliche Ausgabe von ca. 18 000 Essen. Am krassen ist das Verhältnis in Frankfurt. Dort stehen etwa 17 000 Studenten nur 4500 Essen als Kapazitätsangebot zur Verfügung. Am Rande sei noch darauf hingewiesen, daß — verglichen mit den anderen Bundesländern — dieses zu wenige Menssaessen noch unterdurchschnittlich bezuschußt wird.

Im Wohnheimsektor sind die Verhältnisse noch katastrophaler. Die Richtwerte des Düsseldorfer Wohnraumplanes, der zu Beginn der 60er Jahre erarbeitet worden ist, sehen als Mindestmaß die Unterbringung von 30 % der Studenten in öffentlich geförderten Studentenwohnheimen vor. Dieser pauschalen Betrachtungsweise kann man allerdings nur teilweise folgen. Die Zahl der notwendigen Wohnheimplätze ergibt sich aus einer Mehrzahl von Komponenten. Unter anderem sind es die Art der Studiengänge und die Größe der Universitätsstadt. Nehmen Sie das Beispiel Gießen. Eine Stadt mit etwa 70 000 Einwohnern wird sehr viel schwerer zusätzlichen Studenten Wohnraum anbieten können, als dies in einem Ballungsgebiet der Fall ist. Städte wie Gießen und Marburg erreichen sehr schnell in bezug auf Studentenzimmer des freien Marktes einen Sättigungsgrad. Und wenn dieser Punkt erreicht ist, dann bedeutet die Schaffung eines Studienplatzes ehrlicherweise auch gleichzeitig die Neueinrichtung eines Wohnheimplatzes. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Intensivierung der Studiengänge und einer Optimierung der Bildungsökonomie sind Studentenwohnheimplätze Voraussetzung. Um Ihnen auch hier einige Zahlen zu nennen: In Darmstadt stehen für 6980 Studenten nur 802 öffentlich finanzierte und öffentlich betriebene Wohnheimplätze zur Verfügung. Hinzugerechnet werden müßten noch 88 Plätze in konfessionellen Studentenwohnheimen. Das bedeutet prozentual umgerechnet etwa 12,7 %. In Marburg sind es für rund 9500 Studenten 1133 Bettenplätze, die öffentlich finanziert und vom dortigen Studentenwerk betrieben werden; das sind rund 12 %. In Gießen werden in diesem Jahr noch rund 250 Wohnheimplätze in Betrieb genommen werden können. Diese Bettenplätze eingerechnet werden in Gießen jedem 10. Studenten einen Wohnheimplatz ermöglichen. Der Landesdurchschnitt dürfte in Hessen etwa bei 10 % liegen.

Mir sind die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Studentenwohnheimbaues bekannt. Hier hätte nach meiner Ansicht vor Jahren die Übernahme in das Bundesländer-Abkommen für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen erfolgen müssen. Aber es ist doch wohl nicht angängig, von 42 500 Studienplätzen in Hessen zu sprechen, wenn noch nicht einmal für 5000 Studenten ein Wohnheimplatz zur Verfügung steht.

(Dr. Horn [SPD]: Was hat denn das miteinander zu tun?)

Sälzer

Die CDU-Fraktion will die Debatte um die Studienplätze an den hessischen Universitäten einmal unter dem Gesichtspunkt der Gefahr von Zulassungsbeschränkungen und zum anderen unter dem Gesichtspunkt einer transparenten Planung für die Studienzahlberechnung führen. Auf Grund unserer Untersuchung stehen die 42 500 Studienplätze im wesentlichen auf dem Papier oder sind lediglich nachzählbare Sitzplätze in Hörsälen.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß wir nach dem Ausgeführten davon ausgehen, daß die Problematik der Studienplätze im Kultusministerium offensichtlich ähnlich planlos behandelt wird, wie wir dies in anderen Bereichen in der jüngsten Vergangenheit erleben mußten. Ich darf nur zwei Beispiele nennen, um Ihren Fragen gleich vorzukommen: Die Feststellung, daß zu wenig junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine weiterführende Bildung in Anspruch nehmen, führte zu einer ganz erheblichen Bildungswerbung, zu einer Vergrößerung der Zahl der Abiturienten. Dieser Abiturienten-Boom strebt zur Universität. Die entsprechenden Zahlen waren vorausrechenbar. Allerdings hat man die Konsequenzen für die Ausweitung der Universitätskapazitäten zu spät gezogen, wie wir alle wissen. Diese Planungslosigkeit finden wir auch in der zweiten Stufe der Bildungswerbung wieder. Die Verantwortlichen stellten fest, was nebenbei Fachleute schon immer gesagt haben, daß eine erhebliche Ausweitung der praxisorientierten Studiengänge erforderlich ist; die theoriebezogenen Studienzugänge decken den Bedarf im wesentlichen ab. Mit eines dieser Ergebnisse war die Fachhochschulgesetzgebung. Aber wer nun glaubt, daß der Ausbau der Fachhochschulen forciert wird, um an diesen Bildungseinrichtungen die neuen Bildungsströme auffangen zu können, sieht sich bitter enttäuscht, wenn man sich die Ansätze des Haushalts ansieht.

Planung war, wie wir wissen, noch nie die Stärke hessischer Kulturpolitik. Ich darf nur daran erinnern, daß die CDU-Fraktion jahrelang die Einrichtung einer Planungsabteilung im Kultusministerium gefordert hat und daß sie erst in der jüngsten Vergangenheit Wirklichkeit geworden ist.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Die CDU-Fraktion hat die große Sorge, daß auch das Problem der Studienplätze zwischen die beiden Mahlsteine Utopie und Planungslosigkeit hessischer Kulturpolitik gerät.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Die Große Anfrage ist begründet. Das Wort zur Beantwortung hat der Herr Kultusminister.

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nun schon fast eineinhalb Jahre lang die Klagen der CDU über die Planung im hessischen Kultusministerium gehört. Sie wurden allerdings — Herr Abg. Sälzer, da Sie ja ganz neu sind, möchte ich Ihnen gern zustehen, daß Sie das nicht wußten — von mehreren Bemerkungen des Abg. Schwarz-Schilling in der vergangenen Legislaturperiode unterbrochen, der ausdrücklich auf die nun eingerichtete Planungsabteilung und deren Arbeit im Sinne dessen hinwies, was nötig wäre. Wenn Sie diesen alten Spruch von der Planungslosigkeit im Hessischen Kultusministerium

(Roth [CDU]: Das ist kein Spruch!)

hier nun einfach wiederholen wollen, dann muß ich noch einmal daran erinnern — ich habe das unlängst

*Minister Prof. von Friedeburg*

auch der Öffentlichkeit gegenüber getan —, daß Sachverstand und Aufrichtigkeit nicht die Stärke der CDU-Kulturpolitik in Hessen sind. Ich wiederhole das hier noch einmal.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Lassen Sie mich dies an einer ganzen Reihe von Beispielen jetzt gleich bei der Beantwortung der Großen Anfrage belegen.

Ich komme zunächst zu den Fragen nach den Voraussetzungen für die Neueinrichtung von Studienplätzen. Diese erfordert, wie wir alle wissen, erhebliche Mittel. Die Größenordnung der Kosten für einen neuen Studienplatz in den Geistes- und Sozialwissenschaften beträgt gegenwärtig rund 30 000 DM, in den Natur- und Ingenieurwissenschaften 70 000 DM und in der Humanmedizin 120 000 DM. Dies sind die Kosten allein für den Studienplatz an der Universität; auf die Nebenkosten komme ich gleich noch zu sprechen. Schon diese Größenordnung sollte einem doch bei dem Vortrag so undifferenzierter Forderungen, wie ich sie eben gehört habe, an die Haushaltsdebatte zurückerinnern lassen, die wir gerade an diesem Vormittag geführt haben

(Sehr richtig! bei der SPD.)

und in der eindringlich darauf hingewiesen worden ist, daß eine Ansammlung von Forderungen ohne entsprechende Prioritätensetzung und Berücksichtigung auch des Haushaltsrahmens des Landes doch wohl kaum eine konstruktive Oppositionspolitik ist. Wir haben eben wieder ein Beispiel dafür erlebt.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Schwach!)

— Herr Schwarz-Schilling, Sie sagen immer „schwach“, wenn es Ihnen entweder nicht paßt oder wenn Sie es noch nicht richtig verstanden haben, wie bei den Zahlen für den Schulbau.

(Roth [CDU]: Sie müssen zuhören, Herr Minister!)

— Dr. Wallmann [CDU]: Die Wahrheit müssen Sie ertragen können, Herr Kultusminister!)

Anhaltspunkte für den Personal- und Raumbedarf, nach denen gefragt worden ist, boten in den vergangenen Jahren die Richtwerte des Wissenschaftsrates: Personalrichtwerte, die das wünschenswerte Verhältnis von Hauptfachstudenten und Lehrpersonen angeben; Flächenrichtwerte, die — ebenfalls bezogen auf den Hauptfachstudenten — die wünschenswerten qm-Nutzfläche einschließlich der Arbeitsräume für das Lehr- und sonstige Personal und für die Bibliotheken bezeichnen. Für die Rechtswissenschaften beträgt beispielsweise der Personalrichtwert 17,9 und der Flächenrichtwert 5,5. Für die Biologie — auf dem anderen Ende des Spektrums — beträgt der Personalrichtwert 4,5 und der Flächenrichtwert 29,8. Sie werden es mir ersparen, die Flächen- und Personalrichtwerte des Wissenschaftsrates im einzelnen vorzutragen, da sie ja in der Literatur vorzufinden sind. Diese Richtwerte werden gegenwärtig von der Kultusministerkonferenz unter Berücksichtigung von Veränderungen in den Studiengängen und der Lehrverpflichtungen für die Nebenfachstudenten überarbeitet. Auch ich — und in diesem Fall stimmen wir ausnahmsweise überein — bin für einheitliche Richtwerte für die gesamte Bundesrepublik und bemühe mich daher im Rahmen der Kultusministerkonferenz, zu überarbeiteten einheitlichen Richtwerten zu gelangen. Bekanntlich sind die Richtwerte des Wissenschaftsrates für den Ausbau der Hochschulen bis 1970 vorgesehen gewesen und haben die Nebenfachstudenten nicht einbezogen — ein Problem, das sich auf verschiedene Fächer so verschieden auswirkt, daß es zu Verzerrungen kommen muß.

*Minister Prof. von Friedeburg*

Der Sachmittelbedarf richtet sich vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften vornehmlich nach den Bedürfnissen der Forschung und hängt deshalb nur partiell von der Wahl der auszubildenden Studenten ab. Anhaltspunkte geben Werte, die man aus den Sachmittelstats in den gegenwärtigen Haushalten zusammenstellen kann. Auch hier wieder, um auf die Differenz in den Größenordnungen hinzuweisen, Beispiele von den Rändern: In der Theologie, in den Rechtswissenschaften, in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften beträgt dieser Sachmittelbedarf pro Hauptfachstudent und Studienjahr etwa 100 DM, aber in den Naturwissenschaften, beispielsweise Physik und Chemie, je 1000 DM. So ist, differenziert für die einzelnen Fächer, der Sachmittelbedarf anzusetzen.

Nun komme ich zu den studentischen Sozialeinrichtungen. Bei ihnen kommt es vornehmlich auf die Vermehrung der Wohnheimplätze an. Dies habe ich von diesem Pult aus im Laufe der letzten Monate schon mehrfach erklärt. Die Zahl der Wohnheimplätze betrug an den hessischen Universitäten 1964 erst 3500. Sie wurde bis zum Jahre 1970 auf 5400 vergrößert. Mit den begonnenen Baumaßnahmen werden in diesem Jahr weitere 720 Plätze verfügbar sein. Die Landesregierung unterstützt den verstärkten Bau von Studentenwohnheimen und hat daher größere Ansätze für das Haushaltsjahr 1971, noch größere für das Haushaltsjahr 1972 vorgeschlagen. Sie denkt daran, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung diese Ansätze weiter zu verstärken.

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Ja, aber lassen Sie mich gerade noch die eine letzte Zahl sagen: Gegenwärtig belaufen sich die Kosten für einen neuen Wohnheimplatz auf 28 000 DM.

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat Herr Kollege Borsche.

**Borsche (CDU):**

Herr Minister, ist Ihnen nicht mehr erinnerlich, daß in der Regierungserklärung in der letzten Legislaturperiode davon die Rede war, daß in Hessen für 23,2 % der Studenten Studentenwohnheimplätze vorgehalten werden sollten? Sie haben nun mühsam 11,1 % erreicht.

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Borsche, vielleicht darf ich darauf am Ende meiner Ausführungen noch einmal zurückkommen; denn im Grunde handelt es sich doch wieder darum, was ich eingangs schon kurz sagte: daß wir im Rahmen der Haushaltsmittel, die zur Verfügung gestellt werden können, jeweils in den Bereichen, in denen eine besondere Dringlichkeit besteht — und die besteht beim Studentenwohnheimbau,

(Borsche [CDU]: Das meine ich!)

darüber kann gar keine Frage bestehen —, so gut wie möglich weiterkommen. Deswegen ist es auch ganz unsinnig, davon zu reden, daß ein Mindestbedarf von 30 % gesetzt worden sei. Das ist ein Zielwert,

(Borsche [CDU]: Das wird aber doch gemacht!)

den es zu erreichen gilt, und ich mache keinen Hehl daraus, daß dieser Zielwert nur mit erheblichen Aufwendungen — und das heißt zugleich im Verlauf einer ge-

*Minister Prof. von Friedeburg*

wissen Zeit — erst erreicht werden kann. Deswegen wies ich ja auch darauf hin, daß ein Studentenwohnheimplatz 28 000 DM kostet.

Die Vermehrung der Studienplätze erfordert weiterhin den Ausbau der Mensen; die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes. Der Zuschuß des Landes zu den Essenkosten soll in diesem und im folgenden Jahr erhöht werden in der Größenordnung von 1,20 DM für dieses und 1,30 DM für das folgende Jahr. Ein neuer Mensaplatz kostet 8000 DM. Wenn man daran denkt, daß etwa jeder zweite Student in der Mensa ißt oder essen möchte, hieße das also pro Student 4000 DM, die noch zusätzlich zu den eingangs erwähnten Kosten für die Einrichtung neuer Studienplätze hinzugezählt werden müssen.

Nun zu den Zulassungsbeschränkungen, nach denen gefragt worden ist: Gerade hier ist zu zeigen, Herr Sälzer, was Planung und planvoller Einsatz verfügbarer Mittel in Engpässen zu erreichen vermag. Das, Herr Sälzer, was ich Ihnen jetzt vortrage, hat in der gesamten Bundesrepublik kein Beispiel.

Wir müssen unterscheiden zwischen drei Arten von Zulassungsbeschränkungen. Erstens bestehen formale Zulassungsbeschränkungen. Die Zahl der vorhandenen Arbeits- und Laborplätze begrenzt zwar die Aufnahmekapazität, doch reichen die Plätze an jeder Universität aus, um alle Bewerber aufnehmen zu können. Das gilt in Hessen für die folgenden ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer: Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen und Wirtschaftsingenieurwesen in Darmstadt, für Tiermedizin in Gießen, für Mathematik, Physik und Chemie an den Universitäten Darmstadt, Frankfurt, Gießen und Marburg seit 1970 und wird für 1971 wieder gelten, während 1969 in einer Reihe dieser Fächer nicht nur eine formale Zulassungsbeschränkung, sondern ein tatsächlicher Numerus clausus bestand, d. h. Studienbewerber mußten abgewiesen werden, und sie müssen an einer Reihe von Universitäten in der Bundesrepublik auch im Jahre 1971 noch abgewiesen werden im Gegensatz zu Hessen.

Sie haben die Technische Hochschule in Darmstadt erwähnt und aus einem Brief zitiert, in dem auf die Vergrößerung der Eingangskapazität und das Problem des weiteren Ausbaues für diese Eingangskapazität, also die Durchlaufkapazität, hingewiesen wurde. Das ist von der gewählten Größenordnung der Eingangskapazität im Wintersemester 1969/70 her richtig gesehen. Wir müssen nur zugleich immer wieder bedenken, daß die Größenordnung, die wir uns, oder genauer gesagt, die die Technische Hochschule Darmstadt im Wintersemester 1969/70 für ihre weitere Entwicklung sich vorgenommen hatte, zusammen gesehen werden muß mit der gegenwärtigen Nachfrage nach diesen Studienplätzen. Diese Nachfrage, Herr Sälzer — und wenn Sie ein bißchen informiert wären, dann hätten Sie das gleich von diesem Pult aus mit hinzufügen müssen — ist gesunken. Das kann für eine planvolle Weiterentwicklung unserer Universitäten doch nur heißen, daß dann die Dringlichkeit des weiteren Ausbaues dieser Studienplätze nicht so groß ist wie in anderen Fächern,

(Sehr richtig! bei der SPD.)

bei denen die Nachfrage steigt und wir von der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Berufsausbildung her — ich denke jetzt vor allem an die Lehrerausbildung — den Bedarf durch den weiteren Ausbau von Studienplätzen auch befriedigen müssen. Dies, lieber Herr Sälzer, heißt vernünftige Planung, die neue Daten in sich aufnimmt und flexibel weiter operiert, und nicht eine einmal festgelegte Planung, die dann realitätsfern wird.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Hessen '80!)



*Minister Prof. von Friedeburg*

Zweitens: formale Zulassungsbeschränkungen bei zentraler Studienplatzverteilung. Die Bewerbungen für eine einzelne Universität überschreiten zwar deren Kapazität, aber oft beruht die Attraktivität des Studienortes auf Gründen, die mit dem Fachstudium wenig zu tun haben, so z. B. in München

(Molter [F.D.P.]: Aber nicht wegen dem Bier!)

oder in Frankfurt. Doch reichen die Studienplätze aller Universitäten insgesamt aus, um jeden Bewerber unterzubringen, wenn er nicht ausschließlich auf einer Universität besteht, sondern in seiner Bewerbung Ausweichstudienorte angibt, an denen er ebenfalls studieren würde, sollte er an dieser Universität eine Zusage erhalten, nicht aber an der seiner ersten Wahl. Die Bewerbungen werden an eine Zentralstelle gerichtet, die auch die Studienplätze vergibt. Soweit nicht bereits bundeseinheitlich die zentrale Registrierstelle für die Studienbewerber in Hamburg eingeschaltet ist, nimmt ein Sonderbüro des Kultusministeriums die Koordination von Verteilungsaufgaben wahr. Dies, Herr Sälzer, ist wiederum einmalig in der gesamten Bundesrepublik. Nur Hessen hat zusätzlich zu der zentralen Registrierstelle ein solches Sonderbüro eingerichtet und damit über die einzelne Universität hinaus die Verteilung solcher Studienplätze, in denen an anderen Universitäten noch Platz war, erreicht.

(Molter [F.D.P.]: Als Vorbereitung für den Landeshochschulverband!)

— Als Vorbereitung für den Landeshochschulverband und durchaus im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen. Ich darf darauf hinweisen, daß nur in Hessen ein Landeshochschulverband gerade für solche Koordinationsaufgaben eingerichtet wird. Durch die zentrale Studienplatzverteilung konnten in Hessen alle Bewerber für das Studium der Biologie im Wintersemester 1970/71 zugelassen werden, und voraussichtlich werden ebenfalls im Sommer 1971 alle Studienbewerber im Fach Biologie zugelassen werden können. Die Zulassung aller Studienbewerber in den genannten Engpaßfächern mit formaler Zulassungsbeschränkung — Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Wirtschaftsingenieurwesen, Tiermedizin, Mathematik, Physik, Chemie und Biologie — an den hessischen Universitäten ist vor allem auf die Vermehrung der Studienplätze mit den Mitteln des Dringlichkeitsprogramms der Hessischen Landesregierung zurückzuführen. Allein im Jahre 1970 wurden 1053 neue Plätze für Studienanfänger geschaffen und damit die Zahl der Studienanfängerplätze von 2188 im Jahre 1969 auf 3241, also um 48 % vermehrt. Ergebnis geplanter Entwicklung: Die Vermehrung von Studienplätzen in den Fächern, in denen sowohl von der Nachfrage der Studierenden als auch von dem Bedarf in unserer Gesellschaft her Dringlichkeit besteht.

Und nun drittens zum tatsächlichen Numerus clausus. Es bleiben die folgenden fünf Fächer, in denen auch mit Hilfe eines zentralen Bewerbungs- und Zuteilungsverfahrens voraussichtlich nicht alle Studienbewerber im Jahre 1971 und wohl auch 1972/73 berücksichtigt werden können: Humanmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Psychologie und Architektur. Am härtesten ist die tatsächliche Zulassungsbeschränkung in den Fächern Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie, da der Rückstau inzwischen sehr groß geworden ist und teilweise mehrjährige Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. In allen drei Fächern stellt Hessen im Vergleich zu den übrigen Bundesländern überproportional viele Studienplätze zur Verfügung, gleichgültig, ob man den Anteil an der Bevölkerung oder auch den bereits überproportionalen Anteil an den Abiturienten, also den Abiturientenanteil am Jahrgang, als Maßgrößen verwendet. Noch vor

*Minister Prof. von Friedeburg*

einem halben Jahr haben wir uns auf eine Anfrage des Abg. Molter hin über diese Zahlen unterhalten. Wir mußten feststellen, daß in der Zahnmedizin von einem überproportionalen Anteil an Studienplätzen nicht die Rede war. Ich darf Ihnen gleich vortragen, Herr Abgeordneter, wie sich das in der Zwischenzeit verändert hat. Auch und gerade für den Ausbau der Ausbildungskapazitäten in diesen drei Fächern hat das Land Hessen in den letzten Jahren Außerordentliches geleistet.

In der Anbindung von Lehrkrankenhäusern an die bisherigen medizinischen Fakultäten ist Hessen allen Flächenstaaten in der Bundesrepublik weit voraus. Sie werden wahrscheinlich wissen, Herr Sälzer, daß dies eine Empfehlung des Wissenschaftsrates ist, die einige Jahre zurückliegt, die aber von den übrigen Bundesländern kaum aufgenommen worden ist. Erst auf Grund der guten Erfahrungen, die Hessen mit diesem Konzept gemacht hat, beginnen jetzt andere Bundesländer damit das Konzept der Lehrkrankenhäuser aufzunehmen.

(Zuruf von der CDU: Das war aber auch wirklich nötig!)

Durch Einbeziehung von Lehrkrankenhäusern in die medizinische Ausbildung und durch den gezielten Ausbau dort, wo die engsten „Flaschenhalse“ in der vorklinischen Ausbildung liegen, konnte — nun hören Sie gut zu, Herr Borsche — die Kapazität im Medizinstudium von 1970 bis 1971 um fast 50 % gesteigert werden.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der CDU.)

— Lieber Herr Borsche, wenn Sie vorher zugehört hätten, dann hätten Sie gehört, daß Hessen überproportional Studienplätze, berechnet sowohl auf den Kopf der Bevölkerung als auch auf den Abiturientenanteil, zur Verfügung stellt. Von kleinen Ausgangszahlen kann hier im Vergleich zu irgendeinem anderen Flächenland nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU: Diese ständigen Belehrungen! — Ist auch im Teilbereich Medizin der Anteil überproportional?)

— Ja, inzwischen überproportional in den Fächern Humanmedizin, Zahnmedizin und Pharmazie.

(Zuruf von der CDU: Dann ist ja alles in bester Ordnung! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Sie wollen es noch einmal in absoluten Zahlen hören. Wir hatten als Eingangskapazität für die Medizin im Jahre 1970 511 Studienplätze. Wir werden sie bis 1971 auf 750, also, wie schon gesagt, um fast 50 % steigern.

Die Ausbildungskapazität in Zahnmedizin stieg ebenfalls um 50 %, weil der erste Bauabschnitt der Zahnmedizinischen Klinik in Gießen, die in einem Rekordtempo von 18 Monaten fertiggestellt worden ist, bezogen wurde und vom Sommersemester 1971 an auch in Gießen Zahnmedizin studiert werden kann. In Marburg — dies wiederum als ein Beispiel für Planung, Herr Sälzer — werden bereits seit zwei Jahren mehr Studienanfänger zugelassen als die dortige Klinik hätte aufnehmen können, da nach Beendigung des vorklinischen Studiums diese Studenten ihren klinischen Studienabschnitt in Gießen beginnen werden. Wir können also zugleich vom ersten Semester an in Gießen vorklinische und klinische Ausbildung beginnen, weil die vorklinische Ausbildung bereits vorgeplant in Marburg stattfand, so daß die Giessener Klinik von Anfang an ausgenutzt werden kann.

Auch in der Pharmazie ist dank des Neubaues in Marburg die im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits sehr hohe hessische Ausbildungskapazität noch einmal um 25 % gesteigert worden, so daß Hessen jetzt nahezu 15 % aller Studienplätze in Pharmazie anbietet.

**Minister Prof. von Friedeburg**

Das, meine Damen und Herren, belegt doch wohl, daß wir gerade in den Dringlichkeitsfächern durch den gezielten und geplanten Ausbau die Studienkapazitäten erheblich erweitern und für Studienanfänger, die diese Fächer zu studieren wünschen, in Hessen auch die Möglichkeiten bieten. Daß wir zugleich dabei die Lehrerausbildung im Auge haben, möchte ich abschließend noch einmal betonen. Wir hatten im vergangenen Jahr beim Dringlichkeitsprogramm vornehmlich in die Ausbildung der Lehrer für die naturwissenschaftlichen Fächer berücksichtigt. Wir werden in diesem Jahr mit gezielter Mittelzuweisung die übrige Lehrerausbildung ebenso fördern, weil hier einer der dringlichsten Engpässe ist, den wir erweitern müssen.

In diesem Sinne meine ich, Herr Sälzer, das Wort von der Planlosigkeit des Hessischen Kultusministers schlägt auf den zurück, der es hier ausspricht.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage ist beantwortet. Wortmeldungen liegen nicht vor? — Eine Wortmeldung! Gemäß § 55 Abs. 2 muß ich das Plenum fragen, ob eine Aussprache gewünscht wird. Dafür ist die Zustimmung von zehn Abgeordneten erforderlich. — Danke sehr. Das reicht aus. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schwarz-Schilling.

**Dr. Schwarz-Schilling (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal eine Feststellung treffen. Herr Minister, wir haben eine Große Anfrage gestellt. Wir sind außerordentlich interessiert daran, die Zahlen zu hören, die Sie hier vortragen. Mich veranlaßt nicht die Korrektur dieser Zahlen, an das Pult zu gehen. Ich habe gar keine Möglichkeit, Korrekturen für diese Zahlen anzubringen. Was mich veranlaßt, hierher zu gehen, ist Ihre einleitende Rede, die mit dem sachlichen Gehalt der Anfrage und dann ihren Bemühungen im zweiten Teil Ihrer Rede, auch sachlich darauf zu antworten, sehr wenig gemein hat.

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

Herr Minister, ich möchte Ihnen hier einmal ganz klar sagen: Wenn wir als Abgeordnete eine Frage stellen, finde ich es unter der Würde des Hauses, daß Sie in der Pose eines Lehrers ständig sagen:

(Zurufe von der CDU: Genau! — Beifall bei der CDU.)

„Haben Sie nicht hingehört? Das müßte Ihnen doch wohl bekannt sein“ und ähnliches mehr.

Sie sprechen von der Planung beim Kultusministerium

(Zuruf von der SPD: Sie stellen die Anfrage doch gar nicht, um die Antwort zu hören! — Finanzminister Arndt: Aber natürlich! Sie verteilen sie doch auch ständig! — Zuruf von der CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf! — Herr Arndt, setzen Sie sich doch auf Ihren Platz! — Finanzminister Arndt: Ich kann mich hinsetzen, wohin ich will! — Unruhe. — Zurufe von der CDU, Gegenrufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich bitte.

**Dr. Schwarz-Schilling (CDU):**

Wenn Herr Minister Arndt auf seinen Abgeordnetenplatz geht, muß man immer eine Weile warten, bis sich die Unruhe legt.

(Zuruf von der CDU: So ist es! — Beifall bei der CDU.)

Ich möchte dazu folgendes feststellen: Herr Minister, wir haben uns in Ihrer Amtszeit des öfteren über Planungen im Kultusministerium unterhalten. Ich habe die Debatte darüber schon mit Ihrem Vorgänger, mit Herrn Minister Schütte geführt. Meine Vorgängerin in diesen Fragen, Frau Kollegin Dr. Walz, hat bereits seit den Jahren 1963/64 die Frage nach einer Planungsabteilung im Kultusministerium fast jedes Jahr auf den Tisch des Hauses gelegt.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Sie wurde mit der Bemerkung beschieden, daß man über die Planung des Großen Hessenplanes hinaus keinerlei Planung benötige und sich eine entsprechende Einrichtung im Kultusministerium erübrige. Dasselbe wurde mir geantwortet. Ich muß das hier sagen, obwohl ich sonst ungern über Kollegen spreche, die nicht im Hause sind. Herr Minister Schütte hat in einer seiner letzten Reden hier den Sinn von Planungen auf dem Kulturbereich überhaupt in Frage gestellt; denn die Planung könnte dann in die falsche Richtung laufen. Ich kann Ihnen gern die Debatte heraussuchen, wo ich geradezu kopfschüttelnd festgestellt habe, wie ein SPD-Minister in dieser Frage der Planung eine Auffassung zur Kenntnis gegeben hat, die man längst überholt glaubte.

(Finanzminister Arndt: Der hat es nicht in dieser Form gesagt!)

Wenn Sie das, Herr Minister, jetzt als Historie nehmen und sich dann auf der anderen Seite mit einem lächelnden Gesicht hier hinstellen und sagen: Was Planung anbetrifft, so ist doch alles in Ordnung!

(Widerspruch bei der SPD.)

und wenn Sie dabei außer acht lassen, daß, nachdem die Studenten auf die Straße gegangen sind und die Schüler ihre Streiks wegen des Numerus clausus begonnen haben,

(Borsche [CDU]: Sehr richtig!)

die CDU-Fraktion das Dringlichkeitsprogramm in diesem Lande angekurbelt hat und Sie erst dann begonnen haben, überhaupt die notwendigen Studienplätze zu schaffen, dann machen Sie Ihre Planung damit keineswegs glaubwürdiger.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben seinerzeit, als dieses Dringlichkeitsprogramm begründet wurde, darauf hingewiesen, daß diese Entwicklung selbstverständlich in den Vorjahren bereits voraussehbar war und daß es bei der entsprechenden Bildungswerbung für Abiturienten, d. h. daß man so und so viel Abiturienten mehr haben will als früher, entsprechende weiterführende Einrichtungen geben muß, wenn man nicht zu Disproportionalität des gesamten Bildungssystems kommen will. Diese Dinge, Herr Minister, wurden in einer Planungsabteilung Ihres Ministeriums — das heißt Ihres Vorgängers — in keiner Weise auch nur zahlenmäßig erfaßt. Wenn man hier eine Frage gestellt hat, dann gab es darauf keine Antwort außer Hinweisen auf den „Großen Hessenplan“, der diese Fragen überhaupt nicht behandelt.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen: Das ist doch alles wunderbar!, und

**Dr. Schwarz-Schilling**

wenn Sie auf der anderen Seite hier in einer Information Ihres Ministeriums feststellen, daß der Landeshochschulverband Ende 1973 funktionsfähig werden wird und Sie dabei berücksichtigen, daß es genau die Aufgabe dieses Landeshochschulverbandes sein wird, entsprechend seinem Aufgabenkatalog die Abstimmung der Planungen in diesem Land vorzunehmen, dann frage ich mich

(Molter [F.D.P.]: Aber warum erst Ende 1973? Das verstehe ich nicht!)

— Entschuldigen Sie, wenn ich mich versprochen haben sollte. Ende 1972! Ich nehme an, daß Sie diese Information bestätigen, Herr Minister — sie ist selbst von Ihrem Ministerium herausgegeben worden —, daß die Funktionsfähigkeit des Landeshochschulverbandes Ende 1972 hergestellt sein wird.

(Molter [F.D.P.]: Ich bin nicht Minister, aber meiner Ansicht nach früher, im Frühjahr 1972!)

Wir haben damals bei der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes — nicht des Universitätsgesetzes — darauf hingewiesen, daß es noch eine gewisse Zeit dauern wird, bis diese Institutionen geschaffen sind, bis Sie entsprechende Leute zusammengestellt haben werden. Sie wissen, daß solche Planungsfragen nur im Team gemacht werden können mit aufeinander abgestimmten Menschen; das müssen Experten sein, die Sie nicht aus Ihrem Ministerium so ohne weiteres herauszaubern können. Dann hieß es: Das wird alles sehr schnell in Gang kommen, Sie werden sich wundern, wie schnell das gehen wird! Jetzt, nachdem wir bereits vor einem Jahr die Hochschulgesetze verabschiedet haben, hören wir, daß der Landeshochschulverband, dem diese Planungsaufgaben obliegen sollen, erst Ende 1972 arbeitsfähig sein wird.

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Gestatten Sie, Herr Abgeordneter, eine Zwischenfrage?

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Bitte sehr!)

Das Wort hat Herr Abg. von Friedeburg.

**Prof. von Friedeburg (SPD):**

Herr Kollege Dr. Schwarz-Schilling, sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß das, was Sie in den letzten zehn Minuten vorgetragen haben, andere Fragen und Bereiche betrifft, anstatt daß Sie, wie Sie begonnen haben, dazu Stellung nehmen würden, wie die Planung im Hessischen Kultusministerium im vergangenen Jahr entwickelt wurde und zu welchen Ergebnissen sie geführt hat, die ich Ihnen hier vorgetragen habe?

(Beifall bei der SPD. — Sälzer [CDU]: Kommt gleich noch!)

**Dr. Schwarz-Schilling (CDU):**

Herr Minister, ich möchte Ihnen darauf folgendes antworten. Sie können doch nicht hier vor dieses Hohe Haus treten, die Frage der Planung als in diesem Lande vorbildlich anpreisen, wenn die Situation vor ein bis zwei Jahren gerade wegen der Planlosigkeit einer ununterbrochen regierenden SPD in diesem Lande zu einem Chaos geführt hat.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Sie müssen auch für Ihre Vorgänger die Verantwortung in diesem Lande mittragen.

(Prof. von Friedeburg [SPD]: Deshalb habe ich es ja gemacht, natürlich!)

**Dr. Schwarz-Schilling**

— Eben, und aus diesem Grunde ist es völlig berechtigt, wenn Herr Kollege Sälzer von diesen Dingen so gesprochen hat, wie er es getan hat, und Fragen gestellt hat, damit ein solches Desaster, wie wir es hier vor ein bis zwei Jahren erlebt haben, in der Zukunft ausgeschlossen ist. Genau das war das Petitem. Dann wäre es meines Erachtens sehr viel besser gewesen, wenn Sie die in diesem Land gemachten Fehler nicht einfach in Abrede gestellt und gesagt hätten, es sei in diesem Lande immer alles bestens gewesen, als hätte es diese Fehlentwicklungen nie gegeben. Es wäre besser gewesen, sie hätten auch in Ihrer Antwort daraus Konsequenzen gezogen und nicht so selbstherrlich geantwortet, wie wir es vernommen haben.

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Wo ist denn das Wort „bestens“ gesagt worden? Das ist ein Watschenmann, den Sie hier aufbauen!)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Klocksinn.

**Klocksinn (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist tatsächlich ein Skandal, wenn man in diesem Hohen Hause auch in der neuen Legislaturperiode erleben muß, in welcher Art die hessische CDU mit der Hochschule umspringt, und zwar nur zu dem Zweck, ihr politisch Süpplein zu kochen — weiter wohl nichts.

(Beifall bei der SPD. — Bohl [CDU]: Gehen Sie einmal an die Universitäten und schauen Sie sich einmal an, wie es dort zugeht! — Roth [CDU]: Eine Frechheit ist so etwas!)

Die Ausführungen des Kollegen Sälzer, die eine ganze Reihe von Voraussetzungen bringen, genauso wie die Ausführungen des Kollegen Dr. Schwarz-Schilling, der sich hier als Zensor seiner Partei aufspielt, gehen in vielen Dingen einfach am Ziel vorbei.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist einfach ein Skandal, wenn Sie die Dinge wiederholen, die in Ihrem Heftchen hier stehen — schon dies eine Dokumentation zu nennen, „Numerus clausus“ vom CDU-Landesverband! —,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Das muß der Minister einmal zur Kenntnis nehmen!)

wenn Sie das immer wieder aufkochen, bis die Gelegenheit so schal wird, daß sie Ihnen selbst nicht mehr schmeckt! Aber wir anerkennen Ihre Bemühungen, auch aus alten Dingen noch etwas zu machen, nur: Sie müssen es geschickter anfangen.

Dazu darf man feststellen, daß das, was Sie jetzt in Ihrer Großen Anfrage wiederholt haben, in den Einblendungen zu Landtagsprotokollen steht, daß das, was Sie in dieser sogenannten Dokumentation bringen, so muß man schon sagen, sehr einseitig ist und wissenschaftlich nicht dem Anspruch genügt, den man normalerweise an eine Dokumentation stellt. Ja, Sie sind der Urheber, Herr Dr. Schwarz-Schilling. Das ist Ihnen natürlich peinlich, wenn man Ihnen das einmal sagt,

(Lachen bei der CDU.)

aber Sie müssen noch lernen, die Wahrheit zu hören, völlig richtig.

Besonders interessiert die Öffentlichkeit — und hier ist unsere studentische Jugend durchaus klug genug, um die Hintergründe zu verstehen —, daß Sie mit ziemlicher Doppelzüngigkeit auf der einen Seite auf berechtigte Protestaktionen abheben, auf der anderen Seite

*Klocksin*

aber, in anderen Broschüren der CDU, Demonstrationen, Protestaktionen verdammten. Das eine paßt mit dem anderen einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD. — Bohl [CDU]: Ach, entschuldigen Sie einmal!)

Wenn wir dafür sind, daß sich jemand für Verbesserungen einsetzt, dann müssen wir auch dafür sein, daß er die Möglichkeiten hat. Hier können wir feststellen, daß z. B. das, was die Bundesassistentenkonferenz im Jahre 1969 zum Numerus clausus forderte, in weiten Zügen von uns erfüllt wurde. Aber das, was von Ihnen, Herr Dr. Schwarz-Schilling, diesmal hier vorgetragen worden ist, war tatsächlich unter Niveau — das werden Sie vielleicht selbst zugestehen müssen —, wie das, was Herr Kollege Sälzer, der zum ersten Male hier vorne aufgetreten ist und vielleicht noch nicht die Erfahrungen hat, zu dem ausführte, was hier schon im Jahre 1969 gesagt wurde. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Die BAK hat gesagt:

Wegen der ideologischen Hintergründe

— und sie meinte sicherlich die CDU in diesem Hohen Hause —

ist die Debatte über den Numerus clausus vielfach nicht klar und nicht offen genug.

Ich meine, wir sollten über diese Dinge sehr klar und offen sprechen, und deshalb darf ich mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten diese Forderungen der BAK zitieren, die wir nicht nur seit 1969, nicht nur seit Beginn der Wirkung der neuen Hochschulgesetzgebung, sondern auch in den Jahren vorher versucht haben, mit Hilfe unserer finanziellen Mittel zu realisieren.

Die BAK hat z. B. gefordert: höhere Finanzierung der Hochschulen, soweit eben möglich, und Drängen auf eine neue Verteilung der Universitätsausgaben. Das haben wir Jahr für Jahr mit den Mitteln, die wir zur Verfügung hatten, versucht. Weiter: entschiedener Widerstand gegen etwaige Versuche der Hochschulen, weitere Zulassungsbeschränkungen ohne völlig überzeugende Strukturpläne und Kapazitätsmodelle einzuführen. Sie wissen, was an hessischen Hochschulen in den vergangenen Semestern geschehen ist. Es ist der Hessischen Landesregierung zu verdanken, daß sie sich immer wieder bemüht hat, erst einmal festzustellen: Is der Numerus clausus berechtigt oder nicht?, und daß Sie die Aufnahmequoten Schritt für Schritt hat erhöhen können. Weiter: Schrittweise rascher Abbau der bestehenden Zulassungsbeschränkungen durch gezielten vorrangigen Ausbau an den erkennbaren und durch Kapazitätsberechnungen aufgedeckten Engpässen. Auch das ist in den vergangenen Jahren geschehen. Sie haben die Ausführungen des Minister dazu gehört. Weiter: Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur an den Hochschulen, gegebenenfalls noch vor Verabschiedung des Bundesrahmengesetzes. Auch dies ist hessische Hochschulgesetzgebung, ist in diesem Hohen Hause geschehen. Und ein letztes: schrittweiser Übergang dieser Sofortmaßnahmen in den stufenweisen Aufbau eines Systems integrierter Gesamthochschulen, die eine erweiterte Kapazität besitzen und durch flexibles Angebot von Studieneinheiten den individuellen wie den gesellschaftlichen Ausbildungsbedürfnissen Rechnung tragen. Das ist eine Planung, das sind sächliche Forderungen, und diesen sächlichen Forderungen ohne ideologische Verbrämung, wie es die CDU leider immer wieder tut, sind wir hier in Hessen nachgekommen.

(Lachen bei der CDU.)

Schauen wir uns die Große Anfrage der CDU an. Da müssen wir erstens sagen, daß wir tatsächlich durch die Unterscheidung des Numerus clausus in formalen

*Klocksin*

Numerus clausus und tatsächlichen Numerus clausus eine Verbesserung haben herbeiführen können; denn Minister Schütte hatte damals nicht ganz unrecht, wenn er sagte: Planen hat seine Schwierigkeiten, wenn man überplant, so wie Sie es gerne haben möchten.

(Widerspruch bei der CDU.)

Solange wir von den jungen Leuten, wenn Sie im 12. Schuljahr waren, keine klaren Angaben hatten, was sie zum Ende des 13. Schuljahres studieren wollten, konnten wir nicht genügend vorausberechnen.

(Borsche [CDU]: Sie haben es heute noch nicht!)

Solange die Mehrfachbewerbung möglich war, so daß auch die Gesamtanmeldezahlen überhöht waren, konnten wir nicht genügend vorausberechnen. Das ist jetzt verbessert worden — zu Ihrem Bedauern, muß man feststellen —, und Sie haben es ja nicht gepackt, die Studenten auf Ihre Seite zu ziehen mit Ihren durchsichtigen Behauptungen. Wir brauchen niemanden auf unsere Seite zu ziehen, uns genügt es, wenn die studentische Jugend sieht, daß wir uns von Jahr zu Jahr bemühen, Verbesserungen durchzuführen mit den Mitteln, die wir haben. Aber gerade diese Diskussion nach einer Debatte über den Landeshaushalt 1971/72 zeigt doch die ungläubwürdige Haltung der CDU, die ständig Forderungen stellt. Herr Kollege Sälzer meint: Es müssen mehr Sachmittel sein, es muß eine höhere Mensakapazität sein, es müssen mehr Studentenwohnheime sein, das ist die Voraussetzung für Bildungsökonomie im Studium, wenn wir das nicht haben, dürfen wir gar nichts beginnen! — Wenn wir so arbeiten würden, so konservativ unsere Hochschulen unterstützen wollten, wie Sie das gerne wollen, dann wären wir bei weitem nicht so weit gekommen, wie wir tatsächlich gekommen sind.

(Borsche [CDU]: Wir sind überhaupt nicht weit gekommen!)

— Wohin sind Sie gekommen? Das bißchen Mehrheit, das Sie jetzt in den vier Jahren im Landtag haben, das macht Ihnen etwas mehr Mut. Sicherlich, aber das sollte auch dazu führen, daß Ihre Aussagen in der Qualität steigen. Das haben wir bis jetzt immer vermissen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie — und das wurde hier so verschämt vom Herrn Kollegen Sälzer gesagt — eine Quelle zitieren, dann sollten Sie auch sagen, woher die Quelle kommt. Das ist Hessen '80, der Hochschulgesamtplan für die Universitäten der Zukunft. Hier ist sehr deutlich — das sollte man bei diesen Dingen sehr offen und ehrlich auch von seiten der Opposition anerkennen — festgestellt, daß die Listen, geführt vom Sommersemester 1950 bis hin zu der Vorausberechnung des Wintersemesters 1970/71, doch eine beachtliche Steigerung der Studentenzahlen in Hessen zeigen: 1950 11 079 Studierende in Hessen, 1970/71 42 500 Studierende in Hessen. Das ist eine Steigerung, die bedeutsam ist im Hinblick auf die Aufgaben, die wir außerdem noch in Hessen zu leisten haben, das ist wesentlich im Hinblick darauf, daß viele andere Bundesländer durch geringere Bildungsmaßnahmen als hier bei uns in Hessen diesen Ansturm an Studierenden durch höhere Abiturientenzahlen noch nicht haben. Denn das, was wir z. Zt. erleben — und Sie sollten sich da nicht zu groß tun — ist, daß tatsächlich Schwierigkeiten an unseren hessischen Hochschulen bestehen. In den anderen Bundesländern geht es zwar langsam voran, nach dem Muster der CDU auch in Rheinland-Pfalz zum Beispiel, aber die Studentenzahlen steigen, weil die Abiturientenquote steigt. Wir nehmen das voraus.

(Lachen bei der CDU.)

*Klocksin*

Wir würden uns freuen, wenn auf der anderen Seite andere Bundesländer die Dinge nachvollziehen würden, die wir jetzt durchführen.

Das ist das eine, die Tatsache, daß die Studentenzahlen im Lande Hessen im letzten Jahrzehnt stärker gestiegen ist als im Bundesgebiet. Und wenn man daran denkt, daß in Hessen auf 1000 Einwohner 6,1 Studierende kamen gegenüber 5,0 Studierenden in der ganzen Bundesrepublik, dann zeigt das, welche enorme Aufwendungen wir in Hessen durchgeführt haben.

(Dr. Wallmann [CDU]: Hessen vorn!)

— Ich freue mich, Herr Kollege Dr. Wallmann, daß Sie das sagen: Hessen vorn!

Zweitens: Daß der Anteil hessischer Studierender zur Gesamtzahl der Studierenden in der Bundesrepublik auch fast 20 % höher ist, sollte uns doch zu denken geben. Die Forderungen, die in dieser Großen Anfrage Drucks. 7/75 gestellt werden, bedürfen doch eines finanziellen Untergrundes.

(Widerspruch bei der CDU.)

— Ja, Sie sollten es sich nicht zu leicht machen. Man kann diese Dinge nicht einfach so hinsetzen; wir wissen schon, daß Ihre nächste Broschüre vorbereitet wird, und dann heißt es in zwei, drei oder vier Jahren wieder: Wir haben schon im Jahre 1971 darauf hingewiesen. Aber was eben in all diesen Jahren fehlte, nicht nur jetzt im Jahre 1971, sondern auch in den vergangenen Jahren, war das finanzielle Fundament.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Sie bringen mich auf eine Idee!)

Wir wissen doch, wie Sie es tun!

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Wir brauchen noch Mitarbeiter!)

Der Plan, der unserer Absicht zugrunde liegt, unsere Hochschulen weiter auszubauen, die Kapazitäten zu erweitern, ist auch im hessischen Landeshaushalt im Entwurf für 1971/72 klar niedergelegt. Sind es denn keine Zahlen, wenn wir für Marburg einschließlich Kliniken für die nächsten zwei Jahre 399 zusätzliche Stellen bewilligen wollen, wenn für Gießen einschließlich Kliniken 571 zusätzliche Stellen kommen, wenn in Kassel 120 zusätzliche Stellen kommen, wenn Frankfurt einschließlich Kliniken 780 neue Stellen bekommt, und wenn in Darmstadt 260 neue Stellen ausgewiesen werden? Sicherlich, man kann sagen, das ist zuwenig. Aber wir müssen doch die Relation sehen. Wenn Sie hier ein Betreuungsverhältnis von 1 zu 10 nehmen — ich gehe jetzt nicht von der Gesamtzahl, sondern nur von der Zahl für Professoren und wissenschaftliches Personal aus — dann können wir feststellen, daß für das Jahr 1971 durch die 367 Stellen, die wir für die Universitäten Marburg, Gießen, Frankfurt, Kassel und Darmstadt bewilligen werden, rund gerechnet 3600 neue Studienplätze möglich sind. Und wenn wir zum Jahre 1972 sehen, dann stellen wir fest, daß bei rund 316 Stellen auch wieder etwa 3100 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Das ist sozialdemokratische Kulturpolitik, die es nicht nötig hat, hier zu vergleichen und Vorwürfe zu machen gegenüber einer schwachen Basis, die nicht finanziell unterbaut ist.

(Molter [F.D.P.]: Aber auch die F.D.P., wir sind in einer Koalition! — Heiterkeit!)

Lassen Sie mich zum Abschluß kommen. Das Wachstum der Anforderungen steigt in allen Bereichen, und es wäre nur ehrlich und gerecht zu diesem Hohen Hause, wenn wir in die Öffentlichkeit hinein immer wieder betonen würden, daß diese Zuwachsquote außerordentliche Belastungen für unser Land Hessen bringt

*Klocksin*

und daß dementsprechend auch nicht nur die Lehrenden, sondern auch die Lernenden eine moralische Verpflichtung haben, ihre Studiengänge so umgehend und so reibungslos zu absolvieren, daß die Belastung der Hochschulen nicht in dem Maße eintritt wie in vielen Jahren vorher.

(Borsche [CDU]: Ja, ja!)

Die Ansprüche, die wir an die Gesellschaft stellen, auch im universitären Sektor, werden sich weiter vergrößern. Aber es ist entscheidend, daß unsere Hochschulen in jedem Fall, in dem sie nun weitere Anforderungen stellen möchten, überlegen sollten, inwieweit die Machbarkeit des Vorhandenen besteht und wie weit man nicht auch wieder dazu übergehen sollte, sich ein wenig mehr einzuschränken als das früher der Fall war, wo wir meinten, in einem goldenen Lande zu leben, in dem das Geld reichlich fließt.

(Zuruf von der CDU: Wir haben eine neue Bundesregierung!)

Wir sind der Ansicht, daß durch diese Mittel, daß durch diese Möglichkeiten, die wir geben, ein besseres und ausführlieheres Studium möglich sein wird als das, das wir selbst vor Jahren und Jahrzehnten absolviert haben, wo wir in genau der Semesterzahl, die notwendig war, mindestens das gleiche Wissen erwerben konnten wie heute in einer größeren Semesterzahl und unter besseren Verhältnissen. Man sollte das nicht vergessen, auch nicht an einem Tage, an dem der Landeshaushalt 1971/1972 in der ersten Lesung diskutiert wurde.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Dockhorn.

**Dockhorn (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Numerus clausus an Universitäten und Hochschulen in Deutschland ist seit Jahren eine ernste und beklagenswerte Erscheinung, ein Mangel, der es wert ist, daß generell große gesellschaftliche Anstrengungen zu seiner Beseitigung gemacht werden. Ich meine aber, daß kein Politiker — auch hier im Hause nicht — für sich oder für seine Gruppe sich an die Brust schlagen und sagen kann:

(Schäfer [SPD]: Mea culpa!)

Wir sind ganz frei von Schuld an diesen Umständen. Keiner! Allein schon die lange Zeit, das jahrelange Zögern, bis endlich der Bund im Hochschulbereich gewisse Kompetenzen zugesprochen bekam, ist eine Quelle dieses Mißstandes, und das sollten sich alle hier noch einmal bewußt machen.

Nun muß man sich — und das ist der zweite Punkt von vieren, die ich kurz ansprechen möchte — bei dieser Debatte hier ins Gedächtnis zurückerufen, was die erste Lesung des Haushaltsplans deutlich gemacht hat: daß nämlich diese Regierungskoalition einen ganz besonderen Schwerpunkt in die Hochschulangelegenheiten setzt, ob das nun im Bereich der Hochbauten, im Bereich der Sachmittel oder im Bereich der Personalkosten ist, und ich möchte betonen, daß gerade die Entwicklung der Fachhochschulen — hier vorhin bei der Großen Anfrage angesprochen — ein ganz besonderer Schwerpunkt im Haushaltsplan ist. Dazu gehören auch die hier mehrfach zitierten Studentenwohnplätze.

Was die sehr detaillierten Einzelfragen angeht, die in der Großen Anfrage enthalten sind: Wir sind im Grunde genommen bei solcher Detaillierung überfordert. Wer von uns will exakte Aussagen darüber machen können, was in jedem einzelnen universitären

**Dockhorn**

Fachbereich, in jedem Einzelfall für einen Studienplatz, auf Kommastellen berechnet, notwendig ist an Hochschullehrern, an Raumzuweisungen, an Sachmittelzuweisungen, an Forschungsmitteln und dergleichen mehr? Es ist schon sehr sinnvoll, wenn alle Fraktionen in der vorigen Legislaturperiode die Studienplatzausstattung in die Kompetenz des Landeshochschulverbandes hineingegeben haben und wenn sie dort in einer Art, wie sie Selbstverwaltungsaufgaben unterliegen, behandelt werden.

Im Grunde genommen ist auch der Hinweis auf die Aufgaben der Planungsabteilung im Kultusministerium fehl am Platze, zumindest in absehbarer Zeit hinfällig. Niemand sollte erwarten, daß jetzt noch im Kultusministerium eine Planungsabteilung für Hochschulfragen stark ausgeweitet wird, damit wir in einigen Jahren dort soundso viele hochdotierte Arbeitslose haben, wie jüngst ein Hochschulsenator in einem der Bundesländer als „höchstbezahlter Arbeitsloser“ apostrophiert wurde.

Damit möchte ich schon zum letzten Punkt kommen. Weil die Sache so differenziert ist, hätte ich Herr Kollege Sälzer, von Ihnen erwartet, daß Ihre detaillierten Fragen in Form einer Kleinen Anfrage gestellt wurden, die uns dann schriftlich detailliert beantwortet hier hätte vorliegen können. Das wäre, der von uns gemeinsam zu erzielenden Wirkung am nützlichsten gewesen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Sälzer.

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kultusminister hat vorhin von der Einmaligkeit hessischer Kulturpolitik gesprochen. In der Tat, Herr Minister: Wir werden noch Gelegenheit haben im Verlaufe der heutigen oder morgigen Sitzung, einiges von der Einmaligkeit hessischer Kulturpolitik bei den nächsten Tagesordnungspunkten zu erleben.

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Da brauchen Sie sich nur einmal umzuschauen, dann sehen Sie das überall!)

— Auch Sie, Herr Minister Arndt, werden da vermutlich noch einige Dinge hören, von denen ich nur hoffen kann, daß Sie sie nicht gutheißen.

(Reitz [SPD]: Solange die Hoffnung besteht! — Zuruf Schäfer [SPD].)

— Für Sie vielleicht nicht, Herr Kollege Schäfer, aber das entscheiden ja glücklicherweise andere.

Der Kultusminister hat hier den Vorwurf erhoben — und Herr Klocksinn hat sich dem munter angeschlossen — ich hätte undifferenzierte Forderungen gestellt, und das im Hinblick auf eine Haushaltssituation, die heute besprochen und die nicht als besonders rosig zu bezeichnen sei. Ich habe keine undifferenzierten Forderungen gestellt, weil ich überhaupt keine Forderungen gestellt habe. Ich habe nur gesagt, wenn der Kultusminister behauptet, daß es in Hessen 42 500 Studienplätze gibt,

(Reitz [SPD]: Dann ist das so!)

dann müssen diese da sein, und dann sehe ich nach, wo sie sind. Dazu habe ich Ihnen aufgezeigt, wie es in der Wirklichkeit aussieht, nämlich in den Relationszahlen. Und dann frage ich den Kultusminister, nach welchen Kriterien er diese Studienplätze berechnet. Das war der Sinn unserer Großen Anfrage. Der Kultusminister hat gesagt: nach den Richtwerten des Wissenschaftsrates, ganz differenziert. Nun, wir werden das im einzelnen weiterverfolgen.

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Sälzer [CDU]: Ja, selbstverständlich!)

Herr Abg. Klocksinn.

**Klocksinn (SPD):**

Herr Kollege, sind Sie nicht auch der Ansicht, daß die Forderungen, die Sie gestellt haben, einen finanziellen Hintergrund haben müssen, wenn Sie sagen, daß man soundso viele Studentenwohnheime, soundso viele Mensapläte und andere Einrichtungen, Sachmittel etc. brauchen?

(Arndt [SPD]: Aber er hat sie doch gar nicht gefordert, hat er gesagt!)

**Sälzer (CDU):**

Aber, Herr Kollege Klocksinn, ich sage es noch einmal, es ist jetzt genau das dritte Mal.

(Dr. Loew [CDU]: Der hat eine lange Leitung!)

Der Kultusminister hat behauptet, es gibt eine Zahl, nämlich 42 500 Studienplätze in Hessen. Ich versuche nun, festzustellen, ob diese Zahl tatsächlich stimmen kann, und komme zu dem Ergebnis — wie ich bei der Begründung meiner Großen Anfrage ausführte —, daß diese Plätze vermutlich nur auf dem Papier oder in Form von nachzählbaren Hörsaalplätzen vorhanden sind. Die Kriterien, die ich aufgestellt habe, sind nicht meine Forderungen, sondern das sind Richtwerte von den Leuten, die sich mit dieser Problematik befaßt haben; und zwar unter dem Gesichtspunkt des Sachverständes.

(Arndt [SPD]: Das ist immer eine gefährliche Sache!)

Wenn der Herr Kultusminister sagt, daß die Richtwerte des Düsseldorfer Wohnheimplanes mit 30 % ein Zielwert seien, der irgendwann einmal — vielleicht 1990 oder was weiß ich — erreicht werden sollte, dann ist das sachlich nicht richtig, denn an dem Düsseldorfer Wohnheimplan, Herr Minister — habe ich — zwar mit dem offensichtlich nicht vorhandenen Sachverständ; Sie haben ihn mir vorhin abgesprochen — selbst mitarbeiten dürfen. Damals waren sich die entscheidenden Ministerien einig und auch die anderen dort beteiligten Gremien, daß es eben keine Zielwerte sind, sondern daß es Werte sind, die unverzüglich umgesetzt werden müssen Anfang der 60er Jahre. Sie haben aber gesagt, es seien Zielwerte.

(Prof. von Friedeburg [SPD]: Ja!)

Aber es sind Mindestwerte, Herr Minister, wenn Sie den Düsseldorfer Wohnheimplan zur Hand nehmen.

(Hört, hört! bei der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Sälzer [CDU]: Ja, bitte sehr!)

Herr Abg. Klocksinn!

**Klocksinn (SPD):**

Herr Kollege, ich muß noch einmal fragen. Ist Ihnen nicht bekannt, daß der Hessische Hochschulgesamtplan eine Erwartung für das Jahr 1971 aussprach und nicht eine Behauptung? Und sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß wir in Hessen ganz froh sein können, es erreicht zu haben, von 1950 bis 1970/72 so viele Studienplätze geschaffen zu haben?

(Zuruf von der CDU: Ist ja irreführend!)

**Klocksın**

Sind Sie nicht weiterhin mit mir der Meinung, daß wir einen guten Weg in Hessen gegangen sind, indem wir zwischen formalem Numerus clausus und tatsächlichem Numerus clausus endlich einmal unterschieden haben?

**Sälzer (CDU):**

Herr Kollege Klocksın. Ich will das mit den 42.500 Studienplätzen als Erwartung noch einmal ganz deutlich bringen; im übrigen ist die effektive Zahl sogar noch etwas höher. Herr Minister, ich nagele Sie auf 42.500 gar nicht fest.

(Schäfer [SPD]: So einen großen Nagel haben Sie überhaupt nicht!)

Nehmen wir doch die Zahl, die feststeht und die der Minister für das vergangene Jahr verkündet hat: 38.148 Studienplätze. Wo sind die? Wie sehen die aus? Sind die notwendigen Voraussetzungen dafür vorhanden? Ich glaube, den Nachweis habe ich erbringen können, daß die Voraussetzungen nicht da sind.

(Klocksın [SPD]: Leider nicht, Herr Kollege!)

Ich habe ja nicht gefordert, sondern ich habe nur den Minister an dem gemessen, was er selber gesagt hat.

(Beifall bei der CDU.)

Nun darf ich vielleicht noch zu dem Problem der Nachfrage nach Studienplätzen, Herr Minister, ein Wort sagen. Sie weisen darauf hin, daß an der Technischen Hochschule in Darmstadt vor allen Dingen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern ein Rückgang der Nachfrage an Studienplätzen zu verzeichnen ist. Das stimmt. Aber jetzt frage ich Sie unter dem Aspekt der Planung: Ist das Einrichten von Studienplätzen unter dem Gesichtspunkt der Nachfrage oder unter dem Gesichtspunkt des Bedarfs zu sehen? Da kommen wir wieder zu einer Planungsgröße.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Frage des Geldes!)

Wo ist denn die Bedarfsplanung, die den hessischen jungen Menschen die Orientierungsdaten an die Hand gibt, wie in etwa die Erwartungen für die nächsten zehn Jahre aussehen?

(Sehr gut! bei der CDU.)

Von daher sind nämlich die Kräfte an die Ausbildungsstätten zu lenken, wo sie von der Gesellschaft auch gebraucht werden. Eines kann ich Ihnen sagen: Ohne Ingenieure und Naturwissenschaftler werden Sie die Probleme dieser Gesellschaft nicht lösen können.

(Sehr gut! bei der CDU. — Reitz [SPD]: Jetzt geht's los!)

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Sälzer [CDU]: Ja, bitte schön!)

Herr Abg. Klocksın!

**Klocksın (SPD):**

Gehe ich fehl in der Annahme, daß Sie der Meinung sind

(Zuruf von der CDU: Ja!)

— so leicht sollte man nicht ja sagen, das tut Ihnen eines Tages vielleicht noch leid —,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Das sind Erfahrungswerte!)

daß man die jungen Menschen dorthin lenken muß, wo freie Stellen sind? Und man muß die Stellen dort schaffen, wo besondere Notwendigkeiten bestehen?

(Zuruf von der CDU: Beim Psychologen!)

**Sälzer (CDU):**

Herr Klocksın, ich darf es jetzt vielleicht noch etwas ausführlicher sagen.

(Dr. Loew [CDU]: Er braucht Nachhilfeunterricht! — Zuruf Reitz [SPD].)

Ich habe festgestellt, daß wir Orientierungsdaten im Sinne einer Bedarfsplanung brauchen, um diese Orientierungsdaten den jungen Menschen an die Hand zu geben. Die Entscheidung fällt er dann selbst. Wir unterscheiden uns von sozialistischen Zwangsgesellschaften. Wir reglementieren nicht, wer wo studiert.

(Klocksın [SPD]: Das haben Sie aber eben ausgeführt!)

Wir sagen nicht: Weil wir in der Chemie Leute brauchen, wird ein ganzer Abiturientenjahrgang an die Chemiefakultäten gehetzt. Das fordern wir nie,

(Klocksın [SPD]: Das haben Sie eben gesagt! — Weitere Zurufe von der SPD.)

sondern wir fordern Orientierungsdaten,

(Unruhe)

die die freie Entscheidung des jungen Menschen überhaupt erst ermöglichen.

(Beifall bei der CDU. — Reitz [SPD]: Wo ist das von uns gefordert worden? — Arndt [SPD]: Was hat denn das Beispiel hier in diesem Hause in dem Zusammenhang zu tun?)

— Herr Klocksın hat danach gefragt, und ich habe unsere Forderung ganz präzise abgegrenzt. Ich habe nicht behauptet, daß Herr Klocksın das gefordert hat; so deutlich war seine Frage gar nicht.

(Arndt [SPD]: Das ist doch eine unfaire Weise! Das dient doch nicht der Sache!)

Jetzt noch ein anderes Problem, Herr Minister, und zwar die Frage nach den Lehrkrankenhäusern und der Überlegenheit Hessens im Vergleich mit den anderen Flächenstaaten. Wissen Sie, in Darmstadt ist es genau umgekehrt. Baden-Württemberg wollte und möchte gerne die dortigen Krankenhäuser in sein Ausbildungsprogramm für Heidelberg einbeziehen, weil — ich meine, da habe ich mit dem Kollegen Molter jemanden, der immer mit am gleichen Strang gezogen hat —

(Arndt [SPD]: Fragt sich nur, an welchem Ende!)

entgegen unserer Forderung für Darmstadt noch keine Einbeziehung in den akademischen Lehrbetrieb im Bereich hessischer Universitätskliniken möglich war.

Aber ich darf vielleicht noch etwas sagen, Herr Minister, weil Sie mir vorgeworfen haben, unter dem Gesichtspunkt —

(Minister Schmidt: Das ist nicht der Grund! — Schäfer [SPD]: Aber das weiß er ganz genau! Das sagt er wider besseres Wissen! — Klocksın [SPD]: Das ist wieder ein Mißverständnis!)

— Wider besseres Wissen! Ich kenne die Zustände und die Entwicklungen im Darmstädter Bereich zu diesem Problemkreis nun wirklich.

(Arndt [SPD]: Das stimmt auch nicht!)

Wir können uns ja nachher über den Sachverstand streiten.

(Arndt [SPD]: Sie können nicht etwas wider besseres Wissen sagen, weil Sie gar kein besseres Wissen haben! — Heiterkeit bei der SPD.)

— Herr Minister Arndt, Ihr Wunschdenken in dieser Richtung wird vermutlich noch einige herbe Enttäuschungen hier erleiden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

**Sälzer**

Wenn wir gerade beim Thema Planung sind: Ich wollte es nicht vertiefen, aber nachdem der Minister mich ja in dieser Frage ziemlich hart attackiert hat, möchte ich nur an ein paar Beispiele jüngster Entwicklung erinnern. Nehmen wir einmal das Beispiel Fachoberschule. Die Fachoberschule wurde eingeführt, und es gab praktisch keine Bildungspläne. Es gab viel zu spät Prüfungsordnungen, und nachdem nun die Absolventen dieser Fachoberschule anstehen und ihr Bildungsziel, nämlich die Fachhochschulreife, meinen in der Tasche zu haben, stehen gar keine Plätze zur Verfügung, um an entsprechenden Bildungseinrichtungen weitergebildet zu werden. Nein, es wird ihnen sogar gesagt: Im Grunde genommen ist euch nie versprochen worden, daß ihr, wenn ihr diesen Bildungsweg geht, die Fachhochschulreife erworben habt.

(Borsche [CDU]: Das ist Planung!)

Die jungen Menschen wissen, was in diesem Zusammenhang Planung bedeutet.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. von Friedeburg?

(Sälzer [CDU]: Bitte schön!)

Herr von Friedeburg!

**Prof. von Friedeburg (SPD):**

Herr Kollege Sälzer, warum sagen Sie wider besseres Wissen, es stünden gar keine Studienplätze zur Verfügung?

(Borsche [CDU]: Ach, herrje!)

**Sälzer (CDU):**

Herr Minister, zur Zahl der Studienplätze, die für diese Absolventen zur Verfügung stehen — wir werden das beim übernächsten, nein, beim drittnächsten Tagesordnungspunkt wiederbekommen, wenn es nämlich um den Fachbereich Wirtschaft in Darmstadt geht —: Es stehen Studienplätze zur Verfügung

(Aha! bei der SPD. — Prof. von Friedeburg [SPD]:  
Hört, hört!)

— Augenblick, nicht zu früh gefreut! —, die aber nur einen verschwindenden Bruchteil dieser Absolventen aufnehmen können.

(Prof. von Friedeburg [SPD]: Auch das stimmt nicht!)

Herr Minister, Sie haben doch mit den jungen Menschen selber gesprochen.

(Prof. von Friedeburg [SPD]: Ja, und ich weiß Bescheid!)

Diese jungen Menschen sind hinterher zu mir gekommen

(Oho-Rufe bei der SPD.)

und haben mir von dem berichtet, was dort geschehen ist. Der Anteil der Studienplätze, der da zur Verfügung steht, reicht bei weitem nicht aus, um diese Menschen, die einen Bildungsgang durchlaufen haben, der sinnvollerweise nur in der Fachhochschule Fortsetzung finden kann, aufzunehmen. Auch die Studienplätze in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, auf die man bisher ausweichen konnte, reichen deswegen für Hessen nicht mehr, weil in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Studienplätze selbst gebraucht werden.

(Arndt [SPD]: Wie viele haben die denn?)

**Sälzer**

— Ja, ja, gerade im Bereich der Fachhochschulen, Herr Minister Arndt; lesen Sie mal nach.

(Zuruf Dr. Schwarz-Schilling [CDU].)

Ein weiteres Planungsproblem bei der Frage der Studienplätze ist die Abgrenzung zwischen primär praxisorientierten und primär theorieorientierten Studiengängen. Hier ist einfach eine Bedarfsplanung zwingend notwendig, um die entsprechenden Investitionen richtig leiten zu können. Auch das ist unter dem Gesichtspunkt der Planung zu sehen.

Dann wurde von Herrn Kollegen Klocks in in anderem Zusammenhang die Frage der Personalsituation, der Personalstruktur an hessischen Universitäten angesprochen. Wir werden uns über die Frage Planung hier in diesem Hause wieder zu unterhalten haben, wenn die Funktionspläne der wissenschaftlichen Universitäten endgültig vorliegen, was dann mit den Stellen zu geschehen hat, die dort nach diesen Vorstellungen zwingend notwendig werden.

Herr Kollege Klocks in hat gesagt, daß es hier verschiedene Dinge gibt, die uns nicht schmecken. Herr Kollege Klocks in, Sie haben recht. Deswegen haben wir die Große Anfrage gestellt. Wir wollten einfach vom Kultusminister wissen, wie er es sieht. Aber er scheint es nicht in dem Sinne zu sehen, wie wir es haben wollten.

(Prof. von Friedeburg [SPD]: Genau! — Lachen bei der SPD.)

— Nein, wie wir es erwartet haben, nämlich, daß wir gemeinsam versuchen, uns über die Orientierungsdaten zu unterhalten.

Nun zu Ihnen, Herr Kollege Dockhorn. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir es nicht im Detail und in jedem Detail festlegen können; wir müssen uns aber über die Größenordnungen verständigen, weil das hinterher auch die Fragen sind, die im Haushalt umgesetzt werden können.

Und, Herr Kollege Dockhorn, noch eins zu Ihren vier Punkten. Wir schlagen uns nicht an die Brust und sagen, daß wir überhaupt gar keine Verantwortung in diesem Bereich auch für die Fehlentwicklungen trügen. Das tun wir nicht. Aber wir stellen uns auf der anderen Seite auch nicht hin und behaupten, daß in Hessen alles in Ordnung sei,

(Reitz [SPD]: Das tun wir wieder nicht!)

wenn die Mißstände hier eindeutig nachweisbar waren.

(Beifall bei der CDU.)

Abschließend darf ich vielleicht noch ein Wort von Herrn Minister Prof. von Friedeburg aufgreifen, ein meines Erachtens in seiner abschließenden Formulierung sehr interessanter Vorwurf. Herr Minister von Friedeburg hat gesagt, Sachverstand und Sachlichkeit seien Dinge, die für die Kulturpolitiker der hessischen CDU nicht bekannt seien. Herr Minister, ich kann Ihnen eines sagen: Sie werden im Laufe dieser Legislaturperiode vermutlich noch oft genug Gelegenheit bekommen, festzustellen, wer hier Sachverstand hat und wer bereit ist, sachlich an den Problemen mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Molter. Es ist bisher die letzte Wortmeldung zu diesem Punkt.



**Molter (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der bei mir gewohnten kurzen Art folgende Bemerkung: Heute früh war schon einmal davon die Rede, daß ein Finanzpolitiker durchaus einen Hang zur Kulturpolitik haben kann. Das war beim Kollegen Reitz der Fall. Ich glaube, daß ich mich in den letzten Jahren für diese beiden Gebiete hier stark engagiert habe. Um so mehr Gewicht mögen die Damen und Herren der CDU den folgenden sechs Punkten meiner Aussage beimessen.

1. Wir haben eine Koalitionsregierung. Der kleinere Partner kam aus der Opposition. Er hat sich in der Opposition besonders stark den Hochschulbelangen gewidmet. Er hat mit der SPD ein Koalitionspapier erarbeitet, in dem die Fortführung der Dringlichkeitsprogramme für die Hochschulen ein wesentlicher Punkt ist, der von beiden Fraktionen voll vertreten wird.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

2. Die Planungsabteilung, die hier kritisiert wird — lassen Sie sich ein Organigramm des Ministeriums geben —, ist vorhanden. Sie ist im Augenblick sehr stark in ihrer Arbeit. Wir — beide Fraktionen der Koalition — werden darüber wachen, daß diese Planungsabteilung positiv in dem Sinne wirkt, daß wir klare Aussagen für die nächsten drei Jahre haben werden.

3. Auf Ihren Plätzen liegt das Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18. März 1971, Nr. 6. Dort ist die Verordnung des Kultusministers über die Aufnahmebeschränkungen an den hessischen Universitäten enthalten. Lesen Sie doch einmal diese Zahlen. Dann sehen Sie sehr genau, daß vieles von dem, was hier ellenlang von diesem Tisch aus erklärt worden ist, einfach nicht mehr stimmt. Eine Beschränkung besteht nur noch im Bereich der Human- und Zahnmedizin; im psychologischen Bereich besteht nur in den Anfangssemestern eine Beschränkung, in den fortlaufenden Semestern keine. Im Bereich der Architektur der TH Darmstadt ist die Beschränkung nur noch ganz begrenzt vorhanden.

4. Die Planungsgruppen an den Unversitäten haben bisher nur an der TH Darmstadt funktioniert. Selbstverständlich muß eine Aussage von den Universitäten kommen, wie sich die Unversitäten zu diesem Problem stellen. Diese Planungsgruppen an den drei übrigen hessischen Unversitäten müssen also erst so in Gang kommen, daß sie den gleichen Wirkungsgrad haben, den die Darmstädter Planungsgruppe dankenswerterweise hat.

5. Ich als Angehöriger einer Fraktion, die diese Regierung mitträgt, habe mich persönlich in Gesprächen mit den vier Kanzlern der hessischen Hochschulen über die Frage informiert: Wie sieht es im Stellenplanbereich aus? Es war bekannt, daß der Finanzminister wegen der Begrenzung, wegen der Enge im hessischen Haushalt stärkere Beschränkungen vorsehen wollte. Anhand der Argumente ist es den verschiedensten Kollegen dieses Hauses und den Hochschulen gelungen, die Regierung zu überzeugen. Die Regierung hat inzwischen auch im Haushaltsplan bekundet, daß im Stellenbereich der Unversitäten der Mindestbedarf abzudecken ist. Alle vier Kanzler haben im Gespräch mit mir erklärt, daß der Mindestbedarf hinsichtlich ihrer Forderungen im Haushalt erfüllt ist. Selbstverständlich wissen wir — das weiß auch die CDU —, daß man in diesem Augenblick nicht alles erfüllen kann, was wünschenswert ist. Aber das, was dringend geschehen muß, ist geschehen. Wir haben sogar die Absicht, vielleicht noch im Bereich der Unversität Gießen Zusätzliches zu tun — wenn wir die entsprechende Deckung finden —, weil das die schwächste Stelle bei den hessischen Unversitäten ist.

**Molter**

6. Wohnheime und Mensen. Was für die Mensen getan werden konnte, ist in den Haushaltsplan eingestellt worden. Daß wir für Wohnheime gern mehr tun möchten und darauf warten — je nachdem, wie die Finanzentwicklung sich in naher Zukunft zeigt —, im 72er Haushalt hier verstärkt etwas tun zu können, ist eine Selbstverständlichkeit.

Das ist die Auffassung der F.D.P.-Fraktion.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

**Vizepräsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Beantwortung und Besprechung der Großen Anfrage abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Berufungen von Hochschullehrern**

— Drucks. 7/76 —

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Borsche.

**Borsche (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin ist von diesem Pult aus gesagt worden — wörtlich —: Es ist ein Skandal, wie die CDU mit den Hochschulen in diesem Lande umspringt. Ich möchte dem, der das ausgesprochen hat, dieses Zitat zurückgeben und sagen: Es ist ein Skandal, wie der Kultusminister in diesem Land mit den Hochschulen und ihrem Recht auf Selbstverwaltung umspringt!

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Das scheint wirklich ein skandalöses Haus hier zu sein!)

Ich habe ausgangs der letzten Legislaturperiode an Hand des Verhaltens des Kultusministers gegenüber den Rücktrittsgesuchen der hessischen Rektoren nachgewiesen, daß er durchaus bereit ist, sich über die Grundsätze der Selbstverwaltung hinwegzusetzen, wenn es ihm darum geht, ihm politisch unliebsame Personen möglichst bald durch andere, die ihm mehr liegen, zu ersetzen. Auch in dieser neuen Legislaturperiode müssen wir wieder ähnliche Fälle feststellen. Allein in der Philosophischen Fakultät der Unversität Frankfurt sind drei Fälle in allerjüngster Zeit bekanntgeworden — allein in einer Fakultät einer Unversität! —, die sich um Berufungsfragen drehen und in denen ein zumindest eigentümliches Verständnis des Kultusministers hinsichtlich der Befolgung des von ihm selbst initiierten und geprägten Gesetzes offenbar wird. Ich möchte zum besseren Verständnis diese drei Fälle schildern:

Fall 1: Besetzung des Lehrstuhls Deutsche Philologie II in Frankfurt. Am 20. November 1969 wurde eine Dreierliste für die Berufung eingereicht. Diese Dreierliste war ordnungsgemäß auf Grund eines Fakultätsbeschlusses zustande gekommen. Der Kultusminister hat an den auf dem ersten Platz dieser Liste stehenden Hochschullehrer eine Berufung ausgesprochen. Er hat damit die Liste akzeptiert und zu verstehen gegeben, daß diese Liste auch nach seiner Auffassung absolut rechtmäßig und den Grundsätzen des damaligen Unversitätsgesetzes entsprechend zustande gekommen ist. Das muß hier ausdrücklich festgehalten werden; Sie werden später sehen, warum.

Der erste Kandidat, an den der Ruf ergangen ist, lehnte diesen Ruf ab. Der Kultusminister ließ daraufhin an den Zweitplacierten, wie es durchaus Brauch ist, einen Ruf ergehen. Auch der Zweitplacierte lehnte diesen Ruf ab. Darauf hin teilte der Kultusminister mit einem Schreiben vom 31. Juli 1970 der Philosophischen Fakultät Frankfurt mit, daß die eingereichte Berufungs-

*Borsche*

liste erschöpft sei, und er verlange die Ausschreibung der zu besetzenden Stelle. Er gab also die Liste zurück, ohne überhaupt mit dem dritten auf dieser Liste befindlichen Kandidaten Kontakt aufgenommen zu haben. Der Minister begründete die Rückgabe u. a. auch mit einem Hinweis auf das inzwischen in Kraft getretene Hessische Universitätsgesetz vom Mai 1970. Er zitierte auch einen Beschluß des Frankfurter Senats vom 10. Juni 1970, allerdings zitierte und interpretierte er völlig falsch. Aber das spielte keine Rolle, denn es paßte ihm so, wie er ihn zitierte, an sich ganz gut. Der Senat hat seinerzeit beschlossen

(Zuruf Arndt [SPD].)

— Herr Minister, Sie müssen es schon hinnehmen, daß die Dinge beim Namen genannt werden und müssen sich nicht so alterieren —, daß zur Disposition stehende Hochschullehrerstellen auszuschreiben sind. Er hat aber ausdrücklich dazu gesagt, daß das ab sofort zu gelten hat, daß es nicht für Stellen gilt, für die bereits das Berufungsverfahren in Gang gesetzt worden ist, wie es hier im vorliegenden Falle Tatsache war.

Außerdem — auch das ist zum Verständnis der Sachlage wichtig — war diesem Brief des Kultusministers vom 31. Juli 1970, mit dem er die Liste als erschöpft zurückgab, eine Resolution vorausgegangen, die einige Studenten der Germanistik aus Frankfurt ihm eingereicht hatten, eine Resolution vom 9. Juli 1970, mit der diese Studenten die Ausschreibung der Stelle forderten. Zum Verständnis dieses Tatbestandes ist festzustellen, daß damals, im Juli 1970, in Frankfurt rund 1000 Studenten mit dem Hauptfach Germanistik eingeschrieben waren. Die Resolution ist in einer Versammlung am 9. Juli 1970 zustande gekommen und hatte folgendes Abstimmungsergebnis: 38 Stimmen für die Ausschreibung, vier dafür, daß die Geschichte dem Senat noch einmal vorgelesen wird, und zwei Enthaltungen. Das macht, wenn man es zusammenrechnet, 44 Stimmen, d. h. es haben sich etwa 4,4 % der Germanistik-Studenten überhaupt in das Verfahren eingeschaltet und dem Kultusminister vorgetragen, daß die Stelle ausgeschrieben werden soll.

Was tut der Kultusminister? Er springt auf diese Resolution, teilt am 31. Juli, also am gleichen Tage wie der Fakultät, den Studenten mit, daß er die Ausschreibung der Stelle veranlaßt hätte und sie demzufolge zufrieden sein könnten.

Die Fakultät hat auf diesen Brief geantwortet und hat dem Minister zu bedenken gegeben, daß das Inangestehen des Ausschreibungsverfahrens den Ablauf der Stellenbesetzung unnötig verzögern würde. Unter diesen Umständen könne die Stelle zum Wintersemester 1970/71 nicht mehr besetzt werden. Ich hatte gerade zitiert, daß es zum damaligen Zeitpunkt etwa 1000 Germanistik-Studenten in Frankfurt gab, die also ein weiteres Semester ohne einen entsprechend qualifizierten Hochschullehrer gewesen sein würden.

Am 16. Oktober bat die Fakultät den Minister erneut um Ausschöpfung der rechtmäßig zustande gekommenen Liste, spricht um die Berufung des an dritter Stelle placierten Kandidaten, unter Hinweis darauf, daß er nur auf die dritte Stelle gekommen sei, weil eben die zwei ersten Kandidaten auf den beiden ersten Plätzen, aber nicht mit großem Abstand in der Qualifikation, ihren Platz gefunden hätten, daß also aus der Placierung auf Platz drei nicht abzuleiten sei, daß es sich um einen Verlegenheitskandidaten handle, den man vielleicht am Ende gar nicht haben wolle und der auch die entsprechende Qualifikation nicht mitbringe. Im Gegenteil, die Fakultät betonte in diesem Brief ausdrücklich, daß der Kandidat von der Qualifikation her durchaus den Ansprüchen der Fakultät genüge. Sie betonte wei-

*Borsche*

ter in dem Schreiben, daß von einer Ausschreibung nach Meinung der Fachleute, die so ungefähr wüßten, wer sich bewerbe, qualitativ nicht viel anderes herauskomme als bei der ersten Liste, die dem Minister rechtmäßig vorgelegt worden sei. Sie betonte zum dritten, daß der Kandidat, der als Dritter jetzt noch in die Berufungsverhandlungen einzuschalten gewesen sei, bereits einen Lehrauftrag zur Vertretung des Faches in Frankfurt ausgeübt oder wahrgenommen habe, daß dieser Kandidat Anklang finde bei der Mehrheit der Studenten und auf Wohlwollen bei den Kollegen stoße.

Der Minister beharrte auf seinem Standpunkt, auf Vorlage der Liste, ohne daß er — wie es das Gesetz vorschreibt, auf das er sich bezieht — irgendwelche Gründe für die Rückgabe der Liste nannte. Im § 40 des Hessischen Universitätsgesetzes steht ausdrücklich — ich darf es zitieren

(Reitz [SPD]: Sie brauchen es nicht!)

für diejenigen, die es nicht wissen sollten:

(Dr. Wallmann [CDU]: Ja! — Reitz [SPD]: Das war Herr Wallmann!)

Hat der Kultusminister gegen eine Berufsliste Bedenken, so kann er unter Darlegung seiner Gründe eine weitere Liste anfordern.

Das steht im § 40 Abs. 7. Die Gründe hat der Minister nicht genannt. Die Fakultät bat am 2. November erneut um die Berufung des verbliebenen Kandidaten und erneut um Bekanntgabe der Gründe für die Ablehnung der Liste. Sie betonte in diesem Zusammenhang am 2. November 1970, daß sie den Arbeitsfrieden im Deutschen Seminar an der Universität Frankfurt gefährdet sehe, wenn es einer kleinen Studentengruppe unter Umgehung des drittelparitätisch besetzten Seminarrates möglich sei, durch direkte Hinwendung zum Kultusminister einen rechtmäßig gefaßten und als solchen vom Kultusminister auch akzeptierten Beschluß zu Fall zu bringen.

(Vizepräsident Voitell übernimmt den Vorsitz.)

Trotz auch dieses Einwandes bestand der Kultusminister mit einem Schreiben vom 27. November auf Ausschreibung. Er behauptete in diesem Schreiben — hier muß ich wieder zitieren, was in der vorigen Debatte über eine andere Große Anfrage gefallen ist — wider besseres Wissen, er habe grundsätzlich in der Phase der Überleitung vom bisherigen Universitätsgesetz 1970 daran festgehalten, nur noch nach Ablauf eines Ausschreibungsverfahrens Kandidaten zu berufen. Er zitierte in diesem Zusammenhang auch einen Beschluß der Kultusministerkonferenz aus dem Jahre 1968, der die Empfehlung enthält, daß freie Stellen ausgeschrieben werden sollten. Es war eine Empfehlung, die eben nur vorschlug, man könnte dies machen. Deswegen hatte er vorher — auch ohne Ausschreibung — die Berufsliste akzeptiert.

(Minister Prof. von Friedeburg: Aha!)

Jetzt kam er auf einmal und behauptete, in der Übergangsphase wolle er nun auch diese Grundsätze beibehalten haben, und er werde auch hier keine Ausnahme zulassen. Klopfen Sie nicht zu früh, Herr Minister, Sie sind gleich dran. Sie kommen sofort dran.

Am 15. Dezember wies die Fakultät nach ganz kurzen Recherchen dem Minister nach, daß in der Naturwissenschaftlichen Fakultät — auch in der Übergangsphase natürlich und auch ohne Ausschreibung — ein Ruf ergangen sei. Der Minister mußte es zugeben, und er war dann sogar so großzügig und sagte gleich, er habe selbst noch mehr Fälle entdeckt.

*Borsche*

Mit Recht verlangt in diesem Fall, nachdem die Dinge ausgegraben sind, die Philosophische Fakultät in Frankfurt eine absolute Gleichbehandlung und die Berufung des Kandidaten von ihrer Liste, die rechtmäßig und gesetzmäßig zustande gekommen ist. In gleichem Atemzug weist die Fakultät für mein Gefühl mit vollem Recht auf die inzwischen eingetretene unerträgliche Verzögerung hin, die auf nichts anderes zurückgeht, als auf den Starrsinn des Ministers.

Der Minister beharrte weiter auf seinem Standpunkt und drohte zum 1. März 1971, ohne Darlegung der Gründe für die Rückgabe der Liste, daß er dann eben selber die Ausschreibung vornehmen werde. Die Fakultät mußte unter diesen Umständen kapitulieren, allerdings nicht die Richtigkeit des Rechtsstandpunktes des Ministers anerkennen. Sie hat ein Rechtsgutachten eingeholt, das ihr klar bestätigt, daß sie voll im Recht ist. Wenn sie nicht auf diesem Standpunkt beharrt und sich jetzt beugt, dann nur deswegen, weil bei einem eventuellen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht und dessen Dauer bis zu einer eventuellen Verhandlung der Antragsteller, die Fakultät, gar nicht mehr vorhanden ist, weil bis dahin der Fachbereich Germanistik eingerichtet sein dürfte.

Die Fakultät weist aber, und zwar zu Recht, auch in diesem letzten Schreiben den Minister noch auf eine Äußerung gegenüber dem neuernannten Universitätspräsidenten in Frankfurt hin, wonach der Minister gesagt hat, er müsse auch Minderheitsvoten berücksichtigen, die nicht in Fakultätsbeschlüssen ihren Niederschlag finden. Damit hat er nur noch nachträglich zugeben, daß diese 4,4% Studenten es im Sommer 1970 erreicht haben, daß er die Liste unrechtmäßig an die Fakultät zurückgegeben hat.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Diese Tatsache, Herr Minister, zeigt auch die ganze Unglaubwürdigkeit so pathetischer Äußerungen, wie Sie sie beispielsweise in dem Brief vom 27. November 1970 an die Philosophische Fakultät gemacht haben. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Es steht für mich außer Zweifel, daß Vorstöße einzelner Mitglieder der Universität nicht dazu führen, rechtmäßig gefaßte Beschlüsse unter Umgehung der zuständigen Organe zu Fall zu bringen.

So ist es. Ich bin froh, Herr Minister, daß Sie es bestätigen, und ich warte auf die Erklärung des eben aufgezeigten Widerspruchs.

Fall 2: Die Besetzung des Lehrstuhls Philosophie II in Frankfurt. Auch hier wurde eine ordnungsgemäß zustande gekommene Dreierliste am 15. Dezember 1969 eingereicht.

(Reitz [SPD]: Dauert es noch länger, Herr Borsche?)

— Das ist erst der zweite Fall. Sie haben also etwa zwei Drittel, Herr Reitz. Ich meine, man muß diese Dinge einmal ganz klar darlegen, um die Praktiken des Kultusministers deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU.)

Es war eine ordnungsgemäß zustande gekommene Dreierliste. Noch ehe überhaupt das Berufungsverfahren eingeleitet werden konnte, ist der auf dem dritten Platz stehende Kandidat nach Hamburg gegangen. Er kam damit für eine Berufung nicht mehr in Frage.

Die Fachschaft Philosophie hatte, noch ehe sich der Minister zur Liste geäußert hatte, Widerspruch eingelegt, nachdem sie sich beim Zustandekommen des seinerzeitigen Fakultätsbeschlusses nicht geäußert hatte und hauptsächlich kein Minderheitsvotum diesem Be-

*Borsche*

schluß an die Seite gestellt hat, wie es möglich gewesen wäre. Dieser Widerspruch der Fachschaft, der dem Minister direkt zugeleitet wurde, datiert vom 4. März 1970. Prompt, am 16. März 1970, weist der Minister die Liste unter Bezugnahme auf den Widerspruch der Fachschaft zurück, gibt sonst keine Gründe an und verlangt Ausschreibung.

In einem ausführlichen Brief vom 8. Mai 1970 verlangt die Fakultät, auch entsprechend dem Gesetz, die Darlegung der Gründe für die Zurückweisung der Liste. Sie beweist gleichzeitig in diesem Brief, daß der Widerspruch der Fachschaft gar nicht so schwerwiegend sein kann, wie ihn der Minister hinstellt; denn die Fachschaft hat nicht mehrheitlich nachträglich für das Veto gestimmt. Es haben fünf von elf Hochschullehrern diesen Widerspruch nicht unterschrieben, und es haben drei von fünf Assistenten diesen Widerspruch nicht unterschrieben, so daß also allenfalls eine Stimmengleichheit von 8 : 8 vorhanden gewesen ist. Außerdem weist die Fakultät mit Recht darauf hin, daß es sich hier um ein absolut illegales Veto handelt, nachdem die Chance des Sondervotums neben dem Fakultätsbeschuß für die Dreierliste vertan worden war. Auch in diesem Fall weist der Minister nach bewährter Praxis wieder darauf hin, daß der in der Übergangszeit zum neuen Hochschulgesetz doch gern die Ausschreibung vornehmen wollte usw.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Am 4. Juni 1970, nachdem es noch nicht weitergegangen war,

(Reitz [SPD]: Welche Uhrzeit?)

verlangt die Fakultät mit einem Brief erneut die Angabe der Gründe für die Rückgabe der Liste. Sie bezeichnet die bisherige Antwort des Ministers, in der er sich auf das Veto der Fachschaft bezieht, als nicht sachliche Darlegung der Gründe, sondern rein politische Antwort. Die Fakultät erinnert — — — Auch jetzt würde ich, Herr Minister, mit dem TE-TE etwas vorsichtig sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Er wird immer besser!)

Auch hier muß ich Ihnen etwas sagen, was Ihnen sicher nicht so recht lieb ist. Die Fakultät hatte am 4. Juni 1970 mit einem Brief die Angabe der Gründe verlangt. Am 11. Januar 1971 erinnert die Fakultät daran, daß dieses Schreiben aus dem Juni 1970 überhaupt noch nicht bestätigt worden ist. Am 5. März 1971 schließlich erklärt der Minister, er habe dieses Schreiben vom 4. Juni 1970 nie erhalten.

(Reitz [SPD]: Na also!)

Meine Damen und Herren, das nenne ich das Verhalten eines Schuljungen, der seine Aufgaben nicht gemacht hat und dann dem Lehrer, der in der Schule danach fragt, erklären will, er habe sie zu Hause vergessen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Reitz [SPD]: Herr Borsche, haben Sie das früher so gemacht?)

— Herr Reitz, natürlich haben wir es alle sicher irgendwann so gemacht. Sie wären ja dümmer als ich annehme, wenn Sie es nicht auch so gemacht hätten.

(Heiterkeit. — Zuruf von der CDU: Der Minister als Schuljunge! Genau!)

Fall 3: Besetzung des Lehrstuhls für englische Philologie II in Frankfurt. Hier ist am 2. Februar 1970 ein rechtmäßig zustande gekommener Zweivorschlag dem Minister vorgelegt worden. Der Ruf wird an den auf dem zweiten Platz stehenden Kandidaten erteilt, womit für mich wiederum klar ist, daß der Minister die recht-

*Borsche*

mäßig zustande gekommene Liste als solche akzeptiert. Der berufene Kandidat lehnt am 16. Juli 1970 ab.

Unter dem 17. August 1970 erhält die Philosophische Fakultät der Universität Frankfurt einen Brief mit der Unterschrift des Staatssekretärs Moos, den ich Ihnen doch seiner Eigentümlichkeit halber mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren will.

Es heißt in diesem Brief:

Betreff: Wiederbesetzung der ordentlichen Professur für englische Philologie II  
Bezug: Liste vom 2. 2. 1970

Nachdem Professor Schopf mit Schreiben vom 16. Juli 1970 abgelehnt hat und Professor Finkenstaedt

— das war der Kandidat auf Platz 1 —

zum Präsidenten des Hochschulverbandes gewählt worden ist, ist die Liste erschöpft. Ich bitte Sie daher unter Hinweis auf den § 40 Abs. 3 des Universitätsgesetzes vom 12. Mai 1970 und den einschlägigen Senatsbeschluss vom 10. Juni 1970, die Stelle unverzüglich auszuschreiben.

(Zuruf von der CDU: Das ist der Sachverstand im Kultusministerium!)

— Ich bedanke mich für das Stichwort. Meine Damen und Herren, das ist der vielzitierte Sachverstand im Kultusministerium, welcher der CDU von diesem Minister abgesprochen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Die Philosophische Fakultät hat auf diesen Brief am 2. November 1970 geantwortet, besteht auf Ausschöpfung der Liste, also auf Berufung des Professors Finkenstaedt, und weist darauf hin, daß dieser Kandidat eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt,

(Hört, hört! bei der CDU.)

die einer Tätigkeit in einer Berufsorganisation oder auch einer Gewerkschaft etwa vergleichbar sei. Demzufolge sei es nicht angängig, einen Kandidaten nur wegen dieser Tätigkeit abzulehnen und die Berufung nicht auszusprechen. Der Kultusminister muß mit einem Brief vom 27. November den groben Schnitzer seines Staatssekretärs zugeben, und er bagatellisiert ihn als Mißverständnis. Meine Damen und Herren, ein Staatssekretär, dem ein solches Mißverständnis unterläuft, der muß gehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU. — StS Moos betritt den Sitzungssaal. — Zurufe von der CDU: Der hat den Hut vergessen! — Aber er kommt wieder, und er bleibt sogar!)

Der Minister beruft sich immer auf den Sachverstand. Ich bin sicher, er wird mir nachher auch erwidern, das sei die typische Ignoranz, die man von mir schon gewohnt sei. Ich halte es einfach für unerträglich, daß solche Dinge auch noch gedeckt werden und daß hier ein Verfahren geschützt und bagatellisiert wird,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

das bar jeden Sachverstandes war und nur eine eindeutige politische Linie erkennen läßt.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Jetzt kommen wir auf den Kern der Sache!)

Die drei geschilderten Fälle haben eine Reihe von Gemeinsamkeiten:

1. In allen Fällen sind Dreierlisten oder Zweierlisten rechtmäßig zustande gekommen.

2. Durch die Erteilung des Rufes an einen Kandidaten auf dieser Liste hat auch der Minister die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens der Listen akzeptiert, die Liste als solche akzeptiert.

*Borsche*

3. In zwei Fällen, in denen es zur Zurückweisung der Liste gekommen ist, sind nach dem Eintreffen der Liste im Kultusministerium von kleinen Gruppen von Minderheiten nachträglich Vetos eingelegt und vom Minister ohne nähere Begründung berücksichtigt worden.

4. In allen drei Fällen wird die Liste vor Ausschöpfung zurückgewiesen und das Verlangen nach Ausschreiben geäußert.

5. In allen drei Fällen fehlt bis heute die an sich dem Gesetz nach, auf das sich der Herr Minister immer beruft, erforderliche sachliche und fachliche Begründung für die Zurückweisung der nicht erschöpften Listen.

6. In allen drei Fällen ist durch Rechthaberei des Ministers und den Versuch der politischen Einflußnahme mit voller Absicht die Verzögerung bei der Neubesetzung wichtiger Lehrstühle zum Schaden der Studenten in Kauf genommen worden.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist das, was ich als einen Skandal im Verhalten gegenüber den Hochschulen bezeichnen muß.

(Arndt [SPD]: Jetzt kommen Sie einmal zur Großen Anfrage langsam!)

— Herr Kollege Arndt, ich glaube, man muß solche Dinge auch einmal ganz eingehend begründen,

(Arndt [SPD]: Das gehört aber in die Anfrage hinein!)

damit der Minister auch einmal darauf eingeht. Denn er hat, wie wir es auch in sonstigen Diskussionen immer wieder erlebt haben, häufig genug den Versuch mit mehr oder weniger Geschick gemacht, an den Kernpunkten der Dinge vorbeizudiskutieren, uns Unverständnis nachzuweisen und dann die Dinge, wenn es geht, irgendwo in den Ausschluß abzuschieben. Ich erinnere an sein Verhalten in der gestrigen Fragestunde. Deswegen muß man die Dinge für diesen Minister eben besonders genau begründen, damit er die Punkte endlich sieht, die anderen Leuten längst bekannt sind.

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Das ist eine Ausrede für unparlamentarisches Verhalten, was Sie machen!)

Das Verhalten des Ministers in allen diesen drei Fällen ist schärfstens zu mißbilligen. Er mißachtet die gesetzlichen Vorschriften und die den Universitäten, Fakultäten oder Fachbereichen gesetzlich verbrieften Rechte. Er versucht, eine Personalpolitik nach seinen hochschulpolitischen Intentionen unter Ausschaltung der zuständigen Gremien zu treiben.

(Zuruf von der CDU: Ein toller Vorwurf!)

Dieses Verhalten des Ministers ist auch, allerdings leider nicht in der Öffentlichkeit, sondern nur in einem Brief vom Koalitionspartner, als unmögliches Verhalten geißelt worden. Deswegen, weil hier eine Personalpolitik nach eigenen, ganz eigenen und ganz eigenartigen hochschulpolitischen Intentionen eines Ministers betrieben wird, verlangen wir Antwort auf unsere Anfrage

(Arndt [SPD]: Wie heißt die noch, die Anfrage?)

und erwarten auch, Herr Minister — Sie bringen mich nicht durcheinander, Herr Arndt; Sie können übrigens lesen, nicht? —

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

daß Sie diesmal von Ihrer bisherigen Gewohnheit abgehen und tatsächlich Ihre Antwort auf den Kern dieser Dinge richten.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Voitel:**

Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat der Herr Kultusminister.

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So klar die Große Anfrage der Christlich-Demokratischen Union formuliert war — und auf sie werde ich antworten —, so langatmig, umständlich und — es tut mir leid, Herr Borsche — wiederum von wenig Sachverstand bestimmt war die Begründung.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Ich antworte jetzt präzise auf die Anfrage der CDU:

Erstens trifft es zu, daß ich Berufungslisten für erschöpft erklärt bzw. den Universitäten zurückgegeben habe, obwohl noch nicht mit allen auf der Berufsliste vorgeschlagenen verhandelt worden war. Dies geschah erstens, wenn ich gegen eine Berufsliste Bedenken hatte. Nach § 40 des Universitätsgesetzes kann der Kultusminister in einem solchen Fall unter Darlegung seiner Gründe eine weitere Liste anfordern, die binnen vier Monaten vorzulegen ist. Dies trifft — das darf ich in Parenthese sagen — für einen der hier geschilderten Fälle zu. Es ist Ihnen noch nicht einmal gelungen, Herr Abg. Borsche, zu erkennen, daß diese drei Fälle systematisch nicht zusammengehören. Die Liste für die Professur der Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt habe ich zurückgegeben, da ich begründete Bedenken hatte, und zwar deshalb, weil die Mehrheit der Hochschullehrer für Philosophie an der Universität Frankfurt in einer Eingabe schwerwiegende Bedenken gegen diese Liste geltend gemacht hatte. Nach dem neuen Universitätsgesetz kann kein Fachbereich eine Berufsliste verabschieden, es sei denn mit den Stimmen der Mehrheit der Hochschullehrer. Da aber der Fachbereich Philosophie an der Universität Frankfurt noch nicht eingerichtet ist, die gegenwärtige Fakultät aber eine Berufung vornehmen will für eben diesen Fachbereich, schien es mir nicht sinnvoll, die Einwände der Mehrheit der Hochschullehrer an der Universität Frankfurt zu übergehen. Diese meine Bedenken habe ich der Universität mitgeteilt. Die Universität hat dabei zugleich erkannt, daß sie die Stelle nicht ausgeschrieben hatte. Auch dieser Lehrstuhl, Herr Borsche, ist inzwischen ausgeschrieben worden.

Zweitens habe ich Listen zurückgegeben, wenn die Universität es wünschte und ich den Wunsch für sachlich gerechtfertigt hielt. Dies ist ein schon immer praktiziertes Verfahren, insbesondere bei der Nr. 3 der Liste. Wenn eine gewisse Zeit mit vergeblichen Berufsungsverhandlungen vergangen ist, dann wünschen Universitäten gelegentlich, die Liste zurückzuerhalten, um neue Erwägungen anstellen zu können. Von den Fällen, die Herr Borsche geschildert hat, gehörte keiner zu dieser Gruppe.

(Zuruf Sälzer [CDU].)

— Ich habe sie der Vollständigkeit halber erwähnt. Sie haben eine präzise Frage gestellt, und wenn ich mich recht erinnere, dann waren Sie es, Herr Sälzer, der unterschrieben hat. Deswegen haben Sie auch Anspruch auf eine präzise und umfassende Antwort.

(Sälzer [CDU]: Nicht nur, weil ich sie geschrieben habe, sondern weil ich Abgeordneter bin!)

Drittens habe ich Berufslisten zurückgegeben, wenn es sich um eine Professur handelte, die nicht ausgeschrieben worden war. Herr Borsche hat schon — nach meinem Eindruck, ist es ihm so herausgefunden,

**Minister Prof. von Friedeburg**

aber es traf den Sachverhalt tatsächlich — das Haus richtig dahingehend informiert, daß ich vor der Verabschiedung des Universitätsgesetzes keine Rechtsgrundlage für die Zurückgabe nicht ausgeschriebener Listen hatte.

(Borsche [CDU]: Sehen Sie, das ist meine Art, daß ich richtig informiere! So bin ich!)

— Und ich habe es eigens anerkannt, Herr Borsche.

Ich hatte also vor der Verabschiedung des Universitätsgesetzes keine Rechtsgrundlage für eine Zurückgabe aus diesem Grunde. Das heißt aber nicht, daß ich den Tatbestand der Nichtausschreibung etwa gutgeheißen hätte. Es war vielmehr so, daß schon das Hochschulgesetz von 1966 für die Universitäten die Möglichkeit eröffnete, diese Stellen auszuschreiben. 1966! Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 28. November 1968, nämlich die Vereinbarung über das Verfahren bei der Besetzung von Lehrstühlen, sah die Ausschreibung allgemein vor. Diesem Beschluß entsprechend verfuhr fast alle Fakultäten der hessischen Universitäten schon vor der Verabschiedung des neuen Universitätsgesetzes im Mai 1970, das diesen Grundsatz nun zur Rechtsnorm erhob.

Das Hohe Haus wird bereits bei dem Vortrag von Herrn Borsche erkannt haben, daß mein Verhalten sich nach der Verabschiedung des Universitätsgesetzes auf Grund der neuen Rechtsgrundlage veränderte und daß ich Listen, die ich vor dem neuen Universitätsgesetz nicht deswegen zurückgeben konnte, weil sie nicht ausgeschrieben waren, nun, wenn eine Berufung zustande kam und ich erneut eine Berufung aussprechen mußte, diese Listen der Universität auf Grund der neuen Rechtslage zurückgegeben habe mit der Bitte um Ausschreibung. In beiden Fällen ist inzwischen von der Universität Frankfurt ausgeschrieben worden. Es ist tatsächlich richtig, Herr Borsche, daß mir ein Fall der Naturwissenschaftlichen Fakultät, wenn Sie so wollen, durchpassiert ist, bei dem nicht bemerkt worden war, daß nicht ausgeschrieben wurde, weil die Naturwissenschaftliche Fakultät im allgemeinen früher schon ausgeschrieben hatte.

Offensichtlich weiß von der Fraktion der CDU der eine Sprecher nicht, was der andere vorhat. Denn im nächsten Tagesordnungspunkt wird nachdrücklich gefordert werden, daß die Stelle des Kanzlers der Universität Marburg öffentlich ausgeschrieben werden soll. Eben aber hat der Sprecher der CDU, Herr Abg. Borsche, Protest dagegen erhoben, daß ich auf öffentlicher Ausschreibung auch dann bestehe, wenn durch den Zeitverzug die sicherlich besonders belasteten Beamten eine längere Zeit Überarbeit leisten müssen.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Jetzt bauen Sie einen Türken!)

Wir werden uns beim nächsten Tagesordnungspunkt darüber zu unterhalten haben, daß genau dies auch das Argument des Präsidenten der Universität Marburg war, wegen der besonderen Belastung und des Zeitverzugs auf die Ausschreibung zu verzichten. Aus grundsätzlichen Erwägungen habe ich in beiden Fällen, Herr Abg. Borsche, auf Ausschreibung bestanden.

Wenn ich noch Ihre letzte Frage, auf die Sie in der Begründung gar nicht eingegangen sind, der Ordnung halber beantworten darf: Die Landesregierung sieht sich entsprechend der gesetzlichen Aufgabenstellung von Legislative und Exekutive nicht in der Lage, den Mitgliedern des Kulturpolitischen Ausschusses die Berufslisten bekanntzugeben. Ich bin selbstverständlich bereit, im Einzelfall auf Anfrage im Kulturpolitischen Ausschuss über eine Berufung zu berichten. Ich meine,

*Minister Prof. von Friedeburg*

daß die ausführliche Darstellung von Herrn Abg. Borsche und auch meine entsprechende Antwort im Kulturpolitischen Ausschuß den rechten Platz gehabt hätten.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Vizepräsident Voitell:**

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage ist gegeben. Wird eine Besprechung gewünscht? — Das reicht aus. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Sälzer.

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einleitend noch einen vierten Fall nachtragen, und zwar hat dieser sich an der Universität Marburg abgespielt im Zusammenwirken mit der Technischen Hochschule Darmstadt. Dort passierte folgendes:

Einer der freigewordenen Lehrstühle für Betriebswirtschaftslehre sollte neu besetzt werden. Es wurde eine Berufungsliste erstellt. Auf Platz 1 stand ein Darmstädter Ordinarius, der dort einen ähnlichen Lehrstuhl vertritt, auf Platz 2 und 3 folgten andere Wissenschaftler. Der Herr Kultusminister hat mit diesen auf Platz 2 und 3 aufgeführten Personen verhandelt, beide haben den Ruf abgelehnt, wobei übrigens der eine sehr deutlich den Hinweis im persönlichen Gespräch gab, er lehne ab wegen der Situation in Hessen. Nun wäre an sich derjenige, der auf Platz 1 stand, der geeignete Mann gewesen, denn auch die Fakultät wollte ihn wegen seiner Qualifikation auf Platz 1 haben. Aber mit diesem Mann wurde überhaupt nicht verhandelt. Lediglich inoffiziell war zu erfahren, daß man nicht bereit sei, ihn zu berufen. Weswegen? Weil damit ein anderer Lehrstuhl einer anderen hessischen Universität verwaist wäre. Was ist das für eine Haltung! Die Technische Hochschule in Darmstadt bietet zwangsläufig für die Betriebswirtschaft nur einen relativ beengten Rahmen für Forschungs- und Lehrmöglichkeiten, weil sie nur in einem bestimmten Bereich Hilfsfunktionen übernimmt, während in Marburg ganz andere wissenschaftliche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Aber nur deswegen, weil der hessische Kultusminister Sorgen hat, daß er dann für Darmstadt keinen Lehrstuhlinhaber bekommt, nur aus diesem Grund wird der andere daran gehindert, sich in seinem wissenschaftlichen Bereich weiter zu entwickeln und ein größeres Engagement in Marburg einzugehen, wie es in diesem konkreten Fall ist. Das ist meines Erachtens etwas, was auf Dauer unzumutbar sein wird und was dazu führt, daß wir in Hessen so wenige Leute bekommen, die bereit sind, einen Ruf anzunehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf ein ganz anderes Problem eingehen.

**Vizepräsident Voitell:**

Entschuldigung, Herr Kollege Sälzer, das Thema lautet Berufungslisten von Hochschullehrern. Ich möchte Sie bitten, kein anderes Thema anzuschneiden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, selbstverständlich; aber es war vielleicht von mir etwas mißverständlich formuliert. Ich werde weiter bei der Problematik der Berufung von Hochschullehrern und des Verhaltens des Kultusministers bleiben.

*Sälzer*

Ich möchte mich korrigieren und sagen, daß ich im Rahmen dieses Themas jetzt noch einen anderen, allerdings sehr wesentlichen Problemkreis aufgreifen möchte. Dieser wesentliche Problemkreis ist die Frage nach der zunehmenden Politisierung der Hochschulen und der Auswirkung dieser Politisierung auf die Berufung von Hochschullehrern, einer Politisierung, vor der, wie Sie sehr wohl wissen, die CDU-Fraktion und auch die F.D.P.-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode immer gewarnt haben. Ich meine, hier besteht ein ganz enger Zusammenhang, den ich wie folgt darstellen möchte:

Herr Kollege Borsche hat vorhin die Problematik der Berufung des Dr. Gajek aufgeführt. Ich darf Ihnen noch einmal kurz sagen, wie sich die Vorgeschichte abgespielt hat. Der Vertreter der Fachschaft Germanistik hat Herrn Dr. Gajek telefonisch zu einem Hearing in der Vollversammlung der Studenten aufgefordert, und zwar sollte diese Veranstaltung während des Seminars am 3. 7. in der Zeit von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr stattfinden. Herr Dr. Gajek hat sich hierzu bereit erklärt. Ihm wurden dann zwei Fassungen von Fragen zu diesem Themenkreis vorgelegt, und zwar die erste am 3. 7., nämlich dem Tag des angesetzten Hearings, um 12 Uhr, und die zweite um 13.45 Uhr, d. h. während der Veranstaltung. Diese Fragen lauteten wie folgt — ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren —: 1. Auf welche Schwerpunkte sollte die wissenschaftliche Arbeit der Germanistik verlagert werden? 2. Inwiefern müßte die Germanistik inhaltlich und methodisch verändert werden? 3. Stimmen Sie mit uns überein, daß Wissenschaft nicht mehr politisch passiv konsumiert wird, sondern im Sinne einer Veränderung der Wirklichkeit, d. h. der Gesellschaft, wirksam werden sollte?

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Soweit, so gut, drei sachbezogene Fragen. Dann kommt der zweite Fragenkreis: Plädieren Sie dafür, daß alle Institutsangelegenheiten ohne Negativkatalog in mit Drittelparität besetzten Gremien entschieden werden, oder plädieren Sie für die alleinige Entscheidungskompetenz der Fachbereichskonferenz? Unterschreiben Sie, wie alle anderen Ordinarien, die Satzung des Deutschen Seminars? Wie stellen Sie sich die Fachbereichsgliederung der Germanistik vor?

**Vizepräsident Voitell:**

Herr Kollege Sälzer, ich muß Sie noch einmal unterbrechen. Das Thema lautet: Berufungslisten und deren Behandlung durch den Kultusminister. Ich stelle fest, daß Sie doch vom Thema abweichen. Ihnen geht es um Berufungsverfahren, aber nicht um die Behandlung der Berufungslisten. Ich bitte Sie, entweder bei der Formulierung der Großen Anfrage entsprechend darauf einzugehen oder hier beim Thema zu bleiben.

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CDU.)

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, ich muß hier deswegen so weit ausweichen, weil das die Vorgeschichte zu der Haltung in bezug auf die Frage der Berufung des Dr. Gajek ist und weil ich hier den Nachweis führen will, daß ganz bestimmte studentische Gruppen mit ihrer Politik den Kultusminister bei Berufungsfragen unter Druck setzen. Ich möchte darauf hinweisen und den Nachweis führen, daß diese studentischen Praktiken, die offensichtlich vom Kultusminister gedeckt werden, hier zur Sprache gebracht werden müssen im Zusammenhang mit den Berufungsvorgängen, die ich eben angesprochen habe.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Voitel:**

Herr Kollege Sälzer, ich stelle aber fest, daß das nicht der Inhalt der Großen Anfrage ist. Ich muß Sie doch bitten, entweder beim Thema der von Ihnen gestellten Großen Anfrage zu bleiben, oder ich bitte Sie, dann das Pult zu räumen, damit ich dem nächsten Kollegen, Herrn Abg. Milde, das Wort geben kann.

(Arndt [SPD]: Sie müssen es hineinschreiben!)

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, war das eine Aufforderung an mich, das Pult zu räumen? Ich habe das nicht richtig verstanden.

**Vizepräsident Voitel:**

Ja, für den Fall, daß Sie nicht mehr zum Thema Berufungslisten etwas auszuführen haben.

**Sälzer (CDU):**

Ich spreche weiter zum Thema der Berufungslisten und führe dazu weiter aus:

(Reitz [SPD]: Unter dem Thema der Großen Anfrage! — Lebhaftige Zurufe von der CDU. — Arndt [SPD]: Gehen Sie doch auf die Große Anfrage ein! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

**Vizepräsident Voitel:**

Noch hat der Kollege Sälzer das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Kühle [CDU]: Was unangenehm ist, darf nicht gesagt werden!)

— Herr Kollege, ich verwahre mich gegen diesen Zwischenruf, denn er kann nur auf mich gemünzt sein. In diesem Haus wird überhaupt nichts unterdrückt, aber ich verlange als amtierender Präsident, daß jeder Kollege sich in diesem Hause an die Tagesordnung hält aus Fairneß gegenüber den anderen Kollegen in diesem Hause.

(Starker Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, ich werde mich auch weiterhin an die Tagesordnung halten und werde versuchen, so mir die Gelegenheit dazu gegeben wird, darzustellen, wie verhängnisvoll die Praktiken des Kultusministers bei der Berufung sind, wenn man die Hintergründe der von mir vorhin genannten politischen Agitation einiger Studentengruppierungen sieht. Ich will diesen Versuch in aller Ruhe hier weiter starten in der Hoffnung, daß mir dazu der Raum gegeben wird.

(Sprenger [SPD]: Der ist falsch programmiert!)

Nun hat die studentische Fachschaft — es haben übrigens insgesamt neben den 20 regelmäßigen Seminarbesuchern nur noch etwa 30 zusätzliche Besucher teilgenommen — eine relativ sachliche Debatte zu Punkt 1 und 2 ermöglicht.

(Arndt [SPD]: An der Berufung oder an was?)

Als es dann um die nächsten Fragen ging, kam es zu gewissen Tumulten, die Veranstaltung wurde abgebrochen

(Arndt [SPD]: Welche?)

— das Hearing! —, und die Studentenschaft erklärte sich dann im weiteren Verlauf außerstande, mit Herrn Gajek zusammenzuarbeiten. Dieses Verhalten wird vom

**Sälzer**

Kultusminister letztlich durch sein hier eben auch im Plenum behandeltes Vorgehen gedeckt.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Und das ist der Zusammenhang! Genau!)

Diesen Zusammenhang mußte ich hier darstellen, und den werde ich Ihnen jetzt noch einmal in einem ganz anderen Bereich nachweisen. Wo wir nämlich hinkommen, wenn wir diesen Weg weitergehen, das mag Ihnen z. B. ein Vorgang zeigen, der sich im Zusammenhang mit der Besetzung eines Lehrstuhls an der Marburger Universität abgespielt hat. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich hierzu ein Flugblatt des AStA Spartakus und SHB zitieren. Dort heißt es wie folgt:

In dem von den Reaktionären schon längst als rote Kaderschmiede diffamierten Marburger Politologischen Institut

(Hört, hört! bei der CDU.)

und dem Philosophischen Seminar sind insgesamt drei Hochschullehrerstellen neu zu besetzen. Für diese Berufung wird heute die Sektion Gesellschaftswissenschaften einen Listenvorschlag machen. Die genannten Kandidaten Dr. Hans-Heinz Holz,

— er hat uns schon, in Klammern sei es vermerkt, im Plenum beschäftigt —,

Dr. Frank Deppe und Dr. Gerhard Stubi entsprechen ihrer Qualifikation und ihrem demokratischen Engagement nach den Vorstellungen der Studenten. Das beweist u. a. das eindeutige Votum, das die FG-Vollversammlung Soziologie und Publizistik für Deppe und Stubi abgegeben hat.

Und jetzt kommt es:

Ein Angriff der Rechten auf Wissenschaftler, die durch enge Kommunikation mit der Studentenbewegung und Formulierung von marxistischen Wissenschaftsansätzen bekannt geworden sind, ist zu erwarten. In einer Fakultätsversammlung, in der über die Berufungslisten entschieden wird, ist es eine Selbstverständlichkeit, das größte Maß an Öffentlichkeit zu garantieren. Heute 15 Uhr. Anschließend Solidaritätsdemonstration.

Meine Damen und Herren, das ist eben wieder der Punkt, auf den ich hinweisen möchte. Wir kommen, wenn wir den Weg weitergehen, den der Kollege Borsche hier aufgezeigt hat, nämlich dann dazu, daß auf der Straße entschieden wird, wer Hochschullehrer an unseren Universitäten wird.

(Arndt [SPD]: Wenn wir den Weg einschlagen, den Borsche vorgeschlagen hat, kommen wir bestimmt dahin! Da haben Sie recht!)

Wenn Sie denken, das sei ein Einzelfall, dann muß ich Sie bitter enttäuschen.

(Fabian [SPD]: Wenn Sie alle Flugblätter vorlesen wollen, dann sitzen wir morgen früh noch da!)

— Herr Kollege Fabian, in der Demokratie sollte man bereit sein, auch ein persönliches Engagement in zeitlicher Hinsicht dann aufzubringen, wenn es um so wesentliche Fragen für die zukünftige Entwicklung unserer Universitäten geht.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Das sind offensichtlich Dinge, die hier viel zuwenig zur Sprache gekommen sind.

(Arndt [SPD]: Ja, Ja! Reden Sie nur!)

**Sälzer**

Sonst hätten wir vermutlich die Universitätsgesetzgebung nicht bekommen, die wir nun in Hessen vorliegen haben.

(Starker Beifall bei der CDU. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Das ist die Auswirkung!)

Aber damit Sie sehen, daß das kein Einzelfall ist, Herr Fabian, habe ich hier ein zweites Beispiel,

(Zuruf von der SPD: Was nur eines?)

unter dem Gesichtspunkt, wo die Entwicklung hinläuft, wenn wir diesen Weg gehen. Am 27. Januar 1971 versandte die Rotz — ich darf sagen: Rote Zelle — Lehramtskandidaten der Universität Göttingen, Fachschaft Geschichte, folgendes Rundschreiben — ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren —:

(Reitz [SPD]: Sagten Sie Göttingen?) Genossen oder Kommilitonen!

Bei uns am Historischen Seminar ist ein Lehrstuhl für neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ausgeschrieben worden.

(Zuruf von der SPD: Zur Sache!)

Da wir aber nur äußerst reaktionäre Professoren haben, steht zu befürchten, daß die Berufungskommission einen weiteren würdigen Vertreter dieser Art ausküngelt.

Na ja, über Kungelei werden wir nachher noch einiges hören.

Um dagegen begründet argumentieren zu können, benötigen wir die Namen geeigneter Leute, die bereit wären, marxistische Geschichtswissenschaft mit den notwendigen politischen Implikationen zu betreiben

(Hört, hört! bei der CDU. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Jawohl!)

oder zumindest zuzulassen.

Meine Damen und Herren, da haben Sie ein zweites Beispiel dafür, wohin die Entwicklung kommen kann, wenn wir — — —

(Arndt [SPD]: Wo war das noch? — Reitz [SPD]: Was hat denn Göttingen mit Ihrer Großen Anfrage zu tun?)

**Vizepräsident Voitell:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Sälzer?

(Sälzer [CDU]: Nein, ich komme jetzt zum Schluß! — Reitz [SPD]: Dem müssen Sie erst einmal erläutern, wo Göttingen liegt! — Zuruf von der CDU: Wo die SPD regiert!)

**Sälzer (CDU):**

Ich möchte mit diesem Beispiel darauf hingewiesen haben und Ihnen hoffentlich deutlich genug gezeigt haben, wohin wir kommen, wenn das so weitergeht, wie es Herr Borsche hier mit seiner Großen Anfrage aufgezeigt hat.

(Sehr gut! und starker Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Voitell:**

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf hinweisen daß generell hier nur über den Inhalt von Großen Anfragen und von Anträgen diskutiert werden kann und nicht über Themen, die irgendwie

**Vizepräsident Voitell**

entfernt damit in Zusammenhang stehen können. Ich habe jetzt bewußt nicht noch einmal unterbrochen, aber wir können uns auch im Ältestenrat noch einmal darüber unterhalten.

(Zuruf von der CDU: Das ist sehr nötig! — Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU.)

Ich stelle fest: Der Beitrag des Kollegen Sälzer, so interessant er war, betraf im Grunde die Frage: Wie wird die Aufstellung von Vorschlags- oder Berufungslisten beeinflusst oder wie kommt sie zustande? Aber diese Ausführungen hatten nichts mit der von der CDU gestellten Großen Anfrage unter Punkt 1 zu tun. Ich bedaure, das so feststellen zu müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Das Wort hat Herr Abg. Milde.

**Milde (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich meine Rechte als Abgeordneter richtig sehe, dann habe ich, wenn die Besprechung der Antwort der Großen Anfrage auf Antrag von zehn Abgeordneten hier stattfindet, nicht mehr das Recht oder die Pflicht oder was auch immer, die Große Anfrage oder den Antrag zu begründen, sondern das Recht, die Beantwortung, die der Herr Minister gegeben hat, hier zu besprechen.

(Dr. Wallmann [CDU]: Sehr richtig! — Starker Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, daß wir uns in diesem Teil gemäß § 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung befinden.

(Dr. Wallmann [CDU]: Sehr gut!)

Wenn dem so ist, dann kommt es hier darauf an, daß jetzt etwa unsere ja wohl sehr eingehend, präzise und detailliert begründete Große Anfrage noch einmal zu begründen wäre oder wir dazu weitere Meinungen von uns abzugeben hätten, sondern es steht hier zur Besprechung die Beantwortung durch den Herrn Kultusminister an.

(Zuruf von der CDU: So ist es! — Präsident Buch übernimmt den Vorsitz.)

Dieser selbst hat allerdings die Besprechung seiner Antwort nicht für außerordentlich wichtig erachtet. Er hat, als die Besprechung begann, demonstrativ den Saal hier verlassen, nachdem er diesem Haus und insbesondere der CDU-Fraktion den freundschaftlichen Rat gegeben hat, daß doch die wichtigen Dinge, daß doch die Details im Ausschuß erfragt und auch berichtet werden sollten.

Zu dieser Antwort des Herrn Kultusministers auf unsere Große Anfrage ist zu sagen: Wir werden es nicht hinnehmen, daß unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit — mit der Begründung: Wir bereden das alles im Ausschuß! — die wichtigen Details,

(Arndt [SPD]: Schaffen wir doch die Ausschüsse ab und machen alles im Plenum!)

die diese Art der Regierung und die diesen Minister in seiner Regierungsart charakterisieren, im Ausschuß besprochen werden sollen, weil es ihm peinlich ist, wenn hier vor aller Öffentlichkeit dieses Verhalten dargelegt werden soll.

(Starker Beifall bei der CDU. — Ach, ach! bei der SPD.)

Wer aus diesem Landtag eine Beschlusorganisation machen will, in der nicht mehr die grundsätzlichen Probleme des Details debattiert werden dürfen, und wer dann gleichzeitig sagt, bei Detailanfragen dürfen Grundsatzrklärungen nicht mehr debattiert werden, der



*Milde*

hat, in der Tat ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Die Beantwortung der Großen Anfrage durch den Herrn Minister, deren Besprechung wir hier fortführen, hat gezeigt, daß er die unangenehmen Dinge eben nicht debattiert haben will. Wenn er dann in seiner Antwort so weit geht, uns auch noch vorschreiben zu wollen, wie wir zu begründen haben, dann ist das der Gipfel dessen, was einem freien Abgeordneten in einem deutschen Parlament zugemutet werden kann.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Dieses Haus ist von der Verfassung her nicht dazu berufen,

(Arndt [SPD]: Lesen Sie erst mal selbst Ihre Große Anfrage! — Stein [F.D.P.]: Niedriger hängen!)

daß in dekadenter Arroganz über die Dinge hinweggegangen wird, sondern dazu, daß sie debattiert werden.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Arndt [SPD]: Sie halten sich überhaupt nicht ans Thema!)

So hat Herr Kollege Borsche die Berufsungslisten sehr eingehend hier erörtert. In der Antwort sind genau die Punkte weggeblieben, die zu erfahren wir durch die Große Anfrage begehrt haben.

(Arndt [SPD]: Aber die haben Sie doch hier gedruckt vorliegen; genau die Antwort haben Sie gekriegt!)

Diese Große Anfrage mit den Berufsungslisten ist uns eben nicht in diesem Detail hier, wie es notwendig ist, beantwortet worden.

(Arndt [SPD]: Dann hätten Sie detaillierter fragen müssen!)

Zum Beispiel hat Herr Kollege Borsche die Frage der Berufsungslisten angesprochen, die doch auch in einem Koalitionsschreiben gerügt worden sind.

(Arndt [SPD]: Dann hätten Sie doch danach fragen müssen!)

Doch da schwieg des Sängers Höflichkeit bei dem sachlichen Inhalt dieser sicherlich unangenehmen Korrespondenz, die aber dazu geführt hätte, hier klarzustellen, ob ordnungsgemäß vorgegangen wird oder nicht.

Nun lassen Sie mich zu den Berufsungslisten und zu der Antwort kommen.

(Zuruf von der SPD: Endlich!)

Es geht nicht an, daß man sich auf den Formalismus der Demokratie beruft, wenn es einem in den Kram paßt, und sich dann, wenn es einem nicht in den Kram paßt, anders verhält. Wir erhalten hier gelegentlich — einer der allerdings dann geschickter Vorwerfenden ist der Kollege Arndt — den Vorwurf, wir würden gesetzestreu und formalistisch sein. Wir meinen aber, daß eben, solange etwas gesetzmäßig ist und gesetzmäßig eingeleitet ist, es auch gesetzmäßig abgeschlossen werden muß und daß dann eben in solchen Fällen wie hier der Herr Kultusminister nach dem noch gültigen Berufsungsprinzip hätte weiter verfahren werden müssen. Wenn es dann zutrifft, wie er selbst zugegeben hat, daß er die Berufsungslisten für erschöpft erklärt hat, obwohl noch nicht mit allen auf der Berufsungsliste Vorgeschlagenen verhandelt worden ist, kann die Antwort, daß er nach der Beschlußfassung über das andere Gesetz hier im Sinne dieses habe schon verfahren wollen, uns nicht zufriedenstellen, weil hier nur eine andere Art

*Milde*

des Vorgehens als Vortäuschung und Verdeckung einer politischen Maßnahme gegolten hat. Diese wollen wir wiederum nicht hinnehmen, weil diese Art der Politisierung des Personalwesens der Hochschulen nicht dazu führt, diese zu verbessern, sondern sie völlig arbeitsunfähig macht. Ich meine eben, daß diese Berufsungslisten das vorgesehene Instrument waren und daß, wenn der Herr Kultusminister sich daran zu halten hatte, er dies auch hätte tun müssen.

Der Herr Kultusminister ist in keiner Weise etwa auf die Fragen des Hin und Her zwischen der Universität und ihm, der Korrespondenz zwischen der Universität und ihm zu den von Herrn Kollegen Borsche detailliert vorgetragenen Punkten eingegangen. Und warum hat das der Herr Kultusminister in seiner Antwort nicht getan? Weil damit hier offen zutage getreten wäre, daß er es ist, der durch seine Verhaltensweise noch dazu beiträgt, die Universitäten in diesem Lande nicht funktionsfähiger zu machen, sondern in ihrer Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen, damit er Zeit gewinnt,

(Arndt [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

um seiner politischen Überzeugung gemäß eingestellte Personen in den Hochschullehrerdienst zu berufen.

(Arndt [SPD]: Ein ganz böser Mensch ist das!)

Ein Zeichen der Toleranz und der Demokratie ist, aber, daß an einer Hochschule Leute verschiedener Einstellung lehren.

(Arndt [SPD]: Genau! Sehr richtig! — Starker Beifall bei der SPD. — Arndt [SPD]: Das war der berühmte Selbstwurf! — Heiterkeit bei der SPD.)

Ich habe hier die erfreuliche Feststellung zu treffen, die ich neulich schon bei unserem sonst so sehr geschickten Landrat

(Arndt [SPD]: Es ist ihm im Halse steckengeblieben; das muß er mit einem Schluck Wasser herunterspülen!)

des Landkreises Darmstadt machen konnte: Immer wenn es einmal notwendig ist, daß bei der SPD eine Erkenntnis begriffen wird, bedient man sich entweder der Worte großer Vorfahren in der CDU oder der gerade Redenden, damit gezeigt werden kann: Nur anhand unserer Erläuterungen wird auf dieser Seite begriffen, wie es richtig ist. Ich danke Ihnen daher für Ihren Beifall.

(Arndt [SPD]: Genauso ist es! — Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Weil der Kultusminister verhindern wollte, daß an dieser Universität auch Leute anderer als ihm genehmer Denkart lehren, hat er dieses System zurückgewiesen, hat er mit diesen Leuten nicht mehr verhandelt.

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich doch einmal vor, die Opposition hätte es sich geleistet zu sagen, dieser Mann kann nicht Professor werden, weil er schon — was war das? — Vorsitzender des Hochschullehrerverbandes geworden ist.

(Frau Dr. Rüdiger [SPD]: Hochschulverband!)

— Vielen Dank, Frau Kollegin! Dann hätte sich doch der Kultusminister hier hingestellt und gesagt: Natürlich haben wir den berufen können, denn Sie hätten doch zuerst wissen müssen, daß das keine hauptamtliche Tätigkeit ist, sondern die Wahrnehmung gewerkschaftsähnlicher oder sonstiger ehrenamtlicher Funktionen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

**Milde**

Aber hier gab es kein Wort an diesem Pult zu dieser unerhörten Mangelhaftigkeit des Wissens

(Roth [CDU]: Genau!)

vom Staatssekretär bis zu den anderen Beteiligten in diesem ja personell genügend ausgestatteten Hause am Luisenplatz! Und warum nicht? Weil man sich hier um eine exakte, inhaltlich klare Antwort auf unsere Frage herumlaviert hat, um ein dem Haus genehmes Wort zu verwenden.

(Arndt [SPD]: Ich lache immer noch über Ihre Frage; über die reden Sie den ganzen Nachmittag schon nicht!)

Wir werden es nicht hinnehmen, daß durch formelle Manipulationen der jeweils geltende rechtliche Weg durch Ihr Haus und durch Ihre eigene Mitwirkung ausgeschaltet wird. Dieses Zurückreichen der Berufungslisten und der Behandlung durch Sie ist das exakte Zeichen, wie Demokratie im Jahre 1971 nicht stattzufinden hat. Seien Sie versichert: Wir werden bei all Ihren Personalentscheidungen darauf achten, daß auch im personellen Bereich Toleranz und Demokratie in diesem Lande wirklich gelebt und nicht nur von Ihrer Seite darüber gesprochen werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Borsche.

(Zuruf von der SPD: O weh!)

**Borsche (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist hier bemängelt worden, daß wir die Dinge, die wir darzulegen hätten, nun auch noch mit dem Kultusminister besprechen wollen, nachdem — und das muß ich ganz offen und ehrlich sagen — die Antwort dieses Kultusministers auf die Große Anfrage einfach unbefriedigend war.

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Reden Sie doch einen Satz zu Ende, bevor Sie den nächsten anfangen!)

Solange wir eine Geschäftsordnung haben, die vorsieht, daß nach der Beantwortung von Großen Anfragen durch den Regierungsvertreter eine Besprechung dieser Antwort verlangt werden kann, solange läßt sich die CDU-Fraktion dieses Recht auf Verlangen nach Besprechung nicht nehmen. Sie wird auch darauf bestehen, daß eine Große Anfrage dann in aller Vollständigkeit beantwortet und auch die Argumentation zu dieser Großen Anfrage in der Antwort berücksichtigt wird.

(Beifall bei der CDU. — Arndt [SPD]: Aber zur Großen Anfrage und nicht zu irgend etwas anderem!)

Die Große Anfrage lag dem Minister lange genug vor. Der Minister konnte sich ganz ohne Zweifel, wenn er sich mit der Materie und dem Stoff der Großen Anfrage beschäftigt hat, ausrechnen, worauf wir bei dieser Großen Anfrage hinaus wollen.

(Arndt [SPD]: Das hätten Sie doch vorher sagen können! Schreiben Sie es doch nächstens hinein! Wir machen doch keine Rätselzeitschrift, sondern eine Große Anfrage! — Sprenger [SPD]: Kreuzworträtsel!)

— Wenn wir alle diese Dinge hineinschreiben wollten, müßten wir ohne Zweifel das Volumen der Landtagsdruckerei verdoppeln.

(Sprenger [SPD]: Soviel Papier haben wir noch!)

**Borsche**

Es ist doch einfach unglaublich,

(Arndt [SPD]: Sehen Sie, was Sie hier an Papier verschenkt haben!)

daß hier die Fälle in Legion auf den Tisch gelegt werden können — — —

(Zuruf Minister Prof. von Friedeburg.)

— Ja nun, Herr Minister, wir haben noch nicht alles ausgepackt. Wir können Ihnen auch noch mehr Fälle nennen.

(Arndt [SPD]: Bitte, tun Sie es doch! Tun Sie sich keinen Zwang an!)

Aber Ihre Fraktionskollegen fühlen sich ja jetzt schon gelangweilt, wenn sie auf die Fehler Ihres Ministeriums hingewiesen werden.

(Schäfer [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Ihre Kollegen in der Fraktion, Herr Minister, werden, glaube ich, langsam auch überdrüssig,

(Arndt [SPD]: Zerbrecen Sie sich doch nicht unseren Kopf!)

immer wieder diesen Kultusminister decken zu müssen.

(Arndt [SPD]: Das tun wir mit Wonne! Das tun wir mit Wollust!)

— Na, Herr Kollege Arndt, dessen bin ich mir gar nicht so sicher.

Wenn Herr Minister von Friedeburg meint, daß er uns eine ausreichende Begründung für sein Verhalten in den hier angezogenen Berufungsfällen gegeben hätte, dann irrt er sich.

(Arndt [SPD]: Das reicht vollkommen aus!)

Schon diese Begründung für die Besetzung des Lehrstuhles Philosophie II ist einfach mehr als fadenscheinig und zeigt, daß der Minister nicht bereit ist, auf unsere Argumentation einzugehen.

(Arndt [SPD]: Er hat doch die Frage beantwortet!)

Herr Minister, ich hatte ausdrücklich bei der Beschreibung dieses Falles — Besetzung Lehrstuhl Philosophie II in Frankfurt — erwähnt, daß die Liste rechtmäßig zustande gekommen war, daß ein Fakultätsbeschuß vorlag und daß diese Liste Ihnen auf Grund eines Fakultätsbeschlusses zugegangen ist. Dieser Liste, die Ihnen zugegangen ist, Herr Minister — auch das habe ich ganz ausdrücklich betont; wenn Sie zugehört und sich nicht darauf verlassen hätten, daß Ihr vorbereitetes Manuskript ausreichend sei, dann hätten Sie es auch gehört, daß ich es gesagt habe —,

(Zustimmung bei der CDU.)

dieser, das hatte ich ausdrücklich betont,

(Arndt [SPD]: Was haben Sie denn betont? Nachdem Sie fünfmal angekündigt haben, daß Sie etwas betont haben, sagen Sie es doch!)

lag ein Sondervotum, ein Minderheitenvotum gegen die Liste nicht bei.

(Arndt [SPD]: Punkt!)

Sie haben nun in der Antwort auf unsere Große Anfrage behauptet, Sie hätten die Liste zurückweisen müssen wegen angeblicher Einwendungen der Mehrheit der Hochschullehrer an dem Philosophischen Seminar in Frankfurt. Nun, Herr Minister, dann muß ich Sie fragen: Wo war denn dieses Votum der Mehrheit der Hochschullehrer, als Ihnen die Liste vorgelegt wurde? Es ist doch üblich — das glaube ich mit meinem Sachverstand über die Universität zu wissen —, daß solche

**Borsche**

Berufungslisten, wenn sie nicht mit Einmütigkeit zustande kommen, mit einem Minderheitenvotum zu Ihnen kommen, damit Sie gleich wissen: In dem Fall war die Fakultät nicht absolut einig. Ich weiß genau, daß dieses Minderheitenvotum nicht zusammen mit der Liste eingereicht worden ist, sondern daß es eine ganz schöne Zeit später an Ihre Adresse abgegangen ist, Herr Minister. Das wissen Sie ebenso gut wie ich.

(Sprenger [SPD]: Gehört er zur Fakultät?)

— Was heißt: Gehört er zur Fakultät? Ich meine, der Herr Minister hat auch seine Kanäle.

(Sprenger [SPD]: Ich meine Sie!)

Ich kenne auch die Kanäle, aus denen ihm diese Dinge berichtet werden, und ich kenne diejenigen, die dann von ihm die Anweisung erhalten,

(Arndt [SPD]: Der Minister hat seinen Kanal schon lange voll!)

was sie zu tun haben, um das Minderheitenvotum hinterher eben doch noch in seinem Sinne abzugeben.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: So ist es, genau)

Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, daß es eine überzeugende Mehrheit der Hochschullehrer war. Auch da haben Sie eben nicht genau hingehört. Ich habe Ihnen deutlich vorgerechnet, daß es von 16 Seminarmitgliedern

(Minister Prof. von Friedeburg: Von wieviel Hochschullehrern?)

— wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, Herr Minister: das macht man von unten aus! —

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

acht waren, die sich an diesem Minderheitenvotum nicht beteiligt haben.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Borsche [CDU]: Ja!)

Herr Abg. Prof. von Friedeburg!

**Prof. von Friedeburg (SPD):**

Herr Abgeordneter, da ich Ihnen — im Gegensatz zu Ihnen, wenn ich spreche — aufmerksam zuhöre, habe ich gehört, daß Sie erklärt haben: Von elf Hochschullehrern haben fünf keinen Widerspruch eingelegt.

**Präsident Buch:**

Sie müssen eine Frage stellen, Herr Abgeordneter!

(Borsche [CDU]: Das macht die Aufregung!)

**Prof. von Friedeburg (SPD):**

Sind Sie mit mir der Meinung, daß sechs die Mehrheit von elf ist?

(Beifall bei SPD und F.D.P. — Lachen bei der CDU.)

**Borsche (CDU):**

(Herr Kollege Dr. von Friedeburg, Sie haben sich vorhin einmal mit mir einig erklärt. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Auch ich kann mit Ihnen durchaus einmal bei einem solch einfachen Rechenbeispiel einig sein.

(Heiterkeit bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

**Borsche**

Aber, Herr Minister — und das habe ich Ihnen vorhin auch deutlich gesagt; ich habe selbst die Zahl fünf von elf gebracht, weil ich nicht wußte, ob Sie sie mithaben —, ich habe Ihnen deutlich gesagt: es ging darum, daß nur die Hälfte der Seminarmitglieder,

(Minister Prof. von Friedeburg: Hochschullehrer!) \

der Fachschaftsmitglieder, Assistenten und Hochschullehrer das Veto unterschrieben hat, daß die andere Hälfte eben nicht unterschrieben hat. Insofern ist das keine Mehrheit. Es stand acht zu acht, Herr Minister.

(Arndt [SPD]: Von elf zu acht zu acht! Ich komme nicht mehr mit! Das kann kein Mensch begreifen!

— Lachen bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Der Minister der Finanzen kann nicht mehr rechnen! — Gegenruf Arndt [SPD]: Aber acht zu acht und fünf und sechs!)

— Herr Minister Arndt, ich will es nicht wiederholen, was ich Ihnen vorhin vorgerechnet habe.

(Arndt [SPD]: Aber warum denn nicht! — Starke Heiterkeit.)

— Gestatten Sie mir doch auch mal einen Versprecher, Herr Arndt! Ich freue mich ja über die Aufmerksamkeit, die ich bei Ihnen finde, daß Sie jetzt sogar noch solche Rechenfehler entdecken.

(Erneute Heiterkeit. — Arndt [SPD]: In diesem Hause habe ich das Gefühl, daß der Finanzminister das am Schluß alles bezahlen muß, was Sie da oben herumrechnen!)

Wir wollen nicht bei diesem einen Beispiel hängen bleiben.

(Erneute starke Heiterkeit.)

Herr Arndt, ich habe jetzt nicht Sie als Beispiel gemeint. Daran wollen wir mit Sicherheit nicht hängen bleiben!

(Arndt [SPD]: Nicht zu fassen!)

Herr Minister von Friedeburg, Sie haben gemeint, bei uns eine Inkonsequenz entdecken zu können, weil wir im Falle Marburg — Besetzung des Kanzlerpostens — nun auf einmal die Ausschreibung dringend verlangten und sie bei der Besetzung dieser offenen Lehrstühle möglichst weit von uns weisen. Herr Minister, ich glaube, Sie wissen mindestens so gut wie ich — da es ja Ihre Personalpolitik ist, die Sie betreiben und die wir angreifen —, daß diese beiden Dinge nicht miteinander vergleichbar sind. Ich hatte Ihnen das vorhin lang und breit auseinandergesetzt: Diese Berufslisten — und Sie haben mir da nicht widersprochen, sondern Sie haben mir als Bestätigung zugnickt

(Arndt [SPD]: Das hast du davon!)

— sind rechtmäßig zustande gekommen. Sie sind als rechtmäßig zustande gekommen von Ihnen akzeptiert worden. Herr Minister, solange diese Berufslisten nicht ausgeschöpft sind, allerdings nur noch Kandidaten übrig geblieben sind, die Ihnen aus irgendwelchen Gründen offenbar nicht passen, so lange glauben wir, daß eine Ausschreibung nicht unbedingt notwendig ist, sondern die qualifizierten Kandidaten, die noch auf den Listen stehen, zu berufen sind.

(Minister Prof. von Friedeburg: Das glauben Sie! — Zuruf von der SPD: Glauben heißt nicht wissen!)

Und, Herr Minister, ein Weiteres: Die Frage der völlig fadenscheinigen Ablehnung des Kandidaten Finckenstaedt haben Sie überhaupt nicht beantwortet, obwohl Sie auch in dem Fall ganz genau wissen konnten,

*Borsche*

daß wir im Plenum darauf zu sprechen kommen werden

(Zuruf von der CDU: Das war ihm peinlich!)

und daß dieser Fall mit unserer Großen Anfrage auch gemeint war. Herr Minister, das ist einfach Feigheit, das ist nichts anderes als Feigheit. In diesem Falle gibt es für Sie überhaupt nichts zu beschönigen. Hier ist aus Versehen einmal das Visier heruntergeklappt, und man konnte hineinschauen, was für eine Personalpolitik in Ihrem Hause getrieben werden soll zur Politisierung unserer Universitäten.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU. — Reitz [SPD]: Der kriegt ja einen krebsroten Kopf, der kriegt ja einmal einen Herzschlag! — Weitere Zurufe.)

— Ja, sicher, wenn das Visier aufgeklappt ist, dann kann man hineinschauen, Herr Arndt. Es gibt verschiedene Modelle von Visieren, darüber wollen wir aber nicht reden, Herr Arndt.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas hier anmerken.

(Reitz [SPD]: Noch etwas? Mein Gott!)

Alle diese Fälle, deren Daten ich Ihnen aufgezählt habe, waren seit Mitte des Jahres 1970 bekannt, und seit Mitte des Jahres 1970 war auch bekannt, daß der Kultusminister hier einen Standpunkt vertritt, den er rechtlich bislang nicht begründet hat, daß er also nicht bereit ist, die der Universität Frankfurt in den von mir zitierten Fällen gesetzmäßig eingeräumte Verwaltungshoheit zu gewähren. Er hat hier einfach sein eigenes Gesetz nicht beachtet. Diese Dinge waren auch bei der Regierungsbildung im Dezember bekannt, und obwohl diese Mißachtung bestehender Gesetze durch den Kultusminister bekannt war, hat der Ministerpräsident diesen Minister wieder in die Regierung berufen.

(Ministerpräsident Osswald: Na, das ist aber schlimm! — Zuruf von der CDU: Das wird noch schlimmer!)

— Herr Ministerpräsident, das läßt für mich den Schluß zu, daß eben nicht nur dieser Kultusminister diese Praktiken deckt, sondern daß auch Sie dahinterstecken. Ich halte das für ein außerordentlich bedenkliches Faktum.

(Arndt [SPD]: Das ist eine Verschwörung gegen Sie!)

— Nicht eine Verschwörung gegen mich, Herr Arndt. Ich halte das für ein außerordentlich bedenkliches Faktum, weil hier — — —

(Zurufe.)

— Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen einmal eines mit allem Nachdruck sagen,

(Arndt [SPD]: Sie reden die ganze Zeit schon mit Nachdruck!)

und das geht auch an Ihre Adresse, Herr Ministerpräsident: Es ist mir nicht ganz klar,

(Arndt [SPD]: Das merken wir! — Reitz [SPD]: Das ist nichts Neues bei Ihnen! — Beifall bei der SPD.)

warum Sie diese Dinge für so lächerlich halten.

(Arndt [SPD]: Daran sind Sie schuld!)

Es geht hier um ganz ernste Dinge, die auch für die Zukunft unserer Universitäten

*Borsche*

(Reitz [SPD]: Das ist eine todtraurige Sache, was Sie da machen, das ist richtig!)

— Herr Reitz, die auch für die Zukunft unserer Universitäten von allergrößter Tragweite sind. Ich weiß nicht, ob Sie das nicht sehen, oder ob Sie das nicht sehen wollen.

(Arndt [SPD]: Wir sehen das!)

Ihr Finanzminister hat gestern in seiner Etatrede dargelegt, wieviel Geld aus den Taschen der Steuerzahler

(Reitz [SPD]: Genau!)

er in unsere Bildungseinrichtungen hineinstecken muß, damit sie funktionieren. Dann legen wir auch Wert darauf, daß diese Bildungseinrichtungen mit Persönlichkeiten besetzt werden, als Lehrperson oder als Wissenschaftler, die dank ihrer Qualifikation — nicht ihrer politischen Alibis wegen — dafür sorgen können, daß diese Bildungseinrichtungen funktionieren.

(Beifall bei SPD und CDU. — Kramer [CDU]: Der Beifall der SPD war falsch!)

Und Herr Arndt, gerade in diesem Falle stimmen wir da nicht überein; denn das tut der Kultusminister ganz und gar nicht. Er treibt eine absolut politisch ausgerichtete Personalpolitik, und wir können das nicht zulassen. Es geht hier darum, daß diese Bildungseinrichtungen auch in Zukunft intakt bleiben und ihrem Auftrag für diese Gesellschaft gerecht werden.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Borsche, ich muß mich mit allem Nachdruck dagegen verwahren, daß ich die Große Anfrage der CDU nicht präzise beantwortet hätte. Ich muß mich leider wiederholen, da ich dies eingangs schon einmal erklärte. Die Große Anfrage der CDU liegt mir schriftlich vor, und ich habe die Fragen, die gestellt worden sind, beantwortet. Ich habe übrigens überhaupt nicht verstanden, warum Punkt 2 Ihrer Anfrage von Ihnen nicht einmal begründet worden ist,

(Zuruf von der CDU: Abwarten!)

während ich schon eine Antwort darauf gegeben habe.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Prof. von Friedeburg: Bitte!)

Bitte, Herr Abg. Kramer!

**Kramer (CDU):**

Herr Kultusminister, sind Sie bereit zuzugeben — ich hätte diese Frage vorhin schon gestellt, wenn Sie mir Gelegenheit gegeben hätten, sie zu stellen —, daß nicht etwa eine Rechtsnorm Sie hindert, die Berufungslisten dem Kommunalpolitischen Ausschuß vorzulegen,

(Arndt [SPD]: Der bekommt das doch überhaupt nicht, das kann doch nur an den Kulturpolitischen Ausschuß gehen und nicht an den Kommunalpolitischen Ausschuß! Was hat das damit zu tun?)

sondern daß Sie allein aus politischen Erwägungen eine Weigerung in dieser Richtung hier aussprechen?

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Abgeordneter, Sie haben sicher den Kulturpolitischen Ausschuß gemeint. Es ist die Rechtsauffassung der Landesregierung, die ich hier vertreten habe, daß entsprechend der Trennung von Legislative und Exekutive ein solcher Verwaltungsakt nicht in den Kulturpolitischen Ausschuß gehört, daß aber auf Anfrage der Kultusminister jederzeit bereit ist, über Einzelfälle von Berufungen im Kulturpolitischen Ausschuß zu berichten. Dies ist die Rechtsauffassung der Landesregierung.

Es ist hier trotz vieler langer Reden kein einziger Tatbestand dargetan worden, in dem ich nicht nach dem Gesetz gehandelt hätte.

(Beifall bei der SPD.)

Daß Herr Abg. Milde so weit gegangen ist, die Rechtsatbestände des Gesetzes als Formalismus der Demokratie zu bezeichnen, dies allerdings ist ein bedenklches demokratisches Verständnis. Ich habe in meiner Antwort auf die Große Anfrage unmißverständlich dargetan, daß sich die Gesetzeslage nach der Verabschiedung des Universitätsgesetzes verändert hat und ich auf Grund dieser Gesetzeslage nicht ausgeschriebene Listen an die Universität zurückgegeben habe. Insofern, Herr Abg. Borsche, besteht keine Differenz zu der Frage der Ausschreibung oder Nichtausschreibung der Kanzlerstelle in Marburg. Es reicht eben nicht aus, Herr Abg. Borsche, daß Sie etwas glauben — Sie haben mehrfach dargetan, daß Sie glaubten, es sei so und so —, sondern es kommt darauf an, daß man sich mit den Gesetzen befaßt und entsprechend handelt. Das habe ich getan. Dabei stehe ich nicht an, wenn Fehler geschehen, dies auch in aller Öffentlichkeit deutlich zu sagen. Deshalb habe ich insoweit das Schreiben von Staatssekretär Moos an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität vom 17. August 1970 für gegenstandslos erklärt. Ich habe nicht erklärt, es sei mißverstanden worden, ich habe es für gegenstandslos erklärt.

**Präsident Buch:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Prof. von Friedeburg: Bitte!)

Bitte, Herr Abg. Borsche!

**Borsche (CDU):**

Herr Kultusminister, wenn Sie diesen Vorgang für gegenstandslos erklärt haben, hätten Sie dann nicht auch das Berufungsverfahren zu Ende führen müssen?

(Zuruf von der CDU: Eben, genau!)

**Prof. von Friedeburg, Kultusminister:**

Herr Borsche, es tut mir leid, daß ich immer wieder feststelle, daß Sie es immer noch nicht begreifen. Das eine ist ein Satz in dem Brief, die Liste sei erschöpft, weil Prof. Finkenstaedt Präsident des Hochschulverbandes geworden ist. Dies habe ich für gegenstandslos erklärt. Das andere ist, daß die Professur nicht ausgeschrieben war und ich nach dem 12. Mai durch Gesetz gehalten bin, nur ausgeschriebene Professuren zu besetzen. Halten Sie doch einmal diese beiden verschiedenen Tatbestände auseinander. Die lange Debatte hat keine neuen Gesichtspunkte zu meinem Verhalten im Hinblick auf die Gesetze, an die ich gebunden bin, erbracht. Daher kann ich meine Antwort auf die Große Anfrage, die schriftlich vorlag, nicht noch ergänzen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

**Präsident Buch:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schwarz-Schilling.

(Zuruf von der SPD: Es ist doch schon 6 Uhr!)

**Dr. Schwarz-Schilling (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß noch einmal ganz kurz auf Ihren letzten Satz eingehen. Herr Minister, sofern ich das Hochschulgesetz richtig verstanden habe, bezieht sich die Ausschreibung nicht auf bereits eingeleitete Verfahren. Der Staatssekretär hat ja auch eine ganz andere Begründung gegeben, die dann von Ihnen für gegenstandslos erklärt wurde. Insofern bleibt der Widerspruch, warum ein bereits eingeleitetes Verfahren nicht zu Ende geführt wurde. Der Nachweis, daß das nach dem Hochschulgesetz so sein müsse, ist Ihnen nach meiner Meinung nicht gelungen. Das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Das ist das Problem!)

Ich frage Sie, wo dieser Nachweis von Ihnen erbracht worden ist. Es ist ein eingeleitetes Berufungsverfahren gewesen. Also war das Argument, das Sie vorbrachten, nur für neue Berufungen, nicht für bereits eingeleitete Verfahren gültig.

Herr Minister, eines ist hier nicht ganz gewürdigt worden. Die Fragen im Zusammenhang mit Berufungen und mit dem Weggang von Professoren an hessischen Universitäten haben einen Grad der Unsicherheit angenommen, daß wir sehr stark bemüht sein müssen, hervorragende, qualifizierte Wissenschaftler wieder an unsere Universitäten zu bekommen.

(Zuruf von der SPD: Wir sind doch ständig bemüht!)

Denken Sie bitte daran, was Ihnen Professoren nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes geschrieben haben, die dann gegangen sind, weil sie keine Möglichkeiten mehr gesehen haben, die von ihnen angefangenen Forschungsvorhaben und ähnliches fortzuführen.

(Arndt [SPD]: Noch nicht 1%!)

Denken Sie an das Schreiben von Prof. Ziegler in Darmstadt! Denken Sie an die Physikprofessoren! Es ist Legion.

(Widerspruch bei der SPD. — Arndt [SPD]: Wie viele sind es denn? — Gegenrufe von der CDU.)

Wenn Sie jetzt durch Ihre Berufungspolitik eine weitere Unsicherheit bringen, dann ist der Punkt erreicht, wo man eben nicht mehr nach Hessen geht,

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

weil qualifizierte Leute weggehen und andere nicht kommen, wenn sie das politische Votum — das ist doch deutlich geworden —

(Zuruf von der SPD: So hätten Sie es gern! Aber es ist nicht so! — Arndt [SPD]: Es ist nicht wahr! Wie viele sind es denn, die weggegangen sind? Nennen Sie doch die Zahl!)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, Herr Kollege Arndt, Sie können es heute an dem Berliner Hochschulgesetz ganz deutlich sehen, daß sich durch die Einrichtungen dieser Organe in Berlin — die hier noch radikaler eingerichtet worden sind — die Auswirkungen derartig gezeigt haben, daß die politisch inquisitionsartigen Kandidatenbefragungen so degradierend sind, daß sich qua-

*Dr. Schwarz-Schilling*

lifizierte Leute nicht mehr an diese Hochschule begeben.

(Arndt [SPD]: Sie haben gesagt, es seien Legionen weggegangen! Wie viele sind denn weggegangen? Nennen Sie doch die Zahl!)

Herr Kollege Reitz hat versucht, diese Frage einmal dergestalt zu beantworten, daß er sagt, es würden mehr berufen als weggehen.

(Lachen bei der CDU. — Arndt [SPD]: Sie haben von einer Legion gesprochen! Nennen Sie doch einmal die Zahl!)

Wenn man hier nicht verstanden hat, daß es sich um Qualifikationsfragen handelt —

(Zuruf von der SPD: Dann sagen Sie doch die Zahl! — Arndt [SPD]: Sie haben von Legionen gesprochen! Nennen Sie doch die Zahl!)

— Entschuldigen Sie, ich habe von Legionen von Schreiben gesprochen,

(Widerspruch bei der SPD.)

welche die Professoren nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes —

(Arndt [SPD]: Das ist nicht wahr! Das verdrehen Sie! Sie haben von Legionen gesprochen, die weggegangen sind!)

— Ich bin kein Rechthaber. Wenn ich es so gesagt habe, dann möchte ich Ihnen hiermit mitteilen, daß ich das auf die Schreiben bezogen habe.

(Aha! bei der CDU. — Zuruf von der SPD: Wie viele sind weggegangen?)

Wenn Sie es so wissen wollen, bitte schön, ich habe von Anfang an diese Meinung vertreten. Wenn ich mich falsch ausgedrückt haben sollte, bitte ich Sie, mich hier richtig zu verstehen.

(Reitz [SPD]: Das ist aber nicht das erste Mal, daß Sie sagen, Legionen seien weggegangen!)

— Herr Kollege Reitz, ich habe ja gesagt, daß die Fragen nicht dadurch entschieden werden, wieviel Leute weggehen und wieviel Leute berufen werden. Sie wissen ganz genau, was für Leute mit welchen Qualifikationen heute aus reiner Not an verschiedenen Fachbereichen berufen werden müssen, weil entsprechende Anwärter in unseren Hochschulen gar nicht vorhanden sind.

(Zuruf von der CDU: Es sind schon genug in die innere Emigration gegangen! — Och! bei der SPD.)

Ich darf noch die zweite Frage vorbringen. Herr Minister, ich bedaure, daß Sie die Frage 2 so sehr kurz abgelehnt haben. Sie sagten, Einzelfälle könnten wir im Ausschuß besprechen. Man sollte sich doch einmal überlegen, ob es dieser Komplex nicht wert ist, daß wir darüber einmal generell im Ausschuß sprechen. Mir scheint ein Zusammenhang zwischen dem zu bestehen, was mit dem Hochschulgesetz im vorigen Jahr geschehen ist, und der Berufungspolitik, die wir heute immer wieder von neuem erleben müssen.

(Arndt [SPD]: Das hat der Kultusminister dazu gesagt!)

**Präsident Buch:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist die Große Anfrage erledigt.

Wir haben jetzt 18 Uhr.

Herr Abg. Reitz!

**Reitz (SPD):**

Herr Präsident, die Tagesordnung ist weit weniger zügig abgewickelt worden als das bei der ersten Sitzung des Ältestenrates und auch gestern bei unserer Besprechung zu erwarten war. Ich stelle daher den Antrag, daß wir von dem ursprünglichen Vorhaben, um 18 Uhr zu schließen, abgehen und zunächst weitertagen.

(Zustimmung bei der SPD.)

**Präsident Buch:**

Sie haben den Antrag gehört. Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Dr. Wallmann.

**Dr. Wallmann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte sehr nachdrücklich gegen diesen Antrag sprechen. Die Limitierung der heutigen Sitzung auf 18 Uhr ist auf Ihren Antrag, Herr Kollege Reitz, zustande gekommen.

(Reitz [SPD]: Das wird nicht bestritten!)

Wir haben uns beim letzten Mal im Ältestenrat darüber unterhalten, wie wir es in Zukunft machen wollen, wenn aus irgendwelchen Gründen beantragt wird, innerhalb der Tagesordnung Verschiebungen vorzunehmen. Da sind Sie es gewesen, Herr Kollege Reitz, der nachdrücklich darauf hingewiesen hat, das sei nicht möglich. Wenn der Ältestenrat einmal etwas beschlossen habe, dann sei das zu respektieren. Sonst machten wir den Ältestenrat mit seinen Entscheidungen zu einer Farce. Wir alle, die wir in diesen Tagen besonders engagiert sind, haben Gelegenheit genommen, im Vertrauen auf diesen Beschluß Termine anzunehmen.

(Reitz [SPD]: Das dürfen Sie so nicht machen! Dann muß man mithelfen, die Sitzung zügig abzuwickeln!)

Wir von der CDU-Fraktion können also zu einem großen Teil an der weiteren Beratung nicht teilnehmen, wenn Sie darauf bestehen.

(Reitz [SPD]: Das stört uns nicht!)

— Ich darf Ihnen sagen, das ist ein schlechtes Wort, „das stört uns nicht“, was Sie eben gesagt haben, Herr Reitz.

(Reitz [SPD]: Nach dieser Debatte nicht! Sie haben es doch provoziert!)

— Sie sollten sich erst einmal anhören, was ich Ihnen zu sagen habe.

Ich sage noch einmal: Im Vertrauen darauf — so haben wir es im Ältestenrat gesagt — haben wir Termine angenommen. Sie selbst von der SPD haben sogar gesagt: „Dann bitte um 18 Uhr Schluß machen und nicht um 19 Uhr, damit wir vorher essen können und auch noch rechtzeitig diejenigen Orte aufsuchen können, die weiter entfernt von Wiesbaden liegen.“ Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Reitz. Wir erleben hier einen Antrag, der ein bestimmtes System hat. Am 5. Mai 1970 wurde in ähnlicher Weise verfahren. Da stand die dritte Lesung des Universitätsgesetzes an. Sie, Herr Reitz, haben es fertiggebracht, daß die Debatte darüber um 19 Uhr begann und gegen 0.30 Uhr zu Ende war. Sie wollten damit bezwecken, daß diese Debatte im Fernsehen, im Rundfunk und in den Zeitungen nicht die gebührende Beachtung fand.

(Beifall bei der CDU. — Reitz [SPD]: Das unterstützen Sie!)

**Dr. Wallmann**

Heute passen Ihnen die Tagesordnungspunkte 10 und 14 nicht. Sie möchten sie gern heraus haben.

(Zustimmung bei der CDU.)

Sie möchten sie zu einem Zeitpunkt erledigt haben, wo es genauso ist wie an jenem 5. Mai, wo gesichert ist, daß am nächsten Tag keine Berichterstattung mehr stattfindet. Am übernächsten Tag ist das keine Neuigkeit mehr.

Deswegen können wir uns mit diesem Antrag nicht einverstanden erklären, und ich möchte Sie sehr nachdrücklich bitten, von der Mehrheit, über die Sie in diesem Hause verfügen, nicht so Gebrauch zu machen, wie Sie es vorhaben. Sie würden nicht nur sich, sondern diesem Parlament einen außerordentlich schlechten Dienst erweisen.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Buch:**

Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Es ist der Antrag gestellt worden, weiterzutagen.

(Dr. Wallmann [CDU]: Wir beantragen namentliche Abstimmung, Herr Präsident! — Zuruf von der SPD: Das geht doch gar nicht! — Schäfer [SPD]: Herr Sälzer hat doch gesagt, Sie hätten bis 12 Uhr Zeit! — Gegenruf von der CDU: Einzelne!)

Meine Damen und Herren, es ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag muß von mindestens 10 Abgeordneten unterstützt werden. — Das reicht aus. Damit werden wir die namentliche Abstimmung durchführen.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten, um allen Abgeordneten Gelegenheit zu geben — das ist nach der Geschäftsordnung zulässig —, an der Abstimmung teilzunehmen. Ich möchte jetzt an die Abgeordneten, die noch im Hause sind, den Apell richten, in den Sitzungssaal zu kommen.

(Unterbrechung von 18.13 bis 18.19 Uhr.)

**Präsident Buch:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet, ich bitte Platz zu nehmen. Es ist von Herrn Abg. Reitz der Antrag gestellt worden, über 18 Uhr hinaus weiterzutagen. Ein Zeitpunkt für den Schluß der Sitzung ist nicht angegeben.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Weitertagen ist, muß mit Ja stimmen, wer gegen das Weitertagen ist, mit Nein, und es gibt natürlich auch Stimmenthaltungen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Folgt namentliche Abstimmung. — Die Liste über die namentliche Abstimmung befindet sich am Schluß dieses Protokolls.)

Darf ich fragen, ob noch Abgeordnete in den Plenarsaal gekommen sind, die nicht abgestimmt haben? — Dann ist die Abstimmung abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben: Mit Ja stimmten 51 Abgeordnete, mit Nein stimmten 39 Abgeordnete, Stimmenthaltungen sind keine zu verzeichnen. 20 Abgeordnete sind nicht anwesend. Damit ist der Antrag angenommen. Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Dr. Wagner das Wort.

**Dr. Wagner (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion beantragt Unterbrechung der Sitzung für 20 Minuten.

(Reitz [SPD]: Begründung?)

— Dazu brauche ich keine Begründung.

**Präsident Buch:**

Sie haben den Antrag gehört. Wird hierzu das Wort gewünscht? — Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen. — Das erste war die Mehrheit.

Bitte, Herr Abg. Reitz!

**Reitz (SPD):**

Vielleicht könnte man die Sitzung der Ausschußvorsitzenden, die an und für sich nach der Sitzung einberufen war, in dieser Pause erledigen?

(Widerspruch bei der CDU.)

Wenn nicht, na schön. Regen Sie sich doch nicht auf. Wenn eben nicht, dann morgen nach der Sitzung.

**Präsident Buch:**

Die Sitzung ist für 20 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.30 bis 18.50 Uhr.)

**Präsident Buch:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

(Dr. Wagner [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Dr. Wagner.

**Dr. Wagner (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Ältestenrates werden sich erinnern, daß ich aus Gründen, die mit Terminen zweier Kollegen etwas zu tun hatten, ohne eine Forderung zu stellen — das habe ich ausdrücklich betont — darum gebeten habe, daß ein, zwei Punkte auf den Freitag verlegt würden, weil wir diesen beiden Kollegen gegenüber in irgendeiner Weise verpflichtet seien. Daraufhin hat mir der Fraktionsvorsitzende der SPD erklärt, daß seine Fraktion dieses Mal wegen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei dazu nicht in der Lage sei. Ich habe das selbstverständlich akzeptiert. Bisher wurden diese Dinge in der Kulanz, wie ich sie hier darstelle, zwischen den Fraktionen geregelt. Es wurde also durch die Intervention der sozialdemokratischen Fraktion im Ältestenrat festgelegt, daß die heutige Sitzung — komme, was wolle — um 18 Uhr zu schließen sei. Das habe ich pflichtgemäß meiner Fraktion mitgeteilt, und darauf hat sich meine Fraktion in ihren Dispositionen eingestellt.

(Schäfer [SPD]: Das haben wir gemerkt!)

Ich beantrage deshalb gemäß § 64 Abs. 3 der Geschäftsordnung, daß die Reihenfolge der Tagesordnung folgendermaßen geändert wird: Die Punkte 10, 14, 26, 30 und 33 werden am morgigen Tag behandelt.

**Präsident Buch:**

Ich darf noch einmal wiederholen, Herr Dr. Wagner:  
Die Punkte 10, 14, 26, 30 und 33.

(Schäfer [SPD]: Alles andere heute!)

Am 26.?

(Dr. Wagner [CDU]: Morgen!)

— Morgen, aha!

Sie haben den Antrag gehört.

Herr Abg. Reitz!

**Reitz (SPD):**

Ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Dr. Wagner [CDU]: Zur Abstimmung!)

**Präsident Buch:**

Herr Abg. Dr. Wagner!

**Dr. Wagner (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich be-

**Dr. Wagner**

zweifle gemäß § 84 Abs. 1 die Beschlußfähigkeit dieses Hauses.

(Reitz [SPD]: Das war alles genau eingeplant! —  
Schäfer [SPD]: So schlau wie ihr sind wir schon  
lange!)

**Präsident Buch:**

Meine Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung ist es möglich, vor einer Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln.

(Schäfer [SPD]: Ich beantrage Unterbrechung der Sitzung. — Gegenruf Arndt [SPD]: Das geht nicht!)

— Das geht nicht. Vor einer Abstimmung kann die Beschlußfähigkeit angezweifelt werden. Die Beschlußfähigkeit wird durch Auszählen festgestellt. Ich zähle also aus. — Es sind noch 46 Abgeordnete im Saal anwesend. Damit ist das Haus beschlußunfähig. Ich schließe die Sitzung.

(Ende: 18.55 Uhr.)



## Anlage

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Abg. Reitz (SPD)  
auf Fortsetzung der Plenarsitzung über 18.00 Uhr hinaus

	ja	nein	Stimm- enthaltung	abwesend
<b>SPD</b>				
Arndt	×			
Auth				×
Bachmann	×			
Baumann	×			
Berghäuser	×			
Dr. Best	×			
Buch	×			
Busch	×			
Caspar				×
Clauss	×			
Croll	×			
Dudéne				×
Ernst				×
Fabian	×			
Franke	×			
Prof. von Friedeburg	×			
Görlach	×			
Hellwig	×			
Hemfler	×			
Hisserich	×			
Dr. Horn				×
Klocksinn				×
Koch, Wilhelm	×			
Krollmann	×			
Dr. Lang	×			
Leinbach	×			
Lütgert	×			
Neusel	×			
Nitzling	×			
Nowak	×			
Osswald	×			
Platte	×			
Pleß				×
Radke				×
Radomicki				×
Reichert	×			
Reitz	×			
Rohlmann				×
Dr. Rüdiger	×			
Schäfer	×			
Schlappner	×			
Dr. Schmidt	×			
Schroeder	×			
Sprenger	×			
Stöckl	×			
Dr. Strelitz	×			
Dr. Tröscher	×			
Vater	×			
Vorbeck	×			
Weber, Hans-Otto	×			
Wenzel	×			
Wolf				×
Zerbe				×

	ja	nein	Stimm- enthaltung	abwesend
<b>CDU</b>				
Badeck		×		
Dr. Bartelt		×		
Bayha		×		
Beckmann		×		
Böhm		×		
Bohl		×		
Borsche		×		
Buss		×		
Demke		×		
Dr. Dregger				×
Geier		×		
Hackenberg		×		
Ibel		×		
Immel				×
Jagoda		×		
Koch, Karl-Heinrich				×
Korn		×		
Kramer		×		
Kühle		×		
Dr. Kurtz				×
Lengemann		×		
Lenz				×
Dr. Lindner				×
Dr. Loew		×		
Dr. Lucas		×		
Märten		×		
Meister		×		
Milde		×		
Möller		×		
Nolte		×		
Prusko		×		
Roth		×		
Runtsch		×		
Sälzer		×		
Prof. Schlee		×		
Schwab		×		
Dr. Schwarz-Schilling		×		
Seitz		×		
Sturmowski		×		
Trageser		×		
Troeltsch		×		
Uhlhorn		×		
Dr. Wagner		×		
Dr. Wallmann		×		
Weber, Josef		×		
von Zworowsky				×
<b>F.D.P.</b>				
Dr. Brans	×			
Dockhorn	×			
Dr. Engel	×			
Karry				×
Krüger	×			
Metz	×			
Molter	×			
Pulch	×			
Stein	×			
Voitel	×			
Wilke	×			